

SCHUMAKER (1991:25) nennt insgesamt elf Möglichkeiten für das Verhältnis zwischen den Interessen lokalpolitischer Akteure und dem Policy-Outcome. Ein konsensuales Verhältnis liegt vor, wenn sich die Policy-Präferenzen aller kommunalen Akteure im Politikergebnis wiederfinden. Keinen Einfluß auf die Politikergebnis haben die lokalen Akteure, wenn eine externe Dominanz vorliegt und übergeordnete politische Ebenen den Politikprozeß steuern. Dies ist allerdings bei den kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben nur begrenzt zu erwarten. Ebenso ist möglich, daß sich die Ratsmitglieder als Instructed Delegate oder Trustee verhalten. Nur im ersten Fall spiegeln sich die Bürgerpräferenzen im Policy-Output wider, im zweiten Fall handeln die Ratsmitglieder nach ihren eigenen Vorstellungen. Falls eine politische Sachfrage über ein Referendum bzw. Bürgerentscheid entschieden wird, dominieren die Bürger den politischen Prozeß. Positiv für die Bevölkerung ist auch die Situation, daß sich die Mehrheitspräferenzen durchsetzen und sich die Ratsabgeordneten somit nach der Wählermehrheit richten. Weniger gut für die Bevölkerung allgemein ist die Überzeugungskraft bzw. Dominanz von Minderheitspräferenzen. Also wenn einzelne Initiatoren, Mobilisierer oder Aktivisten die Ratsmitglieder von ihren Vorstellungen überzeugen können oder sie diese auch ohne die Unterstützung des Rates durchsetzen. Ebenso nachteilig für die Bürger ist die Überzeugungskraft bzw. Dominanz von Eliten- oder Verwaltungsmitgliedern. In fünf von elf Möglichkeiten können sich somit die Bevölkerungsinteressen im Policy-Output wiederfinden. Inwieweit diese Repräsentationsmodelle in der Realität vorliegen und für welche Sachthemen sie jeweils gelten, kann nun überprüft werden. Verbunden mit den Informationen über die Einflußressourcen der kommunalpolitischen Akteure ist es eine spannende Frage, welche Akteure sich aufgrund welcher Ressourcenlage bei einzelnen Sachentscheidungen durchsetzen können.

## **II. TEIL: DIE EMPIRISCHE ANALYSE VON EINSTELLUNGS-KONGRUENZEN KOMMUNALER AKTEURE UND DEM POLICY-OUTPUT IN DER STADT STUTTGART**

Im empirischen Teil der Arbeit werden vor allem zwei Aspekte untersucht. Zum einen, welche Personen, Organisationen oder Institutionen auf lokaler Ebene aufgrund welcher Ressourcen Einfluß haben und zum anderen wem gegenüber sich die lokalen Ratsmitglieder responsiv verhalten. Beide Aspekte hängen eng miteinander zusammen. Die Annahme ist, daß diejenigen kommunalen Akteure, die dank ihrer Ressourcenausstattung großen Einfluß auf politische Entscheidungen haben, auch ihre Interessen durchsetzen können und von den Ratsmitgliedern berücksichtigt werden. In Wissenschaft und Praxis wird die Funktion der kommunalen Vertretung und ihr Verhältnis zu anderen lokalen Akteuren (vor allem der Verwaltung) intensiv und andauernd unter analytischer und reformerischer Perspektive diskutiert. Wie im theoretischen Teil dieser Arbeit ausgeführt, ist die empirische wissenschaftliche Basis dieser Diskussion jedoch eher bescheiden und größtenteils veraltet. "Sie wird durch breite, aber nur selten wissenschaftlich systematisierte und der empirischen Prüfung zugänglichen Alltagserfahrung von Praktikern ergänzt. Überwiegend bewegt sich die Diskussion auf dem Niveau von common-sense-Argumenten und Plausibilitätserwägungen, die zur Illustration und Bekräftigung normativer Standpunkte herangezogen werden" (SIMON 1988:25). Aufgrund der schlechten Datenlage im Hinblick auf einflußreiche Akteure bzw. deren Einflußressourcen sowie sachenorientierte Einstellungen lokaler Akteure wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit eine explorative Elitenstudie in der Stadt Stuttgart durchgeführt. Dank einer gleichzeitig stattfindenden Bevölkerungsbefragung des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart, können somit die Einstellungskongruenzen der Bürger und Kommunalparlamentarier für 22 Sachfragen zu einem bestimmten Zeitpunkt untersucht werden.

## 2.1. DATENBASIS

### 2.1.1. Eliten- und Bürgerbefragung

Das Institut für Politikwissenschaft<sup>244</sup> der Universität Stuttgart führte unter der Leitung von Prof. Dr. Oscar W. Gabriel im April 1997 eine schriftliche Befragung bei 1930 Führungskräften aus verschiedenen politisch-administrativen und gesellschaftlichen Bereichen zum Großprojekt Stuttgart 21 und allgemeinen kommunalen Aufgaben durch. Neben den Stuttgarter Ratsmitgliedern wurden politische Funktionsträger, Verwaltungsmitglieder sowie wichtige Personen aus den Bereichen Wirtschaft/Arbeit, Medien, Wissenschaft/Bildung, Kirchen, Soziales, Sport, Kultur, Gesundheit, Ausländer und Umwelt angeschrieben. Die Selektion ergab sich über die Positionen, die diese Personen im öffentlichen Leben einnehmen (Vorsitzende/er, Leiter/in, Vorstandsmitglied, Direktor/in, Repräsentant/in). In Kooperation mit der Stadt Stuttgart - die im Frühjahr 1997 eine Bürgerumfrage durchführte - wurden die "Eliten" zeitgleich befragt. Der Fragebogen enthält folgende vier Themenkomplexe:

- Soziodemographische Merkmale der Eliten (Alter, Geschlecht, Konfession, Bildung, Beruf)
- Einstellungen zum Projekt Stuttgart 21 (Interesse, Bedeutung, Informationsquellen, Gesamtbeurteilung, Wichtigkeit und Beurteilung einzelner Aspekte)
- Einstellungen zur Lebensqualität in Stuttgart, zur wirtschaftlichen Lage, zu kommunalpolitischen Aufgaben, den derzeit größten Problemen der Stadt und zu verschiedenen Großprojekten
- Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und Organisationen, politische Positionen, Parteineigung, Parteimitgliedschaft, ehrenamtliche Tätigkeit.

Tabelle 31 gibt einen Überblick über die verschiedenen Sektoren, Positionen und die Anzahl der Befragten. Insgesamt beträgt der Rücklauf 45 Prozent, dies ist für eine schriftliche Elitenbefragung als hoch einzustufen. Für eine sinnvolle Auswertung der Ergebnisse ist aber nicht nur wichtig, daß der Rücklauf insgesamt hoch ausfällt, sondern auch die Quote in den einzelnen Sektoren. Nur wenn jeder einzelne Sektor genügend Antworten aufweist, sind Interpretationen der verschiedenen Einstellungen möglich. Vor allem Personen aus den Bereichen Verwaltung (67 Prozent) und Verkehr/Städtebau (61) zeigten großes Interesse an der Elitenbefragung; aber auch die Stadträte (57) und Bezirksbeiräte (58) gaben bereitwillig Auskunft über ihre Einstellungen zum Projekt Stuttgart 21 und der Stuttgarter Lokalpolitik allgemein. Die Fallzahlen in den anderen Sektoren sind bis auf zwei Ausnahmen (Ausländervereinigungen und Verlage) ausreichend und weisen zwischen 31 und 51 Prozent Rücklauf auf. Die Repräsentanten ausländischer Vereinigungen und Vereinen waren am wenigsten bereit, den Fragebogen auszufüllen. Lediglich 15 Prozent dieser Gruppe beteiligten sich. Mögliche Gründe könnten Sprachprobleme oder ein geringes Interesse am lokalpolitischen Geschehen sein. Bei den Repräsentanten der 40 größten Verlage in Stuttgart gab es zwar einen guten Rücklauf von 34 Prozent, die Fallzahl ist mit 13 jedoch als gering zu bezeichnen. Damit diese Informationen nicht verloren gehen, wurden die Verlagsrepräsentanten dem Sektor Medien zugerechnet und die Repräsentanten ausländischer Vereinigungen dem Bereich Kultur.

Die wichtigen Ergebnisse der Befragung sind für alle Elitenmitglieder (N = 844) und für die nun insgesamt 17 Sektoren dargestellt. Auf eine Gewichtung der einzelnen Sektoren im Vergleich zu den identifizierten Positionen wird verzichtet. Die Anwendung der Positionsmethode verlangte eine Setzung, d.h. nur die Repräsentanten der größten Wirtschaftsunternehmen oder nur ein Drittel der Bezirksbeiräte kamen in die Auswahl (vgl. Anhang C, S. 356f). Insgesamt wurde versucht, für alle Sektoren eine ähnlich hohe Anzahl an Positionen zu identifizieren, nämlich ca. 100. Im Wirtschafts-, Medien- und Kultursektor ergaben sich jedoch nach den definierten Auswahlkriterien deutlich mehr Positionen. Da es keine Informationen darüber gibt, wieviele Mitglieder die Lokalelite hat, existiert somit auch keine Gewichtungsgrundlage.

<sup>244</sup> Seit SS 1999: Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politische Systeme und Politische Soziologie.

Tabelle 31: Überblick der Sektoren, Positionen und Anzahl der Befragten

Sektoren	Positionen	Anzahl Positionen	minus ungültige Adressen	Anzahl Befragte	Rücklaufquote
<b>Stadtrat</b>	Ratsmitglieder	60	-	34	57 %
<b>Politik</b>	Parteivorsitzende Landes-/Regional-/Kreisebene, Fraktionsvorsitzende Landtag, Regionalversammlung, Vorsitzender Verband Region Stuttgart, Stuttgarter Abgeordnete, Landtagsregierung, Staatssekretäre, Oberbürgermeister, ständige Stellvertreter, Vorsitzende politischer Gruppen	111	109	45	41 %
<b>Bezirksbeiräte</b>	Bezirksbeiräte in 23 Stadtteilen (300)	118	114	66	58 %
<b>Verwaltung Polizei/ Gerichte/ Militär</b>	Bürgermeisteramt, Stabsabteilungen, Amtsleiter, leitende Stadtdirektoren, Regionaldirektor, Bezirksvorsteher, Polizeipräsident, Direktoren der Polizei, Gerichtspräsident, Direktoren der Gerichte, Militär	103	-	69	67 %
<b>Wirtschaft</b>	Vorstand/Vorsitzende der größten Unternehmen, Banken und Versicherungen, Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerbe- und Handelsvereine, Kammern, Innungen	195	192	79	41 %
<b>Arbeit/ Gewerkschaft</b>	Vorsitzende der Landesverbände, Bezirksleiter der Ortsverbände, Personal- und Betriebsratsvorsitzende	126	123	50	41 %
<b>Medien</b>	Repräsentanten aus Rundfunk/Fernsehen, Chefredakteure, Stellvertreter, Vertreter von Medienverbänden, Lokaljournalisten, Mitglieder Landespressekonferenz	195	187	70	37 %
<b>Verlage</b>	Leiter, Repräsentanten, Direktoren der größten Verlage	40	38	13	34 %
	Interessengruppen				
<b>Ausländer</b>	Repräsentanten von Ausländervereinen, Mitglieder Ausländerausschuß	100	99	15	15 %
<b>Bildung/ Wissenschaft</b>	Leiter von Volkshochschule, Schulen, Fachhochschulen, Akademien, Universitäten, Vorstand/Vorsitzende akademischer, wissenschaftlicher Verbände, Vereine	102	-	50	49 %
<b>Bürgervereinigungen</b>	Repräsentanten/Vorsitzende von Bürgervereinigungen, -initiativen, -treffs, Kommunalverbänden	70	68	34	50 %
<b>Gesundheit</b>	Repräsentanten/Leiter von Krankenhäusern, Ärztevereinigungen, Gesundheits-/Naturheilvereinen, Selbsthilfegruppen	100	99	35	35 %
<b>Kirchen</b>	Repräsentanten kirchliche, religiöse Vereinigungen, Mitglieder Kirchengemeinderat	97	-	49	51 %
<b>Kultur</b>	Repräsentanten kultureller Einrichtungen (Museen, Theater, Orchester, Stiftungen), von Kultur- und Kunstvereinen, Heimat- und Traditionsvereinen	142	138	64	46 %
<b>Soziales/ Frauen/ Jugend</b>	Repräsentanten von sozialen Einrichtungen, Vereinigungen, Familien-/Frauenvereinen, Jugendvereinen, -verbänden, Mitglieder Jugendhilfeausschuß mit Stimmrecht	98	94	29	31 %
<b>Sport/ Freizeit/ Erholung</b>	Repräsentanten der größten Sportvereine/-verbände, Freizeit-/Erholungseinrichtungen, Hobby-/Geselligkeitsvereine	100	97	39	40 %
<b>Umwelt</b>	Repräsentanten von Umweltvereinigungen, Wander-, Naturschutz-, Kleingärtner-, Garten-, Obst-/Weinbau-, Tierschutz-Tierzucht-, Tierliebhabervereinen	100	98	49	50 %
<b>Verkehr</b>	Repräsentanten von Verkehrsverbänden, Verkehrsausschuß	39	-	24	62 %
<b>Städtebau</b>	Architektenvereinigungen, Städtebauausschuß	50	-	30	60 %
<b>GESAMT</b>		<b>1930</b>	<b>1895</b>	<b>844</b>	<b>45 %</b>

Nach der Bearbeitung des Forschungsstandes zur Community Power-Forschung ist klar, daß als Eliten nicht nur diejenigen Personen zu bezeichnen sind, die kommunale Entscheidungen treffen, sondern auch alle, die am Vermittlungs- und Informationsprozeß beteiligt sind (z.B. Lokaljournalisten, Repräsentanten von Bürger- und Kommunalvereinen). In Abgrenzung zu den Einstellungen der Bevölkerung ist es sinnvoll, diese Personen als homogene Gruppe zu behandeln. Sind jedoch Fragen nach dem Einfluß der einzelnen Elitenbereiche von Interesse, so ist eine detailliertere Darstellung angebracht. Bei der Untersuchung der politischen Responsivität in der Stadt Stuttgart stehen vor allem die Ratsmitglieder im Mittelpunkt des Interesses. Deshalb ist für diese Gruppe wichtig, daß der Rücklauf repräsentativ ausfällt.

Tabelle 32: Sitzverteilung im Stuttgarter Gemeinderat 1990-1999 (in Prozent)

	1990-1994	Befragung 1993	1994-1999	Befragung 1997
CDU	33,3	32,6	33,3	32,4
SPD	30,0	25,6	26,7	26,5
FDP	10,0	14,0	6,7	8,8
Bündnis90/Die Grünen	10,0	9,3	18,3	14,7
FWV/UBL	5,0	7,0	6,7	8,8
ÖDP	-	-	1,7	2,9
Republikaner	10,0	11,6	6,7	5,9
N	60	43	60	34

Quelle: Amtsblatt-Sonderdruck, Beilage im Amtsblatt der Landeshauptstadt Stuttgart, 04.02.1993 und 15.09.1994.

Die Sitzverteilungen im Gemeinderat für die Legislaturperioden von 1990 bis 1994 und von 1994 bis 1999 zeigen, daß die Beteiligung an beiden Ratsbefragungen für alle Fraktionen und Parteigruppierungen mit kleineren Abweichungen repräsentativ ist. Für die Auswertung werden die Angaben der Befragten nach der Sitzverteilung im Gemeinderat gewichtet. Die Parteimitgliedschaften der befragten Politiker und Bezirksbeiräte repräsentieren alle im Rat vertretenen Parteien. Vor allem SPD- und FDP/DVP-Mitglieder (Politiker: 33 Prozent) beteiligten sich an der Umfrage, etwas weniger die CDU-Mitglieder (Politiker: 11 Prozent). Auch Grüne-, FWV/UBL-, ÖDP- und REP-Mitglieder beantworteten den Fragebogen (vgl. Tabelle 33 im Anhang B, S. 321). Ihr Anteil entspricht in etwa den Größenverhältnissen in Stuttgart. Auch für die Bezirksbeiräte ist wichtig, daß der Rücklauf die Parteienzusammensetzung widerspiegelt. Von den 294 Bezirksbeiräten in 23 Stuttgarter Stadtteilen wurden 118 nach der Parteizugehörigkeit ausgewählt. Die CDU-Bezirksbeiräte beteiligten sich deutlich unterdurchschnittlich, die Grünen-, FWV- und REP-Bezirksbeiräte deutlich überdurchschnittlich (vgl. Tabelle 34 im Anhang B, S. 322). Deshalb wurde auch hier eine Gewichtung nach der parteilichen Gesamtverteilung vorgenommen.

Die Stuttgarter Führungskräfte aus der Verwaltung und den gesellschaftlichen Sektoren wurden nach ihrer Parteineigung befragt. Hier zeigt sich, daß ein Drittel keine Parteineigung aufweist. Ein weiteres Drittel der Eliten steht der CDU nahe und ein Fünftel der SPD, elf Prozent sind Grünen- und neun Prozent FDP/DVP-Anhänger. Die Nennungen für die Parteien FWV/UBL, ÖDP und REP sind zu vernachlässigen. Die Verteilung der vier Parteien in den einzelnen Sektoren ist durchaus verschieden (CRAMER's V .32). In den Bereichen Sport, Wirtschaft, Verkehr und Verwaltung beantworteten überdurchschnittlich viele CDU-Anhänger den Fragebogen und in den Bereichen Gewerkschaft, Bürgergruppen und Kirche überdurchschnittlich viele SPD-Anhänger. FDP/DVP-Anhänger sind vor allem im Gesundheits- und Städtebausektor und Grünen-Anhänger in den Sektoren Umwelt, Soziales und Medien zu finden. Nur die Bereiche Kultur und Bildung weisen eine ähnliche Verteilung der Anhänger der vier Parteien auf. Durch die Dominanz der CDU in der Stuttgarter Lokalpolitik ist klar, daß auch in der städtischen Verwaltung eher CDU-Anhänger vertreten sind. Die anderen Muster entsprechen weitgehend den inhaltlichen Schwerpunkten, den die Stuttgarter Parteien legen. Entsprechend finden sich in diesen Sektoren vermehrt Anhänger der jeweiligen Parteirichtung.

Neben den Elitendaten liegen für den selben Erhebungszeitraum repräsentative Daten für die Stuttgarter Bürger vor. Das statistische Amt der Stadt Stuttgart führt nach der ersten Bürgerbefragung im Jahr 1990 seit 1995 im Zwei-Jahres-Rhythmus eine Bürgerumfrage durch. Einen Schwerpunkt bilden die Einstellungen der Bürger zu allen kommunalen Aufgaben- und Problemfeldern. Im April 1997 wurden 6000 Stuttgarter<sup>245</sup> angeschrieben, 2405 Bürger beteiligten sich an der Befragung. Damit fällt die Rücklaufquote mit 40 Prozent etwas geringer als bei den Eliten aus, sie ist aber für eine schriftliche Befragung dennoch als hoch einzustufen. Zudem liegen die Ausgabenpräferenzen der Bürger für die Jahre 1995, 1999 und 2001 vor, so daß hier Wandlungstendenzen in den Einstellungen gezeigt werden können. Der Fokus der Untersuchung ist jedoch das Jahr 1997, da nur für diesen Zeitpunkt Informationen über die Einstellungen der Stuttgarter Ratsmitglieder, Bürger und weiterer Elitenmitglieder vorliegen.

### 2.1.2. Soziodemographischer Vergleich von Eliten und Bürger

Bevor die Einstellungen von Eliten und Bürgern untersucht werden, stellt sich die Frage, inwieweit die Führungskräfte der Bevölkerung in ihrer Sozialstruktur entsprechen. Bilden die Menschen in bestimmten (mehr oder weniger einflußreichen) Positionen eine "Klasse" für sich oder unterscheiden sie sich nicht sehr vom Durchschnittsbürger? Für den Vergleich der soziodemographischen Merkmale von Eliten und Bürgern liegen neben den Ergebnissen der Führungskräfte-Befragung 1997 die Strukturdaten der Stuttgarter Bevölkerung vor. Die Merkmale Geschlecht, Alter und Schulbildung werden vom Statistischen Amt regelmäßig erhoben und beziehen sich hier auf das Jahr 1996. Die Angaben zur Schulbildung und der Berufstätigkeit stammen aus der Volkszählung im Jahr 1987. Bezugsgröße ist die Gesamtbevölkerung, also deutsche und ausländische Einwohner (N = 560.925); bei den Merkmalen Schulbildung und Berufstätigkeit sind nur die wahlberechtigten Deutschen angegeben.

#### 2.1.2.1. Geschlecht

Die allgemein in Elitestudien festgestellte Unterrepräsentation von Frauen in politischen und gesellschaftlichen Führungspositionen trifft auch für die Stuttgarter Eliten zu (vgl. Tabelle 35 im Anhang B, S. 323). Im Gegensatz zum Anteil der Frauen in der Bevölkerung (52 Prozent) liegt der Anteil der weiblichen Führungskräfte bei den angeschriebenen Personen nur bei zwölf Prozent. Am höchsten ist der Frauenanteil im Stuttgarter Stadtrat (33 Prozent), am niedrigsten im Bereich Wirtschaft (zwei Prozent). Entsprechend niedrig ist der Frauenanteil bei den Eliten, die den Fragebogen beantwortet haben. Die Gesamtelite weist nur einen Frauenanteil von 15 Prozent auf, also 37 Prozent weniger als in der Bevölkerung. In den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Gewerkschaft, Verwaltung, Bürger-/Kommunalverbände, Städtebau, Bildung und Sport sind mindestens 90 Prozent der Befragten männlich. Dies entspricht auch den jeweiligen Anteilen der identifizierten Positionsinhaber. Nur der Sektor Soziales weist mehr weibliche als männliche Führungskräfte auf. 52 Prozent der Personen sind hier Frauen, dies entspricht dem Geschlechterverhältnis in der Bevölkerung. Aber auch die Bereiche Politik, Kultur, Stadträte, Umwelt, Gesundheit, Medien und Bezirksbeiräte haben im Vergleich zur Gesamtelite einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil in Führungspositionen.

#### 2.1.2.2. Alter

Die Stuttgarter Elitenmitglieder weisen eine deutliche Altersstruktur auf, deren Muster wiederum aus anderen Elitenstudien bekannt sind. Die unteren Jahrgänge sind im Vergleich zur

---

<sup>245</sup> Aus der Grundgesamtheit (alle Einwohner, die 18 Jahre oder älter sind) wurde jede 75. Person ausgewählt.

Stuttgarter Bevölkerung unterrepräsentiert (vgl. Tabelle 36 im Anhang B, S. 324). Nur zwölf Prozent der Führungspositionen sind von Personen, die jünger als 39 Jahre alt sind, besetzt. In der Bevölkerung haben diese Altersgruppen jedoch einen Anteil von 41 Prozent. Die oberste Altersgruppe (61-80 Jahre) hingegen, entspricht ca. dem Anteil in der Bevölkerung, nämlich ein Fünftel. Es sind vor allem Personen zwischen 39 und 60 Jahren, die in Stuttgart wichtige Funktionen wahrnehmen. Die Gründe für die Überrepräsentation der mittleren Alterskohorten liegen meist darin, daß diese über bessere Voraussetzungen für diese Positionen verfügen. D.h. sie haben sich bereits privat und beruflich etabliert, können geknüpfte Kontakte verwenden und sind mit kommunalen Gegebenheiten und Problemen vertraut. Deshalb sind auch die älteren Elitenmitglieder nicht unterrepräsentiert. Gerade weil sie meist jahrzehntelang ehrenamtliche oder hauptberufliche Spitzenpositionen bekleiden, sind sie aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Bekanntheit oft unentbehrlich. Die jüngeren Altersgruppen können diese Bedingungen noch nicht erfüllen und gelangen so nur selten in Führungspositionen.

### **2.1.2.3. Konfession**

Der Vergleich der konfessionellen Zugehörigkeit von Elitenmitgliedern und Stuttgarter Bürgern zeigt, daß der Anteil der Gläubigen bei den Eliten um zehn Prozent höher liegt als bei den Bürgern. Die Protestanten sind in der Gesamtelite leicht überrepräsentiert. Knapp 50 Prozent der Elitenmitglieder sind evangelisch, je ein Viertel sind katholisch oder gehören einer anderen bzw. gar keiner Glaubensgemeinschaft an. Die Dominanz von Protestanten ist ebenfalls ein bereits festgestelltes Phänomen, das auf historische Gründe zurückgeführt wird. Schon im Deutschen Kaiserreich spielte die Konfessionszugehörigkeit eine große Rolle für den Zugang zu Elitepositionen. Der Kulturkampf hatte eine Diskriminierung der katholischen Bevölkerung zur Folge, die sich vor allem in einer unterdurchschnittlichen formalen Bildung durchschlug. Erst die deutsche Teilung und die Säkularisierung der Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg beseitigte die deutlichen Konfessionsunterschiede in den deutschen Eliten.

### **2.1.2.4. Bildung und Berufstätigkeit**

Die schulische und berufliche Ausbildung stellt eine wichtige Voraussetzung für den Aufstieg in Führungspositionen dar. Dies zeigen alle Studien zur Auswahl von politischem und gesellschaftlichem Führungspersonal. Der Bildungsstatus der Stuttgarter Führungskräfte unterscheidet sich stark von dem der Gesamtbevölkerung. 14 Prozent der Eliten haben Abitur und 62 Prozent ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Dem steht ein Anteil von 20 Prozent in der Bevölkerung mit Abitur und zwölf Prozent mit Studium gegenüber. Umgekehrt haben lediglich neun Prozent der befragten Eliten einen Hauptschulabschluß, jedoch 37 Prozent der Stuttgarter Bürger. Auch hinsichtlich der Berufstätigkeit weichen die Elitenmitglieder stark von der Bevölkerung ab. Die größte Gruppe stellen die leitenden Angestellten (Elite: 30 Prozent, Bürger: acht Prozent), gefolgt von den Beamten im höheren Dienst (22 bzw. drei Prozent) und den Selbständigen (21 bzw. fünf Prozent). Dieses Verteilungsmuster wurde oft in Untersuchungen zur Zusammensetzung von Parlamenten festgestellt. Diese Ergebnisse zeigen sich nicht nur im deutschen Bundestag und in den Landtagen, sondern zunehmend auch in lokalen Körperschaften und anderen lokalen Ehrenämtern (z.B. Vereinsrepräsentation). Gründe hierfür dürften die ständig wachsenden Anforderungen sein, die mit einer kommunalpolitischen Tätigkeit bzw. einem Ehrenamt vor allem in Großstädten verbunden sind. Der Komplexitätsgrad der Aufgaben bzw. die Anzahl der Mitglieder in Vereinen nimmt zu und somit die zeitliche Beanspruchung aller ehrenamtlich Tätigen. Selbständige und Beamte verfügen über eine größere Dispositionsfreiheit in ihren Berufen und haben so bessere Voraussetzungen als Angehörige anderer Berufe, das Ehrenamt wahrzunehmen. Über ausreichend freie Zeit für ein

politisches bzw. gesellschaftliches Engagement verfügt auch die viertstärkste "Berufsgruppe" bei den Stuttgarter Eliten: die Rentner (sieben Prozent). Auch die besonderen Bedingungen der höheren Berufspositionen im öffentlichen Dienst bieten optimale Voraussetzungen. Hier ist eine größere Politiknähe und ein größeres Allgemeinwissen im Vergleich zu anderen Berufen gegeben. Ähnlich günstig sind auch die Chancen für leitende bzw. qualifizierte Angestellte in Großunternehmen und Verbänden. Arbeiter, kleinere Selbständige oder nicht in führender Position tätige Angestellte können nur nach Feierabend aktiv werden und müssen deshalb stark motiviert sein, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen.

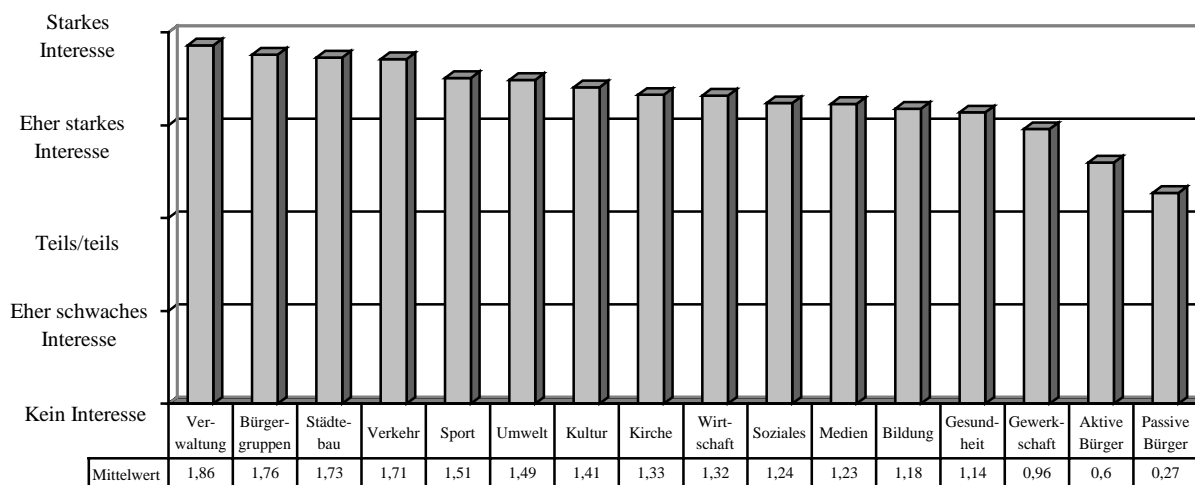
Für die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Stuttgarter Eliten läßt sich zusammenfassend feststellen: Die Stuttgarter Eliten bilden keineswegs einen sozialen Querschnitt der Bevölkerung. Sie unterscheiden sich darin jedoch nicht von den Elitenstrukturen, die in anderen Städten, auf anderen politischen Ebenen oder in anderen Ländern beobachtet werden.

## 2.2. EINSTELLUNGEN VON ELITEN UND BÜRGERN

### 2.2.1. Interesse an der Kommunalpolitik

Das Interesse an der Stuttgarter Kommunalpolitik ist bei den befragten Eliten sehr hoch. Mehr als die Hälfte der Führungskräfte geben an, daß sie sehr stark am lokalpolitischen Geschehen interessiert sind. Lediglich zwei Prozent zeigen kaum oder kein Interesse an der Lokalpolitik. Dies Ergebnis war zu vermuten, setzt doch die Beteiligung an einer schriftlichen Befragung ein gewisses Interesse am Thema der Umfrage voraus. Unterscheidet man das Interesse nach den einzelnen Sektoren, so gibt es nur kleinere Abweichungen. Es gibt keinen Bereich, in dem sich die Befragten nicht für das kommunalpolitische Geschehen interessieren. Im Gesamtvergleich sind die Gewerkschaftsvertreter insgesamt am wenigsten interessiert.

Abbildung 16: Kommunalpolitisches Interesse von Eliten und Bürgern (Mittelwerte)



Frage Elite (N = 683) und Bürger (N = 1924): Wie stark interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik in Stuttgart? Den Stadträten, Politikern und Bezirksbeiräten wurde diese Frage nicht gestellt. Aktive Bürger: Ehrenamtliche Tätigkeit bzw. Aktivität in lokalen Aufgabenbereichen, Passive Bürger: Keine ehrenamtliche Tätigkeit bzw. Aktivität.

Der Vergleich von Eliten und Bürgern zeigt, daß die Führungskräfte deutlich mehr lokalpolitisches Interesse aufweisen. Auch mehr als die Bürger, die in einzelnen Bereichen ein Ehrenamt inne haben oder aktiv tätig sind. Ein deutlicher Unterschied in den Interessenlagen ist auch bei den Organisationsmitgliedschaften bzw. ehrenamtlichen Tätigkeiten zu sehen. 36 Prozent der Bürger sind nicht in einem Verein oder einer Organisation Mitglied, dagegen aber nur zehn Prozent der Führungskräfte (vgl. Tabelle 37 im Anhang B, S. 325). Der größte An-

teil der Bürger ist in einer Organisation Mitglied (40 Prozent), nur ein Viertel in mehr als zwei Vereinigungen. Bei den Führungskräften hingegen sind 72 Prozent in mehr als zwei Vereinigungen eingetragene Mitglieder; zwölf Prozent der Befragten sogar in fünf oder mehr Vereinigungen. Auch bei den Ehrenämtern existiert ein großer Unterschied zwischen Eliten und Bürgern. Während knapp drei Viertel der Eliten ein Ehrenamt ausüben, sind es auf Bevölkerungsebene nur ein Drittel (vgl. Tabelle 38 im Anhang B, S. 325). Während sich die Bürger vor allem in den Bereichen Soziales, Sport, Kirche und Jugendarbeit ehrenamtlich engagieren, ist das Spektrum der Eliten deutlich breiter gefächert. Neben sozialen, kulturellen, sportlichen und kirchlichen Aufgaben widmen sich auch zwölf Prozent der Eliten politischen Aufgaben; bei den Bürgern führen lediglich zwei Prozent der Befragten politische Aufgaben aus.

Das politische Interesse der Stuttgarter Führungskräfte kann deshalb mit Ausnahme der Gewerkschaftsvertreter als sehr hoch eingestuft werden, das der Stuttgarter Bevölkerung ist eher moderat. Zwar informieren sich die Bürger regelmäßig über das kommunalpolitische Geschehen in Rundfunk und Fernsehen, den Printmedien oder in Gesprächen mit Kollegen und Bekannten (vgl. Tabelle 39 im Anhang B, S. 325). Das Interesse geht aber nicht soweit, daß auch politische Veranstaltungen von Bürgergruppen, Vereinen oder Parteien (zehn bis 13 Prozent) oder gar Gemeinderats- oder Bezirksbeiratssitzungen besucht werden (ein bis vier Prozent). Andererseits zeigen diese Daten, daß sich die Bevölkerung durchaus über das lokalpolitische Geschehen informiert. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Ausbildung sachpolitischer Einstellungen, die im Hauptteil der vorliegenden Arbeit untersucht werden. Zunächst geht es aber um die Frage, welche Akteure im kommunalpolitischen Entscheidungsprozeß als einflußreich wahrgenommen werden und über welche Ressourcen sie verfügen.

## 2.2.2. Einfluß kommunalpolitischer Akteure und relevante Ressourcen

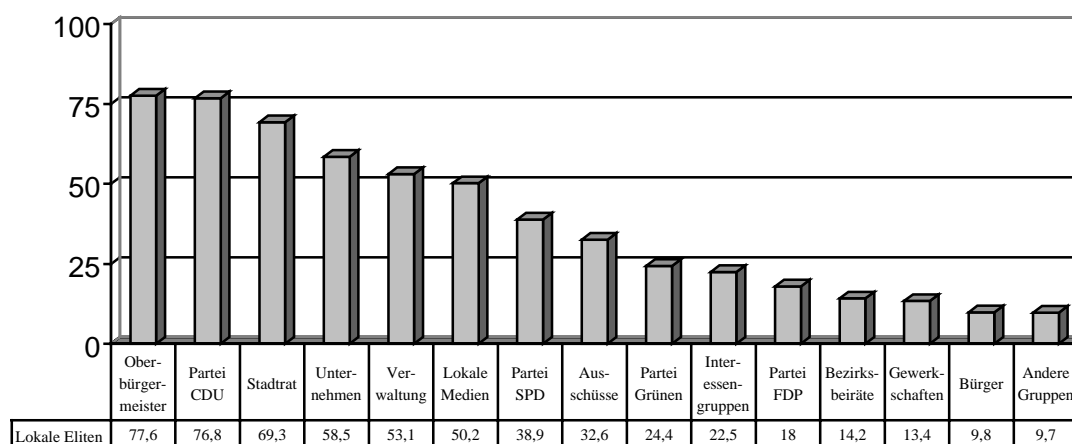
### 2.2.2.1. Einflußreiche Akteure

Abbildung 17 zeigt die Wahrnehmung der kommunalpolitischen Machtstruktur seitens der Stuttgarter Eliten. Die einflußreichste Person in der Stadt ist demnach der Oberbürgermeister. Dieses Ergebnis ist wenig überraschend, da die Gemeindeordnung in Baden-Württemberg die Position des Bürgermeisters extrem erhöht. Mehr als alle anderen Gemeindeverfassungen weist die Süddeutsche Ratsverfassung dem direkt von den Bürgern gewählten Stadtoberhaupt eine besondere Machtstellung zu. Die einköpfige Führungsstruktur kennt keine kollegialen Prinzipien, d.h. der Oberbürgermeister ist Leiter der Gesamtverwaltung und kann deshalb bindende Anweisungen an alle Bürgermeister bzw. Referatsleiter geben. Zudem ist er Vorsitzender des Gemeinderates und all seiner Ausschüsse. Seine Position wird auch durch seine Funktion als Vertreter der Stadt gestärkt, da das Bürgermeisteramt die Mittlerfunktion zwischen Gemeinde und den anderen politischen Ebenen darstellt. Die Stuttgarter Ergebnisse stimmen in der Hervorhebung der bürgermeisterlichen Vormachtstellung mit denen anderer Gemeindestudien überein. Hier wurde selbst in Gemeinden mit einer anderen Gemeindeordnung der Bürgermeister als einflußreichste Person identifiziert.

Allerdings muß der Oberbürgermeister seine dominierende Stellung mit dem lokalen Kreisverband der CDU teilen. Der Einfluß der CDU wird fast ebenso hoch eingestuft. Dies ist in Stuttgart nicht weiter problematisch, da der langjährige Oberbürgermeister Manfred Rommel ebenso der Partei CDU angehörte wie der amtierende Oberbürgermeister Wolfgang Schuster. D.h. in diesem Fall liegt keine Machtteilung, sondern eine Machtfusion vor. Eng mit der Partei der CDU hängt wohl auch die für die Süddeutsche Ratsverfassung eher ungewöhnlich hohe Machtreputation für den Gemeinderat zusammen. Knapp 70 Prozent der befragten Führungskräfte sehen den Stadtrat als einflußreichen Akteur in der Kommunalpolitik.



Abbildung 17: Die kommunalpolitische Machtstruktur in Stuttgart (in Prozent)



N = 844, Frage: Welche Gruppen, Organisationen oder Institutionen haben Ihrer Meinung nach einen besonders großen Einfluß auf die Kommunalpolitik in Stuttgart?

Eine plausible Ursache dafür könnte die langjährige Machtposition der CDU in der kommunalen Vertretungskörperschaft sein. In Tabelle 40 ist zu sehen, daß die CDU seit vielen Jahren in Koalition mit den Liberalen die Mehrheit hat. Allerdings keine klar überwiegende Mehrheit, weshalb auch den anderen lokalen Parteien eine relativ hohe Bedeutung zukommt. 39 Prozent der befragten Eliten sehen die SPD und 25 Prozent die Partei Bündnis90/Die Grünen als besonders einflußreich in der kommunalen Machthierarchie an.

Tabelle 40: Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Stuttgart 1975<sup>246</sup>-1999 (in Prozent)

	1975	1980	1984	1989	1994	1999
CDU	40,7	40,5	38,8	31,2	31,4	38,2
SPD	36,2	36,5	29,7	28,3	26,2	23,4
FDP/DVP	10,7	10,1	8,2	10,2	7,5	6,2
Bündnis90/Die Grünen	-	5,5	15,9	12,4	17,3	13,0
Republikaner	-	-	-	9,5	7,2	4,9
Freie Wählervereinigungen	5,6	4,0	5,5	5,4	7,9	11,1
Sonstige	6,9	3,4	1,9	2,9	2,6	3,2
Wahlbeteiligung	57,2	57,0	54,5	57,5	64,3	47,7

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Stuttgart

Für die Machtposition des Rates und der Verwaltung existieren in der Literatur zwei verschiedene Modelle: die legislative und die exekutive Führerschaft (vgl. GABRIEL 2000:16, GRAUHAN 1969). Im legislativen Modell wird dem Rat eine große Machtposition zugeschrieben, da die Mandatsträger aufgrund der direkten Bürgerwahl über eine hohe politische Legitimation verfügen. Dank dieser direkten Legitimation verfügt der Rat über die Allzuständigkeit in der Gemeinde. Allerdings besteht in diesem Modell die Gefahr, daß die Abgeordneten vor allem ihrer eigenen Wählerklientel gegenüber responsiv sind und aus Gründen der Wiederwahl nur die Interessen dieser Gruppen bei den politischen Entscheidungen berücksichtigen. Im Modell der exekutiven Führerschaft hingegen wird der professionellen Stadtverwaltung eine höhere Kompetenz und Effizienz zugewiesen. Im Gegensatz zu den wählerabhängigen Räten sei hier eine höhere Repräsentation gegenüber dem Allgemeinwohl gegeben.

<sup>246</sup> Erste Gemeinderatswahl nach der Gebietsreform im Jahr 1973.

Auch wird allgemein angeführt, daß im Gegensatz zur nationalen Ebene des politischen Systems die lokalen Mandatsträger ihre Vertretung ehrenamtlich ausüben. Deshalb müssen die Räte in vielerlei Hinsicht einen Informationsvorsprung und eine professionellere Organisation der Verwaltung bei den kommunalpolitischen Angelegenheiten hinnehmen. Obwohl der Rat über die formale Organisation der Verwaltung und den städtischen Haushalt entscheidet sowie ein Stimmrecht bei der Besetzung wichtiger Verwaltungspositionen hat, wird sein Einfluß im Verhältnis zur Verwaltung deutlich geringer eingestuft (vgl. DERLIEN u.a. 1976, GABRIEL 1984, SIMON 1987, GABRIEL 2000:231f). Auch die Kommunalverfassung in Baden-Württemberg läßt erwarten, daß der Stadtverwaltung eine deutlich höhere Macht Reputation zukommt als dem Rat. In der Stadt Stuttgart existieren nach Einschätzung der befragten Führungskräfte beide Führungsmodelle. Sowohl dem Rat (70 Prozent) wie auch der Verwaltung (53 Prozent) wird eine wichtige Rolle in der Lokalpolitik zuerkannt. Wie oben bereits angeführt, liegt die sehr hohe Einfluß Reputation der Vertretungskörperschaft vermutlich an der langjährigen CDU-Dominanz, die mit der Führungsstruktur in Politik und Verwaltung einhergeht.

Für die Stuttgarter Bezirksbeiräte bestätigen sich die in der Literatur postulierten Annahmen. Den Stadtteilvertretungen wird nur von sehr wenigen Befragten großer Einfluß attestiert. Ebenfalls mit den Ergebnisse aus anderen Studien übereinstimmend, wird der Einfluß der lokalen Wirtschaft als hoch eingeschätzt. Knapp sechzig Prozent der Befragten sehen diesen Sektor als sehr einflußreich an. Für den Einfluß der lokalen Medien bestätigt sich die Hypothese, daß die Lokalredakteure nicht als Sprachrohr der Politiker fungieren, sondern einen eigenständigen, relativ großen Einfluß auf die Stuttgarter Kommunalpolitik haben.

Insgesamt läßt die Machtstruktur in Stuttgart vier unterschiedliche Segmente erkennen. Die erste Gruppe umfaßt die Akteure mit dem größten Einfluß auf kommunale Entscheidungen: Oberbürgermeister, CDU und Gemeinderat. Die Akteure der zweiten Gruppe (Unternehmen, Verwaltung, lokale Medien, SPD) haben etwas weniger Macht, aber diese ist immer noch überdurchschnittlich hoch. Der Einfluß der Ratsausschüsse, der Parteien Bündnis90/Die Grünen und der FDP sowie der Interessengruppen wird eher moderat eingeschätzt. Schließlich hat eine letzte Gruppe von Akteuren nach Ansicht der Führungskräfte keinen nennenswerten Einfluß auf die Lokalpolitik: Bezirksbeiräte, Gewerkschaften und Bürger. Allerdings macht es einen Unterschied, welcher Sektor die Beurteilung über die Machtstruktur abgibt. Einige Sektoren wie z.B. die Stadträte oder die Bezirksbeiräte schreiben sich selbst mehr Einfluß zu. Die Ratsmitglieder weisen aber auch den lokalen Medien deutlich mehr Macht zu als die anderen Sektoren und die befragten Gewerkschaftler sehen die Stadtverwaltung deutlich weniger einflußreich. Insgesamt sind die Einstufungen der einzelnen Sektoren aber nur für die Unternehmen und die Gewerkschaften signifikant verschieden (vgl. Tabelle 41 im Anhang B, S. 326). So weisen die Bereiche Umwelt, Soziales und Bildung der lokalen Wirtschaft deutlich mehr Einfluß und die Bereiche Gesundheit, Gemeinderat und Verkehr deutlich weniger Einfluß zu als der Durchschnitt. Die Befragten aus den Sektoren Gesundheit, Kirche und Sport stufen die Gewerkschaften einflußreicher ein als die anderen Führungskräfte.

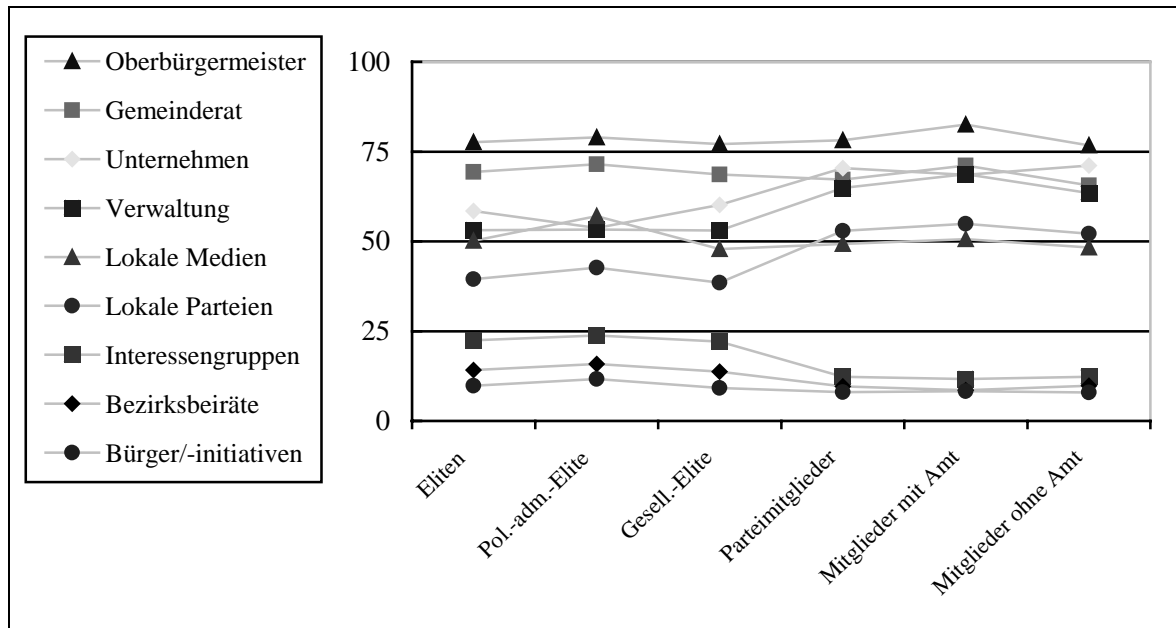
Für die kommunale Einflußstruktur in Stuttgart liegen interessante Vergleichsdaten vor. Das Institut für Sozialwissenschaften führte im Jahr 2000 eine Parteimitgliederstudie in Stuttgart durch. Auch den Mitgliedern von CDU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen wurde die Frage nach der lokalen Machtstruktur gestellt. Für den Vergleich mit der Einschätzung der lokalen Machtstruktur mit den Eliten wurden beide Gruppen nochmals aufgesplittet. Abbildung 18 zeigt, daß die Einfluß Reputation der Stuttgarter Eliten unabhängig davon, ob man die Führungskräfte insgesamt oder unterteilt in politisch-administrative bzw. gesellschaftliche Elite betrachtet, sehr einheitlich ausfällt.<sup>247</sup> Die Stuttgarter Parteimitglieder bestätigen unab-

---

<sup>247</sup> SPEARMAN's  $r$  Eliten-Politisch-administrative Elite .95, Eliten-Gesellschaftliche Elite 1.00, Politisch-administrative Elite-Gesellschaftliche Elite .95 (vgl. Tabelle 43 im Anhang B, S. 327). Der Rangkorrelationskoeffizient SPEARMAN's  $r$  vergleicht die Rangordnungen zweier Verteilungen. Bei einer vollständigen Übereinstimmung nimmt er den Wert 1.00 an, sind die Rangordnungen völlig entgegengesetzt, beträgt der Wert -

hängig davon, ob sie ein Amt inne haben oder nicht, die von den Führungskräften wahrgenommene Machtstruktur.<sup>248</sup> Sie schreiben jedoch den Interessengruppen, Bezirksbeiräten und Bürgern noch etwas geringeren Einfluß zu. Auch wird der Einfluß der Wirtschaft und der Parteien von den Parteimitgliedern etwas höher eingestuft. Die Parteimitglieder bekamen allgemein die Frage nach dem Einfluß der lokalen Parteien auf die Kommunalpolitik gestellt, die Führungskräfte sollten hingegen die Parteien CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen einzeln bewerten. Der Vergleich der Perzeptionen der Machtstruktur seitens der Stuttgarter Führungskräfte und der Parteimitglieder zeigt somit nur geringfügige Unterschiede. Dies ist ein weiteres Validitätskriterium für die Ergebnisse der Führungskräftebefragung.

Abbildung 18: Lokale Machtstruktur im Vergleich von Eliten und Parteimitgliedern (in Prozent)



Elite-Frage: "Welche Gruppen, Organisationen oder Institutionen haben Ihrer Meinung nach einen besonders großen Einfluß auf die Kommunalpolitik in Stuttgart?", Parteimitglieder-Frage: "Wie hoch schätzen Sie den Einfluß der folgenden Personen und Organisationen auf die Kommunalpolitik ein?" (Nur Antwortkategorien "Sehr hoch"/"Eher hoch")  
Für die Eliten wurde für die Einstufung der lokalen Parteien das arithmetische Mittel aus der Bewertung für die Parteien CDU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen berechnet, Daten siehe Tabelle 42 im Anhang B, S. 327.

### 2.2.2.2. Ressourcen kommunalpolitischer Akteure

Nachdem im vorigen Abschnitt gefragt wurde, welche Akteure einen besonders großen Einfluß in der Stuttgarter Kommunalpolitik besitzen, wird nun untersucht, ob einzelne Akteure überhaupt Durchsetzungskraft haben. Gleichzeitig sollten die Führungskräfte angeben, welche Einflußressourcen sie den jeweiligen Akteuren zuschreiben. Die geringe Einflußreputation für die Gewerkschaften, Bezirksbeiräte und Bürger bestätigt sich auch hier (vgl. Tabelle 44, S. 241). Knapp 40 Prozent der Befragten sind der Ansicht, die Bürger haben keine Durchsetzungskraft in der Lokalpolitik. Wenn ihnen überhaupt eine Einflußressource zugeschrieben wird, dann die Glaubwürdigkeit ihrer Anliegen. Weitere 23 bis 29 Prozent der Führungskräfte sehen die Gewerkschaften bzw. Bezirksbeiräte ohne kommunalpolitischen Einfluß. Den Gewerkschaftsmitgliedern werden von immerhin einem Viertel der Führungskräfte gute Kontakte attestiert und damit eine Möglichkeit, Einfluß auf die Lokalpolitik zu nehmen.

1.00. Ein negatives Vorzeichen deutet tendenziell auf eine Nichtübereinstimmung zweier Rangskalen hin, ein positives Vorzeichen zeigt eine Übereinstimmung an.

<sup>248</sup> SPEARMAN's r Parteimitglieder-PMG mit Amt .95, Parteimitglieder-PMG ohne Amt .100, PMG mit Amt-PMG ohne Amt .95.

Alle anderen Akteure werden als einflußreich gesehen, allerdings variieren sie nach Einschätzung der Stuttgarter Eliten in ihrer Ressourcenausstattung. Die Zuweisungen der einzelnen Ressourcen zu den kommunalen Akteuren bestätigen die Annahmen aus der Community Power-Forschung. Der Oberbürgermeister, der Gemeinderat und die Verwaltung können vor allem ihre amtliche Befugnis einsetzen, aber auch die guten Kontakte in der Gemeinde. Der oberste Stadtherr weist zudem hohe Informiertheit und Glaubwürdigkeit auf, die Stadtverwaltung die Faktoren Informationsvorsprung, Fachwissen, Personal und Geld. Der kommunalen Selbstverwaltung werden von allen Akteuren die meisten Einflußressourcen zugesprochen. Das Recht des Gemeinderates, über den städtischen Haushalt zu entscheiden, wird von 37 Prozent der Befragten als wichtiger Einflußfaktor gesehen. Das Informationsniveau der kommunalen Vertretung wird zwar nicht so hoch wie das des Oberbürgermeisters oder der Verwaltung eingestuft, es stellt dennoch eine einflußreiche Ressource dar.

Die politisch-administrative Elite sieht ihre jeweilige Partei als relativ mächtig an und weist ihr vor allem die Attribute Glaubwürdigkeit, gute Kontakte, Fachwissen und Informationen zu. Aber auch den Konkurrenten werden gute Kontakte und Informationen zugesprochen. Diese beiden Faktoren sind auch für die lokalen Medien ausschlaggebend. Die lokale Wirtschaft verfügt ebenso wie in den anderen kommunalpolitischen Studien vor allem über Geld, gute Kontakte und Fachwissen. Nur drei Prozent der Eliten stufen diesen Sektor als machtlos in der Kommunalpolitik ein. Die Gemeinderatsausschüsse werden in Stuttgart etwas weniger einflußreich eingestuft als in anderen Großstädten. Dennoch verfügen sie über wichtige Ressourcen wie Informationen oder Fachwissen, die für den einzelnen Entscheidungsprozeß relevant sind. Möglicherweise unterscheiden sich die einzelnen Ausschüsse stark in ihrer Einflußnahme, so daß eine Gesamtbewertung hinter dem tatsächlichen Einfluß einzelner Ausschüsse zurückbleibt. Schließlich werden die Stuttgarter Interessengruppen vor allem aufgrund guter Kontakte und ihrem Fachwissen als einflußreich eingestuft. Informationen bzw. Glaubwürdigkeit spielen hier nur eine untergeordnete Rolle.

Tabelle 44: Einflußressourcen lokaler Eliten und Bürger (in Prozent)

	Amtliche Befugnis	Gute Kontakte	Information	Fachwissen	Glaubwürdigkeit	Personal	Geld	Kein Einfluß	N
Oberbürgermeister	<b>76</b>	<b>44</b>	<b>43</b>	24	<b>29</b>	19	14	2	844
Verwaltung	<b>50</b>	9	<b>42</b>	<b>43</b>	5	<b>36</b>	<b>28</b>	3	844
Unternehmen	- <sup>1</sup>	<b>48</b>	19	<b>28</b>	5	15	<b>56</b>	3	844
Gemeinderat	<b>53</b>	<b>28</b>	<b>29</b>	11	10	4	<b>37</b>	3	844
Andere Parteien	8	<b>52</b>	<b>29</b>	15	7	12	15	4	145 <sup>2</sup>
Lokale Parteien	10	<b>49</b>	<b>30</b>	8	5	7	9	5	699 <sup>3</sup>
Lokale Medien	-	<b>44</b>	<b>51</b>	19	16	9	5	6	844
Eigene Partei	8	<b>46</b>	<b>25</b>	<b>36</b>	<b>46</b>	17	2	8	145
Ausschüsse	22	18	<b>33</b>	<b>32</b>	5	3	12	9	844
Interessengruppen	-	<b>36</b>	16	<b>26</b>	10	8	15	9	844
Gewerkschaften	-	<b>25</b>	12	13	6	11	7	<b>23</b>	844
Bezirksbeiräte	9	18	12	11	9	2	1	<b>29</b>	844
Bürger	-	7	2	6	14	2	1	<b>39</b>	844

<sup>1</sup> Einflußressource wurde nicht abgefragt. <sup>2</sup> Diese und die Antwortmöglichkeit "Eigene Partei" war nur in den Fragebögen der Ratsmitglieder, der Bezirksbeiräte und dem politischen Sektor enthalten. <sup>3</sup> Diese Antwortmöglichkeit war in den Fragebögen der Ratsmitglieder, der Bezirksbeiräte und dem politischen Sektor nicht enthalten.

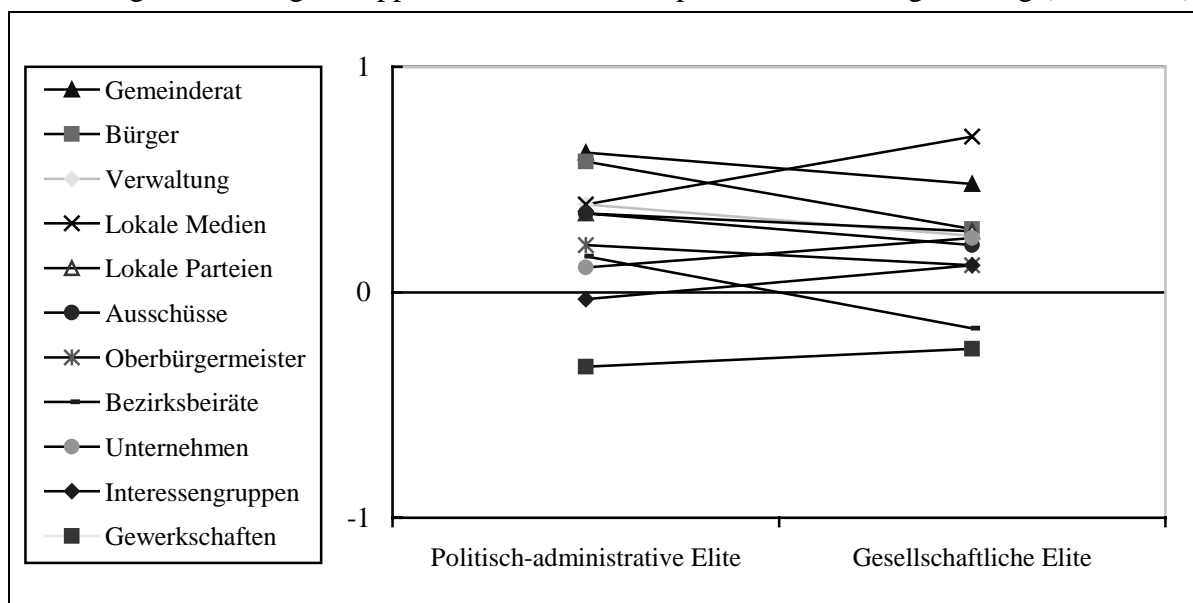
Frage: "Nun hätten wir gerne eine Beurteilung von Ihnen, ob diese Gruppen überhaupt Durchsetzungskraft im kommunalpolitischen Bereich haben und wenn ja, auf welche Faktoren Sie dies vor allem zurückführen (Mehrfachnennungen möglich)"

### 2.2.2.3. Wichtige Gruppen für die kommunalpolitische Meinungsbildung

Auch wenn die Stuttgarter Führungskräfte einflußreiche Akteure bzw. deren Ressourcen wahrnehmen, ist noch nicht gesagt, daß Sie sich in ihrer eigenen Meinungsbildung auch davon beeinflussen lassen. Deshalb wurde explizit danach gefragt, wie wichtig einzelne Akteure bzw. Gruppen für die Meinungsbildung sind. Die Ergebnisse zeigen, daß es wenig Sinn macht, diesbezüglich die Gesamtelite zu betrachten. Zu unterschiedlich sind die Orientierungsobjekte der politisch-administrativen und der gesellschaftlichen Elite (SPEARMAN'S  $r = .78$ ). Da die gesellschaftliche Elite zahlenmäßig klar überlegen ist, gehen die Spezifika für die politisch-administrative Elite (Stadträte, Politiker, Bezirksbeiräte und Verwaltungsmitglieder) verloren. In Abbildung 19 ist zu sehen, daß für die politisch-administrative Elite vor allem die Ansicht des Gemeinderates bzw. der Bürger für ihre kommunalpolitische Meinungsbildung zählt. Erst danach folgen mit einigem Abstand die lokalen Medien und die lokalen Parteien. Die gesellschaftliche Elite hingegen orientiert sich geschlossen in erster Linie an der Medienberichterstattung, bevor sie sich über kommunale Themen eine Meinung bildet. Danach folgt mit einigem Abstand die Orientierung am Stuttgarter Stadtrat und die Berücksichtigung der Bürger bzw. der lokalen Parteien. Auch spielen die Bezirksbeiräte in der Meinungsbildung der politisch-administrativen Elite eine weit größere Rolle als bei der gesellschaftlichen Elite. Für diese sind dafür die Interessengruppen von größerer Bedeutung. Die Ansichten des Oberbürgermeisters, der Gemeinderatsausschüsse und der lokalen Wirtschaft sind für beide Elitegruppen eher wichtig, die der lokalen Gewerkschaften eher unwichtig.

Die einzelnen Sektoren unterscheiden sich kaum hinsichtlich der Mediendominanz, lediglich die Stuttgarter Stadträte und die Bezirksbeiräte stufen deren Einfluß auf ihre eigene Meinungsbildung etwas geringer als die anderen Elitenmitglieder ein (vgl. Tabelle 45b im Anhang B S. 329). Danach werden die Prioritäten z.T. deutlich anders von der Gesamtbewertung gesetzt. So orientieren sich die Bezirksbeiräte und die Bürgergruppen nach eigener Aussage klar an den Bürgeransichten. Bei den Stadträten steht die Bevölkerung zwar auch ganz oben, davor interessieren sich die Mandatsträger aber für die Ansichten ihrer eigenen Partei. Bei den Politikern rangieren vor den Bürgern neben der eigenen Partei die lokalen Medien. Auch die Medien selbst sowie die Bereiche Umwelt und Soziales stufen die Bürger ganz oben auf ihrer Orientierungsliste ein.

Abbildung 19: Wichtige Gruppen für die kommunalpolitische Meinungsbildung (in Prozent)



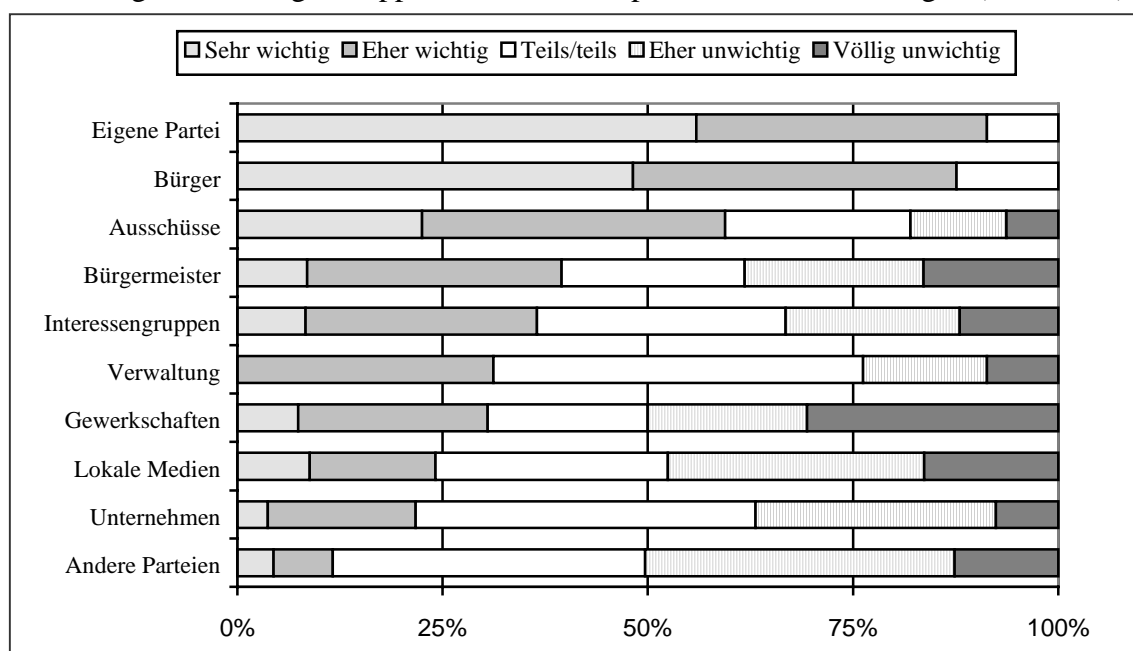
Frage: Wie wichtig sind die folgenden Gruppen, Organisationen bzw. Institutionen für Ihre kommunalpolitische Meinungsbildung? (+1 = Sehr/eher wichtig, 0 = Teils/teils, -1 = Eher/völlig unwichtig), Daten siehe Tabelle 45a im Anhang B, S. 328.

Die detaillierte Betrachtung der einzelnen Elitesektoren ermöglicht, gewisse Tendenzen eines möglichen Vorentscheiderkreises auszumachen. So erscheint plausibel, daß nicht zu diesem Kreis gehörende Elitesektoren eher die Medien bzw. die Bürger als Orientierungsobjekte nennen. Sie haben nur geringen Kontakt zur politisch-administrativen Elite und orientieren sich aufgrund mangelnder Gelegenheit bzw. Information wenig an deren Ansichten. So ist z.B. auffällig, daß sich die Bereiche Wirtschaft, Sport und Verkehr in erster Linie an der Ansicht des Oberbürgermeisters orientieren, andererseits bei den Bürger- oder Umweltgruppen dieser Akteur eine geringe Rolle für die lokalpolitische Meinungsbildung spielt. Leider wurde die direkte Frage nach der Existenz eines oder mehrerer Vorentscheiderkreise(s) nach einer zuvor Mitte der 90er Jahre gescheiterten Befragung zum Thema Elitennetzwerke in die Führungskräftebefragung nicht aufgenommen. Dies ist für die vorliegende Fragestellung auch weniger von Interesse. Aus demokratietheoretischer Sicht ist vor allem wichtig, an wessen Einstellungen sich die gewählten Ratsmitglieder bei ihren Entscheidungen orientieren.

#### 2.2.2.4. Wichtige Gruppen für kommunalpolitische Entscheidungen

Abbildung 20 zeigt, daß vor allem die eigene Partei der gewählten Mandatsträger für deren Entscheidungen im Gemeinderat eine große Rolle spielt. Über die Hälfte der Befragten sehen diese Gruppe als sehr wichtig, weitere 25 Prozent als wichtig an. Gleich danach folgen die Bürger als wichtige Orientierungsobjekte für die kommunalpolitischen Entscheidungen im Stadtrat. Auch hier sind 88 Prozent der befragten Abgeordneten der Ansicht, die Bürgerpräferenzen sind sehr bzw. eher wichtig für sie. Im Gegensatz zur oben festgestellten eher mittleren Machtreputation der Gemeinderatsausschüsse, spielen diese für die Räte eine relativ große Rolle. Auch dem Bürgermeister, der Verwaltung und den Wirtschaftsunternehmen wurde von den befragten Führungskräften insgesamt eine größere Bedeutung beigemessen als sich in den Orientierungsmodi der Stuttgarter Gemeinderäte zeigt. Am wenigsten wichtig sind die Ansichten der anderen Parteigruppierungen für die lokale Entscheidungsfindung.

Abbildung 20: Wichtige Gruppen für kommunalpolitische Entscheidungen (in Prozent)



N = 34, Frage: "Wie wichtig sind die folgenden Gruppen, Organisationen oder Institutionen für Ihr Entscheidungsverhalten im Stuttgarter Stadtrat?" Daten siehe Tabelle 45b im Anhang B S. 329.

Sicher spielt für die Bedeutung einzelner Akteure die Parteizugehörigkeit eine wichtige Rolle. Tatsächlich zeigt ein Vergleich der Rangordnungen, daß die Einschätzungen der Parteienvertreter nur geringfügig übereinstimmen<sup>249</sup>. Zwar stehen für alle Ratsmitglieder ihre eigene Partei und die Bürger an oberster Stelle für ihre kommunalpolitische Meinungsbildung, danach werden aber je nach Parteizugehörigkeit der Gemeinderäte die anderen Gruppen anders gewichtet (vgl. Tabelle 47). So spielen die Ratsausschüsse für die FWV/UBL-Vertreter (-0,91) eine deutlich geringere bzw. für die REP-Vertreter (+0,59) eine größere Rolle als für die anderen Ratsmitglieder. Die Ansicht der Verwaltung findet bei Entscheidungen der ÖDP-, FDP/DVP-, Grünen- und SPD-Stadträte größere Berücksichtigung als bei den FWV/UBL-, REP- und CDU-Stadträten. Natürlich wird auch der Einfluß des Oberbürgermeisters je nach Partei unterschiedlich bewertet. Da er das CDU-Label trägt, orientieren sich die Vertreter dieser Partei aber auch der FDP/DVP stärker an seinen Einstellungen als die anderen Stadträte. Zu erwarten war auch, daß SPD-Räte überdurchschnittlich die Ansichten der Gewerkschaften berücksichtigen. Die Grünen fassen mehr als die anderen Akteure die Medienberichterstattung ins Auge. Auch für die Frage der Parteineigung hatte sich gezeigt, daß im Mediensektor relativ viele Grünen-Anhänger den Fragebogen beantwortet haben. Es scheint so, daß Grünen-Anhänger zu einem relativ hohen Anteil in dieser Branche tätig sind und deshalb auch die Grünen-Ratsmitglieder die Medienberichterstattung mehr als andere Stadträte berücksichtigen. Für die FWV/UBL- und ÖDP-Räte spielen die Medien dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Auch der Einfluß der Interessengruppen variiert mit der Parteizugehörigkeit. Vor allem Grüne-, FDP/DVP- und REP-Stadträte orientieren sich an ihren Ansichten, weniger dagegen Vertreter der freien Wählervereinigungen und der CDU.

Tabelle 47: Wichtige Gruppen nach Parteizugehörigkeit der Ratsmitglieder (Mittelwerte)

Wichtigkeit	Räte	Rang	CDU	Rang	SPD	Rang	FDP/DVP	Rang	Grüne	Rang	FWV/UBL	Rang	ÖDP	Rang	REP	Rang
Eigene Partei	0,91	1	-0,09	2	+0,09	1	+0,09	1	+0,09	1	-0,41	1	+0,09	3	+0,09	1
Bürger	0,88	2	-0,03	1	-0,17	2	+0,12	1	+0,12	1	-0,38	1	-	-	+0,12	1
Ausschüsse	0,41	3	-0,05	3	+0,26	3	+0,09	4	-0,16	6	-0,91	4	-0,41	3	+0,59	1
Verwaltung	0,07	4	-0,16	6	+0,22	5	+0,43	4	+0,43	4	-1,07	5	+0,93	1	-0,57	6
Interessen	0,03	5	-0,33	7	-0,03	6	+0,47	4	+0,57	3	-1,03	5	-	-	+0,47	4
Bürgermeister	0,01	6	+0,35	3	-0,30	10	+0,99	1	-0,51	10	-1,01	5	+0,01	3	+0,01	5
Unternehmen	-0,15	7	+0,15	5	+0,15	6	+0,15	7	-0,18	9	+0,15	3	-0,85	4	-0,85	8
Gewerkschaften	-0,20	8	-0,10	7	+0,58	4	-0,8	10	+0,20	7	-0,80	5	-	-	-0,80	8
Lokale Medien	-0,23	9	-0,17	9	+0,09	8	-0,27	8	+0,73	4	-0,77	5	-0,77	4	-0,27	6
Andere Parteien	-0,39	10	-0,01	9	-0,25	8	-0,11	8	-0,14	8	+0,61	5	-0,39	3	+0,61	8

Frage: "Wie wichtig sind die folgenden Gruppen, Organisationen oder Institutionen für Ihr Entscheidungsverhalten im Stuttgarter Stadtrat?" (Skala von +1 = Sehr/eher wichtig, 0 = Teils/teils, -1 = Eher/völlig unwichtig)

Somit zeigt sich eine gewisse Diskrepanz zwischen der Machtreputation einzelner kommunalpolitischer Akteure und den Aussagen der Stuttgarter Stadträte über ihr Orientierungsverhalten. Ob und inwieweit sich diese Widersprüche konkret für einzelne politische Sachfragen bestätigen, sollen die folgenden Analysen klären.

<sup>249</sup> Tabelle 46: Wichtige Gruppen nach Parteizugehörigkeit (SPEARMAN's r)

	Rat	CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE	FWV/UBL	ÖDP
CDU	.86a						
SPD	.77a	n.s.					
FDP/DVP	.82a	.84a	n.s.				
Grüne	.64b	n.s.	.67b	n.s.			
FWV/UBL	.67b	.79a	.72b	n.s.	n.s.		
ÖDP	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	
REP	.86a	.71b	n.s.	.80a	.65b	n.s.	n.s.

Für alle Korrelationskoeffizienten gilt a:  $p \leq .01$  und b:  $p \leq .05$

## 2.3. KOMMUNALPOLITISCHE AUSGABENPRÄFERENZEN VON ELITEN UND BÜRGERN

In der vorliegenden Arbeit wird die politische Responsivität der Stuttgarter Ratsmitglieder für die Policy-Präferenzen der Bürger und anderer lokalpolitischer Akteure untersucht. D.h. hier richtet sich Responsivität nicht auf spezifische Dienstleistungen für die Wählerschaft (service responsiveness), auf bestimmte Vorteile, die der Abgeordnete erwirken kann (allocation responsiveness) oder auf symbolische Handlungen (symbolic responsiveness), sondern auf bestimmte Politikbereiche (policy responsiveness, vgl. EULAU/KARPS 1978:62f). In der deutschen Kommunalforschung existieren einige Arbeiten zum Thema Ausgabenpräferenzen (vgl. ARZBERGER 1980, GABRIEL 1992, GABRIEL u.a. 1992, GABRIEL u.a. 1993, BRETTSCHEIDER 1997, WALTER 1997a/1997b, FRERK 1998, GABRIEL/BRETTSCHEIDER 1998). Die Autoren untersuchen in erster Linie kreisfreie Städte, da diese als Selbstverwaltungskörperschaften und als untere staatliche Verwaltungsbehörden ihre Aufgaben in Eigenregie erfüllen können (vgl. GUNLICKS 1986). "Die Aufgaben der kreisfreien Städte entsprechen weitgehend dem Prinzip der Universalität des kommunalen Wirkungskreises. Wichtige kommunale und wohlfahrtsstaatliche Aufgaben wie z.B. der Bau und Unterhalt weiterführender Schulen, werden nur von kreisfreien Städten erfüllt" (GABRIEL u.a. 1990:162). Zudem unterscheiden sich die deutschen Länder in der Organisation kommunaler Selbstverwaltung, so daß nur die Aufgaben kreisfreier Städte zwischen den Bundesländern vergleichbar sind. An diese Untersuchungsdesigns bzw. Fragekataloge wird hier angeknüpft; so diente der von GABRIEL u.a. (1992) eingesetzte Fragenkatalog<sup>250</sup> als Vorlage für die Bürgerumfrage 1997 in Stuttgart. Oberbürgermeister und Verwaltung genehmigten eine Erweiterung der in den Umfragen zuvor verwendeten Fragebatterie zu kommunalpolitischen Ausgabenpräferenzen, um eine bessere Vergleichbarkeit zu anderen Bürger- und Ratsbefragungen herzustellen.

Außer in der ARZBERGER-Studie wurden bisher nur die Ausgabenpräferenzen von Ratsmitgliedern und Bürgern untersucht, Elitenbefragungen mit diesem Fokus liegen nicht vor. In den Untersuchungsstädten von ARZBERGER zeigte sich, daß die Eliten in der Prioritätensetzung für zehn Aufgabenbereiche nur in den Kleinstädten mit den Bürgern einigermaßen übereinstimmen, in den Großstädten gab es kein Zusammenhang zwischen Eliten- und Bürgerprioritäten. Vor allem bei den Themen Öffentliche Sicherheit und Gesundheit sahen die Bürger deutlich mehr Handlungsbedarf als die Elitenmitglieder. Für die Führungskräfte in der Großstadt Frankfurt waren vor allem die Themen Wohnen, Verkehr und Umweltschutz wichtig. Die ARZBERGER-Studie fand in den Jahren von 1975 bis 1979 statt, von Interesse ist nun, bei welchen kommunalen Themen die Elitenmitglieder Ende der 90er Jahre Schwerpunkte legen.

Seit Beginn der 80er Jahre existiert in der Kommunalwissenschaft ebenso wie auf der nationalen Ebene die These vom Wertwandel (vgl. GABRIEL u.a. 1992). Nach dem Annahmen der Wertwandelstheorie kommen die Impulse für eine Neudefinition der politischen Agenda aus den veränderten Wertvorstellungen der kommunalen Führungsgruppen, aber auch aus den veränderten Erwartungen der Bürger an die Kommunen (vgl. GABRIEL 1992:153). "Nachdem die meisten Kommunen in der Vergangenheit die grundlegende materielle Infrastruktur erstellten, richten sich die Forderungen der Öffentlichkeit nun auf die Befriedigung höherwertiger sozialer und kultureller Bedürfnisse." Dies sind bsp. Themen wie Umweltschutz, Seniorenpolitik oder Ausländerintegration. GABRIEL weist in seiner Überprüfung der Brauchbarkeit des Konzeptes neue vs. alte Politik auf lokaler Ebene auf einige Probleme hin. Auch m.E. ist die Unterscheidung zwischen neuen und alten Politikfeldern für die vorliegende Arbeit wenig nützlich. So zeigen sich z.B. im Bereich der Stuttgarter Sportpolitik Tendenzen, die traditio-

---

<sup>250</sup> Hier wird nach Ausgabenerhöhungen, -beibehaltungen bzw. -kürzungen für die einzelnen Politikbereiche gefragt. Diese Methode hat sich in vielen Bevölkerungsumfragen bewährt und erscheint praktikabler als die sogenannte "Budget Pie"-Methode, bei der die Befragten einen bestimmten Geldbetrag auf die Aufgabenbereiche verteilen sollen (vgl. CLARK 1974b/1976a/1976b).



nelle Sportförderung durch neue Inhalte wie z.B. Gesundheits- und Seniorensport im Verein oder Breiten- und Freizeitsport freier Gruppen zu ergänzen (vgl. WALTER 1997a). Diese Erweiterung geht zweifelsfrei in die Richtung einer neuen (Sport-)Politik, ist aber nach wie vor mit der traditionellen Sportförderung (Sportliche Großveranstaltungen, Hochleistungssport) vermengt. Für die Anwendung des Konzeptes müssen die Politikbereiche somit weiter ausdifferenziert werden, was bei den hier abgefragten 22 Aufgaben nicht möglich war. So ist eine eindeutige Zuordnung der Themen in alte bzw. neue Politik nur schwer zu leisten. Wie im Theorieteil der Arbeit (Kapitel 1.4.) aufgezeigt, umfaßt die Analyse politischer Repräsentation drei Dimensionen: die horizontale und vertikale Repräsentation sowie die Responsivität der politisch-administrativen Eliten. Im folgenden werden die kommunalpolitischen Ausgabenpräferenzen von Eliten und Bürgern nach diesem Raster untersucht.

### 2.3.1. Horizontale Repräsentation der Elitenpräferenzen

Die Stuttgarter Führungskräfte geben für die abgefragten 22 Themen eine klare Einschätzung wieder. Nur bei fünf Themen (Parks/Grünanlagen, Kulturförderung, Beratung und Integration ausländ. Mitbürger, Abwasserbeseitigung und Seniorenpolitik) sollen die Ausgaben so bleiben wie bisher. Mehr bzw. weniger Geldmittel befürworten die Eliten für die Themen:

Ausgabenkürzung	Ausgabenerhöhung
<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Sport-/Freizeiteinrichtungen</li> <li>➤ Sozialhilfe</li> <li>➤ Kommunaler Wohnungsbau</li> <li>➤ Energieversorgung</li> <li>➤ Straßenbau</li> <li>➤ Parkplatzbau</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Öffentlicher Personennahverkehr</li> <li>➤ Förderung von Wissenschaft/Forschung</li> <li>➤ Drogenbekämpfung</li> <li>➤ Öffentliche Sicherheit und Ordnung</li> <li>➤ Jugendhilfe</li> <li>➤ Kindergärten/-tageheime</li> <li>➤ Schulbau/-unterhaltung</li> <li>➤ Wirtschaftsförderung</li> <li>➤ Gesundheitswesen</li> <li>➤ Stadtplanung/Städtebau</li> <li>➤ Abfallbeseitigung/-vermeidung</li> </ul>

Für die Messung der Elitenintegration gibt es zwei mögliche Varianten, den Struktur- und den Niveauvergleich. Der Strukturvergleich zeigt Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede in der Einstufung der einzelnen Politikbereiche. Für die Elitenmitglieder werden nach den Mittelwerten der Ausgabenpräferenzen jeweils Rangordnungen erstellt (vgl. Tabellen 48a und 48b im Anhang B, S. 330-331). Für die politisch-administrative Elite bestehend aus Ratsmitgliedern, Politikern, Verwaltungsmitgliedern und Bezirksbeiräten ist zu sehen, daß sie sich relativ einig sind in der Prioritätensetzung. Vor allem die Ratsmitglieder stimmen sehr hoch mit den Präferenzen der Verwaltungsmitglieder und der Bezirksbeiräte überein:

Tabelle 49: Themenpräferenzen der politisch-administrativen Elite (SPEARMAN's r)

	Ratsmitglieder	Politiker	Bezirksbeiräte
Politiker	.85		
Bezirksbeiräte	.94	.86	
Verwaltung	.95	.88	.95

Für alle Korrelationskoeffizienten gilt  $p \leq .001$

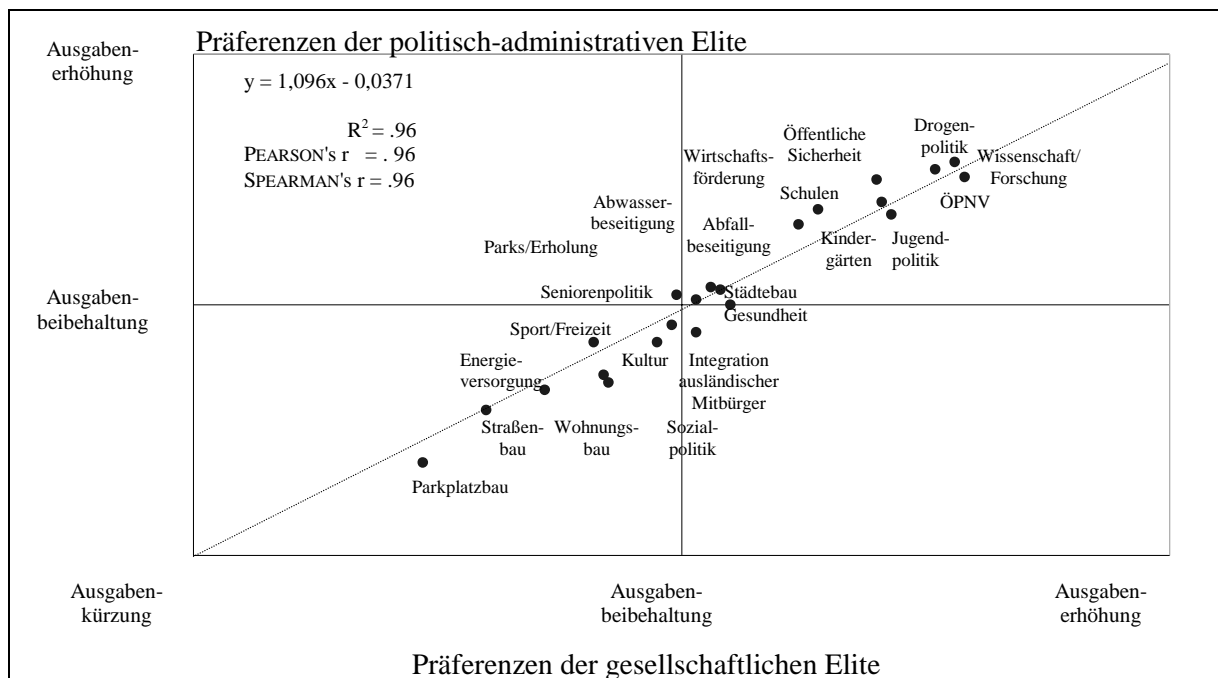
Aufgrund der relativ hohen Kongruenz zwischen den Mitgliedern der politisch-administrativen Elite werden diese im Weiteren zusammen betrachtet. Allerdings wird später nach der Parteizugehörigkeit bzw. -neigung weiter ausdifferenziert. Für den Niveauvergleich

der politisch-administrativen und der gesellschaftlichen Eliten ist ein Vergleich der durchschnittlichen Ausgabenpräferenzen sinnvoll. Dafür werden die Werte der gesellschaftlichen Eliten auf der x-Achse eines Koordinatensystems und die Werte der politisch-administrativen Eliten auf der y-Achse eingetragen. Bei einer vollständigen Übereinstimmung der Elitenpräferenzen liegen sämtliche Punkte auf der Winkelhalbierenden des Koordinatensystems. Je größer dagegen die Unterschiede zwischen den Einstellungen der Elitenmitglieder ausfallen, desto stärker streuen die Punkte im Koordinatensystem. Drückt man diese Beziehung mithilfe einer Regressionsanalyse aus, dann ergibt sich im Falle vollständiger Übereinstimmung

$$y = a + b \cdot x$$

wobei  $a = 0$  und  $b = 1$  bzw.  $R^2 = 1.00$  ist. Allerdings sind sich die Forscher nicht unbedingt einig, welche Werte eingetragen werden sollen. Manche verwenden Mittelwerte (vgl. BRETTSCHEIDER 1997), andere das von DALTON (1985) entwickelte Modell, nur die Anteile für Mehrausgaben abzutragen (vgl. GABRIEL u.a. 1993). Nach m.E. stellen die Mittelwerte kein Problem dar, wenn die Verteilungen bei den einzelnen Themenfeldern nicht so stark polarisiert sind, daß die Durchschnittswerte die tatsächlichen Einstellungen verzerren. Aus demokratietheoretischer Sicht bedeutet Repräsentation ebenso, daß die politisch Verantwortlichen ähnliche Vorstellungen für die Ausgabenbeibehaltung bzw. -kürzung haben wie die anderen Elitenmitglieder. Da die Überprüfung der Verteilungen keine besonderen Auffälligkeiten ergeben hat, wird im folgenden für die Untersuchung der politischen Repräsentation ein Vergleich der durchschnittlichen Präferenzen vorgenommen. In Abbildung 21 ist zu sehen, daß die Ausgabenpräferenzen der politisch-administrativen Elite und der gesellschaftlichen Elite für alle 22 Themen eine Kongruenz aufweisen, die sehr nahe am theoretischen Ideal ist. Sowohl die Korrelationskoeffizienten wie auch die Maße der Regressionsgleichung nähern sich stark dem Wert 1 an, also einer perfekten Übereinstimmung.

Abbildung 21: Ausgabenpräferenzen der politisch-administrativen und der gesellschaftlichen Eliten im Vergleich (Mittelwerte)



Quelle: Elitenbefragung in Stuttgart (1997)

Die Mittelwerte streuen kaum um die Winkelhalbierende, in vielen Fällen liegen sie genau auf der Ideallinie. Somit könnte die Elitenintegration für die Stadt Stuttgart als sehr hoch eingestuft werden. Doch vorher muß geprüft werden, ob dies für alle Elitesektoren gleichermaßen

gilt. Tabelle 50 (vgl. Anhang B, S. 332) vergleicht für alle 22 Politikfelder die Präferenzen der politisch-administrativen Elite mit denen der einzelnen Elitesektoren. Hier ist zu sehen, daß die politisch-administrative Elite vor allem mit den Sektoren Bildung, Bürgervereine, Wirtschaft und Gesundheit in der Prioritätensetzung übereinstimmt, kaum Übereinstimmungen gibt es dagegen mit den Bereichen Kultur, Kirche, Sport und Soziales. Somit muß die Aussage, daß die horizontale Repräsentation der Elitenpräferenzen durch die politisch-administrative Elite generell sehr hoch ist, dahingehend eingeschränkt werden, daß einige gesellschaftliche Elitesektoren deutlich besser repräsentiert werden als andere.

### 2.3.2. Vertikale Repräsentation der Bürgerpräferenzen

Für die Untersuchung der vertikalen Repräsentation stellt sich zunächst die Frage nach der geeigneten Analyseeinheit. Repräsentieren die gewählten Politiker eher die Präferenzen der mehrheitlichen bzw. durchschnittlichen Gesamtbevölkerung, die ihres Wahlkreises oder die ihrer Parteiwähler? In der von mir vorgelegten Arbeit "Methoden der Responsivitätsmessung" (WALTER 1997a) wurden diese vier Möglichkeiten bzw. Hypothesen getestet. Hier zeigte sich, daß die Kommunalpolitiker am ehesten die durchschnittlichen Bürgerpräferenzen repräsentieren. Deshalb wird in dieser Arbeit mit dieser Analyseeinheit gearbeitet.

Die Frage nach den kommunalen Ausgabeprioritäten der Stuttgarter Bürger wurde in den Befragungen 1995, 1997, 1999 und 2001 gestellt, so daß hier zunächst ein deskriptiver Vergleich über die Zeit möglich ist.<sup>251</sup> In Abbildung 22 ist zu sehen, daß die Bürger in diesem Zeitraum ihre Präferenzen kaum verändert haben. Lediglich beim kommunalen Wohnungsbau wünschen die Bürger Ende der 90er Jahre etwas weniger Ausgaben als im Jahr 1995. Der Vergleich zwischen Eliten- und Bürgerpräferenzen im Jahr 1997 für 22 Politikfelder zeigt durchaus ähnliche Ausgabenwünsche (SPEARMAN's  $r = .77$ ). Beide Gruppen wollen die Ausgaben insgesamt unverändert lassen, wobei die Bürger leicht zu mehr Ausgaben tendieren.<sup>252</sup> Tabelle 53 zeigt die Themen, bei denen am ehesten Geld ausgegeben bzw. eingespart werden soll:

Tabelle 53: Ausgabenerhöhungen und -kürzungen in der Sicht von Eliten und Bürgern

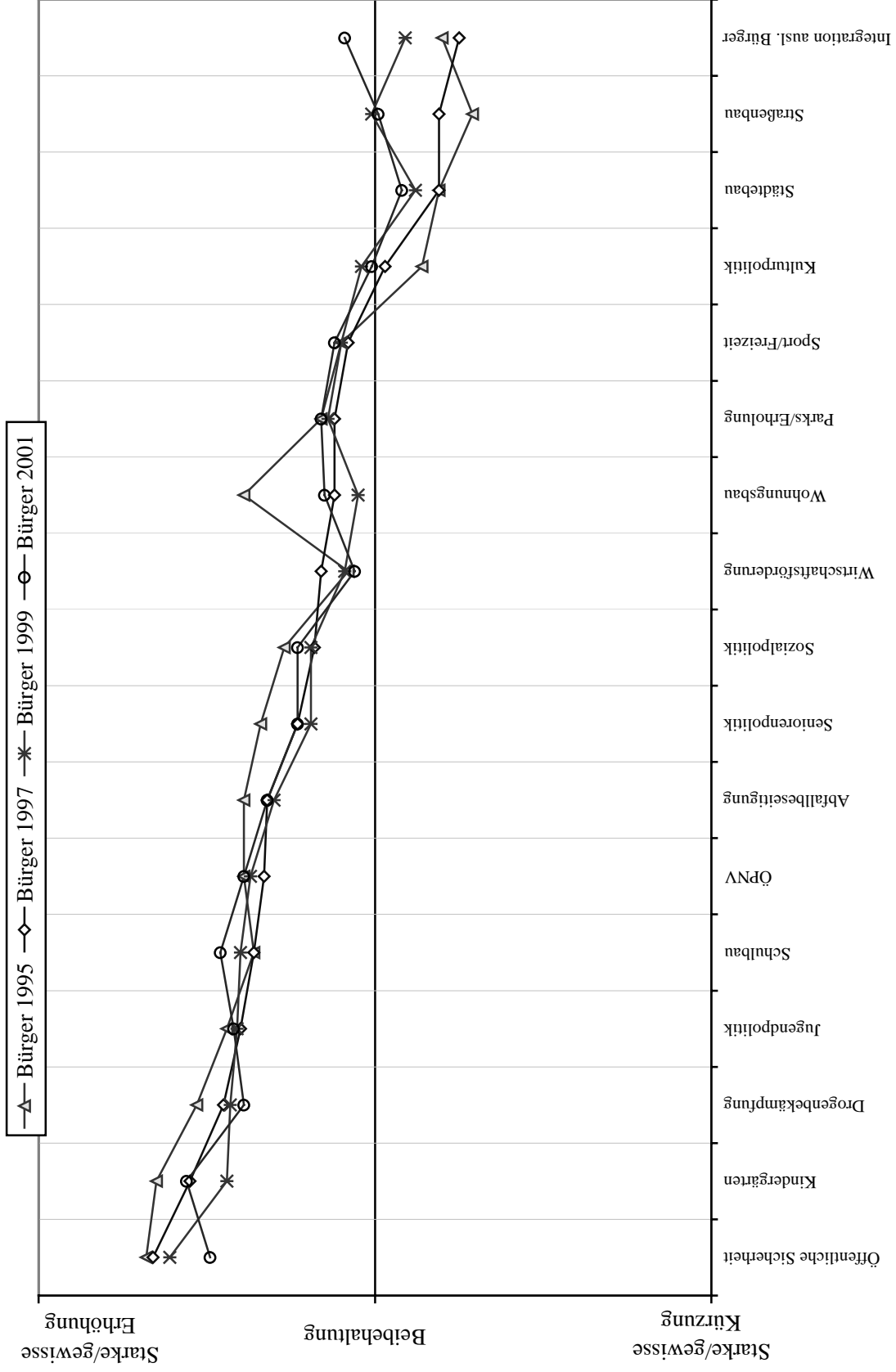
Eliten	Bürger
Ausgabenerhöhung	Ausgabenerhöhung
<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Öffentlicher Personennahverkehr</li> <li>➤ Förderung von Wissenschaft</li> <li>➤ <i>Drogenbekämpfung</i></li> <li>➤ <i>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</i></li> <li>➤ <i>Jugendhilfe</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ <i>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</i></li> <li>➤ Kindergärten/Kindertageheime</li> <li>➤ <i>Drogenbekämpfung</i></li> <li>➤ <i>Jugendhilfe</i></li> <li>➤ Schulbau/-unterhaltung</li> </ul>
Ausgabenkürzung	Ausgabenkürzung
<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Sozialhilfe</li> <li>➤ Kommunaler Wohnungsbau</li> <li>➤ <i>Energieversorgung</i></li> <li>➤ <i>Straßenbau</i></li> <li>➤ <i>Parkplatzbau</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ <i>Parkplatzbau</i></li> <li>➤ Beratung/Integration ausl. Mitbürger</li> <li>➤ Stadtplanung/Städtebau</li> <li>➤ <i>Straßenbau</i></li> <li>➤ <i>Energieversorgung</i></li> </ul>

Die Themen Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Drogenbekämpfung und Jugendhilfe stehen sowohl bei den Eliten wie auch bei den Bürgern 1997 ganz oben auf der Prioritätenliste. Für diese Bereiche soll deutlich mehr Geld ausgegeben werden. Ebenso sind sich Eliten und Bevölkerung einig, daß bei den kommunalen Aufgaben Energieversorgung, Straßen- und Parkplatzbau am ehesten gespart werden kann. Deutlichere Prioritäten als die Bürger setzen die

<sup>251</sup> Zur Dokumentation der Item-Zusammenfassungen siehe Tabelle 51 im Anhang B, S. 333.

<sup>252</sup> Eliten-Mittelwert = 0,08, Bürger-Mittelwert = 0,16, wobei der Wert 0 bedeutet, "die Ausgaben beibehalten" und der Wert 1 "mehr Geld ausgeben".

Abbildung 22: Ausgabenpräferenzen der Bürger für 17 Themen im Zeitvergleich (Mittelwerte)



Führungskräfte in den Bereichen ÖPNV, Wissenschaftsförderung, Stadtplanung/Städtebau und Beratung ausländischer Mitbürger. Umgekehrt stimmen die Bürger im Vergleich zu den Eliten eher für Ausgaben in den Bereichen Abfallbeseitigung/-vermeidung, Seniorenpolitik, Sozialhilfe, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie sozialer Wohnungsbau, bzw. sind weniger restrikt in den Einsparungen bei den Themen Energieversorgung, Straßen- und Parkplatzbau. Denkbar wäre, daß sich die zahlenmäßig überlegenen gesellschaftlichen Eliten von den politisch-administrativen Eliten in ihren Einstellungen unterscheiden; dies ist allerdings nicht der Fall (SPEARMAN's  $r = .95$ ). Die Einstufungen der Stadträte, Politiker und Bezirksbeiräte ähneln ebenso denen der Bürger wie die Einstufungen der gesellschaftlichen Elite (SPEARMAN's  $r .77$ ). Die gesellschaftlichen Eliten befürworten etwas stärker finanzielle Hilfen in den Bereichen Jugendpolitik und Gesundheitswesen als die politisch-administrativen Eliten. Diese hingegen verlangen etwas mehr Ausgaben im Bereich Öffentliche Sicherheit.

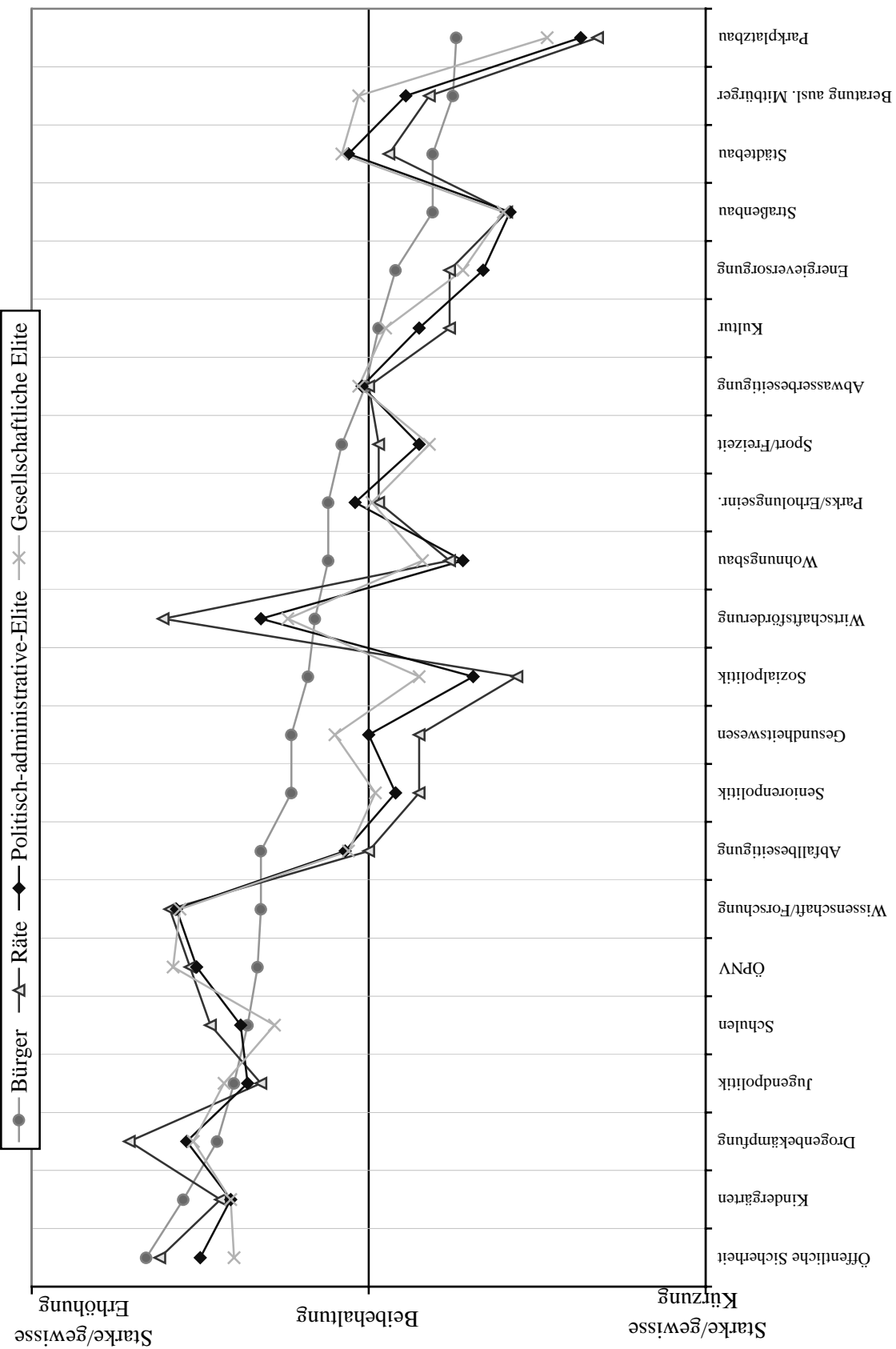
Tabelle 54: Ausgabenpräferenzen Bürger und Eliten in 22 Politikbereichen (Mittelwerte)

	Bürger	Rangplatz	N	Politisch-administrative Elite	Rangplatz	N	Gesellschaftliche Elite	Rangplatz	N
Öffentliche Sicherheit	0,65	1	2201	0,51	4	213	0,40	6	616
Kindergärten/-tageheime	0,55	2	1902	0,41	5	209	0,41	5	612
Drogenpolitik	0,45	3	2023	0,56	1	213	0,52	3	613
Jugendpolitik	0,40	4	1939	0,33	7	211	0,43	4	612
Schulbau/-unterhaltung	0,36	5	1880	0,40	6	212	0,28	7	613
ÖPNV	0,33	6	2109	0,52	3	212	0,58	1	615
Wissenschaft/Forschung	0,32	7	1988	0,55	2	209	0,56	2	609
Abfallbeseitigung/-vermeidung	0,32	7	2200	0,05	10	209	0,06	11	607
Gesundheitswesen	0,23	9	2008	-0,01	13	211	0,10	9	611
Seniorenpolitik	0,23	9	1867	-0,09	14	210	-0,02	15	610
Sozialhilfe	0,18	11	1897	-0,33	19	211	-0,15	17	612
Wirtschaftsförderung	0,16	12	1788	0,33	7	210	0,24	8	612
Parks/Erholungseinrichtungen	0,12	13	2108	0,04	11	211	-0,01	14	608
Wohnungsbau	0,12	13	1902	-0,29	18	213	-0,16	18	612
Sport/Freizeit	0,08	15	1973	-0,17	17	211	-0,18	19	615
Abwasserbeseitigung	0,01	16	1845	0,02	12	205	-0,03	16	607
Kulturförderung	-0,03	17	2045	-0,16	16	212	0,05	12	614
Energieversorgung	-0,08	18	1938	-0,35	20	209	-0,28	20	601
Städtebau, Stadtplanung	-0,19	19	2002	0,07	9	212	0,08	10	606
Straßenbau	-0,19	19	2056	-0,41	21	213	-0,40	21	610
Integration ausländ. Bürger	-0,25	21	1853	-0,09	14	211	0,03	13	612
Parkplatzbau	-0,26	22	2043	-0,60	22	212	-0,53	22	613

Skala von -1 = Ausgabenkürzung, 0 = Beibehaltung der Ausgaben bis +1 = Ausgabenerhöhung, SPEARMAN's  $r$  Politisch-administrative Elite/Gesellschaftliche Elite: .95, Politisch-administrative Elite/Bürger .77, Gesellschaftlichen Elite/Bürger: .77.

Insgesamt stimmen somit politisch-administrative Elite und gesellschaftliche Elite relativ gut mit den Bürgerpräferenzen überein, existieren nur bei wenigen Themen größere Diskrepanzen. Auch eine isolierte Betrachtung der Räte im Vergleich zu den anderen Akteuren ändert daran nichts (vgl. Abbildung 23). Dieses Ergebnis ist aus demokratietheoretischer Sicht sehr zu begrüßen, zeigte sich doch in anderen Studien, daß zwischen den Eliten und Bürgern große Differenzen bestehen. Die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit untersucht jedoch, welchen Gruppen gegenüber die Ratsmitglieder besonders responsiv sind, der Gesamtbürger-schaft, einzelnen Bürgergruppen, Mitgliedern der politisch-administrativen Elite oder der gesellschaftlichen Elite gegenüber? Deshalb wechselt nun der Analysefokus, stehen die gewählten Ratsmitglieder im Vordergrund der Untersuchung politischer Responsivität.

Abbildung 23: Ausgabenpräferenzen von Bürgern, Ratsmitgliedern, politisch-administrativer und gesellschaftlicher Elite im Jahr 1997 (Mittelwerte)



SPEARMAN'S r Bürger/Räte 1997: .76, Bürger/Politisch-administrative Elite: .77, Bürger/Gesellschaftliche Elite: .77, Räte/Politisch-administrative Elite: .85., Räte/Gesellschaftliche Elite: .75, Politisch-administrative Elite/Gesellschaftliche Elite: .95, für alle Werte gilt  $p \leq .001$ . Daten siehe Tabelle 54 und Tabelle 52 im Anhang B S. 334.

## 2.4. POLITISCHE RESPONSIVITÄT FÜR KOMMUNALPOLITISCHE AUSGABENPRÄFERENZEN

Die Analyse der kommunalen Machtstruktur hat ergeben, daß den Stuttgarter Bürgern kaum Einfluß auf lokalpolitische Entscheidungen zugesprochen wird. Allerdings geben die Ratsmitglieder an, sich neben den Interessen ihrer eigenen Partei vor allem an den Bürgerwünschen bei den kommunalpolitischen Entscheidungen im Stadtrat zu orientieren. Falls dies so wäre, müßten nicht unbedingt Einstellungskongruenzen vorliegen, sich aber im tatsächlichen Policy-Output die Bürgerpräferenzen widerspiegeln. In der folgenden Untersuchung werden beide Meßmöglichkeiten für politische Responsivität angewendet. Auch DALTON (1985:275) stellte fest "policy preferences also are not necessarily equivalent to policy outcomes". Bisher wurden in den deutschen Responsivitätsstudien auf lokaler Ebene in erster Linie die Policy-Einstellungen miteinander verglichen. Angenommen wird, daß die Ratsmitglieder in vielen Fällen ähnliche Präferenzen wie ihre Wähler haben, aufgrund des dominierenden Parteeinflusses aber letztlich Fraktionsdisziplin bei den tatsächlichen Entscheidungen ausüben. Deshalb ist auch die Unterscheidung in kollektive (Übereinstimmung zwischen Kommunalparlament und durchschnittlichen Bürgerpräferenzen) und dyadische Responsivität (Übereinstimmung zwischen einzelnen Ratsmitgliedern und individuellen Bürgerpräferenzen) wichtig.

### 2.4.1. Einstellungskongruenzen von Ratsmitgliedern, Bürgern und anderen kommunalpolitischen Akteuren

#### 2.4.1.1. Ratsmitglieder und Bürger

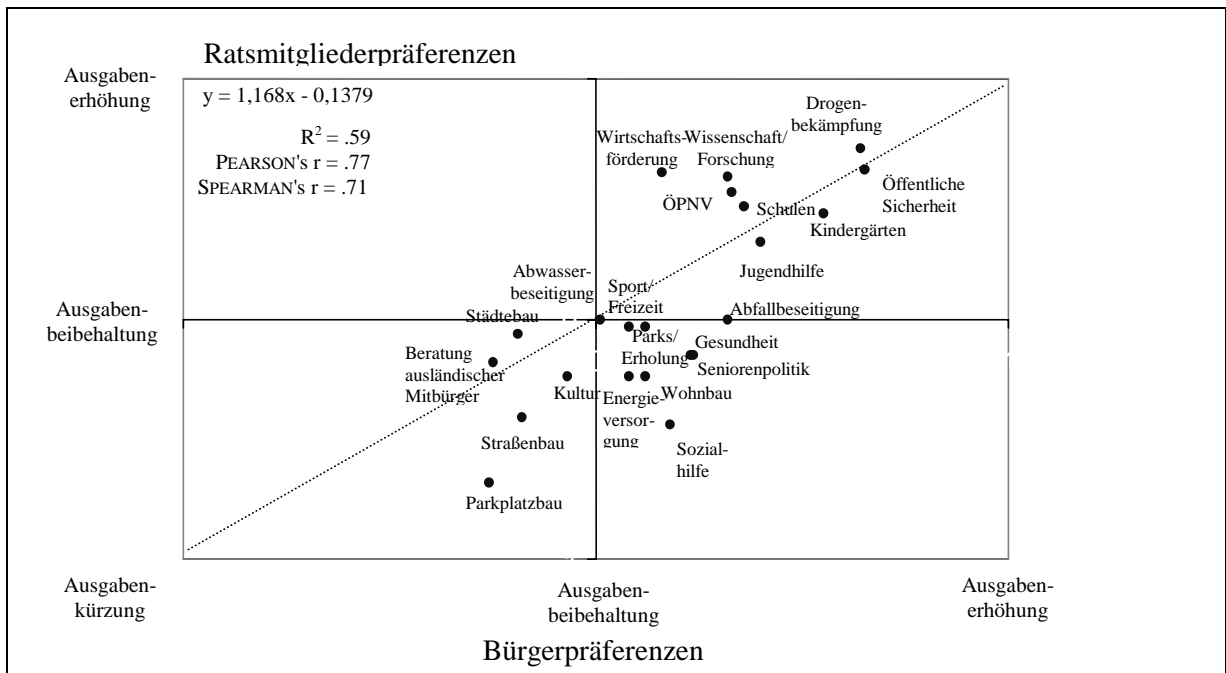
Für die Untersuchung politischer Responsivität ist zunächst die Unterscheidung zwischen kollektiver und dyadischer Responsivität relevant. Dabei wird einmal gefragt, inwieweit die durchschnittlichen Bürgerpräferenzen im Kommunalparlament repräsentiert und zum anderen, inwieweit die Einstellungen jedes einzelnen Bürgers berücksichtigt werden (vgl. WALTER 1997a:165, BRETTSCHEIDER 1997). Üblicherweise wird neben der Responsivität des Gesamtparlaments auch untersucht, ob das Responsible Party-Modell eine Rolle spielt, wonach die Repräsentationsfunktion vor allem von den Parteien bzw. Fraktionen gegenüber ihren Wählerschaften erfüllt werden soll. Leider werden in den Stuttgarter Bürgerumfragen die Parteipräferenzen oder die Wahlabsicht nicht abgefragt, so daß für die unabhängige Variable nicht nach Parteiwählern unterschieden werden kann. Dennoch soll für die Politikerpräferenzen untersucht werden, ob und inwieweit sich die verschiedenen Parteivertreter von den Einstellungen des Gesamtparlaments unterscheiden.

#### 2.4.1.1.2. Kollektive Responsivität

Für die Messung der kollektiven Responsivität gibt es wiederum die beiden Varianten des Struktur- und des Niveauevergleichs. Der Strukturvergleich zeigt Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede in der Einstufung der einzelnen Politikbereiche. Für Bürger und Ratsmitglieder werden nach den Mittelwerten der Ausgabenpräferenzen jeweils Rangordnungen erstellt. Der Rangkorrelationskoeffizient von .76 zeigt eine relativ gute Übereinstimmung in der Einordnung der 22 Politikbereiche von Ratsmitgliedern und Bürgern. Die einzelnen Parteigruppen stimmen dagegen relativ schlecht mit der Gesamtbürgerschaft überein (vgl. Tabellen 55 und 56 im Anhang B, S. 335). Dies läßt vermuten, daß sie nach dem Responsible Party-Modell eher mit ihrer Wählerklientel übereinstimmen. "Elections do not, however, serve to force politicians to act in accordance with the wishes of the masses" (JONES/BACHELOR 1981:235). Für den Niveauevergleich werden wieder die durchschnittlichen Ausgabenpräferenzen von Räten und Bürgern miteinander verglichen. Hier eine völlig Übereinstimmung zu erwarten, ist

nach der Einschätzung vieler Repräsentationsforscher unrealistisch. "Eine vollständige Kongruenz zwischen Wählerwünschen und Abgeordneteneinstellungen (oder sogar Abgeordnetenhandeln) ist in einer hochgradig differenzierten und mobilen, zudem international verflochtenen Gesellschaft (weder innerhalb der Parteilager noch in bezug auf das Gesamtparlament) unmöglich" (HERZOG 1993b:28). Generell vertreten die meisten Autoren die Ansicht, daß sich die Politiker aus Gründen der Stimmenmaximierung bzw. ihrer (Wieder-)Wahlchancen in einem gewissen Maße responsiv verhalten müssen (vgl. DAHL 1961). "Governments fulfill voter preferences for public policies by rationally maximizing votes" (DOWNS 1957:20).

Abbildung 24: Ratsmitglieder- und Bürgerpräferenzen im Vergleich (Mittelwerte)



Quelle: Bürger- und Ratsmitgliederbefragung in Stuttgart (1997)

Abbildung 24 zeigt, daß die Stuttgarter Ratsmitglieder der Idealvorstellung hoher Einstellungskongruenzen relativ gut entsprechen. Die Korrelationskoeffizienten weisen auf einen positiven Zusammenhang zwischen Bürger- und Ratspräferenzen hin und auch die Steigung der Regressionsgeraden liegt mit  $b = 1,17$  sehr nahe am Idealwert von 1. Die meisten Punkte sind unterhalb der Winkelhalbierenden, weil die Bürger hier für mehr Ausgaben votieren als die Mandatsträger. Bei den Politikfeldern, die oberhalb der Winkelhalbierenden liegen, wollen umgekehrt die Ratsmitglieder mehr Ausgaben als die Bürger. Die drei wichtigsten Themen, nämlich Öffentliche Sicherheit, Drogenbekämpfung und Kindergärten liegen fast auf der Ideallinie, so daß hier hohe Einstellungskongruenzen gegeben sind. Bei weiteren sechs Themen gibt es nur geringfügige Unterschiede zwischen Räten und Bürgern (Schulen, Jugendhilfe, Sport/Freizeit, Abwasserbeseitigung, Städtebau, Beratung ausländischer Mitbürger). Stärkere Kürzungen als die Bürger fordern die Abgeordneten in den Bereichen Parkplatz- und Straßenbau bzw. Kultur. Bei sieben Themen wünscht die Bevölkerung, daß mehr Geld ausgegeben wird, die Räte sind dagegen für eine Ausgabenbeibehaltung bzw. -kürzung (Abfallbeseitigung, Gesundheits- und Seniorenpolitik, Parks/Erholungseinrichtungen, kommunaler Wohnbau, Energieversorgung und Sozialhilfe). Im Gegensatz zu den Bürgern befürworten die politischen Eliten höhere Ausgaben in der Förderung der Wirtschaft, der Wissenschaft und Forschung, dem öffentlichen Personennahverkehr und dem Städtebau. Insgesamt ist die durchschnittliche Abweichung der Räte von den Bürgerpräferenzen mit dem Wert  $d = -0,08$  als sehr gering zu bezeichnen (Maximalwert  $d = 2$ , vgl. Tabelle 52 im Anhang B, S. 334).



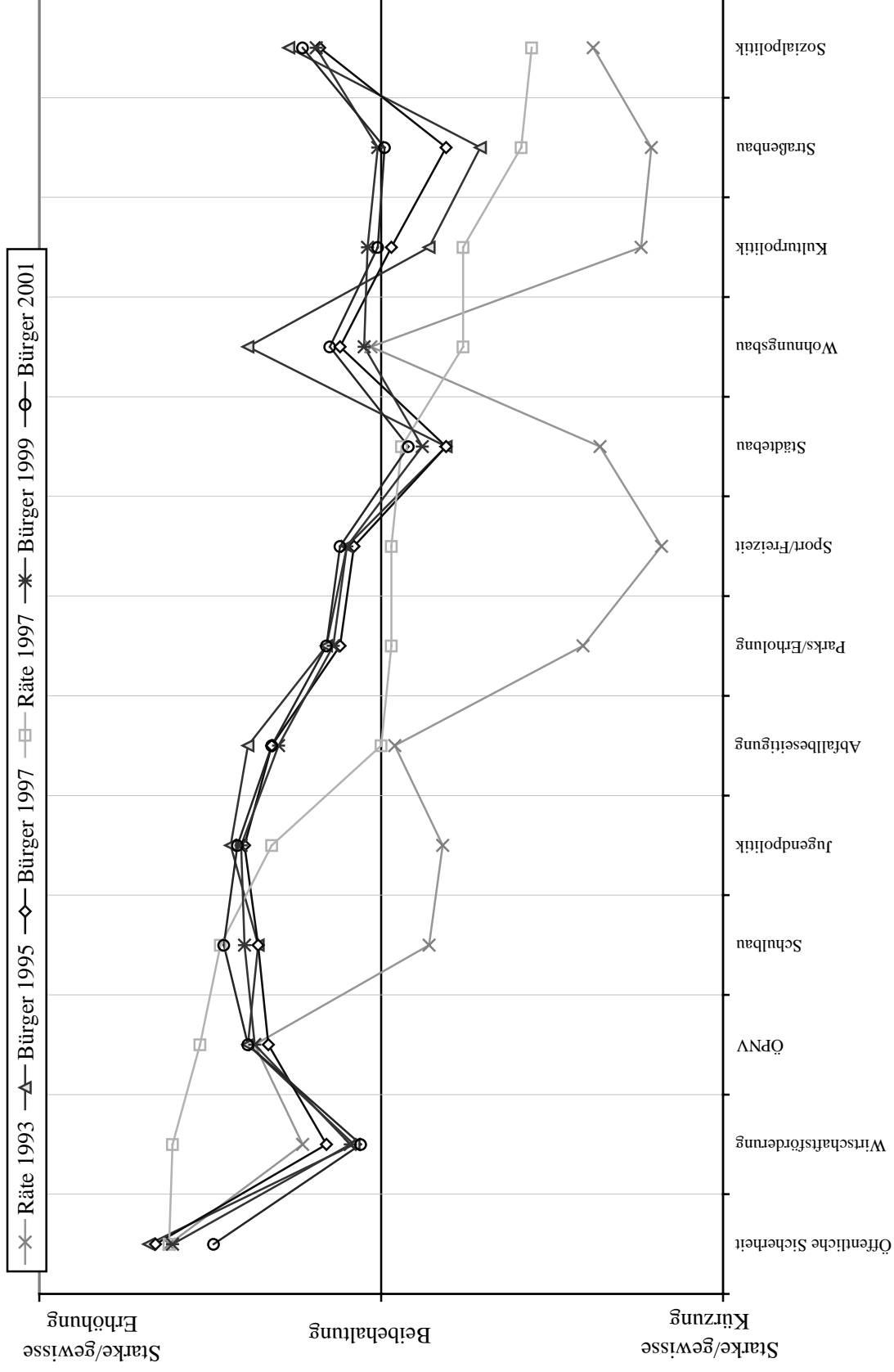
Diese relativ hohe Einstellungskongruenz zwischen Ratsmitgliedern und Bürgern konnte von ARZBERGER (1980:147) in seiner Fünf-Städte-Studie nicht bestätigt werden. Er stellte fest, daß "die Prioritätensetzungen der städtischen Parlamentarier [...] kaum noch eine Ähnlichkeit mit dem [...] durchschnittlichen Bürgerwillen" haben. GABRIEL (1992) fand in einer Befragung der CDU-, CSU- und CSM-Fraktionsmitglieder in 14 Städten ebenfalls nur geringe Übereinstimmungen zwischen Politiker- und Bürgerpräferenzen. Auch GABRIEL u.a. (1993) - die allerdings die von den Räten perzipierten Bürgerpräferenzen untersuchten - konnten in ihren Untersuchungstädten nur bedingt Einstellungskongruenzen ausmachen. Das Ausmaß für politische Responsivität fiel je nach Stadt unterschiedlich aus, aber insgesamt doch recht niedrig; auch das jeweilige Politikfeld und die Fraktionszugehörigkeit spielten eine Rolle. FRERK (1998) arbeitete ebenfalls mit Politikerperzeptionen, sah jedoch im Gegensatz zu GABRIEL u.a. (1993) in den Mittelstädten Oberhausen, Krefeld, Mühlheim a.d. Ruhr und Solingen eine relativ hohe politische Responsivität. Bei neun von zwölf lokalen Themen glaubten die Ratsmitglieder, daß ihre Einschätzung mit derjenigen der Mehrheit der Bürger übereinstimmt. In der Stadt Stuttgart hat sich die politische Responsivität der Mandatsträger im Zeitverlauf sogar noch verbessert (vgl. Abbildung 25, S. 255, Rangfolge nach den Ratspräferenzen 1997). Für 13 Themen ist ein Vergleich der Politiker- und Bürgerpräferenzen im Zeitraum von 1993 bis 2001 möglich. Bei den Ausgaben für die Stuttgarter Polizei bzw. die Öffentliche Sicherheit und Ordnung sind sich Abgeordnete und Bürger immer einig. Dieses Thema hat höchste Priorität, hier werden die meisten finanzielle Mittel gefordert. Auch der Mittelbedarf beim öffentlichen Personennahverkehr wird relativ einheitlich eingeschätzt. Bei sechs Themen zeigt sich der am 12. Juni 1994 neugewählte Stadtrat deutlich näher an den durchschnittlichen Bevölkerungspräferenzen als der Stadtrat in der Legislaturperiode zuvor. Nur bei den Politikbereichen Sozialhilfe, Abfallbeseitigung bzw. -vermeidung sind beide Stadtparlamente im Vergleich zu den Bürgern eher für Ausgabenkürzungen. Alles in allem eine sehr gute Bilanz für die Stadt Stuttgart. Diese Ergebnisse zeigten sich auch in der Untersuchung von BRETTSCHEIDER (1997), der im Jahr 1994 die Wichtigkeit kommunaler Aufgaben aus der Sicht der Stuttgarter Ratsmitglieder mit der Sicht der Bevölkerung verglich. Auch hier stuften die Politiker und Bürger die Dringlichkeit einzelner Aufgaben relativ ähnlich ein.

#### 2.4.1.1.2. Dyadische Responsivität

Bei der dyadischen Responsivität wird im Gegensatz zur kollektiven Responsivität untersucht, inwieweit sich die Policy-Präferenzen jedes einzelnen Bürgers in den Einstellungen des Gemeinderates widerspiegeln. Für die Zufriedenheit des einzelnen Bürgers ist letztlich wichtig, daß er seine eigenen Präferenzen verwirklicht sieht und nicht den durchschnittlichen Bevölkerungswillen. Nach ACHEN (1977/1978) sind für die Messung dyadischer Responsivität zwei Maßzahlen geeignet: Proximität und Zentralität. Die Proximität mißt den Abstand zwischen den durchschnittlichen Ratspräferenzen und den Ausgabepräferenzen jedes einzelnen Bürgers. Je kleiner der Wert, desto eher repräsentieren die Politiker im Durchschnitt die einzelnen Bürgeransichten. ACHEN (1978:487) weist allerdings darauf hin, daß es für Abgeordnete in einer heterogenen Gemeinde mit unterschiedlichen Präferenzen sehr schwer ist, einen hohen Proximitätswert zu erreichen. Er schlägt deshalb vor, mit der Berechnung der Maßzahl Zentralität, die Streuung in den Bevölkerungseinstellungen zu berücksichtigen. Abbildung 26, S. 256, zeigt die Mittelwerte und die Standardabweichungen der Bürger für alle 22 Politikbereiche. Hier ist zu sehen, daß zehn Themen eher dissensual eingestuft werden und zwölf Themen eher konsensual.<sup>253</sup> Bei den Dissens-Themen ist eher ein hoher Zentralitätswert zu erwarten als bei den Konsens-Themen.

<sup>253</sup> Die maximale Standardabweichung beträgt 1, deshalb werden alle Politikfelder mit einer Standardabweichung  $\geq 0,6$  als Dissens-Themen und alle Politikfelder mit einer Standardabweichung  $< 0,6$  als Konsens-Themen eingestuft.

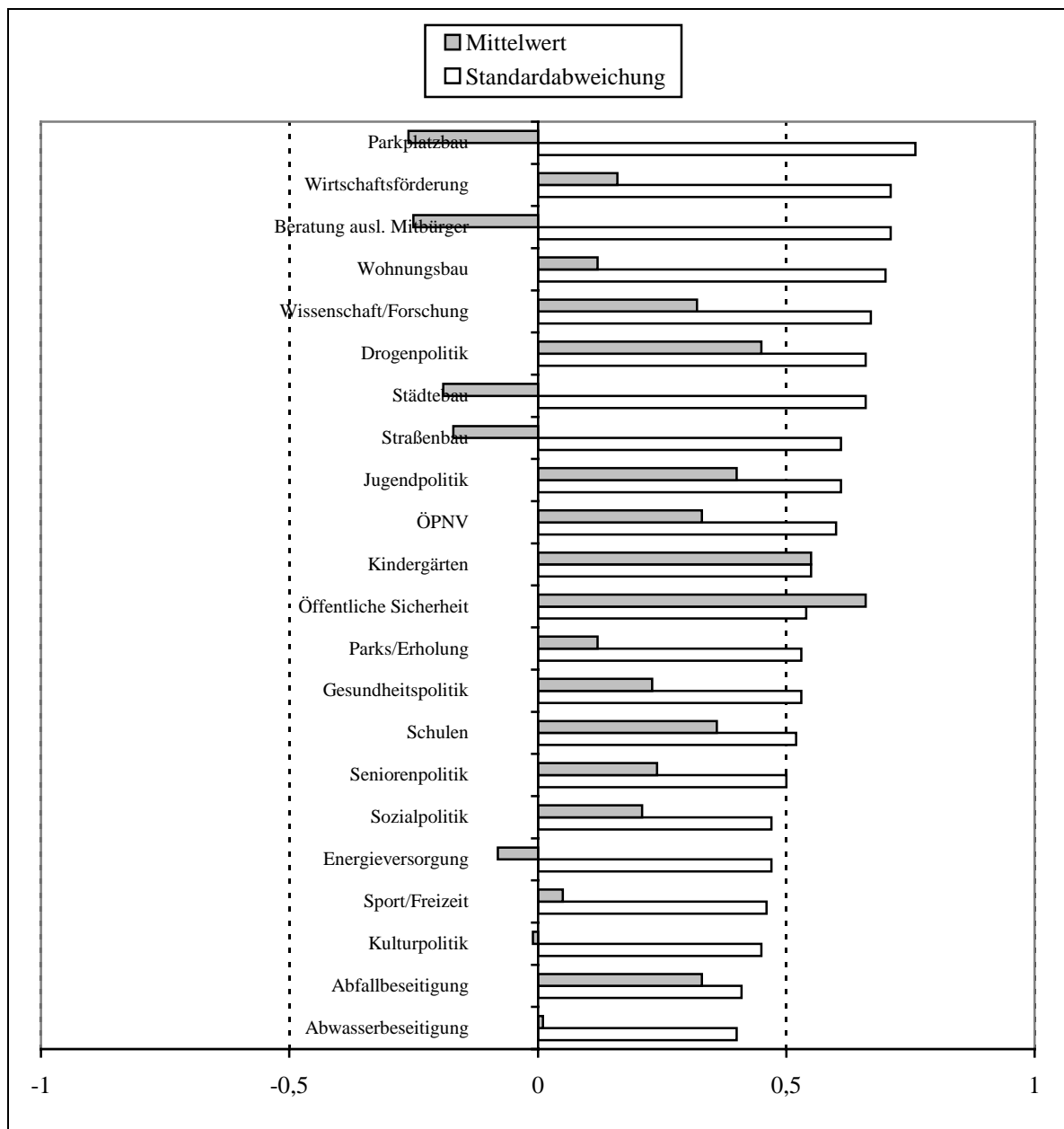
Abbildung 25: Ausgabenpräferenzen von Ratsmitgliedern und Bürgern für 13 Themen im Zeitverlauf (Mittelwerte)



Quellen: Bürgerumfragen der Stadt Stuttgart, Ratsbefragungen der Universität Stuttgart, Daten siehe Tabelle 57 im Anhang B, S. 336. SPEARMAN'S  $r$  Räte 93/Räte 97: .71\*, Räte 93/Bürger 95: .71\*\*, Räte 93/Bürger 97: .72\*\*, Räte 93/Bürger 99: .58\*, Räte 97/Bürger 95: n.s., Räte 97/Bürger 99: .66\*, Räte 97/Bürger 97: .88\*\*\*, Bürger 95/Bürger 99: .86\*\*\*, Bürger 97/Bürger 99: .97\*\*\*. \*\*\*  $p \leq .001$ , \*\*  $p \leq .01$ , \*  $p \leq .05$ .

Wie schon bei der kollektiven Responsivität zeigen auch die dyadischen Responsivitätsmaße eine relativ hohe Einstellungskongruenz (vgl. Tabelle 58, S. 257). In keinem Politikfeld ist die Proximitätsdistanz größer als 0,86 (Sozialpolitik). Wird die Varianz der Bürgerpräferenzen berücksichtigt, so verschwinden die Unterschiede in den Einstellungen fast völlig. Wie erwartet repräsentieren die Ratsmitglieder die Bürgerpräferenzen bei den Dissens-Themen Parkplatzbau, Wirtschaftsförderung, Wohnungsbau, Drogenpolitik und Straßenbau nicht ganz so gut. Es gibt aber auch Dissens-Themen wie z.B. die Integration und Beratung ausländischer Mitbürger, die sehr gut vom Gemeinderat vertreten werden. Die genauere Betrachtung der Bevölkerungseinstellungen zeigt, daß hier vor allem die nicht-deutschen Bürger für eine Ausgabenerhöhung stimmen und die deutschen Bürger für eine Ausgabenkürzung. Da die ausländischen Mitbürger zahlenmäßig deutlich unterlegen sind, zeigt sich insgesamt ein guter Zentralitätswert. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer genaueren Untersuchung der Responsivität gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen (vgl. Kapitel 2.4.1.1.3.).

Abbildung 26: Homogenität der Bevölkerungspräferenzen



Daten siehe Tabelle 59a im Anhang B, S. 337.

Andererseits werden Konsens-Themen der Bürger wie z.B. die Sozialpolitik sehr schlecht in den Politikereinstellungen repräsentiert. Dies liegt wahrscheinlich daran, daß bei diesem Policy-Bereich die Politikereinstellungen sehr heterogen ausfallen. Während die CDU-, FDP-, FWV- und REP-Räte starke Kürzungen befürworten, sprechen sich die Grünen-, SPD- und ÖDP-Räte eher für eine Ausgabenbeibehaltung bzw. -erhöhung aus. Insgesamt repräsentieren die Ratsmitglieder jedoch in den meisten Politikfeldern so gut wie möglich die Bevölkerungspräferenzen. Somit liegt sowohl auf der Kollektiv- wie der Individualebene eine relativ hohe Einstellungskongruenz zwischen Ratsmitgliedern und Bürgern vor.

Tabelle 58: Vergleich der Maße für kollektive und dyadische Einstellungskongruenz (Mittelwertdifferenz, Proximität und Zentralität)

	Mittelwert-Differenz Räte-Bürger 1997	Proximität <sup>254</sup>	Zentralität <sup>255</sup>
Sozialpolitik	-0,62	0,86	0,39
Wirtschaftsförderung	+0,45	0,71	0,20
Parkplatzbau	-0,42	0,75	0,17
Seniorenpolitik	-0,38	0,48	0,15
Gesundheitswesen	-0,38	0,43	0,15
Wohnungsbau	-0,36	0,62	0,12
Abfallbeseitigung/-vermeidung	-0,32	0,46	0,10
Wissenschaft/Forschung	+0,27	0,52	0,08
Drogenpolitik	+0,26	0,51	0,07
Straßenbau	-0,22	0,56	0,06
Kulturförderung	-0,21	0,37	0,05
ÖPNV	+0,20	0,36	0,00
Energieversorgung	-0,16	0,24	0,02
Parks/Erholungseinrichtungen	-0,15	0,30	0,02
Städtebau/-planung	+0,13	0,45	0,01
Schulbau/-unterhaltung	+0,11	0,29	0,01
Kindergärten/-tageheime	-0,11	0,31	0,01
Sport/Freizeit	-0,11	0,38	0,01
Jugendpolitik	-0,08	0,37	0,00
Beratung ausländischer Mitbürger	+0,07	0,51	0,01
Öffentliche Sicherheit	-0,04	0,29	0,00
Abwasserbeseitigung	-0,01	0,16	0,00
Gesamt-Ø	-0,10	0,45	0,07

Die Mittelwert-Differenz mißt die kollektive Responsivität, sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den durchschnittlichen Ratsmitgliederpräferenzen und den durchschnittlichen Bürgerpräferenzen. Da diese auf einer Skala von -1 (Ausgabenkürzung) bis +1 (Ausgabenerhöhung) gemessen wurden, beträgt die geringste Differenz 0 und die maximale Differenz 2. Ein positives Vorzeichen bedeutet, daß die Ratsmitglieder in diesem Politikfeld für mehr Ausgaben stimmen als die Bürger, ein negatives Vorzeichen bedeutet, daß die Ratsmitglieder für weniger Ausgaben stimmen als die Bürger. Die beiden anderen Maßzahlen berechnen die dyadische Responsivität. Die Proximität errechnet sich aus der durchschnittlichen Abweichung aller Ratsmitglieder von den einzelnen Bürgern (vgl. Fußnote 254). Die geringste Proximität beträgt 0 und die maximale Proximität 4. Die Zentralität setzt die Proximität mit der Varianz der Bürgerpräferenzen in Beziehung (vgl. Fußnote 255). Die geringste Zentralität beträgt 0 und die maximale Zentralität 4.

<sup>254</sup> Proximität =  $\frac{\sum (\text{Präferenzen des einzelnen Bürgers} - \text{Ø-Politikerpräferenzen})^2}{\text{Anzahl der Bürger}}$

<sup>255</sup> Zentralität = Proximität -  $\frac{\sum (\text{Präferenzen des einzelnen Bürgers} - \text{Ø-Bürgerpräferenzen})^2}{\text{Anzahl der Bürger} - 1}$

#### 2.4.1.1.3. Politische Responsivität gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Vor allem im amerikanischen Kontext wird von den Forschern immer wieder problematisiert, daß sich in den durchschnittlichen Bürgerpräferenzen kaum die Interessen benachteiligter Gruppen widerspiegeln und sich die Mandatsträger aufgrund mangelnder Ressourcen dieser Gruppen wenig um deren Belange kümmern (vgl. SCHUMAKER u.a. 1977/1983). Stimmt diese These, müßten sich die Themenpräferenzen einzelner Bürgergruppen unterscheiden und die Responsivität müßte unterschiedlich ausfallen. Da der vorige Abschnitt gezeigt hat, daß sowohl die kollektive wie auch die dyadische Responsivität relativ hoch ist, wird weiterhin der Mittelwertvergleich verwendet. Dieser zeigt für zehn Merkmale, daß durchaus signifikante Einstellungsunterschiede in den einzelnen Bevölkerungsgruppen bestehen (vgl. Tabelle 59a bis 59d im Anhang B, S. 337-340).

Die Bedeutung der Analyse einzelner Bürgergruppen, läßt sich anhand des Themas "Beratung und Integration ausländischer Mitbürger" illustrieren. Die Distanz zwischen den durchschnittlichen Rats- und Bürgerpräferenzen ist hier relativ gering ( $d = +0,07$ ). Die Mandatsträger weichen in ihren Einstellungen nur wenig von denen der Gesamtbürgerschaft ab. Bürger ohne deutsche Staatsbürgerschaft fordern aber deutlich mehr Ausgaben ( $\emptyset = +0,36$ ) als deutsche Staatsbürger, die sogar stärkere Kürzungen ( $-0,33$ ) als die Räte ( $-0,18$ ) befürworten. Die Räte sind somit deutlich näher an den Ausgabenpräferenzen der Deutschen als an denen der Nicht-Deutschen. Um zu prüfen, bei welchen Themen die Responsivität variiert, sind in Tabelle 60a (vgl. Anhang B, S. 341) die Distanzen zwischen den Gruppenpräferenzen und den durchschnittlichen Ausgabenpräferenzen der Politiker dargestellt. So wird im Vergleich zur durchschnittlichen Distanz zwischen Räten und der Gesamtbevölkerung klar, bei welchen Gruppen die politische Responsivität durchschnittlich, über- bzw. unterdurchschnittlich ausfällt.

Tabelle 60 faßt die Ergebnisse für die Merkmale zusammen, die höchst signifikante Unterschiede in den Gruppenmittelwerten aufweisen. Hier ist zu sehen, daß die soziostrukturellen Merkmale Alter, Bildung und Beruf in sehr vielen Politikbereichen unterschiedliche Präferenzen bewirken. Zudem war möglich zu prüfen, welche Auswirkungen die Tatsache hat, ob die Bürger berufstätig sind oder nicht, ob sie zur Miete wohnen oder im Eigenheim, männlich oder weiblich sind bzw. die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit haben. Aber auch das kommunalpolitische Interesse, die Organisationsmitgliedschaft sowie die Ausübung von Ehrenämtern wurden abgefragt. Für die 22 untersuchten Politikfelder ist es plausibel, einige Unterschiede in den Ausgabenpräferenzen zu erwarten. So werden sich Mieter eher für höhere Ausgaben im Wohnungsbau stark machen als Eigentümer, Frauen werden sich möglicherweise eher für soziale Belange aussprechen und Männer stärker für wirtschaftliche Aufgaben. Insgesamt gibt es viele signifikante Unterschiede in den einzelnen Bevölkerungsgruppen. Hier interessiert in erster Linie, bei welchen Aufgabenbereichen höchst signifikante Unterschiede bestehen und ob es systematische Muster für die Einstellungskongruenzen zwischen Ratsmitgliedern und Bürgern gibt. Der weiter oben durchgeführte Vergleich soziostruktureller Merkmale von Eliten und Bürgern hat bsp. gezeigt, daß der größte Teil der Führungskräfte über einen hohen Bildungsabschluß verfügt. Die Frage ist, ob dies dazu führt, daß die Politikpräferenzen von Bürgern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen unterrepräsentiert werden.

Die Übersicht der Responsivität gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen zeigt, daß es keine grundsätzliche Benachteiligung einzelner Bürgersegmente gibt. Dies hängt natürlich davon ab, wie verschieden die Gruppen in ihren Einstellungen sind. Für das Merkmal Staatsangehörigkeit zeigt sich z.B., daß Deutsche und Nicht-Deutsche bei elf Themen ähnliche Ausgabenpräferenzen haben. Bei den anderen elf Themen sind nur in den Bereichen Beratung und Integration ausländischer Mitbürger, Parkplatzbau, Gesundheitswesen und Energieversorgung die Einstellungen sehr verschieden. Auch ist nicht zu erkennen, daß die Räte den deutschen Bürgern gegenüber eine überdurchschnittlich hohe Responsivität aufweisen; die Repräsentation fällt eher durchschnittlich aus. In den genannten vier Feldern werden hingegen die Präferenzen der ausländischen Mitbürger unterdurchschnittlich repräsentiert.

Tabelle 60: Politische Responsivität gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen

	Soziales	Wirtschaft	Parkplätze	Gesundheit	Senioren	Wohnungen	Abfall	Forschung	Drogen	Strassenbau	Kultur	ÖPNV	Energieversorg.	Parks/Erhol.	Städtebau	Schulbau	Kinder-gärten	Sport/Freizeit	Jugend-politik	ausländ. Bürger	Sicher-heit	Ab-wasser		
18-44 Jahre		→ → →	← ← ←		← ← ←					← ← ←				→ → →	→ → →	← ← ←	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →			
45-65 Jahre		← ← ←	→ → →		→ → →				→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
> 65 Jahre		→ → →	← ← ←		← ← ←				→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Hauptschule			→ → →	→ → →	→ → →				→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Realschule			→ → →	→ → →	→ → →				→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
HS-Reife			→ → →	→ → →	→ → →				→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Studium			→ → →	→ → →	→ → →				→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Arbeiter/ausführ-ender Angest. Qual./leitender Angestellter Beamte			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Selbständ.			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Rentner			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Ohne Beruf			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Ehrenamt			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Kein Ehrenamt			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Zur Miete			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Eigentum			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Erwerbstätig			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
Nicht erwerbstät.			→ → →	→ → →	→ → →		→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →	→ → →		
1500-3000 DM	→				→ → →	→ → →																		
3000-5000 DM	=				→ → →	→ → →																		
> 5000 DM	=				→ → →	→ → →																		
Deutsche			→ → →	→ → →	→ → →																			
Nicht-Deutsche			→ → →	→ → →	→ → →																			
Männer	=		→ → →	→ → →	→ → →																			
Frauen	→				→ → →	→ → →																		

= durchschnittliche Responsivität, ↑ überdurchschnittliche Responsivität, ↓ unterdurchschnittliche Responsivität, Daten siehe Tabelle 60a im Anhang B, S. 341, dargestellt sind nur diejenigen Merkmale, deren Gruppenmittelwerte höchst signifikant verschieden sind ( $p \leq .001$ ). Bei Abweichungen des Gruppenmittelwertes von den durchschnittlichen Ratspräferenzen um weniger als  $\pm 0,02$  Punkte wird die Responsivität als durchschnittlich bezeichnet, das Vorzeichen spielt dabei keine Rolle.

Auch das Einkommen spielt nur in vier Fällen eine Rolle. In der Sozial-, Senioren- und Wohnungspolitik werden die Vorstellungen der schlechter Verdienenden weniger gut repräsentiert. Frauen und Männer haben bei elf lokalen Themen verschiedene Ausgabenvorstellungen. Vor allem bei der Senioren- und Sozialpolitik spiegeln sich die Wünsche der Bürgerinnen weniger in den durchschnittlichen Präferenzen der Politiker wider als die der männlichen Einwohner. Für die drei Altersklassen ist zu sehen, daß die politische Responsivität je nach Sachfrage wechselt. Überdurchschnittlich gut werden die Präferenzen der jüngeren Bürger (18-44 Jahre) bei den Themen Parkplätze und Straßenbau repräsentiert. Für die Seniorenpolitik und den Schulbereich stimmen auch die mittleren Jahrgänge (45-65 Jahre) mit den Präferenzen der jüngeren Jahrgänge überein und auch die Politiker haben hier ähnliche Präferenzen. Die Wünsche der mittleren und älteren Jahrgänge werden vor allem in den Feldern Wirtschaftsförderung, Parks- und Erholungseinrichtungen, Städtebau, Kindergärten und Sport/Freizeit repräsentiert. Auch für den Bildungsabschluß war zu erwarten und ist in der Tendenz zu bestätigen, daß die Ratsmitglieder aufgrund ihrer eigenen Bildungsmerkmale eher den Vorstellungen der besser gebildeten Bürgern entsprechen. Bei sieben Themen ist dies der Fall, nur bei drei Themen werden die Einstellungen der Bürger mit niedrigen Bildungsabschlüssen überdurchschnittlich gut vertreten. Auch für das Merkmal Berufstätigkeit bestätigt sich zum größten Teil die Vermutung, daß die Präferenzen von Beamten, leitenden Angestellten und Selbständigen eher mit denen der Mandatsträger übereinstimmen als die Präferenzen anderer Berufsgruppen oder Bürgern ohne Beruf. Vor allem die Einstellungen von Arbeitern, ausführenden Angestellten und Rentnern werden eher unterdurchschnittlich vertreten. Insgesamt zeigen die Mittelwertvergleiche, daß vor allem für die Merkmale Alter, Schulabschluß und Berufstätigkeit die Bevölkerungspräferenzen für die 22 kommunalpolitischen Ausgabenbereiche heterogen ausfallen. Während für das Alter keinen klaren Muster über- oder unterdurchschnittlicher Responsivität zu erkennen sind, bestätigt sich tendenziell für die Merkmale Bildungsabschluß und Berufstätigkeit, daß die Kommunalpolitiker die Wünsche einzelner Bürgergruppen weniger gut in ihren Einstellungen repräsentieren.

#### **2.4.1.2. Ratsmitglieder und Elitenmitglieder**

Nachdem die politische Responsivität für die Bürgerpräferenzen untersucht wurde, ist nun von Interesse, ob sich die relativ hohen Einstellungskongruenzen auch für die Stuttgarter Führungskräfte bestätigen lassen. In der Literatur liegen zahlreiche Hypothesen vor, weshalb sich die Politiker anderen Elitenmitgliedern gegenüber eher responsiv verhalten als den Bürgern gegenüber (vgl. Tabelle 76, S. 295). Vor allem zwischen der kommunalen Selbstverwaltung und den Politikern werden enge Beziehungen vermutet, da sie zusammen das lokalpolitische Geschehen organisieren und durchführen. Möglicherweise stimmen aber auch die Annahmen der Elitisten, Neo-Marxisten bzw. Regime-Theoretiker, daß durch die Gewerbesteuerabhängigkeit der Kommunen von deren Repräsentanten in erster Linie die Wirtschaftsinteressen vertreten werden. Vor allem Pluralisten sind hingegen der Ansicht, daß die Kommunalpolitiker aufgrund ihrer direkten Legitimation seitens der Bürger durchaus unabhängig agieren können bzw. sogar müssen. "Elections may well serve to present politicians with strong incentives to act contrary to the wishes of the economic elite, even though they may not possess the resources to do so" (JONES/BACHELOR 1981:235).

Wieder andere Autoren führen an, daß für die politische Responsivität der Mandatsträger ihre Partei- bzw. Funktionszugehörigkeit von großer Bedeutung sei. ARZBERGER (1980:80), der die Kontaktfrequenzen einzelner Elitenmitglieder untersuchte, kommt zu dem Schluß. "Fragt man nicht nur nach der absoluten Stellung in der Hierarchie der guten Beziehungen, sondern auch nach dichteren und dünneren Zonen im gesamten Kontaktsystem, erweisen sich zum einen die Parteipräferenzen und zum anderen die Funktionszugehörigkeiten als die entscheidenden Bündniselemente. Die Kontakte sind also innerhalb eines parteipolitischen Lagers

dichter als die Kontakte nach außerhalb dieses Lagers, und die innerhalb einer bestimmten Funktionsgruppe sind auch dichter als die zu den anderen Funktionsgruppen." Diese Kontaktfrequenzen haben sicherlich Einfluß auf die politischen Einstellungen der Elitenmitglieder und somit auch auf die politische Responsivität der gewählten Mandatsträger. Übertragen auf die kommunalen Ausgabenpräferenzen würde dies bedeuten, daß die Ratsmitglieder gegenüber den Parteigruppen bzw. Funktionsbereichen, mit denen sie im häufigen Kontakt stehen, responsiver sind als gegenüber Parteigruppen bzw. Funktionsbereichen, mit denen sie weniger im Kontakt stehen. Dies sind vermutlich Sektoren, die für die Kommune weniger bedeutend sind. Ein Engagement in diesem Bereich bringt den Mandatsträgern geringere Reputation als ein Engagement in einem wichtigen Bereich wie z.B. der Wirtschaftsförderung. So berichtet bsp. die baden-württembergische Kommission "Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen" von einer grundsätzlichen Isolation des Kulturbereichs bzw. der Kultureliten. "Die kulturellen Positionseliten sind [...] mit dem gesamten System wenig vermittelt. In dieser Absonderung kultureller Eliten liegt eine der Ursachen für die Verständnis- und Handlungs-Differenzen zwischen den etablierten Organisationen und 'marginalen Gruppen', deren Sprecher vielfach den kulturellen Eliten zuzurechnen sind" (HOFFMANN 1990:140). Für den Sozialbereich zeigt die Pilotstudie von KRÜGER/MATZ (1985), daß sich die Sozialeliten selbst als eher einflußlos einstufen. Dies sei zum einen darin begründet, daß politisch-administrative Karrieren nicht durch entsprechende Aktivitäten im Sozialsektor gefördert würden. An dieser Stelle ist zu fragen, wie umfassend der Einfluß einzelner Elitesektoren sein sollte. Plausibel ist die Annahme, daß die einzelnen Interessengruppen nur in ihren jeweiligen Politikbereichen Einfluß nehmen. So betrachtet, ist nur hier eine Übereinstimmung zwischen Politikern und den thematisch relevanten Interessengruppen notwendig bzw. zu erwarten.

Tabelle 61: Politische Responsivität gegenüber einzelnen Elitesektoren

Sektor	Relevante Politikbereiche	Responsivität
Alle Sektoren	Öffentliche Sicherheit	↑ Bezirksbeiräte, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaft, Bürgerorganisationen, Sport/ Freizeit, Städtebau, Verkehr
	Energieversorgung	↑ Soziales, Sport/Freizeit
Bildung	Schulbau/-unterhaltung Wissenschaft/Forschung	↑ ↓
Gesundheit	Gesundheitswesen	↓
Kultur	Kulturförderung	↓
	Beratung/Integration ausländ. Bürger	↓
Soziales/ Kirche/ Gewerkschaften	Sozialpolitik	↓
	Jugendpolitik	↓
	Kindergärten/-tagesheime	↓
	Drogenpolitik	↑
	Seniorenpolitik Sozialer Wohnungsbau	↓ ↓
Sport/ Freizeit	Sport-/Freizeiteinrichtungen Parks/Erholungseinrichtungen	↓ ↓
	Städtebau	↓
Umwelt	Abfallvermeidung./-beseitigung	↓
	Abwasserbeseitigung	↓
Verkehr	ÖPNV	↓
	Straßenbau	↑
	Parkplatzbau	↓
Wirtschaft	Wirtschaftsförderung	↑



Tabelle 62: Politische Responsivität gegenüber verschiedenen Elitensektoren

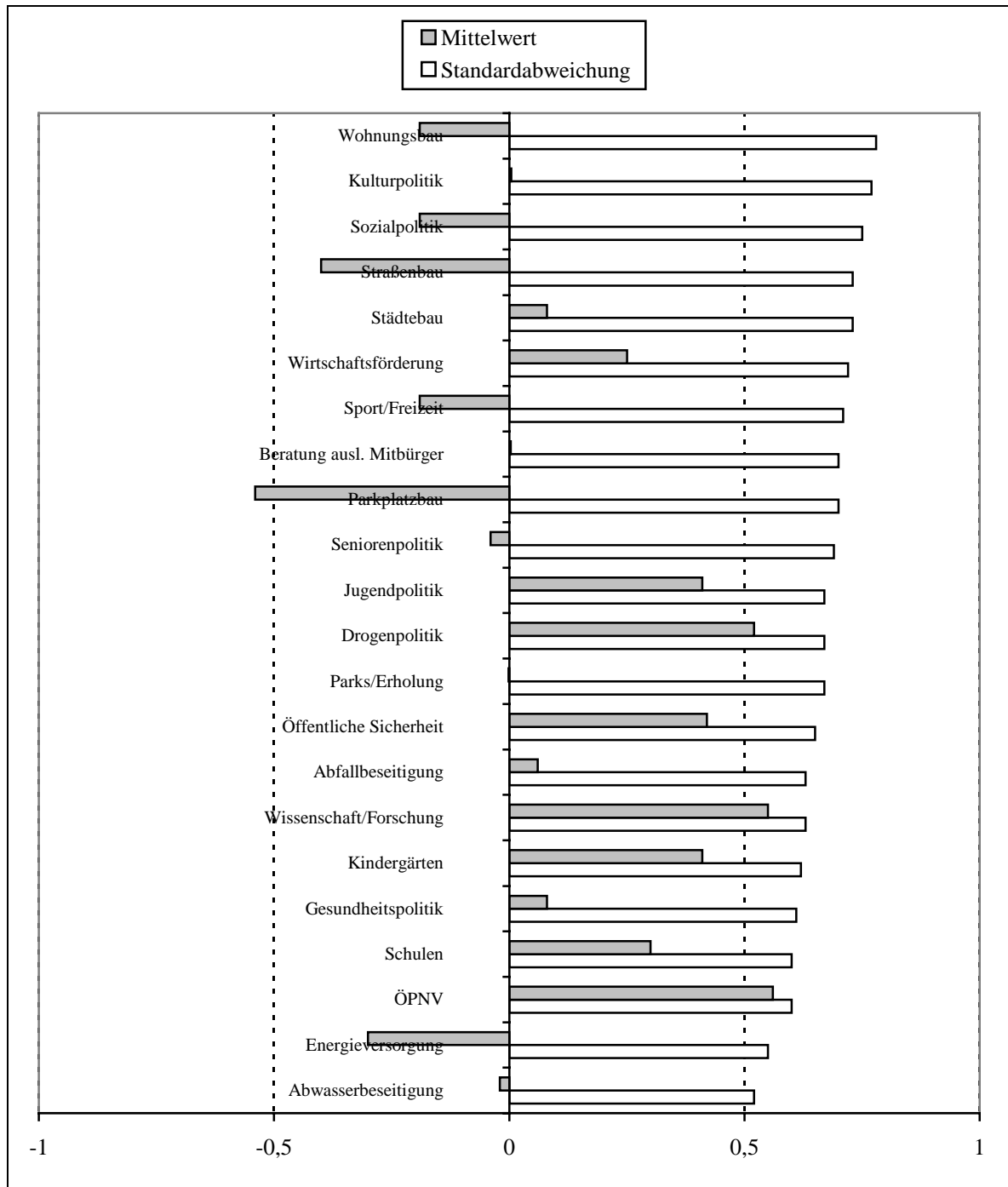
	Wirt- schaft	Sozi- ales	Gesund- heit	Kultur	Drogen	Schul- bau	Sicher- heit	Sport/ Freizeit	Park- plätze	ausländ. Bürger	Senio- ren	Energie	Jugend	Parks/ Erhol.	Abfall	Forsch- ung	Ab- wasser	Stra- ßenbau	ÖPNV	Kinder	Wohn- ungen	Städte- bau	Anzahl ↓
Politik	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	=	↑	↑	=	↑	=	↑	=	↑	↑	↑	↑	9
Bezirk	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	=	↑	↑	=	↑	↑	↑	↑	↑	=	8
Verwaltung	↑	↑	↑	↑	=	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	=	↑	↑	11
Wirtschaft	↑	↑	↑	↑	↑	=	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	13
Bürgervereine	=	↑	↑	↑	↑	=	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	13
Bildung	↑	=	↑	↑	↑	↑	=	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	8
Gesundheit	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	15
Gewerkschaft	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	8
Kirche	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	12
Kultur	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	15
Medien	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	13
Soziales	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	14
Sport/Freizeit	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	10
Städtebau	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	7
Umwelt	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	16
Verkehr	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	11

= durchschnittliche Responsivität, ↑ überdurchschnittliche Responsivität, ↓ unterdurchschnittliche Responsivität, Daten siehe Tabelle 62a im Anhang B, S. 342. Bei Abweichungen des Gruppenmit-  
telwertes von den durchschnittlichen Ratspräferenzen um weniger als +/- 0,02 Punkte wird die Responsivität als durchschnittlich bezeichnet; für die Interpretation der politischen Responsivität spielt das  
Vorzeichen keine Rolle, es interessiert nur, ob sich die Einstellungsdistanz vergrößert, verringert oder gleichbleibt.

Tabelle 61 zeigt die relevanten Politikbereiche einzelner Elitesektoren. Für nahezu alle der 22 abgefragten Themenfelder ist eine klare Zuordnung zu den einzelnen Elitebereichen möglich. Die beiden Themen Öffentliche Sicherheit und Energieversorgung werden von ihrer Wichtigkeit als übergeordnet eingestuft; sie sind deshalb für alle Elitesektoren von Interesse. Um den Einfluß der einzelnen Elitesektoren aufzuzeigen, wird als Referenzgröße die durchschnittliche Distanz zwischen Eliten- und Ratspräferenzen berechnet. Für jedes der 22 Politikfelder wird geprüft, ob die Distanz zwischen Sektoreliten und Räten zunimmt, abnimmt oder gleichbleibt. Stimmt bsp. die Annahme, daß die Wirtschaftseliten dominieren und die Räte deren Ausgabenprioritäten in allen Politikbereichen berücksichtigen, müßte sich die Einstellungsdistanz in allen Fällen verringern und die politische Responsivität überdurchschnittlich hoch ausfallen. Tatsächlich zeigt sich, daß die Einstellungsdistanz zwischen Räten und Wirtschaftselite bei der Wirtschaftspolitik und sechs weiteren Themen geringer ist als zwischen Räten und allen Elitesektoren im Durchschnitt. Bei zwei Themen ändert sich die Distanz nicht und bei 13 Themen vergrößert sie sich sogar (vgl. Tabelle 62a im Anhang B, S. 342). In zwölf der dreizehn Fälle von unterdurchschnittlicher Responsivität gegenüber den Wirtschaftseliten befürworten die Ratsmitglieder höhere Ausgaben (nur beim Parkplatzbau wünschen die Räte stärkere Kürzungen als die Wirtschaftseliten). Grundsätzlich einig sind sich Wirtschaft und Politik über die kommunalpolitischen Ausgaben für die Themen Öffentliche Sicherheit, Stadtentwicklung, Kultur und Gesundheit. Eher Uneinigkeit herrscht über die Höhe der Ausgaben für Straßen- und Parkplatzbau, Schulbau und -unterhaltung, Kindergärten und den sozialen Wohnungsbau. Die HUNTER-These, daß die lokale Entscheidungselite in erster Linie die Wirtschaftsinteressen repräsentiert, bestätigt sich somit im Einstellungsvergleich nicht. Die absoluten Einstellungsdistanzen über alle Politikfelder weisen darauf hin, daß es Elitesektoren gibt, die insgesamt deutlich besser vertreten werden und andere, die schlechter vertreten werden. Dies zeigt sich auch für die beiden übergeordneten Themen Öffentliche Sicherheit und Energieversorgung (vgl. Spalte Responsivität in Tabelle 61). Eher bevorzugt werden die Bezirksbeiräte, Verwaltungsmitglieder und Politiker sowie Führungskräfte der Bereiche Gewerkschaft, Städtebau und Bildung. Weniger gut repräsentiert werden die Führungskräfte der Bereiche Soziales, Kirche, Kultur, Umwelt, Bürgerorganisationen und Gesundheit. Dies bestätigt sich vor allem in den Politikfeldern, in denen diese Interessengruppen tätig sind und sie ihren Einfluß versuchen, geltend zu machen. Während bsp. die Eliten der Sektoren Soziales und Kirchen klar Ausgabenerhöhungen für die Sozialpolitik befürworten, fordern die Kommunalpolitiker hier eine relativ starke Ausgabenkürzung. Auch die Führungskräfte der Sektoren Gesundheit, Kultur sowie Sport und Freizeit verlangen in ihrem Bereich gewisse Mehrausgaben, die Räte hingegen Ausgabenkürzungen. Natürlich hängt die Repräsentationsleistung der Kommunalpolitiker auch von der Heterogenität der Eliteneinstellungen ab. Abbildung 27 zeigt, daß bei den Eliten mehr Themen differenzierter wahrgenommen werden als bei den Bürgern (vgl. Abbildung 25, S. 256). D.h. eine gleichberechtigte Repräsentationsleistung gegenüber den Stuttgarter Führungskräften ist schwerer zu leisten als gegenüber der Bevölkerung. Die Ergebnisse stützen die Annahme über einen Zusammenhang zwischen Themenhomogenität und Repräsentation. Für die eher homogenen Themen Abwasser- bzw. Abfallbeseitigung, Kindergärten, ÖPNV, Wissenschaft/Forschung sowie Parks/Erholungseinrichtungen zeigt sich insgesamt eine gute Repräsentationsleistung über alle Sektoren, aber auch für das eher heterogen eingestufte Thema Stadtentwicklung. Hier spielt vermutlich die Wichtigkeit des Politikfeldes eine Rolle. Traditionell ist der Bereich Stadtplanung/Stadtentwicklung eines der wichtigsten kommunalen Themen, so daß sich die Mandatsträger mangelnde Repräsentativität kaum leisten können, wenn sie bei der Bürgerschaft nicht in Ungnade fallen wollen. Bei den sehr heterogenen Themen Kultur, Soziales und Wirtschaftsförderung werden in den durchschnittlichen Rätepräferenzen lediglich die Ausgabenprioritäten einzelner Elitesektoren repräsentiert.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, daß die politische Responsivität gegenüber den einzelnen Elitesektoren je nach Politikfeld variiert. Neben der Themenhomogenität sind sehr wahrscheinlich noch andere Faktoren relevant. Denkbar ist, daß die Repräsentationsleistung der Räte davon beeinflußt wird, in welchen Interessenorganisationen sie sich engagieren bzw. welcher Partei sie angehören. Plausibel erscheint, daß sich eher konservative Kommunalpolitiker für traditionelle Themen wie Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung oder Energieversorgung aussprechen und eher progressive Ratsmitglieder für soziale oder umweltpolitische Themen. Auch die Mitgliedschaft in einer Organisation könnte dazu führen, daß durch die Sektoraffinität die Ausgabenprioritäten besser vertreten werden.

Abbildung 27: Homogenität der Elitenpräferenzen



Daten siehe Tabelle 48a im Anhang B, S. 330.

#### 2.4.1.2.1. Sektorspezifische Einstellungen

Inwieweit beeinflußt die Organisationsmitgliedschaft bzw. ehrenamtliche Tätigkeit der Räte deren politische Responsivität gegenüber den einzelnen Elitesektoren? Die Beantwortung dieser Frage ist möglich, da für alle in Tabelle 61 genannten Politikbereiche die zugewiesenen Sektormitgliedschaften bzw. ehrenamtlichen Tätigkeiten der Stuttgarter Mandatsträger abgefragt wurden. Tabelle 63 verdeutlicht das unterschiedliche Responsivitätsverhalten von Kommunalpolitikern mit oder ohne Mitgliedschaft bzw. Ehrenamt in bestimmten Bereichen.<sup>256</sup> Die durchschnittlichen Sektorpräferenzen orientieren sich an den Tabellen 48a und 48b (im Anhang B S. 330-331). So bilden z.B. für das Thema Wirtschaftsförderung die Präferenzen der Wirtschaftseliten die Vergleichsgrundlage und für das Thema Kultur die Präferenzen der Kultureliten. Politische Responsivität bezieht sich hier wiederum auf Einstellungskongruenzen. Zunächst wird die durchschnittliche Distanz zwischen allen Ratsmitgliedern und den einzelnen Elitesektoren für ihre jeweiligen Policy-Bereiche berechnet. Dann wird geprüft, ob und inwieweit die Organisationsmitgliedschaft der Mandatsträger diese Distanzen verändern. Dies ist nur bei denjenigen Themen sinnvoll, bei denen die Repräsentation aller Räte gegenüber den Sektoreliten eher schlecht ausfällt. Die Policy-Bereiche in Tabelle 63 und 63a (siehe Anhang B, S. 343) sind nach diesem Kriterium geordnet. Hier ist zu sehen, daß das Gesamtparlament vor allem den Sektoreliten bei den Themen ÖPNV, Parks/Erholung, Wissenschaft/Forschung und Wirtschaftsförderung entgegenkommt. Bei den sozialen Themen, aber auch in den Bereichen Sport/Freizeit bzw. Straßen-/Parkplatzbau stimmen die durchschnittlichen Einstellungen der Räte und die der jeweiligen Sektoreliten nur wenig überein.

Vor allem für die zuletzt genannten Themen ist interessant, ob die Mitgliedschaft bzw. ein Ehrenamt in einer sektornahen Organisation die Einstellungsdistanzen zwischen Räten und Sektoreliten verkleinert. Berücksichtigt man die Signifikanzen, so gibt es nur wenig Bereiche, in denen Gruppenunterschiede existieren. Da die Fallzahl der Räte jedoch eher gering ist, werden für die Möglichkeit tendenzieller Aussagen in Tabelle 63a alle Einstellungsdistanzen dargestellt. So ist bsp. für die Kulturpolitik zu sehen, daß nur die Mitgliedschaft in einer Wirtschaftsorganisation einen signifikanten Einfluß auf die durchschnittlichen Distanzen zwischen Räten und Sektoreliten aufweist. Die wirtschaftsnahen Räte sind in diesem Bereich für Ausgabenkürzungen ( $\emptyset = -0,49$ ), die wirtschaftsfernen Räte für Ausgabenbeibehaltung (0,06). Da die Kultureliten selbst für Ausgabenerhöhung (0,59) stimmen, repräsentieren die wirtschaftsfernen Räte überdurchschnittlich gut die Präferenzen der Kultureliten. Die anderen Mitgliedschaften führen nicht dazu, daß sich die Räte in ihren kulturpolitischen Einstellungen sehr voneinander unterscheiden. Der Unterscheid reicht dennoch aus, um tendenziell aussagen zu können, ob eine Gruppe eher die Präferenzen der Sektoreliten repräsentiert als die andere Gruppe. So repräsentieren bps. die Mitglieder von Gewerkschaften bzw. sozialen Organisationen eher die Kulturpräferenzen als Mitglieder von Bürger-, Sport- oder Umweltorganisationen. In erster Linie interessieren die Räte, die selbst in einer Kulturorganisation Mitglied sind. Ihre Vorstellungen sind leicht überdurchschnittlich im Vergleich zur Gesamtrepräsentation, d.h. in diesem Fall aber nur, daß sich die kulturnahen Ratsmitglieder für etwas weniger starke Kürzungen aussprechen ( $\emptyset = -0,17$ ) als die kulturfernen Ratsmitglieder ( $\emptyset = -0,24$ ).

Die sozialen Themen (Sozial-, Wohnungs-, Ausländer-, Jugend-, Senioren-, Gesundheitspolitik, Kindertagesstätten) werden überdurchschnittlich gut von Räten repräsentiert, die Mitglied in einer Gewerkschaft, einer Bürger-, Sozial- oder Umweltorganisation sind. Repräsentanten einer Wirtschafts-, Sport- oder Kulturorganisation weisen hier meist eine durch- oder unterdurchschnittliche Kongruenz mit den Sektoreliten auf. In den beiden Politikfeldern Sport/ Freizeit und Parks/Erholung repräsentieren in Sportverbänden organisierte Räte die Präferenzen der Sektoreliten nicht besser als nicht in diesem Bereich organisierte Räte. Vielmehr zeigt der Mittelwertvergleich für den Bereich Parks/Erholung, daß die nicht sektornah organisierten

---

<sup>256</sup> In den Bereichen Bildung/Wissenschaft, Kirche/Religion und Gesundheit sind die Fallzahlen zu niedrig.

Tabelle 63: Politische Responsivität nach Organisationsmitgliedschaft bzw. ehrenamtlicher Tätigkeit (Einstellungsdistanzen)

	Kultur	Soziales	Wohnungen	ausländ. Bürger	Sport-/Freizeit	Gesundheit	Jugend	Strassenbau	Parkplätze	Senioren	Kinder	Städtebau	Abfall	Sicherheit	Drogen	Schulbau	Wirtschaft	Forschung	Parks/Erhol.	Abwasser	Energie	ÖPNV
Ø-Distanz	-0,80	-0,79	-0,69	-0,51	-0,54	-0,47	-0,45	-0,39	-0,38	-0,34	-0,31	-0,25	-0,19	+0,17	+0,16	+0,14	+0,11	-0,11	-0,09	-0,08	+0,08	+0,05
Räte-Sektoreliten	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗			↗	↗	↗	↗		
Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗			↗	↗	↗	↗		
Wirtschaftsorganisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗			↗	↗	↗	↗		
Kein Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗			↗	↗	↗	↗		
Wirtschaftsorganisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗			↗	↗	↗	↗		
Sign.	.033	.002	.023	.000	n.s.	.002	.008	n.s.	.035	.000	n.s.	.018	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.025	n.s.	.001	.045	n.s.	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Gewerkschaft	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Kein Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Gewerkschaft	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Sign.	n.s.	.018	.028	.000	n.s.	n.s.	.000	n.s.	n.s.	.001	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.027	n.s.	n.s.	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Bürgerorganisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Kein Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Bürgerorganisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Sign.	n.s.	n.s.	n.s.	.041	n.s.	n.s.	.008	n.s.	.046	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Sport-/Freizeitorganisat.	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Kein Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Sport-/Freizeitorganisat.	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Sign.	n.s.	.026	n.s.	.004	n.s.	.044	.020	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.006	n.s.	n.s.	.002
Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
soziale Organisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Kein Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
soziale Organisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Sign.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
kulturelle Organisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Kein Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
kulturelle Organisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Sign.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.012	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.034	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Umweltorganisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Kein Mitglied/Ehrenamt	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Umweltorganisation	↗	↗	↗	↗		↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗	↗					↗	↗	↗	↗
Sign.	n.s.	n.s.	n.s.	.044	n.s.	.014	n.s.	n.s.	n.s.	.014	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.001	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.

= durchschnittliche Responsivität, ↗ überdurchschnittliche Responsivität, ↘ unterdurchschnittliche Responsivität, Daten siehe Tabelle 63a im Anhang B, S. 343. Bei Abweichungen der Gruppen-Einstellungsdistanz von der Distanz zwischen Räten und Sektoreliten um weniger als +/- 0,03 Punkte wird die Responsivität als durchschnittlich bezeichnet; für die Interpretation der über- bzw. unterdurchschnittlichen Responsivität spielt das Vorzeichen keine Rolle, es interessiert nur, ob sich die Einstellungsdistanz vergrößert oder verringert. Dargestellt sind nur die Ergebnisse für Gruppeneinstellungsdistanzen  $\geq .20$  (vgl. Tabelle 61b) oder falls die Gruppenpräferenzen verschiedene Vorzeichen haben.

Mandatsträger Ausgaben erhöhungen befürworten, während die anderen Politiker Ausgaben kürzungen fordern. Die Sektoreliten selbst sind für eine Ausgabenbeibehaltung, was auch der Durchschnitt des Gemeinderates zeigt. Das Thema Parks/Erholung ist somit der einzige Bereich, in dem die Repräsentation beider Teilgruppen schlechter ausfällt als die Repräsentation des Rates insgesamt. Die Repräsentation der Umweltthemen Abfallbeseitigung/-vermeidung bzw. Abwasserbeseitigung unterscheidet sich kaum bei den Räten, die einer Umweltorganisation angehören und den Räten, die nicht umweltorientiert organisiert sind. Schließlich werden die Präferenzen der Eliten im Verkehrsbereich (ÖPNV, Straßen- und Parkplatzbau) vor allem von Ratsmitgliedern repräsentiert, die einer Wirtschafts- oder Sportorganisation angehören. Bei den übrigen neun Themen fällt die Repräsentationsleistung des Gemeinderates insgesamt eher hoch aus; weshalb nur eine geringe Einstellungsdistanz zwischen Räten und Sektoreliten vorliegt. Dies führt z.T. zu widersprüchlichen Ergebnissen. So zeigt sich bsp. daß Ratsmitglieder, die in einem Wirtschaftsverband bzw. Gewerbeverein Mitglied sind oder eine ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich ausüben, für die kommunale Wirtschaftsförderung deutlich höhere Ausgaben fordern als die Wirtschaftseliten (positives Vorzeichen der Distanz). Räte, die nicht Mitglied in einer wirtschaftsnahen Organisation sind oder eine Ehrenamt ausüben, fordern zwar auch Mehrausgaben, aber weniger als die Wirtschaftseliten oder wirtschaftsnahe Ratsmitglieder. Da in der vorliegenden Arbeit Responsivität über Einstellungskongruenzen gemessen wird und die Mandatsträger, die in einer Wirtschaftsorganisation Mitglied sind, höhere Ausgaben für dieses Politikfeld fordern als die Wirtschaftseliten selbst, ist die Distanz zwischen diesen Räten und den Sektoreliten größer ( $d = +0,34$ ) als die Distanz zwischen Räten, die nicht wirtschaftsnah organisiert sind und den Sektoreliten ( $d = -0,13$ ). Obwohl die Ausgabenpräferenzen der wirtschaftsnahen Räte in die gleiche Richtung gehen wie die der Sektoreliten, fällt die Responsivität somit schlechter aus als die Responsivität aller Ratsmitglieder ( $d = +0,11$ ). Deshalb macht es für diese Politikbereiche wenig Sinn, den Einfluß der Organisationsmitgliedschaften im Hinblick auf eine Verbesserung der Repräsentationsleistung zu untersuchen. Für einige der anderen Politikfelder bestätigt sich jedoch die Annahme, daß die Sektoraffinität einen Einfluß auf die themenspezifische Responsivität hat.

#### 2.4.1.2.2. Parteispezifische Einstellungen

Ein weiterer Faktor, der eventuell Auswirkungen auf die politische Responsivität der Ratsmitglieder hat, ist die Parteizugehörigkeit. Angenommen wird, daß die Kommunalpolitiker die Präferenzen von Elitenmitgliedern mit der gleichen Parteineigung eher repräsentieren als die Präferenzen von Elitenmitgliedern mit anderen Parteineigungen. Zunächst ist zu sehen, daß sich in 16 der 22 untersuchten Politikbereiche die Einstellungen der Stuttgarter Eliten deutlich nach ihrer jeweiligen Parteineigung unterscheiden (vgl. Tabelle 64a im Anhang B, S. 344). Deshalb soll geprüft werden, ob die Räte die Ausgabenprioritäten ihrer Parteianhänger besser repräsentieren als der Gemeinderat die Präferenzen aller Elitenmitglieder. Diese Fragestellung macht auch hier nur bei den Themen Sinn, in denen die durchschnittliche Repräsentationsleistung des Kollektivs eher schlecht ausfällt. Dies trifft vor allem auf die Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Drogenpolitik zu (vgl. Tabelle 64). In diesen fünf Feldern stimmen die CDU-, FDP-, REP-Räte und der ÖDP-Rat nur bedingt mit den Präferenzen ihrer jeweiligen Elitenanhänger überein. Die SPD-Räte haben dagegen in der Kultur-, Gesundheits- und Sozialpolitik relativ ähnliche Einstellungen wie ihre Anhänger und bei den Grünen-Räten ist in allen fünf Bereichen kaum ein Unterschied in den Einstellungen zu erkennen. Die hohe Kongruenz zwischen Grünen-Räten und Grünen-Eliten bestätigt sich auch insgesamt für alle 22 Politikfelder. Die Grünen-Räte weisen die niedrigste Einstellungsdistanz zu ihren Anhängern in der Stuttgarter Elite auf. Ebenfalls gut ist die Repräsentationsleistung der SPD-, CDU- und FWV-Räte gegenüber ihrer Parteiklientel, weniger gut die der FDP- und REP-Vertreter sowie dem einzelnen ÖDP-Stadtrat.

Tabelle 64: Politische Responsivität nach Parteizugehörigkeit (Einstellungsdistanzen)

	Wirt- schaft	Sozi- ales	Gesund- heit	Kultur	Drogen	Schul- bau	Sicher- heit	Sport/ Freizeit	Park- plätze	ausländ Bürger	Senio- ren	Energie	Jugend	Parks/ Erhol.	Abfall	Forsch- ung	Ab- wasser	Stra- ßenbau	ÖPNV	Kinder	Wohn- ungen	Städte- bau	Ø absolute Distanz	An- zahl ↑	
Ø-Distanz Räte-Eliten	+0,35	-0,24	-0,22	-0,21	+0,20	+0,18	+0,17	+0,16	-0,14	-0,14	-0,08	+0,08	-0,07	-0,06	-0,05	+0,04	+0,04	-0,03	-0,03	-0,03	+0,03	-0,02	0	0,12	
Ø-Distanz CDU-Räte- CDU-Eliten	↘	↘	↘	=	=	↘	=	=	=	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	=	↘	↘	↘	0,23	1
Ø-Distanz SPD-Räte- SPD-Eliten	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	=	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	=	↘	=	↘	↘	↘	↘	0,21	6
Ø-Distanz FDP-Räte- FDP-Eliten	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	=	↘	↘	=	↘	↘	↘	0,39	3
Ø-Distanz Grüne-Räte- Grüne-Eliten	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	=	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	=	↘	↘	↘	↘	↘	↘	0,16	11
Ø-Distanz FWV-Räte- FWV-Eliten	↘	=	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	0,41	2
Ø-Distanz ÖDP-Räte- ÖDP-Eliten	↘	↘	↘	=	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	=	↘	↘	↘	↘	↘	0,56	2
Ø-Distanz REP-Räte- REP-Eliten	=	↘	↘	=	=	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	↘	0,43	3
Sign. Eliten- präferenzen nach Partei	.000	.000	.005	-	.000	-	.000	-	.000	.000	.000	-	.000	.001	.001	-	.000	.000	.000	.000	.000	.000	-		

= durchschnittliche Responsivität, ↗ überdurchschnittliche Responsivität, ↘ unterdurchschnittliche Responsivität, ↘ unterdurchschnittliche Responsivität, Daten siehe Tabelle 64a im Anhang B, S. 344. Bei Abweichungen der Gruppen-Einstellungsdistanz von der Distanz zwischen Räten und Sektoreliten um weniger als +/- 0,03 Punkte wird die Responsivität als durchschnittlich bezeichnet; für die Interpretation der über- bzw. unterdurchschnittlichen Responsivität spielt das Vorzeichen keine Rolle, es interessiert nur, ob sich die Einstellungsdistanz vergrößert oder verringert.

Somit zeigen sich auch für die Parteizugehörigkeit bzw. -neigung Unterschiede in der Repräsentationsleistung der Ratsmitglieder gegenüber den anderen Elitenmitgliedern. Im folgenden soll abschließend untersucht werden, mit wem die Stuttgarter Ratsmitglieder die größten Einstellungskongruenzen aufweisen - mit den Bürgern oder mit den Eliten? Denkbar ist auch, daß die Responsivität je nach Politikfeld variiert und unterschiedliche Bestimmungsfaktoren eine Rolle spielen, die einmal responsivitätsfördernd oder -mindernd wirken.

#### **2.4.1.3. Politische Responsivität für Bürger und Elitenmitglieder im Vergleich**

Abschließend wird untersucht, wie die Ausgabenprioritäten der Stuttgarter Ratsmitglieder insgesamt und für die einzelnen Politikbereiche im Vergleich zu den Bürgern und den Eliten ausfallen. Der Strukturvergleich zeigt zunächst, daß es nur vier Elitenbereiche gibt, die weniger mit der Themenrangliste der kommunalen Mandatsträger gemein haben als die Rangliste der Bürger. Dies sind die Sektoren Kirche, Kultur, Soziales und Umwelt (vgl. Tabelle 65 im Anhang B, S. 345). Ebenso gut wie die Bürgerpräferenzen werden die Einstellungen der Vertreter von Bürgerorganisationen bzw. des Gesundheitsbereichs repräsentiert. Nahezu identisch in der Rangeinstufung der 22 Policy-Bereiche sind die Rats- und Verwaltungsmitglieder (SPEARMAN's  $r = .95$ ), dicht gefolgt von den Bezirksbeiräten und den Führungskräften im Sektor Verkehr. Relativ gut spiegeln sich auch die Präferenzen der Sport-, Wirtschafts-, Gewerkschafts-, Bildungs- und Medieneliten wider. Es gibt somit einige Elitensektoren, die deutlich besser als die Bürger in den Ausgabenprioritäten der Politiker repräsentiert werden.

Nach HUNTER (1953) werden unabhängig vom Politikbereich stets die Präferenzen der Wirtschaftselite repräsentiert. Nach DAHL (1961) sind die Räte je nach Thema verschiedenen Gruppen gegenüber responsiv. Für die Überprüfung dieser Annahmen wird wieder ein Strukturvergleich und ein Niveau- bzw. Distanzvergleich für die einzelnen Politikbereiche durchgeführt. Die Ergebnisse in Tabelle 66 (siehe Anhang B, S. 346) sind nach den Politiken geordnet, in denen die Räte insgesamt die geringsten Responsivität gegenüber den Bürgern aufweisen. Über alle 22 Themen hinweg fallen die Distanzen zwischen Räten und Bürgern bzw. Räten und anderen Eliten gleich groß - allerdings mit anderem Vorzeichen - aus. D.h. der Rat befürwortet im Vergleich zu der Bevölkerung etwas geringere Ausgaben und im Vergleich zu den Eliten etwas höhere Ausgaben. Die Eliten sind somit insgesamt etwas restriktiver in ihren Ausgabenpräferenzen als die Räte und diese sind wiederum etwas restriktiver als die Bürger.

Doch greift dieser grobe Überblick zu kurz. Um die Hypothesen von HUNTER und DAHL zu prüfen, müssen die Politiken einzeln betrachtet werden. Dafür werden die Einstellungsdistanzen zwischen den Räten und den Bürgern bzw. zwischen verschiedenen Teileliten berechnet. Zunächst fällt auf, daß nur bei fünf Themen die Distanzen zwischen Ratsmitgliedern und Bürgern geringer ausfallen, als zwischen Ratsmitgliedern und den anderen Elitenmitgliedern. Bei drei Themen gibt es kaum Unterschiede in den jeweiligen Distanzen. D.h. in zwei Drittel der Fälle repräsentieren die Räte eher die Einstellungen der Eliten als die Einstellungen der Bürger. Nach m.E. ist jedoch nicht so sehr die Quantität der Repräsentation für die Bürger ausschlaggebend, sondern vielmehr die Qualität. D.h. daß die Themenwichtigkeit berücksichtigt werden muß. Tatsächlich sind vier der sieben Themen, bei denen die Repräsentationsleistung des Gemeinderates den durchschnittlichen Bürgerpräferenzen gegenüber sehr gut ausfällt, eher bedeutende Themen. Nach den Ausgabenpräferenzen der Bevölkerung können vier der Politikfelder als wichtig eingestuft werden (öffentliche Sicherheit, Kindertagesstätten, Jugendpolitik, Schulbau und -unterhaltung), zwei als mittelmäßig wichtig (Sport/Freizeit, Abwasserbeseitigung) und ein Thema als eher unwichtig (Beratung und Integration ausländischer Mitbürger). Auch beim letzten der fünf Top-Themen der Bürger - der Drogenbekämpfung - fällt die Repräsentation der Ratsmitglieder nicht viel schlechter aus als gegenüber den anderen Elitenmitgliedern. D.h. für die fünf wichtigsten Themen der Bürgerschaft ist die Repräsentationsleistung der Ratsmitglieder als gut zu bezeichnen.



Dieses Ergebnis bestätigt in der Tendenz die Annahme, daß es sich die Politiker bei wichtigen Themen nicht leisten können, die Bürgerwünsche unberücksichtigt zu lassen. Wobei klar ist, daß die Einflußrichtung durch die vorliegenden Querschnittsdaten nicht untersucht werden kann. Denkbar ist nämlich auch, daß die Politiker zunächst auf die Wichtigkeit eines Themas hinweisen und Ausgabenerhöhungen dafür propagieren. Die Bürger rezipieren über die Medien die Politikereinstellungen und übernehmen entweder das Agenda-Setting der Politiker oder der Journalisten. In diesem Fall liegt keine Responsivität vor, da sich die Bürger nach den Politiker- bzw. Medieneinstellungen richten und nicht umgekehrt. Leider gibt es nur wenige Studien mit einem dynamischen Design, die diese Kausalitäten untersuchen. Die meist in den USA durchgeführten Analysen zeigen, daß sich "häufig erst die öffentliche Meinung und dann die Politik verändert" (BRETTSCHEIDER 1995:226). In seiner Studie über das Zusammenspiel von Meinungswandel und parlamentarischem Handeln im deutschen Bundestag (1949-1990) stellt BRETTSCHEIDER hingegen fest, daß die Handlungen der Abgeordneten eher zu einem Meinungswandel in der Bevölkerung führen, als daß die Veränderung der Bevölkerungspräferenzen dem Handeln vorausgehe. Sein Fazit lautet: "Allerdings findet sich nie ein ausschließlich in eine Richtung verlaufender Einfluß. Öffentliche Meinung und parlamentarisches Handeln beeinflussen sich in unterschiedlichem Maße gegenseitig" (BRETTSCHEIDER 1995:226f). Da in der Stadt Stuttgart alle zwei Jahre mit großem organisatorischem und finanziellem Aufwand eine Bürgerbefragung durchgeführt wird und den Ratsmitgliedern nach eigenem Bekunden die Bürger sehr wichtig für ihre Entscheidungen im Stadtrat sind, erscheint es für die vorliegende Studie plausibel, anzunehmen, daß Responsivität vorliegt.

Auch die Aussage, daß in zwei Dritteln der Fälle die Elitenpräferenzen durch die Mandatsträger repräsentiert werden, greift zu kurz. Die Betrachtung der Distanzen zwischen den Räten und den Elitensegmenten zeigt, daß die geringsten Unterschiede zwischen Räten und der politisch-administrativen Elite bzw. gesellschaftlicher Elite bestehen, die Unterschiede zwischen Räten und Wirtschaftseliten fallen größer aus. Nur bei den Themen Wirtschafts-, Gesundheitspolitik und Sicherheit stimmen die Räte eher mit den Wirtschaftseliten überein als mit der politisch-administrativen Elite oder der gesellschaftlichen Elite. Generell gibt es zwischen den Räten und der politisch-administrativen Elite nur beim Thema Wirtschaft größere Divergenzen; die Räte befürworten hier deutlich höhere Ausgaben. Zwischen den Räten und den gesellschaftlichen Eliten gibt es deutlich mehr Themen, bei denen Uneinigkeit herrscht. Somit kann die Hypothese der Dominanz von Wirtschaftsinteressen verworfen werden.

Die DAHL-Annahme ist schwieriger zu überprüfen. Ausgehend von den absoluten Einstellungsabständen über alle 22 Politikfelder werden die Sektoren Soziales, Kirche, Kultur, Umwelt, Bürgerorganisationen und Gesundheit deutlich schlechter als die anderen Eliten bzw. die Bürger repräsentiert. Dies gilt für die Bereiche Soziales, Kirche, Kultur und Gesundheit vor allem auch für deren Interessenschwerpunkte (siehe Tabelle 66 im Anhang B, S. 346). Bei den Themen Sozial-, Jugendpolitik, sozialer Wohnungsbau und Kindertagesstätten fordern die Sozialeliten deutlich höhere Ausgaben als die Räte. Auch in der Kultur- und Gesundheitspolitik haben die Führungskräfte deutlich andere Ausgabenvorstellungen als die gewählten Politiker. Die Führungskräfte im Umweltbereich hingegen divergieren mit den Räten nicht in den umweltnahen Politikfeldern (Abfall-/Abwasserbeseitigung), sondern in anderen Themenbereichen. Ebenfalls hohe Repräsentation ihrer speziellen Politiken erhalten die Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Bildungseliten.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Räte in den meisten Fällen ähnliche Präferenzen wie die Verwaltungseliten haben; sie stimmen aber auch mit den anderen Politikern und den Bezirksbeiräten größtenteils überein. Bei den beiden letzteren Elitensegmenten hängt die Kongruenz z.T. von der Parteizugehörigkeit ab (vgl. Kapitel 2.4.1.2.2.). Die Wünsche der Wirtschaftseliten werden mit Ausnahme der Wirtschaftspolitik nicht besser oder schlechter als die der anderen Elitesektoren repräsentiert. Sowohl der Struktur- wie auch der Niveauvergleich zeigen, daß es einige Elitebereiche gibt, die schlechter als die Bürgerpräferenzen abschneiden,

vor allem auch bei ihren speziellen Themen. Auch zeigt sich, daß mit höherer Repräsentation den Bürgern gegenüber, mehr Elitesektoren schlechter repräsentiert werden. So sind bsp. beim umstrittenen Thema Sozialpolitik nur die Bereiche Soziales und Kirche schlechter repräsentiert als die Bürger; beim Thema öffentliche Sicherheit sind mit Ausnahme der Wirtschaft und den Bezirksbeiräten alle anderen Elitesektoren schlechter repräsentiert.

Die Hypothese von DAHL, daß die politische Responsivität je nach Aufgabenbereich variiert, bestätigt sich somit. Doch welche Faktoren sind dafür ausschlaggebend? Bisher wurde der Einfluß der Bürger- bzw. Elitenpräferenzen, der Parteizugehörigkeit und der Organisationsmitgliedschaft auf die Ausgabenpräferenzen der Ratsmitglieder untersucht. Denkbar ist auch, daß persönliche Faktoren wie z.B. Werte oder Ideologien bzw. kontextuelle Faktoren wie die Wirtschaftslage in Stuttgart einen Einfluß haben. Im folgenden werden in bi- und multivariaten Analysen die Wirkungen der einzelnen Bestimmungsfaktoren untersucht.

#### **2.4.1.4. Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität**

Die univariaten Analysen haben ergeben, daß die politische Responsivität den Elitenmitgliedern bzw. den Bürgern gegenüber je nach Politikfeld variiert. Zu untersuchen gilt, welches Gewicht den einzelnen Elitesektoren bzw. Bürgerpräferenzen bei den einzelnen Politiken zukommt und ob noch andere Faktoren für die Ausgabenpräferenzen der Ratsmitglieder wichtig sind. In der Untersuchung von GABRIEL u.a. (1993) zeigt sich, daß die Policy-Einstellungen von Ratsmitgliedern und den von ihnen wahrgenommenen Bürgerpräferenzen nur relativ geringe Ähnlichkeiten aufweisen. Bei der Analyse verschiedener Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität sind jedoch die Wählerwünsche die wichtigste Erklärungsvariable für die Politikerpräferenzen. Da in der Stuttgarter Studie im Jahr 1997 zeitgleich zur Ratsbefragung eine Befragung der Bürger und anderer Elitenmitglieder stattfand, wurden die Stadträte nicht nach den Bevölkerungspräferenzen bzw. den Präferenzen anderer Elitenmitglieder gefragt. Deshalb kann nicht wie bei GABRIEL u.a. untersucht werden, welche Rolle die perzipierten Bürger- bzw. Elitenpräferenzen im Vergleich zu anderen Einflußvariablen wie ideologische Dispositionen, Werthaltungen oder die Einschätzung der städtischen Lebensqualität für die Ratspräferenzen spielen. Da diese Analyse mit den vorliegenden Daten nicht zu leisten ist, wird stattdessen geschaut, ob einzelne Faktoren responsivitätsfördernd oder -mindernd wirken. Als abhängige Variable dient dabei die Einstellungsdistanz zwischen Ratsmitgliedern und Bürgern, als unabhängige Variablen werden folgende Faktoren untersucht:

- Distanzen zwischen Räte- und Elitenpräferenzen<sup>257</sup>
- Parteizugehörigkeit (Volkspartei, Mehrheitsfraktion)
- Ideologie (Links-Rechts-Einstufung)
- Werthaltungen (Kon-, Non-Kon-Dispositionen)
- Seniorität (Alter, Legislaturperioden im Stadtrat)
- Einschätzung der Lebensqualität und der wirtschaftlichen Lage in Stuttgart
- Organisationsmitgliedschaft bzw. Ehrenämter in verschiedenen Bereichen

Die bivariaten Analysen zeigen, daß bei fast allen Themen die Einstellungsdistanzen zwischen den Räten und anderen Eliten die politische Responsivität den Bürgern gegenüber nicht behindern (vgl. Tabelle 67). Die hohen positiven Korrelationskoeffizienten bedeuten, daß Mandatsträger, die eine geringe Distanz gegenüber den Bürgern aufweisen, auch eine geringe Distanz zu den Eliten haben und umgekehrt eine mangelnde Repräsentation der Bürgerwün-

---

<sup>257</sup> Um mehr Varianz in den abhängigen Variablen zu erreichen, wurden die Rats- und Elitenpräferenzen - wie auch ursprünglich im Fragebogen abgefragt - auf einer fünfstufigen Skala (-1, -0,5, 0, +0,5, +1) kodiert.

Tabelle 67: Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität (bivariate Korrelationen)

	Sozi-ales	Wirt-schaft	Park-plätze	Gesund-heit	Senio-ren	Wohn-ungen	Abfall	Forsch-ung	Drogen	Stra-ßenbau	Kultur	ÖPNV	Energie	Parks/Erhol.	Städte-bau	Schul-bau	Kinder	Sport-/Freizeit	Jugend	ausländ-Bürger	Sicher-heit	Ab-wasser
Ø-Distanz Räte-Verwaltung	.63***	.99***	.77***	1.00***	.54***	.44**	.78***	1.00***	.87***	.86***	.92***	1.00***	.90***	.95***	.90***	-.38*	-.38*	.91***	.58***	.82***	.62***	1.00***
Ø-Distanz Räte-Bezirksbeiräte	.60***	1.00***	.92***	.98***	.72***	.86***	.66***	.93***	1.00***	.95***	.94***	1.00***	.85***	.93***	.82***	.92***	.67***	.96***	.94***	.92***	.88***	1.00***
Ø-Distanz Räte-Politik	.69***	.99***	.56***	.98***	.73***	.40*	.65***	.84***	.99***	.69***	.98***	1.00***	.48**	.93***	.72***	.51**	.60***	.89***	.87***	.48**	-	1.00***
Ø-Distanz Räte-Wirtschaft	-	.87***	.99***	.97***	.38*	.22	.58***	.97***	.93***	.93***	.92***	.68***	.70***	.70***	.82***	-.44**	-.56***	.91***	.52***	.91***	.80***	.97***
Ø-Distanz Räte-Gewerkschaft	.92***	.82***																				
Ø-Distanz Räte-Bürgervereine	.91***	1.00***	.77***	.89***	1.00***	1.00***	.81***	.79***	1.00***	.82***	.86***	.85***	.99***	1.00***	.42***	.99***	1.00***	.99***	.99***	.76***	.62***	1.00***
Ø-Distanz Räte-Bildung								.76***														
Ø-Distanz Räte-Gesundheit				.74***																		
Ø-Distanz Räte-Kirche	1.00***																					
Ø-Distanz Räte-Kultur																						
Ø-Distanz Räte-Medien	.85***	.98***	.78***	1.00***	.75***	.72***	.66***	.92***	.81***	.82***	1.00***	.96***	.81***	.90***	.72***	-	.46**	.76***	.91***	.61***	-.61	-
Ø-Distanz Räte-Soziales					.97***	.82***			1.00***				1.00***				1.00***					
Ø-Distanz Räte-Sport/Freizeit																						
Ø-Distanz Räte-Städtebau																						
Ø-Distanz Räte-Umwelt							.92***						.98***									1.00***
Ø-Distanz Räte-Verkehr			1.00***									.92***										
Alter			-.41*																			
Seniorität		-.25										.21						.21	.21			
Volkspartei			.22						.34	.42*								.32		.30	.31	
Mehrheitskoalition	-.52**	-.20	.30	-.35*	-.56***	-.33				.47**	-.22			-.35*	.32		-.22		-.28	.49**	.34	-.29
Ideologie	.65**		-.44**	.37*	.54***	.60***		-.25	.30	-.50**	.62***		-.21	.30			.20		.39*	-.32	-.21	.30
Kon-Dispositionen	-.45**		.23	-.47**	-.35*	-.29		-.22		.31	-.33*			-.36*	.24				-.29			
Non-Kon-Dispositionen	.39**		-.31			.39*				-.44**	.35*									-.24	-.28	
Lebensqualität	-.21		.33		-.20			.27		.55***				-.24						.34	.43*	
Wirtschaftslage			.41*			.26		.21	.21	.34*										-.42*	.31	.27
Wirtschaftsorganisation	-.41*	-.21	.26	-.39*	-.53***	-.25				.52**	-.26				.35*		.29		-.27	.46**		.26
Gewerkschaft	.57**			.37*	.40*	.29				-.22		.26		.35*					.33	-.45**	-.29	
Bürgerorganisation	.30		-.27	.24	.32					-.21		-.33							-.24	.35*	-.21	
Sport-/Freizeitorganisation	-.31							.26		.27									.38*	-.20	.28	.29
Soziale Organisation	.32			.35*		.21							-.37*									
Kulturorganisation								-.21		.28							-.40*					
Umweltorganisation		.20		-.24	.26		-.29		-.29	-.38*			-.29				.27	.39*		-.54***		

Dargestellt sind nur Koeffizienten (PEARSON'S  $r \geq .20$ , für die Signifikanzniveaus gilt: \*\*\*  $p \leq .001$ , \*\*  $p \leq .01$  und \*  $p \leq .05$ , Koeffizienten ohne \* sind nicht signifikant).

sche auch eine mangelnde Repräsentation der Eliten impliziert. Nur bei den Themen Schulbau, Kindertagesstätten und Sicherheit haben fünf Korrelationskoeffizienten ein negatives Vorzeichen. Hier geht eine sinkende Repräsentation der Bürgerpräferenzen mit einer steigenden Repräsentation der Elitepräferenzen einher. Allerdings sind diese Zusammenhänge eher niedrig und zudem auch weniger signifikant.

Die Eliten werden nochmals unterteilt, um den Zusammenhang für einzelne Sektoren zu verdeutlichen. Hier ist erkennbar, daß sich vor allem die Distanzen zu den Führungskräften von Bürgerorganisationen stets in die gleiche Richtung wie die Distanzen zu den Bürgern selbst bewegen und daß dieser Zusammenhang für fast alle untersuchten Politiken gilt und relativ stark ist. Auch die Distanzen zwischen Räten und politisch-administrativer Elite weisen meist einen starken positiven Zusammenhang mit der Bürgerrepräsentation auf. Lediglich die Distanzen zwischen Räten und Medienvertreter sind in einigen Politikbereichen wenig oder überhaupt nicht relevant für die politische Responsivität gegenüber der Bevölkerung.

Allerdings gibt es auch Themen, bei denen der Zusammenhang zwischen Räte-Elite- und Räte-Bürgerdistanzen nicht besonders groß ist. Hier kommen die persönlichen und kontextuellen Faktoren der Mandatsträger ins Spiel. So ist bps. für die im Stuttgarter Rathaus umstrittene Sozialpolitik zu sehen, daß die Distanzen zwischen Räten und politisch-administrativer Elite keinen großen Zusammenhang zu den Distanzen zwischen Räten und Bürgern aufweisen. Zwar ist der Einfluß der Repräsentation gegenüber den Elitesegmenten Kirche, Gewerkschaft, Bürgerorganisationen und Medien sehr hoch, aber auch die Parteizugehörigkeit, die Ideologie, die Wertorientierungen und die Mitgliedschaft in einer Wirtschaftsorganisation oder Gewerkschaft haben einen signifikanten Einfluß. Für die Sozialpolitik wirkt demnach responsivitätsfördernd, wenn ein Ratsmitglied nicht der gängigen Mehrheitsfraktion im Stuttgarter Stadtrat (CDU, FDP und FWV) angehört, ideologisch eher links geprägt ist, eher postmaterialistische Wertorientierungen aufweist, eher mit der Lebensqualität in Stuttgart unzufrieden ist und sich in einer Gewerkschaft, sozialen Organisation oder Bürgerorganisation engagiert bzw. nicht in einer Wirtschafts- oder Sport-/Freizeitorganisation.

In der Wirtschaftspolitik hingegen spielen persönliche und kontextuelle Faktoren der Politiker kaum eine Rolle, hier dominieren die Distanzen gegenüber der politisch-administrativen Elite, die sich wiederum kongruent zu den Distanzen zwischen Räten und Bürgern verhalten. Die Korrelation der Distanzen zwischen Räten und politisch-administrativer Elite, Wirtschaftselite, Bürger- und Medienvertretern wurde für alle Politiken berechnet, alle andere Elitesegmente spielen nur bei ihren speziellen Interessenbereichen eine Rolle. Aber auch hier ist stets ein großer positiver Zusammenhang mit der abhängigen Variablen festzustellen. Somit ist die Annahme zu verwerfen, daß die politische Responsivität den Bürgern gegenüber darunter leiden muß, daß eher die speziellen Elitepräferenzen repräsentiert werden. In diesem Fall müßten alle Korrelationskoeffizienten negative Vorzeichen haben.

Somit variieren die Einflußfaktoren je nach Politikfeld. Doch welchen Variablen haben über alle 22 Themen den größten Einfluß? Eine multivariate Regressionsanalyse soll darauf eine Antwort geben. Zunächst ist nicht möglich, die einzelnen Elitesegmente getrennt voneinander einzubeziehen, da die Einstellungsdistanzen zu stark autokorrelieren. Deshalb wird die Distanz jedes Ratmitgliedes von den durchschnittlichen Eliteneinstellungen über alle Politikbereiche als unabhängige Variable neben den anderen persönlichen und kontextuellen Faktoren untersucht. Die Distanz zwischen den Räten und den Eliten hat über alle Themen den größten Einfluß auf die Distanz zwischen den Räten und den Bürgern (vgl. Tabelle 67). Somit muß die nach den univariaten Analysen gemachte Aussage, daß die zunehmende Repräsentation der Bürgerpräferenzen seitens der Mandatsträger mit einer abnehmenden Repräsentation der Elitenpräferenzen einhergeht, revidiert werden. Dies mag für einzelne Elitesektoren gelten, aber nicht für die politisch-administrative Elite, die Wirtschaftselite oder die Vertreter von Bürgerorganisationen.

Danach folgt als zweitwichtigster Bestimmungsfaktor die Parteizugehörigkeit der Kommunalpolitiker. D.h. in diesem Fall, daß Mandatsträger, die nicht den drei Parteien CDU, FDP und FWV angehören, eher die Bürgereinstellungen über alle 22 Themen repräsentieren als Angehörige anderer Parteien. Alle anderen Einflußgrößen fallen bei einer schrittweisen Analyse heraus, sie sind somit weniger wichtig zur Erklärung der Einstellungsdistanzen zwischen Ratsmitgliedern und Bürgern. Dennoch hat sich in einigen Bereichen gezeigt, daß die Ideologie der Stadträte einen signifikanten Einfluß auf die Einstellungsdistanzen hat. So fördern linke Orientierungen eher die bürgernahe Repräsentation der Sozial-, Gesundheits-, Senioren-, Wohnungs-, Kultur- und Jugendpolitik und rechte Orientierungen die Responsivität bei den Themen Straßen-/Park-platzbau, Integration ausländischer Bürger, Wissenschaft/Forschung, Sicherheit und Energieversorgung (vgl. Tabelle 68a im Anhang B, S. 351).

Tabelle 68: Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität gegenüber den Bürgern (multiple Regressionsanalyse)

	Distanz Räte-Eliten für alle Themen		Vertreter einer Mehrheitspartei		Aktiv im Bereich Sport/ Freizeit		Aktiv im Bereich Umwelt		Lebensqualität		Non-Kon-Dispositionen		Ideologie		Aktiv im Bereich Wirtschaft			
	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta		
Distanz Räte-Bürger für alle Themen	.69	.54	-.09	-.38	-.08	-.35	-.02	-.35	.04	.34	-.08	-.33	.04	.32	-.07	-.29		
	.015		n.s.		n.s.		n.s.		n.s.		n.s.		n.s.		n.s.			
	Aktiv im Bereich Bürgerorganisation		Aktiv im Bereich Soziales		Alter		Kon-Dispositionen		Vertreter einer Volkspartei		Aktiv im Bereich Gewerkschaft		Aktiv im Bereich Kultur		Seniorität		Wirtschaftslage	
	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta	b	Beta
Distanz Räte-Bürger für alle Themen	-.07	-.29	-.07	-.25	-	-.23	.03	.12	.02	.10	.02	.10	-.02	-.10	-	-.06	.01	.06
	n.s.		n.s.		n.s.		n.s.		n.s.		n.s.		n.s.		n.s.		n.s.	

Methode: enter, multiples R .83, R<sup>2</sup> .68, adjusted R<sup>2</sup> .29. Bei der mit der step-wise-Methode durchgeführte Regressionsanalyse werden nur die ersten beiden Variablen in das Modell aufgenommen: multiples R .68, R<sup>2</sup> .46, adjusted R<sup>2</sup> .42.

Frage: Sind Sie Mitglied einer Partei? Wenn Ja, welcher? (Vertreter einer Mehrheitspartei: 1 = CDU/FDP/FWV<sup>258</sup>, 2 = Andere; Vertreter einer Volkspartei: 1 = CDU/SPD, 2 = Andere)

Frage: Wie alt sind Sie? (30-75 Jahre)

Frage: Seit wann üben Sie schon ein politisches Amt oder Mandat aus? (1958-1994)

Frage: Können Sie uns bitte sagen, welches dieser Ziele für Sie das wichtigste ist, welches an zweiter und welches an dritter Stelle steht? (Kon-Dispositionen: 1 = Platz 1 bis 2 für die Kon-Items, 2 = Andere; Non-Kon-Dispositionen: 1 = Platz 1 bis 2 für die Non-Kon-Items, 2 = Andere)

Frage: Wenn Sie Ihre eigene politische Position auf der folgenden Links-Rechts-Skala einordnen sollten: An welcher Stelle würden Sie sich einstufen? (1 = Links, 2 = Mitte, 3 = Rechts)

Frage: Wie beurteilen Sie - alles in allem - die Lebensqualität in Stuttgart? (1 = Sehr gut, 2 = Überwiegend gut, 3 = Hat nur geringe Mängel, 4 = Müßte besser werden, 5 = Müßte viel besser werden)

Frage: Wie beurteilen Sie - alles in allem - die Wirtschaftslage in Stuttgart? (1 = Sehr gut, 2 = Eher gut, 3 = Teils/teils, 4 = Eher schlecht, 5 = Sehr schlecht)

Frage: Unabhängig von Ihrer politischen Tätigkeit. Übernehmen Sie in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens in Stuttgart ehrenamtliche Aufgaben oder sind aktiv tätig? (Wirtschaft, Gewerkschaft, Bürgerorganisation, Sport/Freizeit, Soziales, Kultur, Umwelt: 1 = Aktivität/Ehrenamt, 2 = Keine Aktivität/Kein Ehrenamt)

Auch repräsentieren in der Tendenz Räte, die die Wirtschaftslage bzw. die Lebensqualität in Stuttgart als gut einstufen eher die Bürgerwünsche als Räte, die aussagen, daß einiges besser werden müßte. Das Alter spielt nur eine geringe Rolle, aber wenn, dann sind ältere Räte tendenziell responsiver. Für die Aktivitäten bzw. Ehrenämter in Organisationen zeigen sich kaum Zusammenhänge. D.h. für die Responsivität über alle Themen macht es keinen Unterschied,

<sup>258</sup> In den letzten Jahren koalitierten die drei Parteien häufig bei wichtigen und umstrittenen Sachfragen im Stuttgarter Gemeinderat (Stimmen CDU: 20, FDP: 4, FWV: 4, SPD: 16, Bündnis90/Die Grünen: 11, ÖDP: 1, REP: 4). Wie jüngst auch bei der Entscheidung, keine Bürgerbefragung zum umstrittenem Trump-Tower auf dem Pragsattel durchzuführen (vgl. Stuttgarter Zeitung Nr. 235, 11.10.2001, S. 24).

in welchen Bereichen die Räte aktiv sind. Denkbar wäre, daß sozial oder gewerkschaftlich Engagierte generell näher an den Bürgern sind als im Wirtschaftsbereich Engagierte. Dafür sind die Organisationsaktivitäten für die einzelnen Politikbereiche umso wichtiger, in einigen Fällen erreichen sie hier (hoch)-signifikante Einflüsse. Wie lange die Politiker schon im Amt sind, hat in einigen Bereichen eher geringfügige Relevanz. Dennoch zeigt sich, daß keine generelle Aussage über die Richtung des Zusammenhangs getroffen werden kann. Je nach Politikfeld verhalten sich "Neulinge" bzw. "Alte Hasen" mal mehr mal weniger responsiv. Somit können die beiden widersprüchlichen Annahmen von KINGDON (1973) und POWELL (1985) leicht bestätigt werden.

Tabelle 69 zeigt bei welchen Themen, welche persönlichen und kontextuellen Merkmale der Räte dazu führen, daß sie in ihren Einstellungen nahe am durchschnittlichen Wähler sind. Die Muster bestätigen die Ergebnisse, die aus vielen Policy-Analysen bekannt sind. So stellen bsp. ADAMY/NAEGELE (1985) und JAEDICKE (1991:166) ebenso fest, daß CDU-Politiker im Rahmen der allgemeinen Sparpolitik bei der Sozialhilfe restriktiver sind als SPD-Politiker.

Tabelle 69: Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität nach Politikbereichen

Öffentliche Sicherheit	Rechte und mittlere Ideologien, materialistische und Mischtyp-Wertorientierungen, Mitglied FDP/DVP, ÖDP, CDU
Jugendpolitik	Linke und mittlere Ideologien, postmaterialistische und Mischtyp-Wertorientierungen, Mitglied ÖDP, Bündnis90/Die Grünen, SPD, Minderheitskoalition, kein Mitglied in einer Wirtschafts- bzw. Sport-Freizeitorganisation, Mitglied in einer Gewerkschaft
Wohnungsbau	Linke Ideologien, postmaterialistische Wertorientierungen, Mitglied SPD, Bündnis90/Die Grünen, Minderheitskoalition, kein Mitglied in einer Wirtschaftsorganisation, Mitglied in einer Gewerkschaft
Seniorenpolitik	Linke Ideologien, Mitglied REP, Bündnis90/Die Grünen, SPD, ÖDP, Minderheitskoalition, schlechte Lebensqualität, kein Mitglied in einer Wirtschaftsorganisation, Mitglied in einer Gewerkschaft, Bürger- bzw. Umweltorganisation
Sozialpolitik	Linke Ideologien, postmaterialistische Wertorientierungen, Mitglied Bündnis90/Die Grünen, SPD, Minderheitskoalition, kein Mitglied in einer Wirtschafts- bzw. Sport/Freizeitorganisation, Mitglied in einer Gewerkschaft
Parks/Erholung	1-4 Legislaturperioden, linke Ideologien, Mitglied SPD, FDP/DVP, Bündnis90/Die Grünen, Minderheitskoalition, Klientelpartei, schlechte Lebensqualität, kein Mitglied in einer Wirtschafts- bzw. Sport/Freizeitorganisation, Mitglied in einer Gewerkschaft
Wirtschaftsförderung	1-2 Legislaturperioden, Mitglied Bündnis90/Die Grünen, REP, Minderheitskoalition, Klientelpartei, Mitglied in einer Umwelt- bzw. Bürgerorganisation
Kulturpolitik	Linke, mittlere Ideologien, Mischtyp und postmaterialistische Wertorientierungen, Nicht-Mitglied in einer Wirtschaftsorganisation
Integration ausländischer Bürger	Mittlere Ideologien, Mischtyp-Wertorientierungen, Mitglied CDU, Mehrheitskoalition, gute Lebensqualität, Mitglied in einer Wirtschafts- bzw. Sport/Freizeitorganisation, Nicht-Mitglied in einer Gewerkschaft
Straßenbau	Mittlere Ideologien, Mischtyp, materialistische Wertorientierungen, Mitglied CDU, FDP/DVP, FVW/UBL, Mehrheitskoalition, gute Lebensqualität, Mitglied in einer Wirtschaftsorganisation
Parkplatzbau	Mittlere und rechte Ideologien, materialistische Wertorientierungen, Mitglied REP, FVW/UBL, CDU, Mehrheitskoalition, gute Lebensqualität, Mitglied in einer Wirtschaftsorganisation
Gesundheitswesen	Mitglied REP, Bündnis90/Die Grünen, Minderheitskoalition, Klientelpartei, schlechte Lebensqualität, Nicht-Mitglied in einer Wirtschafts- bzw. Sport/Freizeitorganisation, Mitglied in einer Umweltorganisation

Daten zu den Gruppenunterschieden siehe Tabelle 67a - 67d im Anhang B S. 347 - S. 350.

## 2.4.2. Vergleich von Einstellungen und Policy Output

Politische Repräsentation kann ausgehend vom MILLER/STOKES-Modell auf zwei verschiedenen Ebenen gemessen werden. Einmal auf der Input-Seite hinsichtlich der Einstellungskongruenz bei Wählern und Gewählten und auf der Output-Seite bezüglich des Handelns, also dem Abstimmungsverhalten der Abgeordneten (vgl. WEBELS 1993:102f). In der von mir verfaßten Arbeit über geeignete Methoden der Responsivitätsmessung (WALTER 1997a) wurde das MILLER-STOKES-Modell für die abhängige Variable modifiziert und statt dem konkreten Abstimmungsverhalten der Repräsentanten deren Einstellungen zu politischen Sachfragen verwendet. Diese Modifikation resultierte aus der Überlegung von DALTON (1985, vgl. auch THOMASSEN 1991), daß es in parlamentarischen Systemen mit großer Fraktionsdisziplin wenig sinnvoll ist, das persönliche Abstimmungsverhalten der Abgeordneten als Indikator für Repräsentation zu verwenden. Es spricht aber auch weiteres Argument für dieses Vorgehen. Wird nur die Outputleistung des Parlaments der Analyse politischer Repräsentation zugrundegelegt, so muß die Frage beantwortet werden. "War der Abgeordnete auch erfolgreich, eine Mehrheit für seine Position im Parlament zu gewinnen und damit eine Entscheidung herbeizuführen, die 'repräsentativ' für seine Wähler ist?" (WEBELS 1993:103). Was ist, wenn der Abgeordnete keine Mehrheiten findet, jedoch grundsätzlich mit der Wählerposition übereinstimmt? Kann man ihn dann als nicht responsiv bezeichnen? D.h. für die Analyse politischer Repräsentation, daß ganz unterschiedliche Ebenen untersucht werden können und sich für die Frage, inwieweit der gewählte Abgeordnete seinen Wählern gegenüber responsiv ist, m.E. nach eher Einstellungskongruenzen eignen als die Analyse der konkreten Outputleistung.

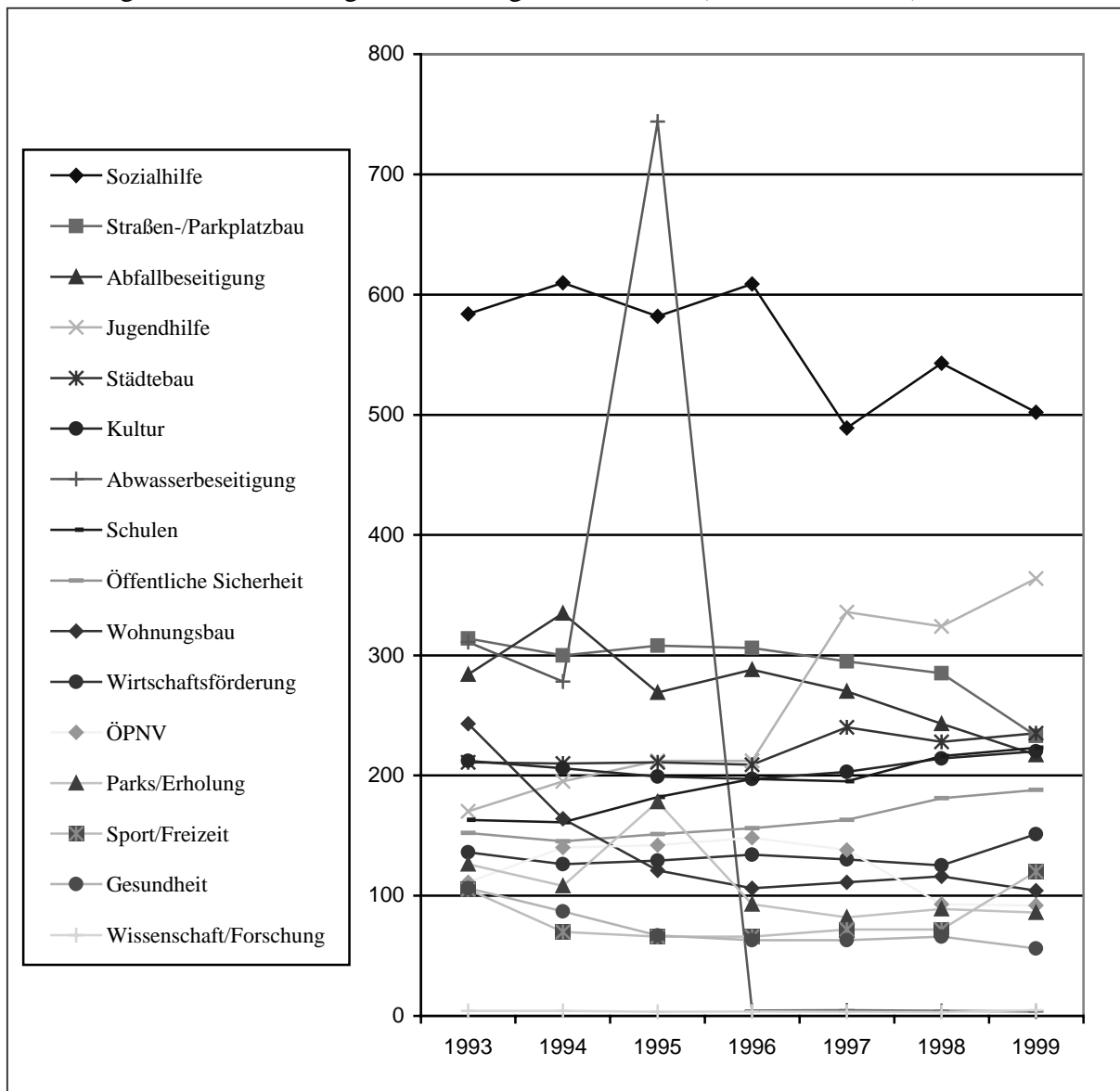
Andere Autoren argumentieren dagegen, daß auch in europäischen Studien trotz Fraktionsdisziplin die Untersuchung von Einstellungen durch eine Outputanalyse ergänzt werden muß. "The scholar must move from a study of political attitudes and orientations to a study of political behavior, if he wishes to understand the policy-making process" (ZISK 1973:141, vgl. auch BRETTSCHEIDER 1995:227). Auch ARZBERGER (1980:142) weist darauf hin, daß die politischen Einstellungen nicht zwangsläufig den politischen Output bedingen. "Festzuhalten bleibt, daß in allen hier untersuchten Beispielen Meinungen, subjektive Bewertungen miteinander verglichen - nicht die tatsächlichen Outputs politisch-administrativer Prozesse dem Bürgerwillen gegenübergestellt werden. Was die Eliten [...] bekunden, durchläuft selbstverständlich nicht geraden Weges die politischen Entscheidungsprozesse und die administrative Durchführung". Aufgrund der Uneinigkeit über die geeignete Analysestrategie soll in der vorliegenden Arbeit ein Vergleich beider Indikatoren durchgeführt werden. Zum einen wird untersucht, inwieweit die Stuttgarter Ratsmitglieder mit den Bürgern bzw. anderen Elitenmitgliedern im Jahr 1997 in ihren Ausgabenpräferenzen übereinstimmen. Zum anderen werden die Haushaltsausgaben der Stadt Stuttgart für die Jahre 1990-1999 im Hinblick darauf betrachtet, inwieweit sich die Ausgabenstruktur für einzelnen Themen geändert hat und ob eine mögliche Änderung mit den Bevölkerungswünschen übereinstimmt.

Gemessen wird der kommunale Output mithilfe der öffentlichen Ausgaben der Stadt Stuttgart. Allerdings sieht WINDHOFF-HÉRITIER (1977:340f) methodische Probleme, den Policy-Output nur mit der Höhe der öffentlichen Ausgaben zu messen. Sie schlägt als weitere Bewertungskriterien vor, die Programmqualität, die Konsequenzen der öffentlichen Programme und die Verteilung des Nutzens auf die Bürger zu berücksichtigen. Diese Anregung ist sicher sinnvoll, jedoch angesichts der großen Anzahl der zu untersuchenden Politikbereiche nicht zu leisten. Der Kommunalhaushalt bildet generell das zentrale Steuerungsinstrument der Gemeindepolitik; dabei wird grundsätzlich zwischen Verwaltungs- und Vermögenhaushalt unterschieden:

- Verwaltungshaushalt    laufende Ausgaben (Personal, Verwaltungs-/Betriebskosten, Sozialleistungen) und ihrer Deckungsmittel (Steuern, staatliche Zuweisungen, Gebühren)
- Vermögenshaushalt    vermögenswirksame Einnahmen (Überschüsse im Verwaltungshaushalt, Investitionszuweisungen) und Ausgaben (Investitionen)

SIMON (1988:19) weist darauf hin, daß nur in einzelnen Politikbereichen eine autonome Steuerung der Haushaltsausgaben seitens der Kommune möglich ist, die z.T. auch von den anderen politischen Ebenen beschnitten wird. "Der autonome Selbstverwaltungsbereich der Gemeinden liegt vorwiegend in der Freizeitpolitik (Kultur, Sport, Unterhaltung) sowie im weitesten Sinne in Bereichen der freiwilligen Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik und der Wirtschaftsförderung. Selbst diese Aufgabengebiete sind finanziell direkt über Zuweisungen und indirekt als Restgrößen nach Erledigung der Pflichtaufgaben von überlokalen Vorgaben abhängig. Die Finanzhoheit der Gemeinden ist hierdurch und auf der Einnahmeseite eng begrenzt." Allerdings wird im praktischen Aufgabenvollzug eine Grenze für die überlokale Steuerung der Kommunalpolitik gesehen. Dadurch, daß Bund und Länder für die Aufgabebearbeitung auf die Kooperation der örtlichen Ebene angewiesen sind, komme den Kommunen ein Potentialgewinn zu, der nicht bis ins letzte Detail kontrollierbar sei. Von der Bürgerseite aus betrachtet, haben die kommunalen Entscheidungen einen großen Einfluß auf ihre persönlichen Lebensverhältnisse, so daß durchaus die Frage relevant bleibt, welche Entscheidungen getroffen werden und inwieweit sich darin die Bürgerwünsche widerspiegeln.

Abbildung 28: Haushaltsausgaben in Stuttgart 1993-1999 (in Millionen DM)



Quelle: Haushalt der Stadt Stuttgart 1993-1999, enthalten sind Personalausgaben und Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Zuweisungen und Zuschüsse sowie Baukosten (vgl. BOTHE 1996:49). Daten siehe Tabelle 70 im Anhang B, S. 353.



Abbildung 28 zeigt die Haushaltsausgaben der Stadt Stuttgart für die Jahre 1993-1999. Der Politikbereich, für den die größten Geldmittel ausgegeben werden, ist die Sozialhilfe. Zwar geht die Höhe der Sozialausgaben in den letzten Jahren insgesamt zurück, dennoch bleibt sie mit großem Abstand die kommunale Aufgabe, die am meisten finanzielle Unterstützung benötigt. Bei der Jugendhilfe hingegen, die auch unter das Thema Sozialpolitik subsumiert werden kann, steigen die Ausgaben zunehmend an. Dieser Bereich steht an zweiter Stelle der Ausgabenprioritäten. Interessant ist auch die Entwicklung bei der Abwasserbeseitigung. Hier investierte die Stadt im Haushalt 1994 noch mal 466 Millionen Mark, um anschließend zu privatisieren. Dieses Vorgehen ist angesichts der schlechten kommunalen Finanzlage seit Beginn der 90er Jahre kein Einzelfall. Aufgrund zunehmender Ausgaben und einer Einnahmentwicklung, die mit dem Ausgabenzuwachs nicht Schritt halten konnte, hat sich das kommunale Finanzierungsdefizit in den zurückliegenden Jahren deutlich erhöht. So haben sich die Ausgaben aller kommunalen Gebietskörperschaften in der 'alten' BRD allein zwischen 1986 (185 Milliarden DM) und 1993 (228 Milliarden DM) um 23 Prozent erhöht. Die kommunalen Einnahmen sind jedoch nur um 19 Prozent gestiegen. Das negative Finanzierungssaldo hat sich also von 1,3 auf drei Milliarden DM verschlechtert (vgl. RUDZIO 1987:344, KARRENBERG/MÜNSTERMANN 1993:61). Die Kommunen reagieren auf diese Rezessionsbedingungen und die steigenden Ausgaben z.T. mit der Auslagerung kommunaler Ausgaben (durch Aufgabenerledigung in Form von Eigenbetrieben, durch Privatisierung oder durch Einstellung der Förderung) und sind heute mehr denn je auf der Suche nach einem neuen Steuerungsmodell (vgl. BLUME 1993:1, KLEINFELD u.a. 1996). Eine günstigere Finanzausstattung der Kommunen ist auch mittelfristig nicht zu erwarten. Die neueste Studie des Deutschen Institut für Urbanistik sieht in den nächsten zehn Jahren einen Finanzbedarf von 1,3 Billionen Mark für die deutschen Kommunen. Den höchsten Bedarf hat das Institut beim Straßenbau und dem öffentlichen Personennahverkehr ermittelt, danach folgen die Wasserversorgung, der Umweltschutz und die sozialen Infrastruktureinrichtungen (vgl. EICHHORN 2001).

Im vorliegenden Abschnitt geht es jedoch weniger um die absolute Höhe der Haushaltsausgaben als um eine Veränderung der Haushaltsausgaben unter Berücksichtigung der Bevölkerungswünsche. Die Analyse der Einstellungskongruenzen von Ratmitgliedern und Bürgern hat ergeben, daß die politische Responsivität zufriedenstellend ausfällt. Die Frage ist nun, ob sich diese Einstellungskongruenzen und vor allem die eigene Aussage der Stuttgarter Stadträte, neben der Orientierung ihrer eigenen Parteilinie seien die Bürgerpräferenzen ausschlaggebend für ihre Entscheidungen im Stadtrat, auch im Policy-Output niederschlagen. Dafür werden in Tabelle 71 die Bürger- und Ratsmitgliederpräferenzen für insgesamt 16 kommunalpolitische Themen mit den Haushaltsausgaben der Jahre 1998 und 1999 verglichen. Hier ist zu sehen, daß sowohl Bürger wie Stadträte im Jahr 1997 in der Einschätzung übereinstimmen, daß für die Themen Öffentliche Sicherheit, Jugendpolitik, Schulbau, ÖPNV und Wissenschaft/Forschung eine leichte bzw. deutliche Ausgabenerhöhung vorgenommen werden sollte. Im Haushalt 1998, also ein Jahr später, wird nur bei der Öffentlichen Sicherheit und dem Schulbau adäquat darauf reagiert. Mit etwas Zeitverzögerung jedoch werden im Haushalt 1999 mit Ausnahme des Öffentlichen Personennahverkehrs die Bürger- und Ratspräferenzen bei vier der wichtigsten Themen realisiert. Deshalb wird im folgenden der Haushalt 1999 als Bezugspunkt für die Messung politischer Responsivität verwendet.

Natürlich sagt diese Perspektive nichts darüber aus, welche Präferenzen in den städtischen Haushaltsausgaben maßgeblich berücksichtigt wurden. Dies liegt vor allem daran, daß Stadträte und Bürger bei vielen Themen sehr ähnliche Ausgabenvorstellungen haben. Nach SCHUMAKER (1991) zählt letztlich das Resultat, daß sich die Bürgerwünsche im Policy-Output erfüllen. Aus welchen Gründen die Responsivität zustande kommt, interessiert weniger. Zunächst fällt auf, daß die Kongruenz zwischen Haushaltsausgaben und Ausgabenpräferenzen

für alle kommunalen Akteure positiv ausfällt (vgl. Tabelle 72, S. 280).<sup>259</sup> D.h. kein einziger Akteur muß sich im Policy-Outcome vernachlässigt fühlen. Nach der Typologie von SCHUMAKER (1991) liegt deshalb ein konsensorientiertes Repräsentationsmodell vor. Doch werden die Präferenzen einiger Akteure über alle 16 Themen hinweg besser im Policy-Outcome repräsentiert als die anderer Akteure. Am ehesten werden die Forderungen der Vertreter von Bürgerorganisationen erfüllt (PEARSON'r .41); danach folgen die Kultureliten, die Eliten im Bereich Sport/ Freizeit, die Bürger und die Wirtschaftseliten. Überraschenderweise fallen die Kongruenzen zwischen den Einstellungen der Räte, der Gesamteliten bzw. der Verwaltungseliten und den Haushaltsausgaben eher niedrig aus (PEARSON'r .17 bis .24).

Tabelle 71: Vergleich Ausgabenpräferenzen der Bürger und Ratsmitglieder bzw. der Haushaltsausgaben der Stadt Stuttgart (1997-1999)

	Bürger 1997	Stadträte 1997	Haushalt 1998	Haushalt 1999
Deutliche Ausgabenerhöhung	<b>Öffentliche Sicherheit</b>	<b>Öffentliche Sicherheit</b> Wirtschaftsförderung <b>Wissenschaft/Forschung</b> <b>ÖPNV</b>	Sozialpolitik	Sport/Freizeit <b>Jugendpolitik</b> Wirtschaftsförderung
Leichte Ausgabenerhöhung	<b>Jugendpolitik</b> <b>Schulbau</b> <b>ÖPNV</b> <b>Wissenschaft/Forschung</b> Abfallbeseitigung Gesundheitswesen Sozialpolitik Wirtschaftsförderung Parks/Erholungseinricht. Wohnungsbau	<b>Schulbau</b> <b>Jugendpolitik</b>	<b>Schulbau</b> <b>Öffentliche Sicherheit</b> Kultur Parks/Erholungseinricht.	<b>Schulbau</b> <b>Öffentliche Sicherheit</b> Städtebau Kultur <b>Wissenschaft/Forschung</b>
Beibehaltung	Sport/Freizeit Abwasserbeseitigung Kultur	Abfallbeseitigung Abwasserbeseitigung Sport/Freizeit Parks/Erholungseinricht. Städtebau	Wohnungsbau Gesundheitswesen Sport/Freizeit Wirtschaftsförderung	Abwasserbeseitigung <b>ÖPNV</b> Parks/Erholungseinricht.
Leichte Ausgabenkürzung	Städtebau Straßen-/Parkplatzbau	Gesundheitswesen Wohnungsbau Kultur Straßenbau Sozialpolitik	<b>Wissenschaft/Forschung</b> Abwasserbeseitigung Straßen-/Parkplatzbau <b>Jugendpolitik</b> Städtebau	Gesundheitswesen Wohnungsbau
Starke Ausgabenkürzung		Parkplatzbau	Abfallbeseitigung <b>ÖPNV</b>	Abfallbeseitigung Sozialpolitik Straßen-/Parkplatzbau

Auf einer Skala von -1 bis +1: Starke Ausgabenkürzung  $\geq -0,50$ , leichte Ausgabenkürzung  $-0,49$  bis  $-0,09$ , Beibehaltung  $-0,1$  bis  $0,1$ , leichte Ausgabenerhöhung  $> 0,10$  bis  $0,49$ , starke Ausgabenerhöhung  $\geq 0,50$ . Haushaltsausgaben im Vergleich zum Vorjahr: Starke Ausgabenkürzung  $\geq -25$  Millionen DM, leichte Ausgabenkürzung  $-24$  bis  $-4,9$  Millionen DM, Beibehaltung  $-5$  bis  $5$  Millionen DM, leichte Ausgabenerhöhung  $> 5$  bis  $24$  Millionen DM, starke Ausgabenerhöhung  $\geq 25$  Millionen DM.

Dies ändert sich bei näherer Betrachtung der Einzelthemen. Tabelle 73 zeigt die Repräsentation der Ausgabenpräferenzen aller Akteure in den Haushaltsausgaben für 16 Politikbereiche. Die Anzahl der Pluszeichen bestätigt wiederum das Konsensmodell; für einzelne Politiken zeigen sich aber verschiedene Repräsentationsmodelle. Ebenso wie in der SCHUMAKER-Studie variiert die Responsivität den einzelnen Akteuren gegenüber; in den Bereichen Abfall-/Abwasserbeseitigung und Öffentlicher Personennahverkehr ist sie überhaupt nicht vorhanden.

<sup>259</sup> Um die Haushaltsdaten mit den Einstellungsdaten vergleichen zu können, wurden die Werte von -1 bis +1 standardisiert (siehe Tabelle 72a im Anhang B, S. 354).

Tabelle 72: Kongruenz zwischen Haushaltsausgaben und Ausgabenpräferenzen der kommunalpolitischen Akteure über alle Themen (PEARSON'S r)

	Bürger	Räte	Eliten	Verwaltung	Wirtschaft	Bürgervereine	Bildung	Gesundheit	Gewerkschaft	Kirche	Kultur	Medien	Soziales	Sport/ Freizeit	Städtebau	Umwelt	Verkehr
Haushalt 1998	.31	.23	.24	.17	.30	.41	.17	.20	.15	.22	.37	.29	.26	.36	.24	.29	.24

Korrelationsmaße sind nicht signifikant.

Tabelle 73: Repräsentation der Ausgabenpräferenzen kommunalpolitischer Akteure in den Haushaltsausgaben für einzelne Politikbereiche

	Haushalt 1998	Bürger 1997	Räte 1997	Eliten 1997	Verwaltung 1997	Wirtschaft 1997	Bürgervereine 1997	Bildung 1997	Gesundheit 1997	Gewerkschaft 1997	Kirche 1997	Kultur 1997	Medien 1997	Soziales 1997	Sport/ Freizeit 1997	Städtebau 1997	Umwelt 1997	Verkehr 1997
1. Sozialpolitik	0,5	+	-	-	-	-	-	-	-	-	+	+	-	+	-	-	+	-
2. Straßen-/Parkplatzbau	-1	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
3. Abfallbeseitigung	-1	-	-	-	-	+	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Jugendpolitik	1	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+	+	+	+	+	+
5. Städtebau	0	-	+	+	+	+	-	-	+	+	-	-	-	+	-	-	+	+
6. Kultur	0,5	-	-	-	-	-	+	+	-	-	-	+	-	+	-	-	-	-
7. Abwasserbeseitigung	-1	-	-	-	-	+	-	-	-	-	-	-	+	-	-	-	-	-
8. Bildung	1	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+	+	+	+	+
9. Öffentliche Sicherheit	1	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
10. Wohnungsbau	-0,5	-	+	+	+	+	-	+	+	-	-	-	+	-	-	-	-	-
11. Wirtschaftsförderung	0,5	+	+	+	+	+	+	+	+	+	-	-	+	+	+	+	-	+
12. ÖPNV	-1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
13. Parks/Erholungseinricht.	0	-	+	+	+	-	-	+	+	+	+	+	-	-	+	+	-	+
14. Sport/Freizeit	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+	-	-	-
15. Gesundheitswesen	0,5	+	-	-	-	-	+	-	+	+	-	+	-	+	-	-	+	-
16. Wissenschaft/Forschung	1	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Anzahl +		8	9	9	9	10	8	9	10	9	6	8	8	10	9	7	8	9

+ Policy-Outcome ist kongruent mit den Policy-Präferenzen, - Policy-Outcome ist inkongruent mit den Policy-Präferenzen. Ausgaben erhöhungen bzw. -kürzungen in die gleiche Richtung weisen wie die Forderungen, werden als kongruent kategorisiert. Daten siehe Tabelle 72a im Anhang B S. 354.

Während alle Akteure Ausgabenbeibehaltungen bzw. -erhöhungen befürworten, weist der Haushalt 1999 im Vergleich zum Jahr 1997 starke Kürzungen in diesen beiden Bereichen auf. Nach SCHUMAKER (1991:25) deutet mangelnde Responsivität den kommunalpolitischen Akteuren gegenüber auf eine externe Dominanz hin. Diese könnte man in der Stuttgarter Sport- und Freizeitpolitik auch vermuten, doch werden gerade hier die Präferenzen der Führungskräfte in diesem Bereich im Policy-Outcome realisiert. Daß die Sporteliten in der sogenannten "heimlichen Sporthauptstadt Deutschlands" großen Einfluß haben, wurden bereits an anderer Stelle dokumentiert (vgl. WALTER 1997a). In diesem Fall wie auch bei der Kulturpolitik liegt das Repräsentationsmodell "Dominanz von Minderheiten" vor. Die Themen Städtebau, Wohnungsbau sowie Parks und Erholungseinrichtungen können dem Modell "Überzeugungskraft Eliten und Verwaltung" zugeordnet werden, da hier nicht die Bürgerwünsche, aber auch nicht speziell die Präferenzen der Sektoreliten in den Haushaltsausgaben realisiert werden. Dafür aber die Vorstellungen der Rats- und Verwaltungsmitglieder sowie einiger anderer Führungskräfte (vor allem aus dem Wirtschaftsbereich).

In sechs Politikfeldern liegt das Konsensmodell vor. So sind sich bei den Themen Öffentliche Sicherheit, Jugendpolitik, Bildung, Wissenschaft/Forschung und Wirtschaftsförderung alle befragten Akteure einig, daß mehr Geld ausgegeben werden muß bzw. im Straßen-/Parkplatzbau stark gekürzt werden sollte. Der Haushalt spiegelt diese Forderungen zwei Jahre später auch wider. Bei zwei Themen (Sozialpolitik, Gesundheitswesen) verhalten sich die Stuttgarter Ratsmitglieder als "Instructed Delegates". Hier werden in erster Linie die Bevölkerungspräferenzen in den Haushaltsausgaben realisiert, aber auch die Wünsche der jeweiligen Sektoreliten. Angenommen wird, daß sich die gewählten Politiker bei den wichtigen Themen keine mangelnde Responsivität erlauben können. Und sie trotz der geforderten Kürzungen seitens der Verwaltung und der anderen Elitenmitglieder Ausgabenerhöhungen befürworten. Tabelle 74 gibt einen Überblick über die Repräsentationsmodelle, die den einzelnen Policy-Bereichen zugeordnet werden können:

Tabelle 74: Modelle politischer Repräsentation in der Stadt Stuttgart

Externe Dominanz	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Abfallbeseitigung/-vermeidung</li> <li>➤ Abwasserbeseitigung</li> <li>➤ Öffentlicher Personennahverkehr</li> </ul>
Dominanz Minderheiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Sport- und Freizeiteinrichtungen</li> <li>➤ Kulturpolitik</li> </ul>
Ratsmitglieder als Instructed Delegate	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Sozialpolitik</li> <li>➤ Gesundheitspolitik</li> </ul>
Überzeugungskraft Eliten/Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Städtebau</li> <li>➤ Wohnungsbau</li> <li>➤ Parks und Erholungseinrichtungen</li> </ul>
Konsens	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Öffentliche Sicherheit</li> <li>➤ Jugendpolitik</li> <li>➤ Schulbau und -unterhaltung</li> <li>➤ Wissenschaft und Forschung</li> <li>➤ Wirtschaftsförderung</li> <li>➤ Straßen- und Parkplatzbau</li> </ul>

### 3. TEIL: ZUSAMMENFASSUNG UND DISKUSSION

#### 3.1. Zusammenfassung der Ergebnisse und Einordnung in den Forschungsstand

Wessen Präferenzen repräsentiert der gewählte Abgeordnete im Parlament? Diese in der modernen empirischen Demokratietheorie bedeutende Frage ist zwar schon lange Gegenstand politikwissenschaftlicher Theorien und Analysen, jedoch wurde bis heute kein realitätsgerechtes Forschungsdesign vorgelegt. Die vorliegende Arbeit versucht in einer explorativen Studie dieses Defizit zu mindern, indem das klassische Repräsentationsmodell der beiden Amerikaner MILLER und STOKES (1963), das die Beziehung zwischen Wählern und Abgeordneten untersucht, modifiziert wird. Die Studie knüpft an erste Erkenntnisse einer zuvor durchgeführten Arbeit der Autorin über die "Methoden der Responsivitätsmessung" (vgl. WALTER 1997a) an und führt sie in einem bedeutenden Punkt fort. Nach Anregung der deutschen Elitenforscherin HOFFMANN-LANGE (1991) werden in der Repräsentationsanalyse alle Gruppen berücksichtigt, die am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt sind, was eine erhebliche Ausweitung des Analysefokuses zur Folge hat. Da ein solches Untersuchungsdesign einen großen Zeit- und Rechercheaufwand verlangt, wurde beschlossen, die Studie auf der kommunalen Ebene des politischen Systems durchzuführen. Übergeordnetes Ziel ist dennoch ein Repräsentationsmodell, das auf allen Systemebenen anwendbar ist.

Die Kommunalebene bietet sich als Ausgangspunkt für die Modellerweiterung aus einem weiteren Grund an. In der amerikanischen Elitenforschung existiert seit langem ein Forschungszweig, der sich explizit mit relevanten Akteuren im kommunalpolitischen Entscheidungsprozeß beschäftigt: die Community Power-Forschung. Für die Beantwortung der Frage "Who governs?" wurden in den Vereinigten Staaten zahlreiche Studien durchgeführt und konkurrierende Hypothesen über eine mögliche Machtverteilung aufgestellt. Trotz der langen Forschungstradition - die erste Community Power-Studie fand im Jahr 1929 statt - gibt es in Europa und v.a. in der BRD keinen vergleichbaren Forschungsergebnisse. Zum einen wurden nur sehr wenige Elitestudien durchgeführt, zum anderen sind sie überwiegend deskriptiv und kaum theoriegeleitet. Dies gilt v.a. für kommunale Elitestudien. Hier hat bisher nur ARZBERGER (1980) neben den Bürgern und den Politikern andere Akteure in die Analyse politischer Repräsentation einbezogen; diese Studie liegt allerdings über 20 Jahre zurück.

Somit bietet sich mit der Verknüpfung der Repräsentations- und Community Power-Forschung ein Lösung für die Modellerweiterung. In diesem Forschungsbereich werden v.a. Methoden zur Elitenidentifikation entwickelt und die kommunalen Akteure und ihre Einflußressourcen im Entscheidungsprozeß untersucht. Diese Informationen sind notwendig, um relevante Akteure zu ihren Einstellungen zu befragen und Annahmen für die politische Responsivität gegenüber den Repräsentationsobjekten zu formulieren. Genau wie bei der Bevölkerung wird davon ausgegangen, daß nur diejenigen Personen, Gruppen und Institutionen in den politischen Entscheidungen berücksichtigt werden, die ihre Interessen artikulieren und ihnen mit entsprechender Ressourcenausstattung Nachdruck verleihen können. Allerdings verlangt die Verbindung der beiden Forschungsbereiche eine Diskussion der Übertragbarkeit amerikanischer Hypothesen auf den deutschen Untersuchungskontext. Hier zeigt sich, daß unter der Berücksichtigung einiger Aspekte, eine Übertragung sinnvoll ist.

Die Durchsicht des amerikanischen und deutschen Forschungsstandes ergab zahlreiche Hypothesen über die Einfluß- und Ressourcenverteilung im politischen System, die nicht alle überprüft werden konnten. Dennoch wurde im Theorieteil der Arbeit eine vollständige Aufarbeitung des amerikanischen und deutschen Forschungsstandes zu den hier interessierenden Fragen geleistet. Dies v.a., um einen bisher nicht vorliegenden systematischen Überblick über die konkurrierenden Community Power-Ansätze und die entsprechenden empirischen Ergebnisse zu liefern. Für die Modellerweiterung werden zudem Hypothesen aus der Repräsentationsforschung benötigt, deren Darstellung und Diskussion jedoch an anderer Stelle erfolgte (vgl. GABRIEL u.a. 1992/1993, BRETTSCHEIDER 1995, WALTER 1997a).

Insgesamt wurden im theoretischen Teil über zweihundert Annahmen erarbeitet, von denen ein Drittel im empirischen Teil überprüft werden konnte. Der größere Teil der Hypothesen bezieht sich auf die Einflußreputation und die Ressourcenausstattung der Akteure (vgl. Tabelle 75, S. 285-291). Für die Frage "Wer hat Einfluß in der Kommunalpolitik und aufgrund welcher Ressourcen?" zeichnen die kommunalen Führungskräfte in Stuttgart folgendes Bild:

- **Die einflußreichste Person in der Stadt ist der Oberbürgermeister:** Dieses Ergebnis ist wenig überraschend, weist doch die baden-württembergische Gemeindeordnung dieser Position mehr als anderen großen Einfluß zu. Ihm werden nach der kommunalen Selbstverwaltung die meisten Ressourcen (amtliche Befugnis, gute Kontakte, hohe Informiertheit, Glaubwürdigkeit) zugeschrieben.
- **Der Oberbürgermeister teilt diese Machtposition mit dem Kreisverband der CDU:** In diesem Fall ist die Machtteilung eine Machtfusion, da die CDU zusammen mit den Liberalen (FDP/DVP) seit Jahren im Gemeinderat die meisten Entscheidungen steuern kann.
- **Der Gemeinderat bekommt etwas mehr Einflußreputation als die Verwaltung:** Aufgrund des starken Einflusses der CDU wird auch dem Rat trotz seiner in der Gemeindeordnung eher schwach angelegten Rolle großer Einfluß zugeschrieben. Sein größtes Druckmittel ist die amtliche Befugnis, gefolgt von finanziellen Ressourcen, hoher Informiertheit und guten Kontakten. Die Verwaltung erhält entsprechend ihrer dominanten Position in der Kommunalpolitik eine hohe Einflußreputation und auch die größte Ressourcenausstattung. Somit existiert in Stuttgart sowohl das Modell der legislativen wie auch der exekutiven Führerschaft.
- **Die Gemeinderatsausschüsse haben moderaten Einfluß:** Da v.a. die wenigen Querschnittsausschüsse großen Einfluß und die vielen sachorientierten Ausschüsse weniger Einfluß aufweisen, fällt die Gesamtbewertung der Ratsausschüsse eher moderat aus.
- **Die Stuttgarter Bezirksbeiräte sind wenig einflußreich:** Obwohl die Bezirksvorsteher in den äußeren Stadtbezirken hauptamtlich tätig und somit stärker in die politisch-administrativen Abläufe involviert sind, wird ihnen nur wenig Einfluß und eine geringe Ressourcenausstattung zugesprochen. Dies zeigt sich auch in anderen Studien.
- **Die lokalen Parteien haben relativ großen Einfluß:** Der Einfluß der lokalen Parteien beruht generell auf guten Kontakten und hoher Informiertheit. Der eigenen Partei weisen die Führungskräfte zudem hohe Glaubwürdigkeit und gutes Fachwissen zu. Da die liberal-konservative Koalition über keine absolute Mehrheit im Gemeinderat verfügt, kommt den anderen lokalen Parteien und Wählervereinigungen ebenfalls gewisser Einfluß zu.
- **Der Einfluß der lokalen Wirtschaft wird hoch eingeschätzt:** In Stuttgart bestätigt sich zunächst nicht die Annahme, daß das kommunalpolitische Interesse der Wirtschaftselite begrenzt ist. Zum anderen werden den Wirtschaftsakteuren wie in vielen anderen Studien Geld, gute Kontakte und Fachwissen als Ressourcen und relativ großer Einfluß in der Kommunalpolitik zugeschrieben.
- **Die lokalen Medien haben einen eigenständigen Einfluß in der Kommunalpolitik:** die Medienvertreter sind ebenfalls stark am lokalpolitischen Geschehen interessiert, agieren jedoch nicht i.S. der kommunalen Eliten, sondern sind gleichberechtigte Elitenmitglieder mit entsprechenden Ressourcen (Informationen, gute Kontakte).
- **Die Interessengruppen haben eher moderaten, die Gewerkschaften nur geringen Einfluß:** als einflußreiche Ressourcen der Interessenorganisationen werden v.a. gute Kontakte und Fachwissen genannt, ein Viertel der Befragten sieht keinen kommunalpolitischen Einfluß bei den Gewerkschaften.
- **Die Bürger haben kaum Einfluß in der Kommunalpolitik:** Die Bürger werden allgemein als relativ einflußlos eingestuft, so daß die Stuttgarter Ergebnisse nicht überraschen. Die Gemeinderäte, Politiker und Vertreter von Bürgergruppen sehen etwas mehr Einflußmöglichkeiten für die Bürger.

Insgesamt läßt die Machtstruktur in Stuttgart vier unterschiedliche Segmente erkennen. Die erste Gruppe umfaßt die Akteure mit dem größten Einfluß auf kommunale Entscheidungen: Oberbürgermeister, CDU und Gemeinderat. Die Akteure der zweiten Gruppe (Unternehmen, Verwaltung, lokale Medien, SPD) haben etwas weniger Macht, aber diese ist immer noch überdurchschnittlich hoch. Der Einfluß der Ratsausschüsse, der Parteien Bündnis90/Die Grü-

nen und der FDP sowie der Interessengruppen wird eher moderat eingeschätzt. Schließlich hat eine letzte Gruppe von Akteuren keinen nennenswerten Einfluß auf die Lokalpolitik: Bezirksbeiräte, Gewerkschaften und Bürger. Die befragten Führungskräfte sind sich insgesamt einig über diese Einflußmuster, nur für den Einfluß der Wirtschaft und der Gewerkschaften werden signifikant verschiedene Beurteilungen abgegeben. So weisen die Vertreter der Bereiche Umwelt, Soziales und Bildung der lokalen Wirtschaft deutlich mehr Einfluß und die Ratsmitglieder sowie die Vertreter der Bereiche Gesundheit und Verkehr deutlich weniger Einfluß zu als der Elitendurchschnitt. Die Befragten aus den Sektoren Gesundheit, Kirche und Sport stufen die Gewerkschaften einflußreicher ein als die anderen Führungskräfte.

Auch wenn die Stuttgarter Führungskräfte einflußreiche Akteure bzw. deren Ressourcen wahrnehmen, ist nicht gesagt, daß Sie sich in ihrer eigenen Meinungsbildung davon beeinflussen lassen. Deshalb wurde danach gefragt, wie wichtig einzelne Akteure bzw. Gruppen für die kommunalpolitische Meinungsbildung sind. Die Ergebnisse zeigen, daß es wenig Sinn macht, diesbezüglich die Gesamtelite zu betrachten. Zu unterschiedlich sind die Orientierungsobjekte der politisch-administrativen und der gesellschaftlichen Elite. Da die gesellschaftliche Elite zahlenmäßig klar überlegen ist, gehen die Spezifika für die politisch-administrative Elite (Stadträte, Politiker, Bezirksbeiräte und Verwaltungsmitglieder) verloren. Für die politisch-administrative Elite zählen v.a. die Präferenzen des Gemeinderates bzw. *der Bürger*, erst danach folgen mit einigem Abstand die lokalen Medien und die lokalen Parteien. Die gesellschaftliche Elite hingegen orientiert sich geschlossen in erster Linie an *der Medienberichterstattung*, bevor sie sich über kommunale Themen eine Meinung bildet. Danach folgt mit einigem Abstand die Orientierung am Stadtrat und die Berücksichtigung der Bürger bzw. der lokalen Parteien. Auch spielen die Bezirksbeiräte in der Meinungsbildung der politisch-administrativen Elite eine weit größere Rolle als bei der gesellschaftlichen Elite. Für diese sind dafür die Interessengruppen von größerer Bedeutung. Die Ansichten des Oberbürgermeisters, der Ratsausschüsse und der lokalen Wirtschaft sind für beide Elitegruppen eher wichtig, die der lokalen Gewerkschaften eher unwichtig.

Aus demokratietheoretischer Sicht ist v.a. wichtig, an wessen Einstellungen sich die gewählten Ratsmitglieder bei ihren Entscheidungen orientieren. Hier zeigt sich, daß v.a. die *eigene Partei* der gewählten Mandatsträger für deren Entscheidungen im Gemeinderat eine große Rolle spielt, gleich danach folgen *die Bürger* als wichtige Orientierungsobjekte. 88 Prozent der befragten Abgeordneten sind der Ansicht, die Bevölkerungspräferenzen sind sehr bzw. eher wichtig für sie. Im Gegensatz zur oben festgestellten eher mittleren Machtreputation der Gemeinderatsausschüsse, spielen diese für die Räte eine relativ große Rolle. Auch dem Bürgermeister, der Verwaltung und den Wirtschaftsunternehmen wurde von den befragten Führungskräften insgesamt eine größere Bedeutung beigemessen als sich in den Orientierungsmodi der Stuttgarter Gemeinderäte zeigt. Am wenigsten wichtig sind die Ansichten der anderen Parteigruppierungen für die lokale Entscheidungsfindung. Sicher spielt für die Bedeutung einzelner Akteure die Parteizugehörigkeit eine wichtige Rolle. Tatsächlich zeigt ein Vergleich der Rangordnungen, daß die Einschätzungen der Parteienvertreter nur geringfügig übereinstimmen. Zwar stehen für alle Ratsmitglieder ihre eigene Partei und die Bürger an oberster Stelle für ihre kommunalpolitische Meinungsbildung, danach werden aber je nach Parteizugehörigkeit die anderen Gruppen unterschiedlich gewichtet. So spielen die Ratsausschüsse für die FWV/UBL-Vertreter eine deutlich geringere bzw. für die REP-Vertreter eine größere Rolle als für die anderen Ratsmitglieder. Die Ansicht der Verwaltung findet bei Entscheidungen der ÖDP-, FDP/DVP-, Grünen- und SPD-Stadträte größere Berücksichtigung als bei den FWV/UBL-, REP- und CDU-Stadträten. Auch der Einfluß des Oberbürgermeisters wird je nach Parteizugehörigkeit unterschiedlich bewertet. Da er das CDU-Label trägt, orientieren sich die Vertreter dieser Partei aber auch der FDP/DVP stärker an seinen Einstellungen als die anderen Stadträte.

Tabelle 75: Hypothesen zur Einflussreputation und Einflussressourcen

Bürgermeister	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die direkte Legitimation, die relativ lange Amtszeit und die fehlenden Abwahlmöglichkeiten führen dazu, daß der Bürgermeister relativ unabhängig von den lokalen Parteien und Wählervereinigungen handeln kann (GABRIEL 1979)</li> <li>➤ Der Bürgermeister besitzt von allen Kommunalorganen den größten Einfluß, dieser erstreckt sich über alle Themen (GABRIEL 1979)</li> <li>➤ Der Bürgermeister verfügt über Popularität, fachliche Kompetenz, Integrationsfähigkeit und wirksame Interessenvertretung (SCHNEIDER 1977)</li> <li>➤ Die Gemeindeordnung hat Einfluß auf die Machtstellung des Bürgermeisters: in der Norddeutschen Ratsverfassung ist seine Position deutlich schwächer als in der Süddeutschen Ratsverfassung (GABRIEL 1979)</li> <li>➤ Meist ist der Bürgermeister unabhängig von der Gemeindeordnung der zentrale Akteur im lokalen Entscheidungssystem (GABRIEL 1979)</li> <li>➤ Die Gemeindegröße hat keinen Einfluß auf die Machtreputation des Bürgermeisters, sein Einfluß wird in allen Gemeinden ähnlich hoch eingestuft (KÖSER/CASPERS-MERK 1989)</li> <li>➤ Die Macht des Bürgermeisters hängt von der politischen Kultur der Gemeinde und der Gemeindegröße ab: Er hat in kleinen Gemeinden mit konsensorientierter politischer Kultur größeren Einfluß als in Städten mit konkurrierendem Gruppenpluralismus und einer heterogenen politischen Kultur (VOIGT 1992)</li> <li>➤ Die Gemeindeordnung hat Einfluß auf die Machtstellung des Bürgermeisters: Nach Abschaffung der Norddeutschen Ratsverfassung liegt vor allem in den Ländern mit Magistratsverfassung eine Beschneidung seiner Kompetenzen vor (BOVENSCHULTE/BUß 1996)</li> </ul>	<p style="text-align: center;">+</p> <p style="text-align: center;">++</p> <p style="text-align: center;">++</p> <p style="text-align: center;">○</p> <p style="text-align: center;">○</p> <p style="text-align: center;">○</p> <p style="text-align: center;">○</p> <p style="text-align: center;">○</p>
Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Aufgrund ihrer bürokratischen Fachkenntnisse und der täglichen Durchführung von Sachentscheidungen haben Verwaltungsmitglieder relativ großen Einfluß unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Eliten (LINEBERRY/SHARKANSKY 1971)</li> <li>➤ Der Einfluß der Verwaltung übersteigt den aller anderen kommunalpolitischen Akteure (Gabriel 1979)</li> <li>➤ Der Einfluß der Verwaltung erstreckt sich auf alle kommunale Themen (GABRIEL 1979)</li> <li>➤ Verwaltungsmitglieder reagieren eher auf Vorschläge anderer und initiieren weniger eigene Vorschläge (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Die Verwaltung ist aufgrund ihres Informationsvorsprungs den Fraktionen und Gemeinderäten bei der Initiierung und Vorbereitung von Beschlüssen überlegen (DERLIEN 1976)</li> <li>➤ Ein Gemeindeangestellter hat weniger Entscheidungsspielraum als ein Lokalpolitiker (KUBINZKY/STAGL 1971)</li> </ul>	<p style="text-align: center;">+</p> <p style="text-align: center;">-</p> <p style="text-align: center;">-</p> <p style="text-align: center;">○</p> <p style="text-align: center;">○</p> <p style="text-align: center;">○</p>
Gemeinderat	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ratsmitglieder der Mehrheitskoalition haben größeren Einfluß als Ratsmitglieder der Minderheitskoalition (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und dem Oberbürgermeister wird der größte reputative Einfluß zugeschrieben (SIEWERT 1979)</li> <li>➤ Als kollegial arbeitendes Entscheidungsorgan hat der Gemeinderat an Bedeutung verloren. Seine Funktionen sind weitgehend auf die Fraktionen, Ausschüsse und informelle Koordinations- und Entscheidungsgremien übergegangen (HOFFMANN-LANGE 1991)</li> <li>➤ Kommunalpolitiker sind so in ein System überregionaler Regelungen, Auflagen, Planungen und Finanzzuweisungen sowie in die Ziele und Wünsche des Marktes eingebunden, daß ihnen kaum noch Spielraum für eigene Entscheidungen bleibt (HOFFMEYER-ZLOTNIK 1982)</li> <li>➤ Die Ratsmitglieder haben keinen eigenständigen Einfluß auf Entscheidungen, sie sind lediglich Vertreter des Allgemeinwohls, der politischen Parteien, der Interessengruppen oder der Entscheidungselite (HUNTER 1953)</li> <li>➤ Gerade in der Initiativphase hat der Gemeinderat großen Einfluß, in der Entscheidungsphase dominieren Fraktionen und Ausschüsse, aber auch das Vorentscheider-Gremium aus Rat- und Verwaltungsführung (SIMON 1988)</li> </ul>	<p style="text-align: center;">+</p> <p style="text-align: center;">+</p> <p style="text-align: center;">-</p> <p style="text-align: center;">-</p> <p style="text-align: center;">-</p> <p style="text-align: center;">○</p>



	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Neben dem Ratsvorsitzenden und seinem Stellvertreter sind vor allem die Fraktionsführer und die Ausschußvorsitzenden Personen, die ex officio mehr Einfluß ausüben können als andere Ratsmitglieder (BECKERS 1968)</li> <li>➤ Je höher die Qualifikation eines Ratmitglieds, desto höher seine Einflußchancen (NABMACHER 1989)</li> <li>➤ Ratsmitglieder haben geringen Einfluß als Initiatoren bei entscheidungsrelevanten Themen bzw. Agenda-Setting (SCHUMAKER 1991)</li> </ul>	<p>○</p> <p>○</p> <p>○</p>
Ausschüsse/ Sachkundige Bürger	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Vor allem in Mittel- und Großstädten haben die Gemeinderatsausschüsse großen Einfluß (HOLLER/NABMACHER 1976)</li> <li>➤ Ausschüsse, die nur mit Ratsmitgliedern besetzt sind, sind einflußreicher, als Ausschüsse, in denen auch Sachkundige Bürger oder Experten hinzugezogen werden (SCHMIDT-EICHSTAEDT 1989)</li> <li>➤ Ausschüsse mit Querschnittskoordination haben mehr Einfluß als Ausschüsse für einen bestimmten Politikbereich (NABMACHER 1989)</li> <li>➤ Je höher die Kontinuität der Ausschußvorsitzenden bzw. wichtiger Mitglieder, desto größer der Einfluß (NABMACHER 1989)</li> <li>➤ Je wichtiger der Politikbereich, desto wichtiger der dafür zuständige Ausschuß (NABMACHER 1989)</li> <li>➤ Kleinere Parteien sind eher darauf angewiesen, Sachverstand von außerhalb in Ausschüssen zu mobilisieren als große Parteien (NABMACHER 1989)</li> <li>➤ Kommunen mit autoritativem Führungsstil weisen eine geringere Anzahl von Ausschüssen auf (NABMACHER 1987)</li> <li>➤ Sachkundige Bürger sind ebenso wie Delegierte, Vorstandsmitglieder und Hauskassierer, auch Funktionäre ihrer Partei, deshalb ist es eher unwahrscheinlich, daß sie den Sachverstand der Fraktionen vergrößern (HOLLER/NABMACHER 1976)</li> </ul>	<p>-</p> <p>○</p> <p>○</p> <p>○</p> <p>○</p> <p>○</p> <p>○</p> <p>○</p> <p>○</p>
Bezirks- beiräte	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Einfluß der Bezirksbeiräte ist größer, als es ihrem Status als beratende Gremien entsprechen würde (HAHN 1989)</li> <li>➤ Wichtige Ressourcen der Bezirksbeiräte sind ihre Ortskenntnis und ihr enger Bürgerkontakt in verschiedenen örtlichen Organisationen und Institutionen, in denen sie oft leitende Positionen einnehmen (HAHN 1989)</li> <li>➤ Der Einfluß der Bezirksbeiräte ist eher gering (BECKORD 1981)</li> <li>➤ In den Bezirksbeiräten ist ein hoher Anteil von Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst zu erkennen. Wissen über Verwaltungsvorgänge fördert die Professionalisierung der Arbeit im Bezirksbeirat und stärkt dessen Durchsetzungskraft (HAHN 1989)</li> <li>➤ Die Institution des Betreuungstadtrates stärkt den Einfluß der Bezirksbeiräte (HAHN 1989)</li> <li>➤ Der Einfluß der Bezirksbeiräte variiert mit ihrer Parteizugehörigkeit und den Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat (HAHN 1989)</li> </ul>	<p>+</p> <p>+</p> <p>-</p> <p>○</p> <p>○</p> <p>○</p>
Lokale Parteien/ Fraktionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das lokale Parteienspektrum ist heute sehr weit ausdifferenziert, deshalb haben viele Parteien Einfluß auf den Entscheidungsprozeß (SCHMEHRER 1990)</li> <li>➤ Regierungsparteien haben viele Ressourcen: amtliche Entscheidungsbefugnis, hohes Ansehen, gute politische und wirtschaftliche Kontakte in und außerhalb der Gemeinde, Fachwissen und Einfluß in Bevölkerungsgruppen, Oppositionsparteien haben deutlich geringeren Einfluß (PAPP/KAPPELHOFF 1984)</li> <li>➤ Die personelle Verflechtung zwischen den Parteivorständen und den großstädtischen Ratsfraktionen ist eher hoch (GABRIEL u.a. 1984)</li> <li>➤ Die Parteien verfügen in der Kommunalpolitik über einen verhältnismäßig großen Einfluß, vor allem auf den Gebieten des Gesundheits-, Wohlfahrts- und Freizeitwesens (WARREN 1957)</li> <li>➤ Fraktionen sind aufgrund der Häufigkeit ihrer Initiativen, der Zentralität ihrer Beratungen für den weiteren Verlauf des Entscheidungsprozesses und der exponierten Stellung des Fraktionsvorsitzenden Machtzentren in der lokalen Machtstruktur (SIMON 1988)</li> </ul>	<p>+</p> <p>+</p> <p>+</p> <p>+</p> <p>○</p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Fraktionen müssen nicht in der Gemeindeordnung erwähnt sein, um einflussreich zu sein (SIMON 1988)</li> <li>➤ Die Parteiführer und Vertreter von Organisationsinteressen dominieren aufgrund ihrer Positionen und ihrer Beziehungen zu anderen organisatorischen Subsystemen das Parlament und die parlamentarische Tätigkeit (WEBELS 1985)</li> <li>➤ Der Einfluss der Fraktionen hängt von den lokalen Mehrheitsverhältnissen, der strukturellen Politisierung und der Wahlbeteiligung ab (GABRIEL u.a. 1984)</li> <li>➤ Strittige Punkte werden in den Fraktionssitzungen und Ausschüssen diskutiert und vorentschieden (GABRIEL 1984a)</li> <li>➤ Die Parteien üben bei kommunalpolitischen Sachfragen keinen direkten Einfluss auf die lokalen Mandatsträger aus (NABMACHER 1977)</li> <li>➤ Kleine Fraktionen haben geringen Einfluss, da sie i.d.R. von wichtigen Positionen in Verwaltung und Ausschüssen ausgeschlossen sind (DERLIEN 1976)</li> <li>➤ Die Fraktionen dienen den Bürgern, privaten und öffentlichen Institutionen, Funktionsträgern, organisierten und nicht-organisierten Interessen aller Art als politische Anlaufstelle und Petitionsinstanz (VETTERLEIN 1976)</li> <li>➤ Je größer die Parteienkonkurrenz, desto dezentraler die kommunale Machtstruktur (WALTON 1967)</li> <li>➤ Der Einfluss der lokalen Parteiorganisationen vollzieht sich vor allem über die Fraktionen in den Lokalparlamenten (MAYNTZ 1958)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> </ul>
Lokale Medien	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Medien üben durch die Herstellung von Öffentlichkeit politische Kontrolle aus (HIPPLER/KUTTEROFF 1982)</li> <li>➤ Journalisten sind gleichberechtigte Mitglieder der kommunalen Entscheidungselite (Arzberger 1980)</li> <li>➤ Journalisten haben wenig Interesse an kommunalpolitischen Themen und Entscheidungen (Beckers 1968)</li> <li>➤ Die Medien haben bei der Problemartikulation und -definition großen Einfluss, bei der Programmentwicklung und -implementation ist ihr Einfluss eher gering (JARREN/DONGES 1996)</li> <li>➤ Der Einfluss der Medien hängt von ihrem Informationszugang ab, wird dieser seitens der Kommunalpolitiker oder der Verwaltung verweigert, ist ihr Einfluss begrenzt (GRIMME 1991)</li> <li>➤ Je kleiner die Kommune, desto geringer der Medieneinfluss (GRIMME 1991)</li> <li>➤ Die Medien können durch das Nicht-Aufgreifen eines Themas oder durch eine einseitige Berichterstattung Einfluss ausüben (HIPPLER/KUTTEROFF 1982)</li> <li>➤ Einflusressourcen der Medien sind die journalistischen Mittel Platzierung, Genre, Stil, Informationsausmaß oder Wahrheitsgehalt (ADRIAN/PRESS 1977)</li> <li>➤ Die kommunalpolitischen Akteure überschätzen den Einfluss der lokalen Medien, was wiederum zu einer "self-fulfilling prophecy" führt: Weil andere Akteure die Lokalpresse für einflussreich halten, ist sie tatsächlich einflussreich (HOLLER/NABMACHER 1976)</li> <li>➤ Journalisten werden von den Politikern nur als Sprachrohr benutzt (HAENISCH/SCHRÖTER 1976)</li> <li>➤ Die Medien haben eine wichtige Integrationsfunktion in der Gemeinde (JANOWITZ 1967)</li> <li>➤ Die Medien haben maßgeblichen Einfluss durch das Agenda-Setting, d.h. sie bilden nicht die wirkliche Realität, sondern ihre eigene nach spezifischen Kriterien (Prominenz, Konflikthaftigkeit, Wichtigkeit) konstruierte Realität ab (LIPPMANN 1922)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+</li> <li>+</li> <li>-</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> </ul>
Lokale Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Aus der bloßen Tatsache der Berücksichtigung der Unternehmerinteressen in der Lokalpolitik läßt sich noch nicht auf deren systematische Bevorzugung schließen (GABRIEL 1979)</li> <li>➤ Viele Gemeinden sind konsensorientiert, vor allem im Hinblick auf Issues, die die kommunale Wirtschaft betreffen (MILLER 1958)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+</li> <li>+</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das kommunalpolitische Interesse der Wirtschaftselite ist begrenzt (LONG/BELKNAP 1956)</li> <li>➤ Die Wirtschaftselite hat von allen Akteuren den größten Einfluß und die Ratsmitglieder vertreten in erster Linie ihre Interessen (HUNTER 1953)</li> <li>➤ Großunternehmen können ihre Belange gegenüber Politik und Gesellschaft eigenständig wahrnehmen und sind nicht auf die Vermittlung ihrer Interessen durch Wirtschaftsverbände angewiesen (BÜRKLIN u.a. 1997)</li> <li>➤ Die Unternehmen haben maßgeblichen Einfluß auf politische Sachfragen weil sie Kontrolle über Investitionsentscheidungen haben und über Ressourcen verfügen, die wesentlich für den sozialen Wohlstand sind (STOKER 1995)</li> <li>➤ Aufgrund der Tatsache, daß Unternehmen ihren Standort verlagern können (capacity to exit), erhält die Wirtschaftselite einen potentiellen Einfluß, den sie oft gar nicht in faktischen Einfluß umsetzen muß (FRIEDLAND/PALMER 1984)</li> <li>➤ Wirtschaftseliten interessieren sich vor allem für lokale Entwicklungsaufgaben und setzen auch nur hier ihre Ressourcen (Kapital, qualifizierte Arbeitskräfte, neue Arbeitsplätze) ein (PETERSON 1981)</li> <li>➤ Ökonomische Eliten ziehen sich zunehmend aus der Lokalpolitik zurück (SIEWERT 1979)</li> <li>➤ Die Unternehmen wirken nicht aktiv auf die Thematisierung von Problemen ein, ihnen kommt vielmehr eine Veto-Position zu (ZOLL 1974)</li> <li>➤ Wirtschaftseliten verfügen über hohe Liquidität, straffe Organisationsformen und kontinuierliche Strukturen (MORLOCK 1974)</li> <li>➤ Im Gegensatz zum legitimierten Policy Making der Politiker, betreiben die Wirtschaftseliten Policy Shaping, d.h. sie beeinflussen indirekt den sachpolitischen Entscheidungsprozeß (MOTT 1970c)</li> <li>➤ Die Exponenten überlokal verflochtener Industriebetriebe (absentee-owned) sind nur sekundär gemeindeorientiert (OSWALD 1966)</li> <li>➤ Je kleiner und kohäsiver die Wirtschaftselite, desto höher ihr kommunalpolitischer Einfluß (WILSON 1963)</li> <li>➤ In Gemeinden mit einer relativ homogenen Mittelschicht und wenigen Konfliktlinien hat die Wirtschaftselite mehr Einfluß als in heterogenen Gemeinden mit vielen Konfliktlinien (WILSON 1963)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>-</li> <li>-</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> </ul>
Wichtige Personen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Wichtige Persönlichkeiten haben in der Gemeinde Macht aufgrund ihrer hohen ökonomischen und sozialen Ressourcen sowie ähnlichen Wertvorstellungen und Zielen innerhalb der Elite (SCHUMAKER 1991)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>○</li> </ul>
Interessengruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Gerade auf kommunaler Ebene existiert ein dichtes Netz von Vereinen, Vereinigungen und Verbänden, die als organisierte Interessen eine nicht unerhebliche Einflußnahme auf kommunale Willensbildungsprozesse erreichen (KLEINFELD/HEIDEMANN/TREUTLER 1996)</li> <li>➤ Interessengruppen, die ein Spezialinteresse verfolgen (Gewerkschaften), sind weniger einflußreich als pro-growth-orientierte Gruppen (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Einfluß wird nicht nur einigen wenigen Akteuren zugeschrieben, sondern vielen unterschiedlichen Gruppen (WHITT 1982)</li> <li>➤ Die Parteiführer und Vertreter von Organisationsinteressen dominieren aufgrund ihrer Positionen und ihrer Beziehungen zu anderen organisatorischen Subsystemen das Parlament und die parlamentarische Tätigkeit (WEBELS 1985)</li> <li>➤ Vereine haben keine politische Tendenz und deshalb auch keinen kommunalpolitischen Einfluß (ELLWEIN/ZOLL 1982)</li> <li>➤ Interessenorganisationen haben kein kommunalpolitisches Interesse (OSWALD 1966)</li> <li>➤ V.a. diejenigen Gruppen sind einflußreich, die sich flexibel der Entwicklung der realen Machtzentren des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses anpassen und nicht auf formale Einflußstrukturen angewiesen sind (KLEINFELD/HEIDEMANN/TREUTLER 1996)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+</li> <li>+</li> <li>+</li> <li>-</li> <li>-</li> <li>-</li> <li>○</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Interessengruppen üben eher indirekten Einfluß aus, indem sie versuchen, die Politiker- und Bürgerpräferenzen zu beeinflussen. Ihr Erfolg hängt somit von ihrem Überzeugungspotential ab (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Abgeordnete, die politisch mächtig sind, sind auch am stärksten mit organisierten Interessen verbunden (WEBELS 1985)</li> <li>➤ Vereine haben durch die Personalflechtung mit Gemeinderäten (Inside-Lobbying) großen indirekten Einfluß auf lokale Entscheidungen (GABRIEL 1981)</li> <li>➤ Vereine haben lokalpolitischen Einfluß aufgrund der häufigen Personalunion zwischen Führungsposition im Verein sowie kommunalpolitischem Mandat und ihren sozialen Kontroll- und Integrationsfunktion (SIEWERT 1979)</li> <li>➤ Die wichtigste Ressource der Interessengruppen ist der Respekt, der ihnen in der Gemeinde entgegengebracht wird, weniger bedeutend ist ihre Mitgliederzahl (ZISK 1978)</li> <li>➤ Dauerhafte Interessengruppen mit kontinuierlichem Zwang zu Policy-Makern sind einflussreicher als ad-hoc-Gruppen (YATES 1977)</li> <li>➤ Wichtige Einflußressourcen von Interessenorganisationen sind der Organisationsgrad, die Organisationsstärke (Mitgliederzahl), die Finanzkraft und die Geschlossenheit der Gruppe (DAHL 1973)</li> <li>➤ Je größer die Gemeinde, desto stärker der Einfluß von Interessengruppen (ZISK 1973)</li> <li>➤ Eine kommunale Gruppe mit geringem Kontrollpotential, aber hohem Übereinstimmungspotential ist politisch wirksamer als eine Gruppe mit hohem Kontrollpotential und niedrigerem Übereinstimmungspotential (DAHL 1972)</li> <li>➤ Keiner Gruppe gelingt es, ihre speziellen Interessen fortwährend durchzusetzen, auch sind keineswegs alle Gruppen an allen Fragen gleichermaßen interessiert. Nur im Kampf um die Streiffragen, die ihre eigene Interessen betreffen, setzt jede Gruppe ihre Ressourcen ein (ZOLL 1972)</li> <li>➤ Interessengruppen haben drei Einflußressourcen: Coercive Power, Exchange Power und Symbolic Power (BOULDING 1970)</li> <li>➤ Policy-Maker sind eher gegenüber großen, kohäsiven, aktiven Gruppen mit großem Überzeugungspotential responsiv (TRUMAN 1970)</li> <li>➤ Der Einfluß lokaler Interessengruppen hängt von der Offenheit des politischen Systems ab (TRUMAN 1970)</li> <li>➤ Je mehr Veto-Gruppen in einer Gemeinde vorhanden sind, umso geringer ist die Bedeutung jeder einzelnen Gruppe (BETHUSY-HUC 1962)</li> <li>➤ Der Einfluß lokaler Interessenorganisationen hängt von ihrer gesellschaftlichen Bedeutung innerhalb der Gemeinde ab, diese hängt wiederum von der strategischen Position der Gruppe und ihrer Nähe zu den in der Entscheidungsverantwortung stehenden Parteien ab (BETHUSY-HUC 1962)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> </ul>
Wirtschaft/ Arbeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Gewerkschaften haben aufgrund ihres geringen Interesses an lokalen Angelegenheiten nur geringen Einfluß auf dieser Ebene des politischen Systems (SALISBURY 1960)</li> <li>➤ Interessenorganisationen, die Unternehmen oder größere Gewerbebetriebe repräsentieren, sind sehr einflußreich, da sie aufgrund der Bedeutung der kommunalen Gewerbesteuer das höchste Sanktionspotential in der Gemeinde haben (FRIEDLAND/PALMER 1984)</li> <li>➤ Der Einfluß der Gewerkschaften ist von der Parteizugehörigkeit der Adressaten abhängig (GABRIEL 1981)</li> <li>➤ Ökonomische Interessengruppen, resp. die Gewerkschaften und die Selbständigen- und Unternehmerorganisationen sind schwächer in den kommunalen Entscheidungsgremien repräsentiert, ihren Interessen trägt die politische Führung der Gemeinde quasi automatisch Rechnung (GABRIEL 1981)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+</li> <li>○</li> <li>○</li> <li>○</li> </ul>
Soziales	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Inwieweit die Interessen im sozialen Bereich handlungsfähig sind, hängt von den örtlichen, parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen ab: CDU-Städte sind im Rahmen einer allgemeinen Sparpolitik restriktiver als SPD-Städte (ADAMY/NAEGELE 1985)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Einfluß der sozialen Interessen hängt kaum von den parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen ab: Parteipolitische Einflußfaktoren sind weniger bei Handlungsroutinen als bei neuen Handlungsansätzen in der Kommune relevant (JAEDICKE/RUHLAND/WACHENDORFER/ WOLLMANN/WONNEBERG 1991)</li> <li>➤ Die Sozialhilfepolitik ist für die kommunalpolitischen Akteure (aller Parteien) wenig wählerwirksam und ein der politischen Karriere kaum förderliches Politikfeld (JAEDICKE u.a. 1991)</li> </ul>	- ○
Sport/ Freizeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Im Bereich Sport und Freizeit sind für die Interessendurchsetzung neben der Mitgliederstärke, der Organisationsstruktur und guten Kontakten auch die Faktoren Tradition und Angebotsinhalte relevant (WALTER 1997)</li> <li>➤ Freizeitverbände und -vereine haben vor allem im Bereich politische Sozialisation Einfluß (v. ALEMANN 1994)</li> <li>➤ Im Bereich Sport und Freizeit sind Interessen eher schwer zu organisieren (MASSING 1993)</li> </ul>	○ ○ ○
Kirchen/ Religion	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Kirchenvertreter sind nicht an kommunalpolitischen Fragen interessiert (BECKERS 1968)</li> <li>➤ Die Kirchen gestalten in der BRD das öffentliche Leben (Schul-, Kultur-, Sozialpolitik) maßgeblich mit (WITTKÄMPER 1996)</li> <li>➤ Die wichtigste Einflußressource der Kirchen besteht darin, daß sie trotz starker Rückgänge in den letzten Jahren die mitgliederstärksten Organisationen darstellen (GABRIEL 1981)</li> <li>➤ Die Kirchen sind nach dem öffentlichen Dienst der größte Arbeitgeber und haben deshalb auch im lokalen Bereich Einfluß (GABRIEL 1981)</li> <li>➤ Der Einfluß der Kirchen verläuft indirekt: Wegen ihres Engagements in der Sozialarbeit spielen die Kirchen in der Gemeinde auch heute noch eine große Rolle und ihre Reaktionen auf Entscheidungen sind von den Politikern ebenso einzukalkulieren wie die ökonomischer Machtgruppen (GABRIEL 1981)</li> <li>➤ Die Einflußreputation der Kirchen variiert mit der Parteizugehörigkeit (GABRIEL 1981)</li> <li>➤ Der kirchliche Einfluß in der Kommunalpolitik besteht in der Vorgabe von Normen und der Policy-Bewertung, weniger in der direkten Beeinflussung des politischen Prozesses (HUNTER 1953)</li> </ul>	- ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○
Kultur	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die finanziellen Förderleistungen von Stiftungen haben direkten Einfluß auf die Formulierung kommunaler Kulturprogramme, wenn sie Auflagen und Bedingungen an ihre Unterstützungsleistung knüpfen (GAU 1990)</li> <li>➤ Falls die Kommunen auf zusätzliche Kulturangebote der freien Künstler angewiesen sind, kommen deren Ressourcen (künstlerischer Sachverstand, spezialisierte Fähigkeiten und Fertigkeiten) zum Tragen (GAU 1990)</li> <li>➤ Die lokale Kulturbereich hat heute deutlich mehr Einfluß als in der Vergangenheit, das gestiegene Kulturinteresse dient dazu, urbane Lebensqualität gerade in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Probleme zu bieten (Kultur als Standort- und Wirtschaftsfaktor) (GAU 1990)</li> <li>➤ Der Kulturbereich eignet sich wenig zum Unterstützungsaustausch (log-rolling) der kommunalpolitischen Akteure (GAU 1990)</li> <li>➤ Aufgrund der geringen Bedeutung des Kulturbereichs haben Akteure außerhalb des politisch-administrativen Systems eher Einfluß (GAU 1990)</li> <li>➤ Kultur leistet eine gesellschaftliche Integrationsleistung für das Gesamtsystem, deshalb hat der Bereich einen hohen Stellenwert (GAU 1990)</li> <li>➤ Kulturpolitischen Einfluß gewinnen die Fördervereine durch ihre Fähigkeit, Öffentlichkeit zu mobilisieren und über personelle Überschneidungen im politisch-administrativen System (GAU 1990)</li> <li>➤ Kulturvereine sind aufgrund ihrer gesellschaftspolitischen Funktion einflußreich (SIEWERT 1978)</li> </ul>	○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○

Wissenschaft Bildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das Einflußpotential des Bereichs Wissenschaft und Bildung liegt vor allem im Know-How und den sozialen Kontakten (HOLLER/NABMACHER 1976)</li> <li>➤ Der Wissenschaftsbereich hat einen nicht unbedeutenden, unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidungen der Kommunalpolitik, da er vielfach in die Willensbildung mittels zentraler Planungs- und Projektgruppen bzw. Planungsstäben einbezogen ist (HOLLER/NABMACHER 1976)</li> </ul>	○ ○
Bürger	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Bürger hat kein Interesse und verfügt nicht über die intellektuellen Fähigkeiten für politische Beteiligung (SCHUMPFER 1950)</li> <li>➤ Kommunale Bürgervereine nehmen nicht selten über ihre mit kommunalpolitischem Mandat ausgestatteten Vereinsführungen beständig auf Entscheidungen in Stadträten Einfluß (KROPP 1997)</li> <li>➤ Bürgerentscheide verkürzen z.T. den politischen Entscheidungsprozeß (HENDLER 1996)</li> <li>➤ Die Bürger haben vor allem in der Thematisierungsphase aufgrund der institutionellen Möglichkeiten der Bürgerinitiative, des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheides Einfluß (GABRIEL 1979)</li> <li>➤ Einzelbürger haben kaum Einflußchancen im politischen Prozeß (GABRIEL 1979)</li> <li>➤ Verstärkte Bürgerbeteiligung verzögert den politischen Entscheidungsprozeß (OSWALD 1966)</li> <li>➤ Die Bürger haben durch das Recht, das politische Personal zu wählen, einen großen, wenn auch indirekten Einfluß auf die kommunalpolitischen Entscheidungen (DAHL 1961)</li> </ul>	- ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○
Sachfrage	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Bei Themen mit niedriger Institutionalisierung ist der Entscheidungsprozeß pluralistischer, können die Bürger eher ihre Interessen einbringen (CLARKE 1995)</li> <li>➤ Je nach politischer Sachfrage unterscheiden sich die Struktur des Einflußsystems und die Art der beteiligten Akteure (BARTH/JOHNSON 1959)</li> </ul>	○ ○
Ressourcen- kumulation	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Je mehr Ressourcen einen Akteur aufweist, umso größer ist sein Einflußpotential bei verschiedenen politischen Sachfragen (LAUMANN/PAPPI 1976)</li> </ul>	++
Gemeinde- ordnung	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ In der Norddeutschen Ratsverfassung hat der Gemeinderat größeren Einfluß als in der Süddeutschen Ratsverfassung (DERLIEN 1976)</li> <li>➤ In der Norddeutschen Ratsverfassung ist eine größere Politisierung der Verwaltung gegeben als in der Süddeutschen Ratsverfassung (BANNER 1972)</li> </ul>	○ ○
Gemeinde- größe	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Zunehmend tritt eine Parteilichisierung auch in kleineren, kreisangehörigen Gemeinden auf, da diese im Einzugsbereich städtischer Verdichtungsräume ähnlichen Problemen ausgesetzt sind (HOLTMANN 1992)</li> <li>➤ Je größer die Gemeinde, desto höher der Parteieinfluß bzw. die Parteilichisierung sowohl im personellen wie auch sachlichen Bereich (WEHLING 1991)</li> <li>➤ Die Fraktionsbildung hängt von der Gemeindegröße ab. In Groß- und Mittelstädten hat sich die Struktur der Gemeinderäte professionalisiert und in Richtung einer parteienstaatlichen Konkurrenz entwickelt; in den kleinen Gemeinden dominieren verwaltungsorientierte konkordanzdemokratische Honoratiorenstrukturen (KÖSER/CASPERS-MERK 1989)</li> <li>➤ Je größer die Gemeinde, desto größer der Einfluß von Interessenorganisationen (JONES/BACHELOR 1981)</li> <li>➤ Je größer die Gemeinde, desto mehr Akteure sind am Entscheidungsprozeß beteiligt (GABRIEL 1979)</li> </ul>	○ ○ ○ ○ ○ ○

++ starke Bestätigung, + schwache Bestätigung, - keine Bestätigung, ○ wurde nicht geprüft

Zu erwarten war auch, daß SPD-Räte überdurchschnittlich die Ansichten der Gewerkschaften berücksichtigen. Die Grünen-Abgeordneten fassen noch mehr als die anderen Akteure die Medienberichterstattung ins Auge. Auch für die Frage der Parteinähe hat sich gezeigt, daß im Mediensektor relativ viele Grünen-Anhänger den Fragebogen beantwortet haben. Es scheint so, daß Grünen-Anhänger zu einem relativ hohen Anteil in dieser Branche tätig sind und deshalb auch die Grünen-Ratsmitglieder die Medienberichterstattung mehr als andere Stadträte berücksichtigen. Für die FWV/UBL- und ÖDP-Räte spielen die Medien dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Auch der Einfluß der Interessengruppen variiert mit der Parteilichkeit. Vor allem Grüne-, FDP/DVP- und REP-Stadträte orientieren sich an ihren Präferenzen, weniger dagegen Vertreter der freien Wählervereinigungen und der CDU. Somit zeigt sich eine gewisse Diskrepanz zwischen der Macht Reputation einzelner kommunalpolitischer Akteure und den Aussagen der Stuttgarter Stadträte über ihr Orientierungsverhalten.

Der Schwerpunkt des empirischen Teils liegt auf der Analyse der Einstellungskongruenzen aller kommunalpolitischen Akteure. Aufgrund der Fraktionsdisziplin in europäischen Systemen vertreten einige Repräsentationsforscher die Ansicht, daß es wenig Sinn macht, das konkrete Abstimmungsverhalten der Abgeordneten zu betrachten. Hier könne politische Responsivität lediglich mittels Einstellungskongruenzen untersucht werden (vgl. DALTON 1985, THOMASSEN 1991). In dieser Perspektive kann den Mandatsträgern kein Mangel an politischer Repräsentation vorgeworfen werden, wenn sie durch äußere Umstände gezwungen werden, ungeachtet ihrer eigenen Überzeugung zu entscheiden. Wichtig sei, daß sie in ihren Einstellungen mit den Bürgerwünschen übereinstimmen. Andere Forscher argumentieren, daß es den Bürgern letztlich egal sei, wie der Policy Output zustande kommt. Alles was zähle, sei die Übereinstimmung zwischen Bevölkerungspräferenzen und den Politikergebnissen (vgl. SCHUMAKER 1991). Da beide Argumente bedeutend sind, wurde die Responsivitätsanalyse durch die Politikergebnisse der Stadt Stuttgart in den letzten Jahren ergänzt.

Für die Untersuchung von Einstellungskongruenzen wurden im theoretischen Teil der Arbeit drei Repräsentationsdimensionen herausgearbeitet: die *horizontale Repräsentation* (Beziehungen zwischen einzelnen Elitesektoren), die *vertikale Repräsentation* (Beziehungen zwischen Eliten und Nicht-Eliten) und die *politische Responsivität* (Beziehungen zwischen politisch-administrativer Elite und anderen Eliten bzw. Bürgern). Im empirischen Teil werden diese Dimensionen untersucht, wobei der Interessenschwerpunkt eindeutig auf der Responsivitäts-Dimension liegt. Das MILLER/STOKES-Modell wird unter der Fragestellung "Wessen Interessen repräsentiert der gewählte Abgeordnete im Parlament am ehesten?" erweitert. Inwieweit die Eliten insgesamt mit den Einstellungen der Bürger bzw. die einzelnen Elitesektoren untereinander in ihren Einstellungen kongruieren, wird aus Gründen des empirischen Defizits deutscher und v.a. kommunalpolitischer Elitestudien untersucht.

Für die Überprüfung der politischen Responsivität stehen etwas weniger Hypothesen zur Verfügung als in der Einfluß- und Ressourcenforschung. Tabelle 76 (siehe S. 295-297) zeigt, wieviele davon untersucht bzw. bestätigt werden konnten. In der vorliegenden Arbeit wird die politische Responsivität der Stuttgarter Ratsmitglieder für die Policy-Präferenzen der Bürger und anderer lokalpolitischer Akteure untersucht. In der deutschen Kommunalforschung existieren einige Arbeiten zum Thema Ausgabenpräferenzen (vgl. ARZBERGER 1980, GABRIEL 1992, GABRIEL u.a. 1992, GABRIEL u.a. 1993, BRETTSCHEIDER 1997, WALTER 1997a/1997b, FRERK 1998, GABRIEL/BRETTSCHEIDER 1998) mit denen die wichtigsten Ergebnisse der Stuttgarter Studie verglichen werden können. Allerdings wurden außer in der ARZBERGER-Studie bisher nur die Ausgabenpräferenzen von Ratsmitgliedern und Bürgern untersucht, Elitenbefragungen mit diesem Fokus liegen nicht vor. In den Untersuchungsstädten von ARZBERGER zeigte sich, daß die Eliten in der Prioritätensetzung für zehn Aufgabenbereiche nur in den Kleinstädten mit den Bürgern einigermaßen übereinstimmten, in den Großstädten gab es kein Zusammenhänge zwischen Eliten- und Bürgerprioritäten.

- **Die horizontale Repräsentation ist sehr nahe am theoretischen Ideal:** die Ausgabenpräferenzen der politisch-administrativen Elite (Ratsmitglieder, Politiker, Bezirksbeiräte und Verwaltungsmitglieder) und der gesellschaftlichen Elite sind für alle 22 Themen sehr kongruent. Allerdings werden einige gesellschaftliche Elitesektoren (Wirtschaft, Bildung, Bürgervereine, Gesundheit) besser repräsentiert als andere (Kultur, Kirche, Sport, Soziales).
- **Die vertikale Repräsentation fällt zufriedenstellend aus:** Die Ausgabenpräferenzen der Stuttgarter Eliten ähneln weitgehend denen der Gesamtbevölkerung, nur in wenigen Politikbereichen existieren größere Diskrepanzen. Dieses Ergebnis ist aus demokratietheoretischer Sicht sehr zu begrüßen, zeigt sich doch in anderen Elitestudien, daß zwischen den Eliten und den Bürgern oft große Uneinigkeit im Hinblick auf politische Sachfragen besteht.
- **Die horizontale Repräsentation fällt höher aus als die vertikale Repräsentation:** Im Vergleich repräsentiert die politisch-administrative Elite eher die Ausgabenpräferenzen der gesellschaftlichen Eliten als die Gesamtelite die Präferenzen der Bevölkerung. Doch sind beide Repräsentationsergebnisse auf einem relativ hohen Niveau und ist auch zu berücksichtigen, daß die Bürgerinteressen v.a. bei den von ihnen als wichtig eingestuften Sachthemen repräsentiert werden.

Nach der Analyse der ersten beiden Repräsentationsdimensionen wechselt der Analysefokus, nun steht v.a. die politische Responsivität der gewählten Abgeordneten im Vordergrund. Die Frage ist, welchen Akteuren gegenüber sich die Mandatsträger am ehesten responsiv verhalten, den Bürgern oder den Eliten gegenüber? Und ändert sich die politische Responsivität je nach Sachfrage bzw. der Betrachtung einzelner Bürger- und Elitegruppen? Auch die Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität sind in diesem Zusammenhang relevant.

- **Die kollektive und dyadische Responsivität fallen relativ ähnlich aus und sind beide eher hoch:** Sowohl Struktur- wie auch Niveauvergleich zeigen für die 22 Themen, daß sich die durchschnittlichen Bürgerwünsche relativ gut in den durchschnittlichen Präferenzen des Kommunalparlamentes widerspiegeln (*kollektive Responsivität*), aber auch die Wünsche jedes einzelnen Bürgers werden gut repräsentiert (*dyadische Responsivität*). In einer früheren Stuttgarter Studie fiel die kollektive Responsivität höher aus als die dyadische (vgl. WALTER 1997a), in anderen Studien konnten hingegen kaum Einstellungskongruenzen festgestellt werden (vgl. ARZBERGER 1980, GABRIEL 1992, GABRIEL u.a. 1993). Nur die Untersuchung von FRERK (1998) bildet hier eine Ausnahme.
- **Die einzelnen Parteigruppierungen im Stuttgarter Stadtrat stimmen relativ schlecht mit der Gesamtbürgerschaft überein:** Leider wurden die Parteipräferenzen der Stuttgarter Bürger nicht erhoben, sodaß nur geprüft werden konnte, inwieweit die Parteienvertreter die Bürger insgesamt vertreten. Hier zeigen sich für alle Parteigruppen eher schlechte Werte; dies läßt vermuten, daß die Abgeordneten nach dem Responsible Party-Modell eher mit ihrer Wählerklientel übereinstimmen.
- **Die politische Responsivität der Stuttgarter Ratsmitglieder hat sich im Zeitverlauf verbessert:** Der Vergleich der beiden Stadtratgruppen aus den Jahren 1993 und 1997 zeigt, daß die Einstellungskongruenzen 1997 höher ausfallen und weniger Themen diskursiv sind. Bei der Sozialhilfe und der Abfallbeseitigung bzw. -vermeidung sind auch die neuen Stadträte im Vergleich zu den Bürgern für Ausgabenkürzungen und nicht für Ausgabenerhöhungen.
- **Bei Konsens-Themen ist eine höhere politische Responsivität gegeben als bei Dissens-Themen:** Bei Berücksichtigung der Varianz in den Bevölkerungspräferenzen zeigt sich, daß die Räte die Bürgerwünsche so gut wie möglich repräsentieren. Bei Konsens-Themen gelingt dies besser als bei Dissens-Themen (Wirtschaftsförderung, Drogenpolitik, sozialer Wohnungsbau, Straßenbau).
- **Die politische Responsivität variiert verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegenüber:** Vor allem für die Merkmale Alter, Schulabschluß und Berufstätigkeit sind die Ausgabenpräferenzen der Bürger eher heterogen. Für das Alter sind keine klaren Muster erkennbar, für die anderen beiden Merkmale bestätigt sich tendenziell, daß die Ratsmitglieder die Einstellungen einzelner Bürgergruppen weniger gut in ihren Einstellungen repräsentieren.



- **Die politische Responsivität variiert verschiedenen Elitegruppen gegenüber:** Die Elitesektoren Verwaltung, Bezirksbeiräte, Politik, Gewerkschaft, Städtebau und Bildung werden eher in den Einstellungen der Ratsmitglieder repräsentiert als die Sektoren Soziales, Kirche, Kultur, Umwelt, Bürgerorganisationen und Gesundheit. Dies bestätigt sich v.a. in den Politikfeldern, in denen diese Interessengruppen tätig sind und versuchen, ihren Einfluß geltend zu machen.
- **Die politische Responsivität gegenüber den Eliten wird von der Sektoraffinität beeinflusst:** Bei einigen Themen hat die Organisationsmitgliedschaft der Ratsmitglieder bzw. die Ausübung von Ehrenämtern einen positiven Einfluß auf die Repräsentation der Sektoreliten.
- **Die politische Responsivität gegenüber den Eliten wird von der Parteizugehörigkeit beeinflusst:** Die Grünen-Räte weisen die niedrigste Einstellungsdistanz zu ihren Anhängern in der Stuttgarter Elite auf. Ebenfalls gut ist die Repräsentationsleistung der CDU-, SPD- und FWV-Räte gegenüber ihrer Parteiklientel, weniger gut die der FDP-, REP-Räte und dem einzelnen ÖDP-Rat.
- **Es gibt Elitesektoren, die deutlich besser als die Bürger repräsentiert werden, aber auch Sektoren, die schlechter vertreten werden:** Die Themenrangordnungen zeigen, daß die Sektoren Soziales, Kultur, Kirche und Umwelt schlechter als die Bürger repräsentiert werden, relativ gut geben die Räte die Wünsche der Bereiche Wirtschaft, Gewerkschaft, Sport, Bildung und Medien wider.
- **Die politische Responsivität variiert je nach Politikfeld:** Für die einzelnen Themen zeigt sich, daß jeweils die Präferenzen anderer Akteure vertreten werden, bei den meisten Politikfeldern sind die Ratsmitglieder jedoch konsensorientiert.
- **Die politische Responsivität wird von verschiedenen Bestimmungsfaktoren beeinflusst:** Neben der Parteizugehörigkeit und der Organisationsmitgliedschaft zeigt sich für einige Politikbereiche, daß individuelle (Ideologie, Werte, Alter) und kontextuelle Merkmale (Stuttgarter Wirtschaftslage, Lebensqualität) die politische Responsivität der Ratsmitglieder beeinflussen.

Schließlich wurde untersucht, ob sich die positiven Ergebnisse für die Einstellungskongruenzen auch in den Politikergebnissen wiederfinden. Nach der Einstellungsanalyse könnte das kommunalpolitische System der Stadt Stuttgart als etabliert-demokratisch bezeichnet werden, da die Einstellungen der Entscheidungsträger je nach Thema die Präferenzen verschiedener Akteure widerspiegeln. Doch kann der Policy Output anders aussehen; deshalb wurden die Haushaltsausgaben für 16 Politikfelder mit den Präferenzen aller kommunalen Akteure verglichen. Die Frage war nun, ob sich die relativ hohen Einstellungskongruenzen und v.a. die eigene Aussagen der Ratsmitglieder, neben der Orientierung ihrer Parteilinie seien die Bürgerpräferenzen ausschlaggebend für ihre Entscheidungen, auch im Policy Output niederschlagen. Ziel war die Überprüfung verschiedener Repräsentationsmodelle, die den Policy Output mit Einstellungspräferenzen in Bezug setzen (vgl. SCHUMAKER 1991):

- **Im Haushalt 1999 werden die Bürgerpräferenzen der im Jahr 1997 fünf wichtigsten Themenbereiche realisiert:** Mit etwas Zeitverzögerung werden die Ausgaben für die Bereiche Jugendpolitik, Schulbau, öffentliche Sicherheit, Wissenschaft/Forschung und ÖPNV erhöht.
- **Die Kongruenz zwischen Ausgabenpräferenzen und Policy Output fällt für alle kommunalen Akteure positiv aus:** über alle 16 Themen hinweg liegt eher ein konsensorientiertes Repräsentationsmodell vor, d.h. kein Akteur muß sich vernachlässigt fühlen.
- **Das Repräsentationsmodell variiert je nach Politikfeld:** Ebenso wie in der SCHUMAKER-Studie ändert sich die politische Responsivität je nach Thema. Bei den Politiken ÖPNV und Abfall-/Abwasserbeseitigung ist keine Übereinstimmung zwischen Einstellungen und Policy Output vorhanden, deshalb wird hier eine externe Dominanz anderer Akteure vermutet. Bei sechs Politiken zeigt sich das Konsensmodell, bei drei setzt sich die Überzeugungskraft der Eliten bzw. der Verwaltung durch, bei zwei Themen dominieren Minderheiten und bei weiteren zwei Themen verhalten sich die Räte als Instructed Delegate und vertreten in erster Linie die Bürgerinteressen.

Tabelle 76: Hypothesen zur Untersuchung politischer Responsivität auf der kommunalen Ebene

Elitenpräferenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Einstellungskongruenz ist stets größer zwischen Elite und Journalisten als zwischen Arbeitern und Journalisten, dies gilt für lokale Themen noch mehr als für nationale Themen (NOELLE-NEUMANN/KEPPLINGER 1978)</li> <li>➤ Die Ratsmitglieder weisen eher Einstellungskongruenzen mit anderen Elitenmitgliedern auf als mit den Bürgern. Deshalb ist ein höheres Ausmaß an horizontaler Repräsentation zu erwarten als an vertikaler Repräsentation (HOFFMANN-LANGE 1986)</li> </ul>	○ +
Verwaltungspräferenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Durch die enge Kopplung von Gemeinderat und Verwaltung sind deren Einstellungen am ähnlichsten (ARZBERGER 1980)</li> </ul>	++
Gemeinderatspräferenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ratsmitglieder, die einer Volkspartei angehören, sind responsiver als Ratsmitglieder anderer Parteien (GABRIEL u.a. 1993)</li> <li>➤ Ratsmitglieder, die einer Minderheitsfraktion angehören sind responsiver als Ratsmitglieder, die einer Mehrheitsfraktion angehören (GABRIEL u.a. 1993)</li> <li>➤ Ratsmitglieder, die einer Mehrheitsfraktion angehören sind responsiver als Ratsmitglieder, die einer Minderheitsfraktion angehören (GABRIEL u.a. 1993)</li> <li>➤ Ratsmitglieder mit Non-Kon-Dispositionen sind responsiver als Ratsmitglieder mit Kon-Dispositionen (GABRIEL u.a. 1993)</li> <li>➤ Jüngere Ratsmitglieder sind responsiver als ältere Ratsmitglieder (POWELL 1985)</li> <li>➤ Ratsmitglieder mit einer kurzen Amtsdauer sind responsiver als Ratsmitglieder mit einer langen Amtsdauer (POWELL 1985)</li> <li>➤ Ältere Ratsmitglieder sind responsiver als jüngere Ratsmitglieder (KINGDON 1973)</li> <li>➤ Ratsmitglieder mit einer längeren Amtsdauer sind responsiver als Ratsmitglieder mit einer kurzen Amtsdauer (KINGDON 1973)</li> <li>➤ Ratsmitglieder mit rechter oder linker Orientierung sind weniger responsiv als Räte, die sich der ideologischen Mitte zuordnen (GABRIEL u.a. 1993)</li> <li>➤ Räte mit Non-Kon- und Kon-Dispositionen, sind responsiver als Räte mit Non-Kon- oder Kon-Dispositionen (GABRIEL u.a. 1993)</li> <li>➤ CDU-Räte sind über-, die Grünen-Räte unterdurchschnittlich responsiv, die SPD-Räte nehmen eine Zwischenposition ein (GABRIEL u.a. 1992)</li> <li>➤ Die Ratsmitglieder haben ein bestimmtes soziodemographisches Profil, weshalb sie auch nur bestimmte Interessen repräsentieren (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Ratsmitglieder mit einer eher geringen Parteibindung sind responsiver als Ratsmitglieder mit einer hohen Parteibindung (GABRIEL u.a. 1993)</li> <li>➤ Responsivität hängt von der Zusammensetzung im formalen Entscheidungsgremium und den Einstellungen gegenüber demokratischen Idealen ab (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Gemeinderäte, die sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die Massenorganisationen vertreten sind responsiver als Gremien, deren Mitglieder Eliten- bzw. Wirtschaftsinteressen vertreten (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Die Ratsmitglieder halten ihr eigenes Urteil für effektiver und problemlösungskompetenter als die Bürgerpräferenzen (SCHUMAKER 1991)</li> </ul>	+
Parteipräferenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Stadtverordnete repräsentiert nicht seinen Wahlbezirk, nicht seine soziale Gruppe, sondern seine Partei (NABMACHER 1973)</li> <li>➤ Die Parteifraktionen können über die Wahlbeamten die Vorbereitungsphase im politischen Prozess beeinflussen (DERLIEN 1976)</li> </ul>	+
Wirtschaftspräferenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Ratsmitglieder stimmen bei lokalen Wirtschaftsthemen mit den anderen Elitenmitgliedern und den Bürgern überein (DYE 1986)</li> <li>➤ Die lokale Entscheidungselite repräsentiert in erster Linie die Wirtschaftsinteressen (HUNTER 1953)</li> </ul>	+

Gruppenpräferenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Bevölkerungspräferenzen unterscheiden sich von den Präferenzen der Vertreter von Interessengruppen (SCHUMAKER u.a. 1983)</li> <li>➤ Die Ratsmitglieder sind je nach politischem Aufgabebereich unterschiedlichen Gruppen gegenüber responsiv (DAHL 1961)</li> <li>➤ Der Gemeinderat repräsentiert eher einige wenige Interessen als die Interessen der Gesamtgemeinde (HUNTER 1953)</li> <li>➤ Verbandsführung und Mitgliedschaft weisen eine weitreichende Interessenkongruenz auf (KROPP 1997)</li> <li>➤ Durch steten Einfluß der Interessengruppen auf die Politikformulierung werden Entscheidungen mit Rücksicht auf die Bürger getroffen (KROPP 1997)</li> <li>➤ Falls die Gruppen Themen vertreten, die unpopulär sind, haben sie nur geringe Chancen in der Interessendurchsetzung (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Sind viele Minoritäten engagiert und organisiert, führt eine hohe Aktivität der Interessengruppen zu gleichberechtigter Responsivität, sind eher besser gebildete Bürger aktiv, dann liegt ein Bias in der Repräsentation von Gruppenpräferenzen vor (SCHUMAKER/GETTER 1977)</li> <li>➤ Je aktiver die Interessengruppen in der Gemeinde, desto größer die politische Responsivität (ZISK 1973)</li> </ul>	<p>++ ++ - ○ ○ ○ ○ ○ ○</p>
Wählerpräferenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das Rollenverständnis der gewählten Abgeordneten variiert mit ihrer Parteizugehörigkeit (HERZOG 1990)</li> <li>➤ Hohe Wahlbeteiligung führt eher zur Repräsentation aller Gruppen als niedrige Wahlbeteiligung (VERBA/NIE 1972)</li> <li>➤ Die Entscheidungen der lokalen Führungskräfte sind z.T. von den wahrgenommenen Wählerpräferenzen bestimmt (DAHL 1961)</li> <li>➤ Aufgrund des Wahlrechts haben die Bürger großen indirekten Einfluß auf Entscheidungen der lokalen Führungskräfte (DAHL 1961)</li> </ul>	<p>○ ○ ○ ○</p>
Allgemeinwohl/Bürger	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Policy-Output repräsentiert nicht die Policy-Präferenzen aller Bürger gleichermaßen, die Präferenzen der Mittel- und Oberschicht werden eher repräsentiert als die Präferenzen der Unterschicht. (SCHUMAKER u.a. 1983).</li> <li>➤ Die Ratsmitglieder stimmen weitgehend mit anderen Elitenmitgliedern sowie den Bürger überein (DAHL 1972)</li> <li>➤ Wegen der Dominanz der Wirtschaft ist die Lokalregierung weniger responsiv gegenüber sozioökonomisch benachteiligten Gruppen (STOKER 1995)</li> <li>➤ Die Ratsmitglieder verhalten sich den Bürgern gegenüber am wenigsten responsiv (HOFFMANN-LANGE 1992)</li> <li>➤ Ratsmitglieder sehen die Präferenzen einflußreicher Akteure als wichtiger an als die Bürgerpräferenzen (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ In Kommunen mit häufig wechselnden Ratsmehrheiten finden häufiger eine konsensorientierte Konfliktlösung statt als in Kommunen mit über viele Jahre unveränderten Mehrheitsverhältnissen (KLEINFELD u.a. 1996)</li> <li>➤ Je bewußter und informierter die Bürger bestimmte Themen wahrnehmen, um so eher sind demokratische Ergebnisse zu erwarten (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ In manchen Fällen artikulieren die Bürger ihre Präferenzen erst, wenn bereits verbindliche Zusagen vorliegen (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Ratsmitglieder sehen sich oft als Vermittler zwischen verschiedenen Interessen denn als Anwalt breiter Bevölkerungspräferenzen (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Ratsmitglieder sehen oft nicht, daß nicht nur direkt Betroffenen eine Sachfrage unterstützen, sondern auch viele Bürger (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Die Ratsmitglieder nehmen die Bürgerpräferenzen falsch wahr, wenn die Mehrheit der Aktivisten eine bestimmte Einstellung vertritt, kann dies mit den tatsächlichen Bürgerpräferenzen verwechselt werden (SCHUMAKER 1991)</li> <li>➤ Wenn sich die Ratsmitglieder nicht zuständig fühlen, berücksichtigen sie auch nicht die Bürgerpräferenzen, sondern geben die Verantwortung an die anderen politischen Ebenen ab (SCHUMAKER 1991)</li> </ul>	<p>+ + - - - ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○</p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Bei wichtigen Themen verzögert die Beteiligung uninformierter Bürger den Entscheidungsprozess (PETERSON 1981)</li> <li>➤ Je stärker der politische Wettbewerb, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß zugunsten der Wähler entschieden wird (DAHL 1961)</li> <li>➤ Konsens ist in kleinen Gemeinden mit einer einzigen Industriean siedlung und kreisfreien Städten, die nicht Teil einer großen metropolitan area sind, wahrscheinlicher (MILLER/FARM 1960)</li> </ul>	○ ○ ○
Sektorpräferenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Wachsende Spezialisierung von Elitenrollen führt zu ähnlichen Einstellungen der Mitglieder eines Funktionsbereiches (SEARING 1970)</li> </ul>	○
Sachfrage	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Das Ausmaß politischer Repräsentation variiert über verschiedene Politikbereiche (DAHL 1961)</li> <li>➤ In stark publikumsbezogenen Politikbereichen (Sozial-/Schulpolitik) ist mehr Responsivität gegeben als in Bereichen, die eher binnenadministrative Schwerpunkte oder ein kleines Publikum haben (Bauleitplanung/Entsorgung) (SIMON 1988)</li> <li>➤ Bei Wirtschaftsthemen sind demokratische Entscheidungen schwieriger durchzusetzen, hier steht allein die Notwendigkeit ökonomischer Prosperität im Vordergrund (PETERSON 1981)</li> </ul>	++ + ○
Interessenhomogenität	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Je homogener eine Gemeinde, um so eher sind als Ergebnis politischer Prozesse Outputs zu erwarten, die alle Gemeindebürger interessieren; je heterogener sie ist, um so mehr haben ihre Leistungen gruppenspezifischen Charakter (FROMAN 1967)</li> <li>➤ Je heterogener die Gemeinde (Schichtzugehörigkeit), desto heterogener ist die Gruppenrepräsentation (SCHUMAKER/GETTER 1977)</li> </ul>	○ ○
Gemeindeordnung	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Gewählte Gremien sind responsiver als ernannte Gremien (LINEBERRY/FOWLER 1967)</li> <li>➤ Je nach Gemeindeordnung liegt eine andere kommunale Machtstruktur vor (LINEBERRY/FOWLER 1967)</li> </ul>	○ ○
Gemeindegröße	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Je größer die Gemeinde, desto dezentraler die kommunale Machtstruktur (AIKEN 1970)</li> </ul>	○
Gemeindeautonomie	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Je unabhängiger die Gemeinde von anderen politischen Ebenen Entscheidungen treffen kann, desto eher können die Bevölkerungspräferenzen berücksichtigt werden (CLARK 1974a)</li> </ul>	○
Machtstruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Es gibt zwei Arten von Machtstrukturen: Systeme, in denen die Wirtschaftselite dominiert und Systeme, in denen die Wirtschaftselite die Macht mit anderen Gruppen teilt (MUNGER 1961)</li> <li>➤ Das politisch-administrative System auf lokaler Ebene ist stark reglementiert und wenig zugänglich für andere Akteure (STROM 1996)</li> <li>➤ Je zentralisierter die Machtstruktur, desto effektiver die Policy-Entscheidungen, da weniger Aushandlungsprozesse notwendig sind und eine bessere Koordination des Ressourceneinsatzes erfolgen kann (CLARK 1968a)</li> <li>➤ Je dezentralisierter die Machtstruktur, desto effektiver die Policy-Entscheidungen, da schneller eine Expertenrunde gefunden werden kann, die sich mit dem Thema beschäftigt und darüber entscheidet (HAWLEY 1963)</li> <li>➤ Keine Kombination von Gruppen kann sich regelmäßig durchsetzen. Für jede Streitfrage entsteht eine befristete Koalition, die nach der Entscheidungsfindung wieder auseinanderfällt (DAHL 1961)</li> <li>➤ Obwohl viele Gruppen am Entscheidungsprozess beteiligt sind, entscheidet letztlich nur eine dieser Gruppen (nämlich die kohäsive Entscheidungselite, die vor allem Wirtschaftsinteressen vertritt), die anderen ordnen sich deren Präferenzen unter (HUNTER 1953)</li> </ul>	- ○ ○ ○ ○ ○ ○

++ starke Bestätigung, + schwache Bestätigung, - keine Bestätigung, ○ wurde nicht geprüft

Die Untersuchung politischer Repräsentation führt somit trotz unterschiedlicher Analyseperspektiven (Einstellungskongruenzen und Policy Output) zum selben Ergebnis: In der Stadt Stuttgart liegt überwiegend eine etabliert-demokratische Elitenkonstellation bzw. ein konsensorientiertes Repräsentationsmodell vor. Dies bedeutet nach der Definition von HOFFMANN-LANGE (1991) bzw. SCHUMAKER (1991), daß sowohl die Präferenzen der gesellschaftlichen Eliten wie auch die der Bürger von der politisch-administrativen Elite relativ gut repräsentiert werden; und zwar in den Einstellungen der politischen Entscheidungsträger wie auch im Policy Output. Zu diesem Ergebnis kam SCHUMAKER (1991) zwar auch in seiner Einzelfallstudie in Lawrence, dennoch scheint dies eher die Ausnahme zu sein. "Most recent academic studies of public attitudes [...] indicate differences between the political attitudes of elite groups and attitudes reflected in mass samples" (VERBA u.a. 1967:318). Auch in Stuttgart läßt sich bei einzelnen Politikfeldern eine Variation im Responsivitätsverhalten feststellen. Nicht mehr die Orientierung und Repräsentation aller kommunalen Akteure steht dann im Vordergrund, sondern die Präferenzen bestimmter Elitegruppen wie z.B. der Verwaltung oder der Wirtschaft. Es gibt aber auch Themen, bei denen Minderheiteninteressen zum Tragen kommen oder die Wünsche überlokaler Akteure. Hier bestätigt sich die empirische Anwendbarkeit der Repräsentationsmodelle von SCHUMAKER (1991). Er geht ebenso wie der Pluralist DAHL (1961) davon aus, daß politische Responsivität je nach politischer Sachfrage variiert und formuliert dafür elf Repräsentationsmodelle. Im Großen und Ganzen bestätigt jedoch die Outputanalyse die zuvor auf Basis der Einstellungskongruenzen gemachten Feststellung: Die Stuttgarter Verantwortlichen in Rat und Verwaltung sind sehr stark konsensorientiert. Einige Autoren würden dieses Ergebnis als Fortbestand des tief in der politischen Kultur der BRD verwurzelten Harmoniepostulates interpretieren. Im Unterschied zur nationalen Politik hat die Kommunalpolitik nach vorherrschender Auffassung v.a. mit der Regelung von Sachfragen zu tun, politische Gestaltungsaufgaben und ideologisch begründbare Richtungsentscheidungen treten dagegen in den Hintergrund (vgl. GABRIEL 1991b:381). Nach UELTZHÖFFER (1975:120) gelten "politische Konflikte [...] im Gemeinderat als unfein und GRAUHAN (1971:108) spricht vom "Gesetz der großen Koalition" in der Kommunalpolitik. Auch der von LEHMBRUCH (1969:139f) formulierte Begriff einer "Konkordanzdemokratie" definiert diesen Sachverhalt. Ob die lokale Ebene der BRD Konkordanz- oder Konkurrenzstrukturen aufweist, wird bis heute diskutiert. KÖSER/CASPERS-MERK (1989:113) stellen bsp. fest. "In Baden-Württemberg gibt es ein Nebeneinander zweier unterschiedlicher lokaler Strukturen und Kulturen: a) die numerische Mehrheit der kleinen Gemeinden mit ihrer (noch) sachorientierten Konkordanzdemokratie und b) die zahlenmäßige Minderheit der 20 großen Städte mit ihrer parteienstaatlichen Konkurrenzdemokratie". Nach LIJPHART (1984) gehört Deutschland zu denjenigen Staaten, in denen sich mehrheits- und verhandlungsdemokratische Formen der Konfliktregulierung miteinander vermischen. Dabei sei das nationale Parteiensystem vom Wettbewerbsprinzip bestimmt und die lokale Ebene auch heute noch von der konsensualen Konfliktregelung. "Dies ergibt sich einerseits aus dem traditionellen deutschen Selbstverwaltungsverständnis, andererseits aus dem vergleichsweise langen Fortbestand lokaler Milieuparteien" (GABRIEL 1991b:375, vgl. auch ENGEL 1987/1988). Im Interesse einer Begrenzung lokalpolitischer Konflikte verständigten sich die politischen Akteure häufig auf die Bildung großer Koalitionen, die Anwendung des Proportionalprinzips bei der Vergabe von Führungspositionen, den Kompromiß statt des Mehrheitsentscheides und die Entpolitisierung lokaler Streitfragen. Diese Muster können für die Stuttgarter Kommunalpolitik bestätigt werden. Auch die von GABRIEL (1991b:375) formulierte Aussage, daß im lokalen Parteiensystem nach vorherrschender Auffassung konsensuale Prinzipien dominieren, trifft zu. Wird für die Messung konsensdemokratischer Strukturen der Anteil der freien Wählergruppen verwendet, so ist Stuttgart als Konsensdemokratie einzustufen. Wobei hier nicht auszuschließen ist, daß in einzelnen Fällen eine gewisse Parteiorientierung vorliegt, da z.T. Parteien, Parteienbündnisse oder -absplitterungen unter dem Etikett der Freien Wählergruppe auftreten, um vorhan-

dene antiparteiliche Stimmungen für sich zu nutzen (vgl. KAACK 1972:137). Auch die Fraktionalisierung des Parteiensystems gilt als Indikator für konsens- bzw. mehrheitsdemokratische Strukturen. "An der Zahl der lokalen Parteien läßt sich insoweit ablesen, wie stark das lokale politische System durch alte und neue Spannungslinien geprägt ist und in welchem Maße zwei große Parteien ausreichen, um die vorhandenen politischen Konflikte zu kanalisieren und auf diese Weise einen klar strukturierten Wettbewerb um die politische Führung einer Gemeinde zu ermöglichen" (GABRIEL 1991b:381). Da in der Legislaturperiode von 1994 bis 1999 sechs Parteigruppierungen und die freien Wähler im Gemeinderat saßen, sind eher konsensdemokratische Strukturen wahrscheinlich.

Die vorliegende Studie hat aber neben dem Konsensmodell noch andere Repräsentationsmodelle in Stuttgart ergeben, deshalb stimmt diese Einschätzung m.E. nur teilweise. Zudem gibt es durchaus politische Konflikte: das Milliardenprojekt Stuttgart 21, die Fildermesse, die Erweiterung des Flughafens, der Turmbau auf dem Pragsattel, die Umgestaltung des Boscareals, die neue städtische Galerie auf dem kleinen Schloßplatz mit benachbartem Einkaufszentrum und der Umbau der Königsstraße stoßen nicht bei allen Parteigruppierungen auf positive Resonanz (vgl. HOHNECKER 2001). Auch ist in Großstädten eher unwahrscheinlich, daß die vielfältigen Aufgaben unter Berücksichtigung aller Interessen gelöst werden. "Konsensdemokratische Führungs- und Entscheidungsstrukturen treten in Städten mit hoher Dienstleistungszentralität und Bevölkerungskonzentration seltener auf als in den übrigen Gemeinden" (GABRIEL 1991b:395). Deshalb ist für die Einschätzung, inwieweit in Stuttgart konkordanz- oder konkurrenzorientierte Strukturen vorliegen, die Aussage von GABRIEL (1991b:396) als realistisch einzustufen: "In der politischen Praxis scheinen sich traditionelle konkordanzdemokratische mit parteienstaatlich-konkurrenzdemokratischen Prinzipien zu verbinden, wie es im übrigen auch für die nationale Politik der BRD charakteristisch ist".

Das Harmonieprinzip erklärt nach UELTZHÖFFER (1975:121) auch, warum in kleinen Gemeinden der Entscheidungsprozeß nicht demokratischer ist als in den "anonymen Großstädten". Konfliktfeindliche Entscheidungsstrukturen, wie sie deutsche Gemeindeordnungen sogar fordern, seien Selektionsleistungen sui generis; sie schaffen und stabilisieren Macht und schirmen die Mächtigen gegen Kritik und Massenpartizipation ab. Dies würde wiederum erklären, weshalb dem Oberbürgermeister, dem Gemeinderat und der Verwaltung in Stuttgart großer Einfluß in der Kommunalpolitik zugewiesen wird, den Bürgern trotz vielfältiger Beteiligungsmöglichkeiten hingegen nicht. Die Zentralisierung der kommunalen Machtstruktur bei den formal Verantwortlichen aus Rat, Parteien und Verwaltung ist m.E. jedoch eher ein Hinweis auf den sogenannten Vorentscheiderkreis, dessen Existenz heute weitgehend unbestritten ist. So führt SIMON (1988:13) an, daß "[...] die pauschale These von der Ohnmacht des Rates gegenüber der Verwaltung zurückgewiesen werden muß". Dies gelte auch für die süddeutsche Ratsverfassung in Baden-Württemberg mit ihrer starken Position des (Ober-) Bürgermeisters. "[...] die Entscheidungsmacht liegt also bei den Vorentscheidern, d.h. im wesentlichen bei Fraktions- und Verwaltungsführung".

Die Vorstellung eines konsensbestimmten Entscheidungszirkels weicht sowohl von den Thesen einer einseitigen Funktionalisierung der Politik durch die Wirtschaft (Elitisten wie HUNTER 1953, MILLS 1956) ab sowie von dem Modell der Ruling Class (vgl. MOSCA 1939), das von einer "herrschenden Klasse" ausgeht, die über ein politisches Machtmonopol verfügt. Das hier zugrundegelegte Eliteparadigma unterscheidet sich auch von der Gegenüberstellung Elite - Gegenelite (vgl. BOTTOMORE 1964), die der Elite die hohen Statusgruppen aus Wirtschaft, Politik und öffentlichem Dienst zuordnet, und den Gegeneliten Niedrig-Status-Merkmale wie die Zugehörigkeit zur Unterschicht, zu radikalen Parteien, Protest- und Reformgruppen sowie den Gewerkschaften zuweist. Das hier zugrundegelegte Elitenparadigma bezieht sich auf eine pluralistische Machtverteilung. Nach DAHL (1972:87) begünstigt diese "einen politischen Prozeß, der stärker auf das Aushandeln als auf Hierarchie angewiesen ist; der Konflikte mehr durch Verhandlungen und Kompromisse als durch unilaterale Entschei-

dungen löst; der Reformen mehr durch gegenseitige Angleichung und schrittweises Aneinanderfügen ausgereifter Veränderungen bewerkstelligt als mittels durchgreifender Programme für eine koordinierte, allumfassende Neuordnung. Dieses System gewährt seinen führenden Persönlichkeiten kaum Macht ohne Gegenmacht und hinterläßt kaum machtlose Bürgergruppen. In diesem System liegt insofern die Betonung nicht so sehr auf Macht als vielmehr auf Konsensus". Die politisch-administrativen Eliten sind das Zentrum dieser Aushandlungsprozesse, da sie sich durch das Kriterium der formalen und/oder der faktischen Entscheidungsmacht unterscheiden. Je nach Gemeindeordnung, politischer Kultur und Parteienkonstellation kann die lokale Machtstruktur von einem relativ hohen Konsensus über eine zunehmende Konkurrenzorientierung bis hin zur Fragmentierung reichen (vgl. SIMON 1988).

In der elitistischen Interpretationsperspektive würde den regelmäßig durchgeführten Bürgerumfragen und auch den neuen Beteiligungsformen im Rahmen der lokalen Agenda 21-Prozesse lediglich Alibifunktion zugeschrieben. Ein sehr kostspieliges und zeitaufwendiges Alibi v.a. im Hinblick auf die Bürgerbefragungen. Deshalb zeigt sich m.E. bei der politisch-administrativen Elite durchaus der Wille, mehr über die Bürgerwünsche zu erfahren. "[...] No task is more difficult for most members of local governing bodies than understanding what citizens are thinking about and how they are feeling. Few have access to political aids like randomly sampled public opinion polls or focus groups" (NALBANDIAN 1994:532). Auch die zu Beginn des Jahres 2001 neu gegründete Bürgerstiftung, die von der Stadt Stuttgart mit einer Million Mark gefördert wird, ist ein Weg zu größerer Bürgernähe. Sie soll bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Soziales, Bildung, Völkerverständigung, Kultur, Wissenschaft, Umweltschutz und Sport fördern (vgl. BORGMANN 2001:21). Die Stuttgarter Medienelite honoriert diese Art der Informationsbeschaffung und wertet sie ebenso als Indiz für mehr Bürgernähe. "Früher verstand sich die Stadtverwaltung als ein Teil der Obrigkeit. Niemand im Rathaus wäre etwa in den fünfziger oder sechziger Jahren auf die Idee gekommen, die Bürgerschaft nach ihrer Meinung zu fragen [...]" (BORGMANN 2001:23). Dieses Vorgehen bestätigt die Aussagen der Ratsmitglieder der Legislaturperiode zuvor, nämlich, daß sie sich bei ihren Entscheidungen im Stadtrat v.a. an den Interessen der gesamten Stadt orientieren (vgl. WALTER 1997a). Somit ist der von HERZOG (1993b:51) formulierten Gefahr, daß die politisch-administrative Elite Partikularinteressen vertreten, weitgehend vorgebeugt. "Denn die 'Responsivität' der Repräsentanten gegenüber den Wünschen der Repräsentierten hat ein Janusgesicht: Sie ist unabdingbar für die Legitimation politischer Entscheidungsbefugnisse, und sie kann zugleich im Klientelismus ersticken, wenn lautstarke Partikularinteressen, sei es in der eigenen Partei, sei es in der Wählerschaft, von 'ihren' Abgeordneten Kompromißlosigkeit verlangen." Die Stuttgarter Abgeordneten versuchen einen Kompromiß und geben selbst an, v.a. ihre eigene Partei und die Bürger im Rat vertreten zu wollen.

Wie die Entscheidungsabläufe tatsächlich aussehen, kann leider nicht beantwortet werden. Die außergewöhnliche hohe Kongruenz zwischen Eliten- und Bürgereinstellungen und die sich im Haushalt widerspiegelnde politische Responsivität kann Mehreres beinhalten. Zum einen können die Bürger tatsächlich an den Entscheidungen teilgenommen und ihre Interessen artikuliert und durchgesetzt haben. Möglich ist auch, daß die Bürger nicht direkt an Entscheidungen teilnehmen, die Politiker aber ihre Präferenzen antizipieren und zu ihrem Wohl entscheiden (siehe die These der "anticipated response" von FRIEDRICH 1950). Denkbar ist auch die dritte Variante, daß die Politiker in einer Entscheidung zufällig die Bevölkerungspräferenzen umsetzen, die Ursache für diese Entscheidung jedoch in Sachzwängen oder anderen Bereichen liegt. Ob nun direkter, indirekter oder überhaupt kein Bürgereinfluß vorliegt, ist nach SCHUMAKER u.a. (1983:17) letztlich nicht ausschlaggebend, sondern, ob sich die Bürgerprioritäten im Policy Output widerspiegeln. "In order to be recipients of responsive policies, persons need not participate in the policy process nor must their preferences cause policy outcomes. All that matters is that the adopted policy is consistent with their preferences".

Dies ist nach meiner Analyse der Fall, allerdings können aufgrund des statischen Designs keine Aussagen über die Einflußprozesse gemacht werden. Wer war zuerst für Ausgaben-erhöhungen bzw. -kürzungen in den einzelnen Politikbereichen und wessen Präferenzen haben sich dann durchgesetzt? Zum einen können - wie im klassischen Responsivitäts-verständnis formuliert - die Bevölkerungseinstellungen die Politikereinstellungen beeinflussen, zum anderen ist aber auch denkbar, daß sich die Bevölkerung von den Orientierungen der Abgeordneten oder der Medienberichterstattung beeinflussen läßt, die Eliten somit als Meinungsbildner fungieren (vgl. WILDENMANN 1975, PUTNAM 1976, CARMINES/STIMSON 1986, SARTORI 1987, HOFFMANN-LANGE 1992). Die Annahmen über die Rolle von Eliten und Wählern im Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung sind sehr heterogen. Das Spektrum reicht von keinerlei Einflußmöglichkeiten seitens der Bürger wie z.B. im Kaskaden-Modell von DEUTSCH<sup>260</sup> (1968:101ff) bis hin zu starker Berücksichtigung des Wählerwillens. Zudem können sich die jeweiligen Einstellungen im Zeitverlauf verändern, so daß eventuell eine Annäherung oder eine größere Diskrepanz entsteht. Ein statisches Untersuchungsdesign kann weder die Einflußrichtung noch den Einstellungswandel erfassen, was dazu führt, daß einige Forscher Einstellungskongruenzen als Maßstab für Responsivität für ungeeignet halten "Under no condition must policy congruence of any kind be taken as a direct or even surrogate indicator of responsiveness in the interest of the represented [...] Policy congruence, then, as Miller and Stokes [...] recognized but as their descendants have failed to do, is only 'a starting point for a wide range of analyses' and not an end point (EULAU/KARPS 1978:215, vgl. auch HOFFMANN-LANGE 1992:242ff, BOLL 1997:610, DALTON 1985:275ff, PAGE u.a. 1984:754). Tatsache ist, daß die Bürger und die Eliten bei wichtigen Themen weitgehend übereinstimmen und deshalb den politischen Entscheidungsträgern ein responsives Verhalten nicht schwer fällt. Wie würde die politische Responsivität ausfallen, wenn keine Übereinstimmung gegeben wäre? Die Analyse der einzelnen Politikfelder zeigt, daß die Räte z.B. bei der Sozialpolitik die Wünsche der Bürger ignorieren und ebenso wie die anderen Eliten starke Kürzungen befürworten und auch im Haushalt 1999 umsetzen. Plausibel ist, daß sich die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung gerade deshalb über die Bürgerpräferenzen informieren, um bei den wichtigsten Themen Responsivität zu zeigen. Da für die Stuttgarter Sozialhilfe sowie so das meiste Geld im Haushalt vorgesehen ist, ist eine Ausgabenkürzung in diesem Bereich, mit der Argumentation, daß in anderen Bereichen wie z.B. Öffentliche Sicherheit oder Drogenbekämpfung Ausgaben-erhöhungen notwendig sind, zu vertreten. Möglich ist auch, daß sich die Bürger nach den Elitenpräferenzen bzw. der Medienberichterstattung orientieren und keine eigene Einstellungen ausbilden. Dann würde keine Responsivität vorliegen, sondern die Bürger würden sich entsprechend nach den Elitepräferenzen richten. Dagegen spricht, daß sowohl aktive wie auch passive Bürger durchaus Interesse an der Kommunalpolitik bekunden und die Aktiven z.T. auch außerhalb von Wahlen partizipieren.

### 3.2. FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN

Das übergeordnete Ziel der vorliegenden Studie lag in der Erarbeitung und Anwendung eines realitätsgerechten Designs für die Untersuchung politischer Responsivität. Der große Vorteil der querschnittlichen Einzelfallanalyse besteht darin, daß alle am kommunalen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß beteiligten Akteure in einem überschaubaren Zeitraum identifiziert und befragt werden konnten. Zudem war möglich, die Einstellungen der Akteure mit dem tatsächlichen Policy Output in Bezug zu setzen. Somit enthält das neue Forschungs-

---

<sup>260</sup> Für DEUTSCH verläuft die Hauptrichtung der politischen Meinungsbildung von oben nach unten über mehrere, nach unten hin zunehmend breitere Ebenen, von den Top-Eliten über die mittleren Eliten und politischen Aktivisten bis zu den einfachen Wählern. Feedback-Schleifen von unten nach oben spielen in diesem Modell kaum eine Rolle (vgl. auch PUTNAM 1976:138ff, SARTORI 1987:92ff).



design alle Komponenten, die m.E. nach für die Analyse politischer Responsivität relevant sind. Zunächst wird Repräsentation auf der Einstellungsebene untersucht, um die Ergebnisse anschließend mit den realen Politikergebnissen zu vergleichen. Die doppelte Analysestrategie ist eine sinnvolle Lösung für die Frage, ob in europäischen Systemen die Einstellungen oder das Verhalten der beteiligten Akteure betrachtet werden sollten. Sie reduziert auch den Nachteil, daß von Einstellungen nur bedingt auf politisches Verhalten geschlossen werden kann. "Kongruenzen und Diskongruenzen in generellen politischen Orientierungen sagen also vermutlich nur wenig über letztlich gelungene responsive Problemlösung bzw. Entscheidungen aus" (WEBELS 1993:104). Und eröffnet für das statische Einstellungsdesign die Chance, Veränderungen festzustellen. "Das Konzept der Einstellungskongruenzen weist Schwächen diesbezüglich auf, daß die Einstellungen zu bestimmten Zeitpunkten gemessen werden, also statische Befunde liefern, während der Prozeß der Meinungs- und Willensbildung über längere Zeit stattfindet und somit eher dynamischen Charakter hat" (HOFFMANN-LANGE 1991:288).

Das erweiterte Repräsentationsmodell unter Einbeziehung aller kommunalen Akteure hat sich in der Exploration bewährt. So bestätigt sich z.B. das Vorgehen, die politisch-administrative Eliten als abhängige Variable zu definieren, dennoch aber Rats- und Verwaltungsmitglieder getrennt zu analysieren. "Even though they speak the same words, politicians and professional staff often talk a different language because their perspectives are different" (NALBANDIAN 1994:532, vgl. auch NISKANEN 1971). Zwar wird allgemein angenommen, daß aufgrund der häufigen, gegenseitigen Abstimmung über politische Angelegenheiten relativ hohe Einstellungskongruenzen zwischen Politik und Verwaltung vorliegen. "[...] Die Führungskräfte der Fraktionen (werden) durch intensive Kommunikation mit der Verwaltungsspitze so auf die Verwaltungsmeinung eingeschworen, daß sie bereit sind, in der Regel deren Sichtweise zu akzeptieren, zumal deren Informationsstand meist besser ist" (NABMACHER 1989:193). Dennoch ist es eine spannende Frage, welche Einstellungen die beteiligten Akteure haben. Vorhandene Unterschiede werden eventuell im Policy Output verdeckt, so daß nur die Einstellungsanalyse weiterhilft. Trotz hoher Einstellungskongruenzen zwischen Rat und Verwaltung gibt es Stuttgart einzelne Politikbereiche, in denen Räte und Verwaltungsmitglieder weniger übereinstimmen, zudem sind parteipolitische Unterschiede in der Vertretung von Verwaltungsinteressen festzustellen. Mit diesem Design ist zudem die Untersuchung möglich, ob sich eher die Einstellungen der Räte oder die der Verwaltung im Policy Output widerspiegeln. Auch macht es Sinn, die Interessenorganisationen von den Bürgern analytisch zu trennen und als Akteure des intermediären Systems wie Mitglieder der gesellschaftlichen Elite zu behandeln. Die empirischen Ergebnisse zeigen, daß die Vertreter von Bürgergruppen in ihren Einstellungen oft näher an der politisch-administrativen Elite sind als an der Bevölkerung. Nach ADRIAN/PRESS (1977:76) ist dies strukturbedingt. "[...] They are organized primarily by, and for the benefit of middle-class and upper-working-class persons. Such organizations further weakens the already nearly powerless position of those who lack the skills, knowledge, or incentive to form interest groups of their own, primarily the poor".

So hilfreich und plausibel die Ergebnisse der Stuttgarter Studie für die Repräsentationsforschung sein mögen, sie ist und bleibt eine Exploration. D.h. die Ergebnisse können nicht verallgemeinert werden, da die Daten nur in einem bestimmten Kontext und zu einer bestimmten Zeit erhoben wurden. Abgesehen von den allgemeinen Problemen der Umfrageforschung "ob jemand sagt, was er meint, und meint, was er sagt" (CROON/UTERMANN 1958:5), wirft eine Elitenbefragung generell große Validitätsprobleme auf. Hier ist in besonderem Maße zu vermuten, daß die Darstellung von Entscheidungsprozessen und Einflußnahmen institutionell und/oder politisch vorgeprägt ist (vgl. JAEDICKE u.a. 1991:168). Allerdings wird davon ausgegangen, daß das Untersuchungssample mit 19 Elitesektoren unterschiedliche Interessen und Standpunkte repräsentiert, die eine gegenseitige Kontrolle der Äußerungen erlauben. Dennoch wäre eine Kombination aus Positions- und Entscheidungstechnik valider, da die

Aussagen der Positionseliten mit den realen Entscheidungsvorgängen verglichen werden könnten. Dieses Vorgehen würde jedoch eine erhebliche Themenreduzierung verlangen.

Spannend ist v.a. die Frage, welche Ergebnisse das neue Responsivitätsmodell in anderen Gemeinden bzw. in anderen Ländern liefert. Vergleichende Längsschnittanalysen sollten deshalb die Orientierung für künftige Responsivitätsforscher sein. Auch wenn für das Jahr 1997 in Stuttgart eine eher hohe politische Responsivität gegenüber den gesellschaftlichen Eliten und den Bürgern festgestellt wurde, kann dieses Ergebnis in der nächsten Legislaturperiode oder in einer anderen Stadt ganz anders aussehen. Annahmen gibt es diesbezüglich aus der amerikanischen Forschung genügend, die europäischen Forscher müssen also in erster Linie die aufwendigen Untersuchungsdesigns realisieren. "Comparative government is a fascinating but treacherous field [...] major political, cultural, social, economic, legal, historical, and geographical differences need to be recognized. Furthermore, when the focus is local government, variation within each country is extensive, particularly within the United States" (HAMBLETON 1989:360). So schlagen z.B. GETTER/SCHUMAKER (1978) vor, in den vergleichenden Responsivitätsstudien Kontextvariablen wie Gemeindeordnung, Gemeindegröße, sozioökonomisches Niveau oder Bevölkerungsstruktur (homogen, heterogen) zu untersuchen, oder auch politische Variablen (zentralisierte vs. pluralistische Machtstruktur, Parteienwettbewerb, Bürgerbeteiligung) bzw. die Medienberichterstattung zu berücksichtigen.

Die empfohlene Anwendung der Entscheidungstechnik soll v.a. auch im Hinblick auf die Partizipation seitens der Bevölkerung Informationen liefern. Wenn in einer Stadt eher geringe Bürgerbeteiligung gegeben ist und sich nur wenige Interessenorganisationen formieren, kann der politisch-administrativen Elite kaum mangelnde Responsivität vorgeworfen werden. "Eine wichtige Zielvorstellung bei der Demokratisierung politischer Entscheidungsstrukturen besteht darin, eine gleichmäßigere Wahrnehmung der Partizipationschancen zu motivieren, die sich aus der Verstreuung einflußeröffnender Ressourcen in der modernen Gesellschaft ergeben. Im Gegensatz zu etlichen Unterstellungen - v.a. der neo-marxistischen Gesellschaftskritik - liegt das Dilemma moderner Demokratien weniger in undurchbrechbaren Machtstrukturen als vielmehr in der geringen Nutzung bestehender Beteiligungschancen, wobei eine deutliche Benachteiligung der Unterschichtangehörigen aus den verschiedensten Gründen kaum zu bestreiten ist (vgl. GABRIEL/LABONTE 1976:208). Zwar bleibt immer noch die Möglichkeit, Bürgerumfragen durchzuführen, doch kann sich nicht jede Kommune eine regelmäßige, repräsentative Erhebung der Bevölkerungspräferenzen leisten.

In der amerikanischen Elitenforschung wurden gerne politische Reformen als Anlaß genommen, um neue Machtstudien durchzuführen. Auch in Europa hat sich auf der lokalen Ebene in den letzten beiden Jahrzehnten viel verändert. Von Interesse ist hier, welche Auswirkungen die neuen Steuerungsmodelle auf den Ablauf der politisch-administrativen Prozesse haben und welche Akteure von den neuen Strukturen profitieren. Nach KLEINFELD u.a. (1996:241) führen die neuen Steuerungsmodelle in den deutschen Kommunen zu einer grundsätzlichen Umgestaltung kommunaler Machtverhältnisse. Der geforderte Rückzug der Politik aus dem Tagesgeschehen bzw. auf die Beschränkung von Leitlinienentscheidungen begrenze den Einfluß der politischen Akteure und erhöhe gleichzeitig den Einfluß der Verwaltung. "Ein wie auch immer geartetes Kontraktmanagement bringt der Verwaltung ein wesentlich stärkeres Maß an Kompetenz bei der Ausgestaltung der gemeindlichen Aufgabenwahrnehmung [...]". Angenommen wird, daß die politischen Parteien durch die neuen Steuerungsmodelle zwar an Einfluß in den Gemeinderäten oder den Bezirksvertretungen verlieren, sie aber durch die zunehmende Politisierung der kommunalen Spitzenbeamten weiterhin politischen Einfluß ausüben können. Allerdings gelte dies nur für große Parteien mit klaren Mehrheiten; kleine oppositionelle Parteien oder die freien Wählervereinigungen werden nach KLEINFELD u.a. eher unter der Strukturreform zu leiden haben. Das Modell "Konzern Stadt" hat auch Auswirkungen auf die organisierten Interessen in einer Gemeinde. War ihr bisherigen Ansprechpartner stets die Gemeindevertretung und die Verwaltung, müssen sie nun ihre Interessen verstärkt an

die Verwaltungsmitglieder adressieren. Da der Gemeinderat und seine Ausschüsse nur noch für Grundsatzentscheidungen zuständig sind, können Einzelinteressen kaum noch berücksichtigt werden. Deshalb stellt sich in den neuen Gemeindestudien die Frage, von wem sich die Bevölkerung eigentlich vertreten fühlt, vom Kommunalparlament, der Verwaltung, den politischen Parteien oder anderen Interessengruppen? (vgl. HERZOG 1990:53f). Auf Basis des hier vorgestellten Responsivitätsmodells könnten in künftigen Studien zudem untersucht werden, ob die Führungsstrukturen tatsächlich pragmatischer und weniger machtorientiert geworden sind. "Macht, also die Fähigkeit, Ziele auch gegen Widerstand durchzusetzen, muß ersetzt werden durch Führerschaft (Vorbild) mit Überzeugungskraft und Moderationsgeschick" (NABMACHER/NABMACHER 1999:329).

Schließlich stellt eine wichtige Forschungsperspektive die Untersuchung der Konsequenzen von politischer Responsivität dar. Welche Auswirkungen hat eine große bzw. mangelnde Berücksichtigung der Bevölkerungswünsche? Allgemein wird in der Repräsentationsforschung argumentiert, daß politische Responsivität für das Vertrauen in die demokratische Institutionen und damit die Systemstabilität notwendig sei. Und auch in der Institutionenforschung wird die Annahme formuliert, daß das Institutionenvertrauen z.T. von der Repräsentationsleistung der Politiker abhängig sei (vgl. WEISSBERG 1976, MEZEY 1976). Lediglich BRETTSCHEIDER/WALTER (1996) haben bisher in Stuttgart untersucht, ob sich Einstellungskongruenzen zwischen Bürgern und Politikern auf das Vertrauen gegenüber kommunalen Institutionen auswirken. Hier zeigt sich eine leichte Bestätigung der Annahme, daß mangelnde Repräsentation zu geringerem Vertrauen gegenüber den Institutionen führt. Diese Untersuchung bezog sich allerdings nur auf politische Responsivität für Einstellungskongruenzen. Aussagekräftiger wäre ein Untersuchungsdesign, das nicht nur die Einstellungs- sondern auch die Verhaltensebene einbezieht bzw. ein Untersuchungsdesign, in dem direkt gefragt wird, ob die Bürger Diskrepanzen zwischen ihren eigenen Vorstellungen und denen der Elitenmitglieder wahrnehmen und dies mit möglichen Auswirkungen in Beziehung gesetzt wird.

In dieser kurzen Zusammenfassung konnten nur einige der vielen Fragen zum Verhältnis zwischen Ratsmitgliedern und anderen kommunalpolitischen Akteuren gestreift werden. Ihre Beantwortung ist nur möglich, wenn künftig weitere Bevölkerungs- und Elitenbefragungen in vielen Städten und Gemeinden durchgeführt werden. Da sich in der amerikanischen Forschung gezeigt hat, daß ein unkoordiniertes Vorgehen nur allgemeine Verwirrung und z.T. starre gegensätzliche Positionen zur Folge hat, wäre eine zentrale Koordinierungsstelle wie z.B. das Deutsche Institut für Urbanistik eine mögliche Lösung. Denkbar wäre auch eine Forschergruppe, die Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland und in vielen anderen Ländern koordiniert. Ein solches vergleichendes Projekt hat Terry N. CLARK Anfang der 80er Jahren in den USA gestartet, danach wurde es zusammen mit anderen Forschern auf die internationale Ebene ausgeweitet. Das Projekt "Fiscal Austerity and Urban Innovation" (FAUI) umfaßt heute 1400 amerikanische Gemeinden. Dabei werden mithilfe offizieller Statistiken für den Vergleich notwendige Gemeindemerkmale gesammelt und durch Befragungen mit der politisch-administrativen Elite (Bürgermeister, Rat- und Verwaltungsmitglieder) ergänzt. Im Jahr 2000 waren 38 Staaten wie z.B. Argentinien, Japan oder Korea in die FAUI-Studien involviert, womit dieses Projekt "the most extensive study of local government in the world" (CLARK 2000:3) darstellt. Mehr als 20 Millionen US-Dollar wurden bis heute von insgesamt 700 Forschern, Politikberatern und lokal Verantwortlichen aufgebracht, um ein gemeinsames Forschungsdesign für die Untersuchung der lokalen Ebene zu entwickeln und anzuwenden. Leider ist die Bundesrepublik Deutschland nicht involviert; der Koordinator des FAUI-Projektes, Terry N. CLARK, steht jedoch mit einigen deutschen Forschern in Verbindung. In einer der drei FAUI-Buchreihen erschien bereits ein Band zum Thema "Citizen responsive Government" (vgl. HOGGART/CLARK 2000) mit zwei deutschen Beiträgen (vgl. WALTER 2000b, KUNZ 2000b), so daß hier durchaus Anknüpfungspunkte für die deutsche Responsivitätsforschung gegeben sind (weitere Themen siehe CLARK/HOFFMANN-MARTINOT 1998).

## **ANHANG A: Tabellen und Schaubilder des theoretischen Teils**

Abbildung 10: Kommunale Machtstruktur nach HUNTER (1953)

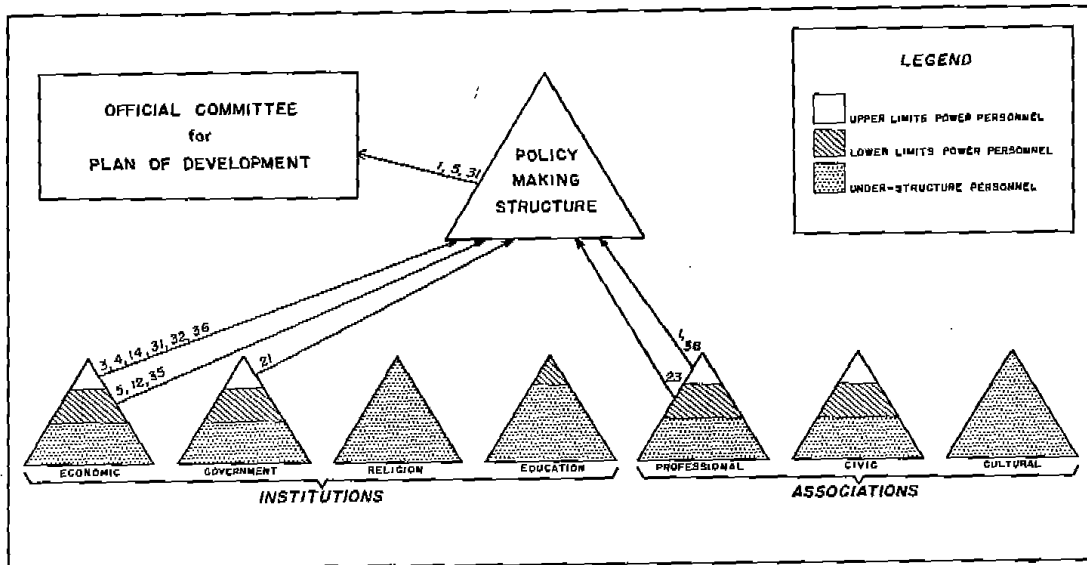


Fig. 9. Pattern of Participation of Three Strata of Institutional and Associational Personnel in Policy Formulation of Regional City's Plan of Development.

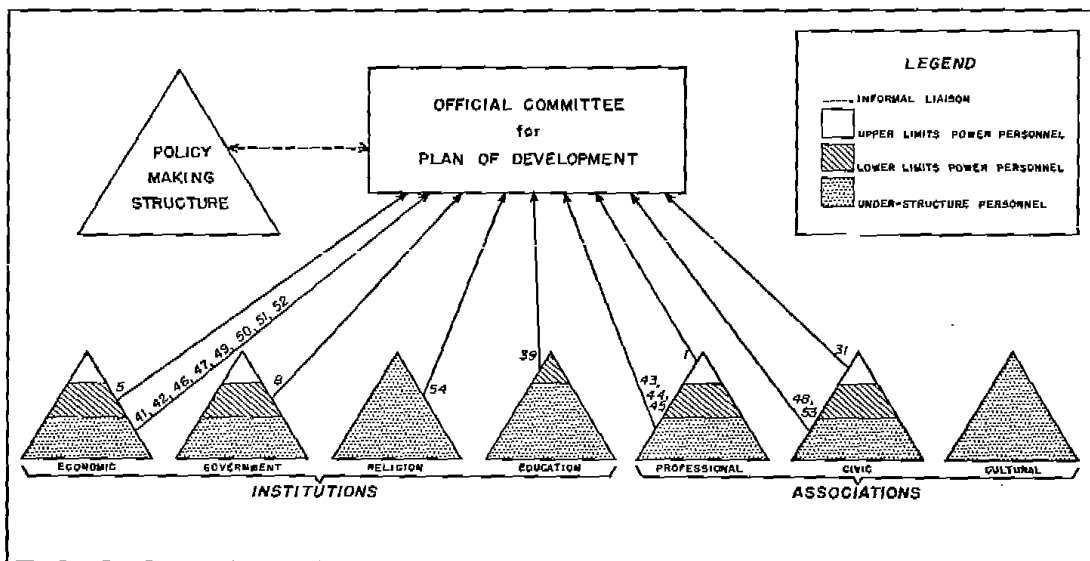
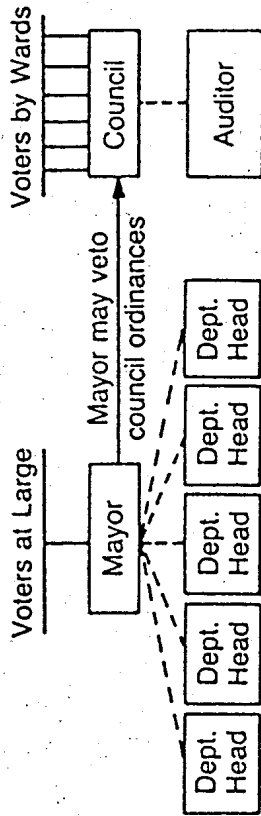


Fig. 10. Pattern of Participation of Three Strata of Institutional and Associational Personnel in Activating Program of Regional City's Plan of Development.

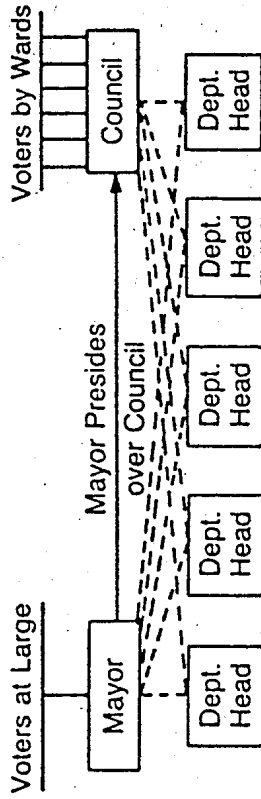
Quelle: HUNTER (1953:91 und 149)

Abbildung 11: Gemeindeordnungen in den USA

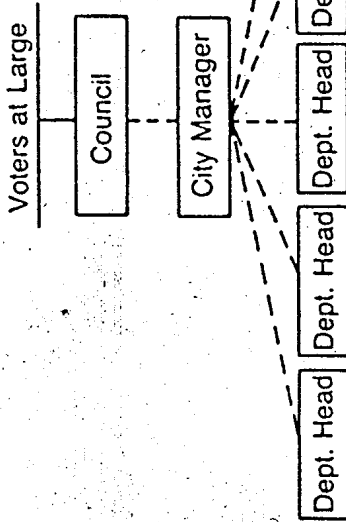
**STRONG MAYOR-COUNCIL FORM OF CITY GOVERNMENT**



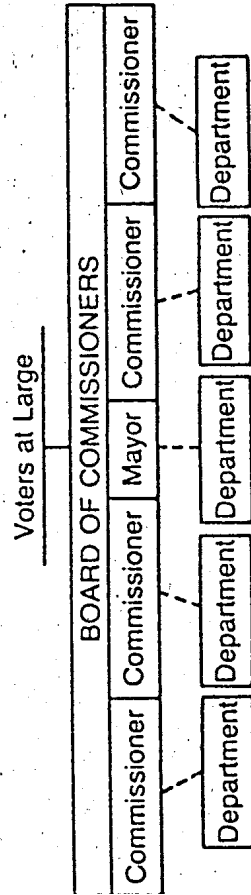
**WEAK MAYOR-COUNCIL FORM OF CITY GOVERNMENT**



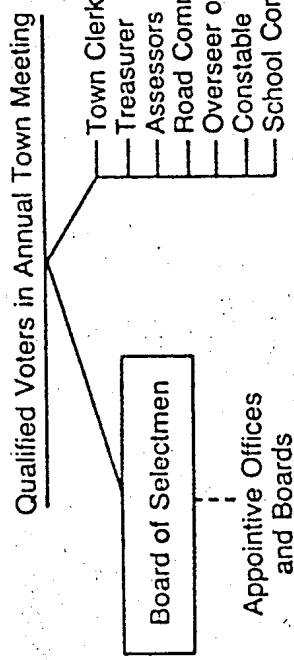
**COUNCIL-MANAGER FORM OF CITY GOVERNMENT**



**COMMISSION FORM OF CITY GOVERNMENT**



**NEW ENGLAND TOWN MEETING PLAN**



Quelle: GUNLICKS (1995:460f)

Tabelle 20a: Einflußreiche Gruppen und Organisationen in 81 amerikanischen Städten

Einflußreiche Gruppen/Organisationen in der Gemeinde	Nennungen	In Prozent
<b>Allgemeine Wirtschaftsorganisationen</b>		
Wirtschaftskammer	273	61
Steuerzahler-/Hausbesitzergruppen	172	39
	445 (43%)	100 %
<b>Allgemeine Bürgerorganisationen</b>		
Verbraucherorganisationen	121	39
Frauenorganisationen	101	33
Religiöse Gruppen	16	5
Presseorganisationen	12	4
Verschiedene Interessenorganisationen (Jugend, Kultur)	60	19
	310 (31%)	100%
<b>Spezielle Interessenorganisationen</b>		
Handelsorganisationen	82	36
Schutzorganisationen	30	13
Grundstückmaklerorganisationen	27	12
Bürgerrechtsorganisationen	19	8
Städtebau- und Stadtentwicklungsorganisationen	14	6
Kriegsveteranengruppen	14	6
Gewerkschaften	13	6
Freizeitorganisationen	10	4
Seniorengruppen	8	4
Bauernorganisationen	5	2
	226 (23%)	100%
<b>Halb-privatisierte und öffentliche Körperschaften</b>		
Planungskommissionen, Bürgerberatungskomitee, Schulkomitee, Bezirkskommissionen	25 (2%)	
	1002	100%

Quelle: ZISK (1973:23)

Tabelle 20b: Einflußressourcen von Gruppen und Organisationen  
in 81 amerikanischen Städten

Einflußkomponenten	Nennungen	%
<b>Objektive Stärken</b>		
Mitgliederzahl	50	28
Wahlmacht, Wahlkampfaktivitäten, -spenden	42	23
Ratsmitglieder oder Familienangehörige sind Organisationsmitglieder	31	17
Organisation ist "vocal", d.h. sie kann bei Ratssitzungen eine große Anzahl an Mitgliedern mobilisieren	28	16
Andere objektive Ressourcen (Mitgliederüberlappungen mit anderen Organisationen, hoher Sozialstatus, Abstimmungsblockade im Stadtrat)	29	16
	180 (21%)	100
<b>Stellenwert der Organisation in der Gemeinde</b>		
Repräsentiert andere wichtige Personen außerhalb des Wirtschaftsbereichs (Ehrenbürger, Eigentümer, Reiche, Gewerkschaftler)	136	54
Repräsentiert die Wirtschaftsinteressen	114	46
	250 (29%)	100
<b>Respektcharakteristika</b>		
Organisation ist aktiv und interessiert, besucht die Gemeinderatssitzungen	131	30
Organisation vertritt die Stadtrats- und Gemeindeinteressen	92	21
Organisation erstellt Sachfragenexpertisen	74	17
Organisation vertritt wichtige Interessen und Projekte	58	13
Andere Respektcharakteristika (Intelligenz, Kompetenz, Uneigennützigkeit)	53	11
Gute Organisationsstruktur (Führung, Präsentation, geschlossenes Auftreten)	35	8
	443 (51%)	100
	873 (100%)	

Quelle: Zisk (1973:26)



Tabelle 24: Vergleich der Machtreputation von Organisationen in einer amerikanischen und einer deutschen Stadt (in Prozent)

<b>Organisation</b>	<b>USA</b>	<b>Rangplatz</b>	<b>BRD</b>	<b>Rangplatz</b>
Stadtrat allgemein	7,2	4.	10,5	1.
Stadtverwaltung	4,7	8.	9,4	2.
Betriebe der öffentlichen Hand	0,0	14.	9,1	3.
Wirtschaftsverbände	6,3	6.	8,5	4.
Industrie	8,0	2.	8,1	5.
Religion	7,2	4.	7,1	6.
Sportvereine	0,0	14.	6,0	7.
Bildung	6,7	5.	5,7	8.
Parteien	3,0	10.	5,3	9.
Gewerkschaften	0,4	13.	4,0	10.
Medien	5,3	7.	4,1	11.
Banken	6,7	5.	3,7	12.
Gesellige Vereine	7,2	4.	3,3	13.
Wohlfahrtsvereine/Hilfsorganisationen	3,0	10.	3,0	14.
Groß- und Einzelhandel	0,0	14.	2,6	15.
Stadtrat-Fraktionen	-	-	2,6	15.
Verwaltung anderer Ebenen	11,9	1.	1,9	16.
Wasserverbände	0,0	14.	1,9	16.
Kultur- und Hobbyvereine	0,0	14.	1,8	17.
Gesundheitswesen	8,4	3.	1,3	18.
Dienstleistungen für Wirtschaftsunternehmen	6,3	6.	0,6	19.
Bürgerinitiativen	0,0	14.	0,5	20.
Landwirtschaft	2,0	11.	0,0	21.
Schulvereine	0,9	12.	0,0	22.
Zahl der Nennungen	2937		1444	
Zahl der Organisationen	101*		114	
SPEARMAN's $r = 0,22$ (ohne Stadtrat-Fraktionen)				

Quelle: MELBECK (1990:42), \* Zahl der Organisationen, auf die mehr als 2 Nennungen entfielen.

Tabelle 27: Kommunale Eliten- und Einflußstudien im chronologischen Überblick

<b>Kommunale Studie</b>	<b>Gemeindeordnung</b>	<b>Gemeindegröße</b>	<b>Methodik/Identifikationstechnik</b>	<b>Untersuchungsobjekte</b>	<b>Elitenmitglieder/einflussreiche Akteure</b>
1. LINDEMANN 1952	Magistratsverfassung	Mittelstadt (Darmstadt)	Ziel: Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürgern. detaillierte Analyse der Verwaltungsarbeit, Fallstudien, Experteninterviews, Presseauswertung, teilnehmende Beobachtungen, Bürgerbefragung "Sicher haben Sie schon mit städtischen Behörden zu tun gehabt; würden Sie bitte sagen, mit welchen Behörden Sie gut bzw. schlechte Erfahrungen gemacht haben?"	Verwaltungsdienststellen, Bürger (N = 381)	Bürger können nicht zwischen städtischen und übergeordneten, staatlichen Verwaltungsstellen unterscheiden, mehr als die Hälfte der Bürger ist indifferent
2. KÖTTER 1952	Magistratsverfassung	Mittelstadt (Darmstadt) und 4 Umgemeinden	Ziel: Stadt-Land-Unterschiede. Strukturanalyse mithilfe statistischer Sekundärinformationen, Einzelfallstudien in 20 Familien, Haushaltsbefragung (Stichprobe) zu statistischen Daten, aber auch Einstellungs- und Verhaltensaspekten in den vier Umgemeinden. "Sind Sie mit der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung zufrieden oder nicht zufrieden?, Welche Aufgabe sollte die Kirche Ihrer Meinung nach haben?"	645 Haushalte	Zwei Drittel der Bürger sind mit der personellen Zusammensetzung und den Maßnahmen des Gemeinderates zufrieden. Die Schule bzw. die Lehrer haben großen Einfluß auf das Gemeindeleben, Kirchen wirken vor allem in Kleingemeinden
3. WARREN 1957a/b	Süddeutsche Ratsverfassung	Großstadt (Stuttgart)	Positionsmethode, Inhaltsanalyse der Presseberichterstattung für das Politikfeld "Soziale Wohlfahrt", soziologische Untersuchung der Formen bürgerschaftlichen Tätigkeiten in der Großstadt, Einstellungen und Verhalten im Hinblick auf Bürgerpartizipation	Lokale Akteure, Bevölkerung	Verwaltung hat den größten Einfluß, da sie die Interessen der Gesamtgemeinde vertritt, auch Bürgermeister und Presse sind sehr einflußreich, weniger einflußreich sind Vereine, da sie Spezialinteressen vertreten, Sachkundige Bürger haben in den Ausschüssen relativ starken Einfluß, Stadträte sind zwischen den Wahlen eher unabhängig
4. MAYNTZ 1958	Norddeutsche Ratsverfassung	Kleinstadt (Euskirchen)	Position, Reputation: "Wer besitzt den meisten Einfluß in der Stadt?"; Auswertung der Volkszählung 1950, Sekundärauswertung (Mitgliederlisten von Vereinen und Parteien, Adreßbücher, Stadtratswahlen), teilstrukturierte Tiefeninterviews mit 30 ausgesuchten Schlüsselpersonen, standardisierte Befragung einer repräsentativen Bevölkerungsschichtprobe (1955)	30 Schlüsselpersonen, Bevölkerung (N = 860 RLQ = 86%)	Bürgermeister, Stadtdirektor, wichtigste Partei, Kirche und Industrie, Restbestände einer Honoratiorenherrschaft
5. CROON/UTERMANN 1958	Norddeutsche Ratsverfassung	Kleinstadt (Steinfeld)	Positionsmethode, teilnehmende Beobachtung; standardisierte Tiefeninterviews, Dokumentenanalyse: "Inwieweit hat der dominierende Arbeitgeber - nämlich die Steinfelder Zeche - Einfluß auf kommunalpolitische Entscheidungen"?	Lokale Akteure, Bevölkerung	Bis 1945 sehr starker Einfluß: Leitender Zechenangestellter war Gemeinderat, der erste Zechendirektor war der "König von Steinfeld", anders nach 1945: Einfluß der Zechenleitung auf die Kommunalpolitik deutlich schwächer bzw. weniger sichtbar, eher mittelbarer Einfluß
6. OSWALD 1966	Süddeutsche Ratsverfassung	Großstadt (Karlsruhe)	Soziologische Analyse der Stadt Karlsruhe im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnungsbau, Städteplanung und Raumforschung	Die Stadt Karlsruhe und ihre Einwohner	Bürger haben wenig Interesse an der großstädtischen Lokalpolitik und deshalb auch geringen Einfluß auf Entscheidungen
7. MATTHÉE 1967	Norddeutsche Ratsverfassung	103 Gemeinden in Schleswig-	Position: Parteien, Verbände, Kreisverwaltungen, Ämter und Gemeinden wurden über die Inhaber von aktuellen Elitepositionen befragt, Analyse von Personalunterlagen der Vor- und Nachkriegszeit bis 1951, Analyse von Pressemeldungen, Verwaltungsberichte, Heimatbücher, Dorfchroniken	Politische Eliten (N = 170)	Zirkulation der pol. Eliten eher begrenzt, "in den meisten Elitebereichen kommen Wechsel nur wegen der biologischen Grenzen der Menschen zustande", "dies erschwert einen Zirkula-

			Holstein, Kreis Segeberg	Höfestatistiken der Kreislandwirtschaftsbehörde, Aktennotizen der Parteien, Verbände und Verwaltungen. "Wie stark erneuern sich die pol. Eliten, welches sind die Gründe für den Abgang und welches die Voraussetzungen für den Aufstieg? Welche Prinzipien kommen bei der Selektion zum Tragen? Welche Rolle spielen die Parteien und der Grad der Politisierung bei der Zirkulation?"			tionsprozess, wie er vom demokratischen Standpunkt aus wünschenswert und notwendig wäre", hierarchische Gesellschaftsschichtung beruht auf ländlicher, bäuerlicher Struktur des Kreises, vor allem Besitz und Herkunft wichtig für die Elitenselektion, geringer Parteieinfluß
8.	SCHWONKE/ HERLYN 1967	Norddeutsche Ratsverfassung	Mittelstadt (Wolfsburg)	Beobachtung, sekundärstatistische Materialauswertung, Befragungen 1959: 321 Wolfsburger Bürger und 490 Pendler; 1960: 1100 Wolfsburger Bürger und 405 Bürger aus Randgemeinden; 1962: Panel-Befragung in 228 Haushalten, die bereits 1960 befragt wurden. Reputation: "Wer hat außer dem Oberbürgermeister und dem Oberstadtdirektor in Wolfsburg noch etwas zu sagen?"	Bevölkerung	VW-Werk und Direktor, Institutionen der gewählten Vertreter, einzelne Ratsmitglieder, Stadtverwaltung, Kirchen und Pastoren	
9.	BECKERS 1968	Norddeutsche Ratsverfassung	Kleinstadt (Homburg)	Position, Reputation, Soziometrie: Nach Sachgebieten geordnet werden die wichtigsten Positionen ermittelt (Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Schul-/Kultur-/Erziehungswesen, Gewerkschaft, Kirchen, Freie Berufe, Presse). Eine Liste mit 168 Personen wurde 17 lokalen Experten vorgelegt.	Lokale Experten (N = 56)	25 Personen aus den Sektoren Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, Dominanz des politischen Sektors, 17 Personen bilden den engen Entscheidungszirkel, wichtigste Personen: Verwaltungschef und Ratsvorsitzender bzw. Bürgermeister, einzelne Ratsmitglieder, Fraktionsführer, Kirchenvertreter, Industrielle, Presse interessiert sich nicht für die Lokalpolitik in Homburg und übt keinen Einfluß aus	
10.	BRINKMANN 1968	Stadtsstaat	Gemeinde (Niederense) Großstadt (Bremen)	Was messen die verschiedenen Methoden zur Ermittlung lokaler Machtstrukturen?	Quelle (Diplomarbeit) leider nicht mehr verfügbar	Gemeinde: hohe Kongruenz zwischen Reputations- und Entscheidungstechnik (73%), mittlere zwischen Positions- und Entscheidungstechnik (53), mäßige zwischen Reputations- und Positionstechnik (39). Großstadt Bremen: erste Kombination höhere Übereinstimmungen (76), die beiden anderen niedrigere (41). Der Grad an Strukturiertheit und damit die Sichtbarkeit der Machtpositionen deutlich geringer als in US-Gemeinden, In der BRD spielt die Reputation der Akteure eine größere Rolle bzw. sind diese im höheren Maße sichtbar.	
11.	DREWE 1968	Norddeutsche Ratsverfassung	6 Groß-, Mittel- u. Kleinstädte (Duisburg, Gelsenkirchen, Gummersbach, Bergneustadt, Wiehl, Waldbröl)	Position, Reputation, Soziometrie: Liste mit potentiell einflussreichen wird acht Experten vorgelegt: "Wen von dieser Liste schätzen Sie hier im Kreis Oberbergen im Hinblick auf Planungsentscheidung und -durchführung als einflussreich ein, wen nicht? "Kennen Sie noch weitere einflussreiche Personen hier im Kreis?", Elitenbefragung: Reputation von 32 Personen auf Kreis-/Gemeindeebene sowie für einzelne Aufgaben, Fragen nach Personen mit guten Beziehungen zu Kreis/Land/Bund, Aufgabenwichtigkeit, Zufriedenheit mit dem Entwicklungsstand lokaler Aufgaben, Kontakte zwischen Befragten und anderen Eliten, wichtige Personen bzw. Gruppen auf Kreis-/Gemeindeebene, Notwendigkeit überlokaler Kooperation, repräsentative Bürgerumfrage zu einflussreichen Personen/Gruppen, Quotenauswahl für die Planungszielgruppe Facharbeiter und Angestellte	Eliten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Vereine (N = 79, RLQ = 90 %) Bürger (N = 840) Facharbeiter + Angestellte (N = 494)	Im Kreis Oberbergen existiert für Planungen eine kleine Führungsgruppe (N = 9), die von zwei Personen angeführt wird und eine größere Gruppe einflussreicher Personen (N = 70), wichtige Einflußressourcen: bedeutende Stellung in der eigenen und anderen Gemeinden, Kontakte zu übergeordneten politischen und administrativen Personen (Landesminister, Bundestagsabgeordnete, Oberkreisdirektor), gute Informiertheit über Veränderungen in der Gemeinde, Prognosefähigkeit, Opinion-Leader	

12.	ROTH 1968	Magistratsverfassung	Gemeinde (Obersuhl)	Position, teilnehmende Beobachtung: Expertengespräche, repräsentative mündliche Bürgerbefragung, Lebensläufe der ältesten Dorfbewohner, Auswertung von Gemeindechroniken, Statistiken und Behördenunterlagen, Archivreihen, Pressearchive, Untersuchungsziel: die besondere Situation der Grenzgemeinde und ihre gegenwärtige Struktur (Arbeit und Beruf, politisches Leben, Familie und Verwandtschaft, Verhaltensnormen, Bildung und Erziehung, Religiosität) "Sagen Sie mir bitte, welche Personen von Obersuhl schätzen und achten Sie persönlich am meisten? (Sie brauchen keine Namen zu nennen). Ist das der Pfarrer, Lehrer, Bürgermeister, Arzt, Vereinsvorsitzender, Grobbauer, Unternehmer oder x?", "Was schätzen Sie an ihm/ihr so besonders? (äußere Erscheinung, Geld/Besitz, Redegewandtheit, allgemeine Beliebtheit, Mut, Ehrlichkeit, Können/Fähigkeiten, Hilfsbereitschaft, oder x)."	Funktionssträger (N = 50), Bürger (N = 110, 5 % gezielte Auswahl aus Einwohnerschaft, 18-75jährige)	1. Pfarrer (58%), 2. Bürgermeister (52%), 3. Arzt (47%), 4. Lehrer/Rektor (33%), darüber hinaus sind einige Einzelpersönlichkeiten angesehen (Standesbeamte, Gemeindevertreter, Hebamme, Studienrat, Gastwirt). "Vereinsvorsitzende besitzen offenbar wenig an gesamtgemeindlichem Ansehen, da sie nur Gruppeninteressen vertreten". Parteivorsitzende, Geschäftsführer oder Unternehmer werden nicht allgemein geschätzt. Einflusressourcen: Leistung, Hilfsbereitschaft, allgemeine Beliebtheit; Geld oder Besitz spielen keine Rolle.
13.	SCHRÖTTER 1969	Magistratsverfassung	Mittelstadt (Kiel)	Position, Entscheidungstechnik (Bereich Stadtentwicklung: Neuplanung Stadtzentrum, Bau einer Wohnsiedlung), Tiefeninterviews mit führenden Positionsträgern und teilnehmende Beobachtung, Aktenanalyse, "Welche Bedeutung im kommunalen Entscheidungsprozess haben die konstitutiven Bereiche Politische Selbstverwaltung, Staat, Verwaltung, Gemeindeverbände bzw. gesellschaftliche Verbände?"	Positionseliten Wirtschaft, Vereine, Presse und Politik (N = 48, RLQ = 92%)	Relativ große Bedeutung der Verwaltung und der gesellschaftlichen Verbände, geringere Bedeutung als erwartet bei der politischen Selbstverwaltung, eher geringe Bedeutung der Gemeindeverbände bzw. überlokaler Strukturen
14.	ZOLL/ZIMPEL 1969, ZOLL/ELLWEIN/HANISCH/SCHRÖTER 1974	Stüddeutsche Ratsverfassung	KleinStadt (Wertheim)	Entscheidungstechnik: für die Identifikation wichtiger decisions und non-decisions Analyse der Ratsprotokolle, Sekundäranalyse der Lokalpresse, Reputationsmethode für Elitenidentifikation, repräsentative Bürgerbefragung, Zeitungshinweise und teilnehmende Beobachtung: "Wer hat Ihrer Meinung nach in Wertheim soviel Macht, daß er wichtige Entscheidungen wesentlich beeinflußt und mitbestimmt? Nennen Sie bitte alle Personen, die Sie für mächtig halten", Face-to-Face-Interviews für die Analyse des lokalen Entscheidungsprozesses "Wie verläuft die Willensbildung, wer ist daran beteiligt, wer nicht?", Extra-Untersuchung zum Einfluß der Medien: quantitative Inhaltsanalyse und Tiefeninterviews mit Lokalredakteuren	Reputationseleiten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Kirche (N = 22, RLQ = 96%)	Unternehmer, Honoratioren, Bürgermeister, Teile des Gemeinderates und der Verwaltung, Lokalpresse dient vor allem als Sprachrohr für die Exekutive und die Honoratioren
15.	HILTERSCHIED 1970	Norddeutsche Ratsverfassung	Mittelstadt (Wolfsburg)	Reputation, Entscheidungstechnik, teilnehmende Beobachtung, Auswertung von Archivmaterial, Informationsgespräche mit Experten, 30 lokale Experten stellen dafür Liste mit 30 einflußreichen Personen zusammen "Nennen Sie die nach Ihrer Meinung wichtigsten und einflußreichsten Personen in Wolfsburg für die Vergangenheit und Gegenwart. Berücksichtigen Sie dabei nach Möglichkeit die Bereiche Rat und Verwaltung der Stadt, Parteien, Verbände, Vereine, Kirchen, Wirtschaft, Werk und Presse", Bevölkerungsbefragung: "Häufig begegnet man der Ansicht, daß man als Einzelperson auf die Entwicklung der Stadt Einfluß nehmen könnte. Was meinen Sie dazu?" "Wenn ja, in welcher Form könnte dies geschehen?", "Wer hat wohl nach Ihrer Meinung den größten Einfluß bei Maßnahmen der Stadt Wolfsburg? Bitte drei Nennungen: Der Rat, der Oberstadtdirektor, der Oberbürgermeister, die Fraktionen, die Parteien, das VW-Werk, die Kirche, Prof. Nordhoff	Kommunale Experten (N = 30) Bevölkerung (geschichtetes Sample N = 189) Entscheidungsalgen "Stadthallenbau" und "Grundstückausweisung für VW-Führungskräfte"	Die Gesprächspartner lassen sich in drei Gruppen einteilen: Gruppe A schreibt dem Rat nach den gesetzlichen Normen den größten Einfluß zu, Gruppe B sehen das VW-Werk als dominerender Akteur, Gruppe C sieht beide Akteure als einflußreich, Lokalpresse berücksichtigt die Interessen des VW-Werks, VW-Werk beeinflußt nur Entscheidungen mit eigenem Interesse (meist wichtige lokale Entscheidungen), die Mehrheit lokaler Entscheidungen sind für das Werk nicht von Interesse, tatsächlicher Einfluß des VW-Werkes geringer als allgemein wahrgenommen, im Zeitverlauf wird die Stadt zunehmend unabhängiger vom VW-Werk

16.	LUCKMANN 1970	Süddeutsche Ratsverfassung	Kleinstadt (Bretten)	Position, Reputation, teilnehmende Beobachtung: Tiefeninterviews mit 50 wichtigen Schlüsselpersonen, repräsentative Bevölkerungsbefragung, "Welche Personen, Gruppen und Institutionen spielen bei der Lösung politischer Probleme (Gasversorgung) eine Rolle und wie machen sie ihren Einfluß geltend?"	Kommunale Experten (N = 50) Bevölkerung (N = 245)	Einfluß des Stadtrates wird vor allem aus finanziellen Gründen stark von überlokalen Abhängigkeiten und Zuständigkeiten beschränkt, Interessen der Standortgegner aus Bevölkerung und Industrie werden anfangs nicht berücksichtigt, fünf Jahre später findet eine Bürgerbefragung statt
17.	LINDER 1973, GRAUHAN/ LINDER 1974	Süddeutsche Ratsverfassung	Großstadt (Raum München)	Entscheidungstechnik: Auswertung der Pressearchive, Gemeinde-Publikationen, Organisations- und Dienstvorschriften, Geschäftsordnungen und Protokolle der Stadträte, Interviews zum Thema Stadt- und Regionalpolitik in und um München von 1960-1972	Entscheidungen zur Stadt- und Regionalpolitik	Verwaltung dominiert den Entscheidungsablauf, sie versucht zwar seitens der Bürger und der Massenmedien einsetzende Widerstandskationen abzufedern (partizipatorische Planungsverfahren), letztlich setzte sie aber ihre Präferenzen durch Ausübung unmittelbaren Zwangs und innerparteilicher Autorität durch
18.	LAUMANN/PAPPI 1973, LAUMANN u.a. 1974, PAPP/ PERNER 1981, PAPP/MELBECK 1984	Norddeutsche Ratsverfassung	Kleinstadt (Jülich)	Position, Reputation, Soziometrie: "Welche Organisationen dieser Liste sind in Altnestadt im allgemeinen sehr einflußreich?"; Kontakte mit anderen Elitenmitgliedern Zwei Befragungszeitpunkte: 1971 und 1978	Positionseilten 1971 (N = 44) 1978 (N = 72)	1971 und 1978: CDU- und SPD-Ratsfraktion, Betriebe der öffentlichen Hand (Forschungszentrum), Wirtschaftsverbände, privatwirtschaftliche Industriebetriebe, Einflußzunahme: Verwaltung
19.	NARMACHER 1973/77	Norddeutsche Ratsverfassung	Großstadt (Wuppertal)	Position: "Wer vertritt wen, welche Interessen werden artikuliert und wie gestaltet sich der Informationsfluß?" Den Stadträten wurde die Frage nach ihrem eigenen Einfluß auf die Kommunalpolitik in Wuppertal gestellt.	Ratsmitglieder (N = 55), Dezernenten und Amtsleiter (N = 39)	Der Stadterordnete repräsentiert nicht seinen Wahlbezirk, nicht seine soziale Gruppe, sondern seine Partei. Medien haben wichtige Rolle für den lokalen Informationsfluß
20.	BILLERBECK 1975	Stadtstaat	Großstadt (Bremen)	Entscheidungstechnik: Inwieweit hat die Bevölkerung beim Thema Stadtentwicklung Einfluß auf kommunalpolitische Entscheidungen?	Entscheidungen zur Stadtentwicklung	Große Entfremdung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, Stadtentwicklungspolitik wird dominiert von der Verwaltung und stadt- bzw. landeseigenen Gesellschaften
21.	HILTESCHIED/ LENKE 1975	Stadtstaat	Großstadt (Berlin)	Inhaltsanalyse der lokalen Medien und amtlicher Dokumente Fragestellung: "Welche Akteure setzen ihre Interessen im kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß im Bereich lokale Wirtschaftsförderung durch?"	Beteiligte im Wirtschaftsprojekt "Steglitzer Kreisel"	Wirtschaftsvertreter, Vertreter des Bezirksamtes Steglitz (Bezirksverwaltung) und des Landes Berlin (Hauptverwaltung)
22.	UELTZHÖFFER 1975	Süddeutsche Ratsverfassung	Großstadt (Mannheim)	Position: Interviews und schriftliche Befragung zu Funktionsmerkmalen lokaler Parteileiten "Wie schätzen Sie im kommunalpolitischen Getriebe der Stadt Mannheim ihre eigene politische Position ein?", zur Überprüfung der Selbsteinschätzung werden Partizipationsindizes erstellt, hier zeigt sich, daß diejenigen Befragten, die sich selbst als einflußreich einschätzen, eine starke funktionale Verflechtung mit relevanten Bereichen des politischen und vopolitischen Raumes haben (Parteifunktionen, Ehrenämter, Berufsverbände, Vereinsfunktionen: Anzahl und Dauer der Funktionen)	Ratsmitglieder (N = 42) CDU/SPD-Funktionäre (N = 225)	Die CDU- u. SPD-Ratsmitglieder stufen sich als einflußreich auf bestimmten Gebieten bzw. sehr einflußreich ein, aber auch die Parteifunktionäre sehen sich als relativ einflußreich, dennoch befürchten 78% der Räte, daß "die Kommunalparlamente zu bedeutungslosen Anhängseln einer übermächtigen Verwaltung degradiert" werden, Grundlage der Macht: Planungs- und Informationsmonopol

23.	WOLLMANN 1975	Süddeutsche Ratsverfassung	Mittelstadt (Heidelberg)	Entscheidungstechnik zum Thema Altstadtansanierung "Von welchen konkreten Einzelnen oder Gruppen gehen welche konkrete Einflüsse auf bestimmte Entscheidungen aus?"; Aktensichtung, Protokollausswertung	Entscheidungen im Bereich Altstadt- sanierung	Verwaltung und privater Bauherr beschließen 2 Jahre vor dem Stadtrat, Entscheidungen über das Sanierungsgebiet und tätigen Grundstückskäufe; Funktion des Stadtrates liegt in der Herstellung politisch-legitimatorischen Konsens und Absorbierung von Problemen und Widerständen; Bürgerinitiativen scheitern, da laufende Planungen erst öffentlich werden, wenn sie verwaltungsintern und im privaten öffentlichen Planungsverbund abgeschlossen sind, ihre Einflüchancen steigen bei verwaltungsinternen Kontroversen, wenn die Initiative zu einer der beteiligten Behörden eine "Klientel-/pressure-group"-Beziehung herstellen kann.
24.	DERLIEN/ GÜRTLER/ HOLLER/ SCHREINER 1976	Alle Gemeinde- ordnungen	Kleinstädte (Bad Hom- burg, Bad Kreuznach, Coburg, Lemgo)	Institutioneller Ansatz: "Inwieweit stimmt der faktische Einfluß der kommunalpolitischen Entscheidungsträger mit den von den Gemeindeordnungen vorgezeichneten Macht- bzw. Kompetenzverteilungen überein?"; Zeitbudgetanalysen und ergänzende Interviews	Gemeinde- ordnungen	Coburg (süddeutsche Ratsverfassung): Verwaltungschef (Oberbürgermeister), alle anderen Städte: Verwaltungschef, Verwaltung, Gemeinderat, Haupt- und Finanzausschub
25.	HIPPLER/ KUTTEROFF 1977	Süddeutsche Ratsverfassung	Großstadt (Mannheim)	Inhaltsanalyse: 14tägige Stichprobe der Lokalteile dreier Tageszeitungen zur Frage "Wer hat die Macht in der Kommune?"; Analyse der Häufigkeit des Vorkommens kommunaler Gruppen, "Wie häufig werden Gruppen gemeinsam genannt?" (Ähnlichkeitsmatrix)	Zeitungsartikel (N = 320)	Zentraler Zirkel: Oberbürgermeister, Stadträte, Ämter, Parteien, Verwaltungsspitze, Unternehmen, Ämter
26.	SCHNEIDER 1977	Süddeutsche Ratsverfassung	Gemeinde (N.)	Entscheidungstechnik, teilnehmende Beobachtung (Forscher ist selbst Ratsmitglied in der Gemeinde N.), dominierendes Thema ist der Brückenbau über den Neckar von der Gemeinde N. zum Teilort G., bisher existiert nur eine Autofähre und ein Nachen (Boot), eine Bürgerinitiative will das Land Baden-Württemberg zum Brückenbau bewegen, doch ohne Erfolg; erst als der Bürgermeister sich ebenfalls darum bemüht, sich finanzielle Zusagen von Land und Kreis sichert und den Gemeinderat überzeugt, konnte mit dem Brückenbau begonnen werden	Gemeinderäte (N = 12), Entscheidun- gen zum den Themen Brückenbau, Wasser- versorgung, Entwässerung, Schwimmbad und Industrie- ansiedlung	Entscheidungsstruktur ist stärker personen- als organisationsbezogen, vor allem der Bürgermeister und die Gemeinderäte sind einflußreich, in der Implementationsphase die Verwaltung, aber auch große finanzielle Abhängigkeit von Land und Kreis, Lokalpresse ist Sprachrohr der Entscheidungselite; Bürger beteiligen sich trotz überschaubarer Politik nur bedingt, sie interessieren sich zwar dafür, überlassen es aber einem kleinen Kreis Ausgewählter, Entscheidungen zu treffen, Fraktionen bzw. Ratsausschüsse bestehen nur in Ansätzen, Bürgerinitiativen gibt es kaum, Vereine und Kirchen interessieren sich nur ab und zu für Politik
27.	GAU 1983	Norddeutsche Ratsverfassung	Großstadt (Köln)	Positionstechnik: schriftliche Befragung "Wie beurteilen Sie insgesamt die Zusammenarbeit mit der Verwaltung?"; "Sind Ihrer Meinung nach die Zugangsmöglichkeiten des einzelnen Ratsmitglieds - gegenüber der Verwaltung - zur Sachinformation hinreichend gewährleistet?"; Hat Ihrer Meinung nach die Verwaltung gegenüber dem Stadtrat einen Vorsprung in Bezug auf Sachinformation?"; Wie hoch schätzen Sie Ihren eigenen Einfluß auf politische Entscheidungen in ihrem Fachgebiet ein?"	Ratsmitglieder (N = 40, RLQ 62%)	Fragen wurden in dieser Untersuchung leider nicht ausgewertet, lediglich Informationen zur Sozialstruktur der Stadträte

28.	SIEWERT 1979	Süddeutsche Ratsverfassung	Mittelstadt (Reutlingen)	Position-, Reputation- und Entscheidungstechnik, Soziometrie: "Wie stark beeinflusst Ihrer Meinung nach der 'Normalbürger', wir meinen den Bürger, der nicht zur 'lokalen Elite' gehört, die kommunalen Entscheidungen in Reutlingen?. Können Sie uns zunächst bitte diejenigen Gruppen nennen, die in Reutlingen im allgemeinen sehr einflussreich sind? Von welchen Personen auf dieser Liste wissen Sie sicher, daß sie in Reutlingen jetzt allgemein sehr einflussreich sind? Welche Eigenschaften/Mittel halten Sie persönlich für kommunale Angelegenheiten am wirkungsvollsten?", kommunales, berufliches und privates Netzwerk der Top-Elite	Lokale Experten, Elitenmitglieder (N = 104, RLQ = 77 %)	Elite = 27, Top-Elite = 12 Personen: Oberbürgermeister, Fraktionsvorsitzende, Gemeinderäte, Journalisten, Industrielle, Überrepräsentanz des politischen Sektors, in bezug auf die Netzwerkstrukturen liegt in Reutlingen liegt kein versäultes, lokales System vor, Issueanalyse: lockere Cleavagestructur - je nach Sachfrage sind leicht unterschiedliche Gruppierungen von Befürwortern und Gegnern relevant
29.	ARZBERGER 1980	Süddeutsche Ratsverfassung Magistratsverfassung	Großstadt, Mittel- u. Kleinstädte (Coburg, Aalen, Frankfurt, Hadamar, Usingen)	Position, Reputation, Soziometrie, Inhaltsanalyse: Lokale Experten bewerten das politische Gewicht von Positionsinhabern und ergänzen die vorgelegte Liste, Face-to-Face-Interviews mit lokalen Entscheidungseliten, repräsentative Bürgerumfragen (in 2 Städten als Panelstudie), Inhaltsanalyse lokaler Tageszeitungen, statistische Erfassung infrastrukturellen Einrichtungen; Zeitraum der Studie 1975-79, "Wer sind die einflussreichsten Personen, welches die einflussreichsten Organisationen? Welche Personen, Gremien, Organisationen verfügen über Veto-Macht? Wird die lokale Entscheidungsfähigkeit durch Sachzwänge eingeschränkt?"	Lokale Eliten (N = 163, RLQ = 72%), Bürger (N = 2400)	Gemeinderäte, Stadtverwaltung, Kirchen, Gewerkschaften, Medien, Wirtschaft
30.	BECKORD 1981	Norddeutsche Ratsverfassung	Großstadt (Münster)	Position, Reputation: Vollerhebung bei 114 Bezirksvertretern; subjektive Einschätzung über die Bezirksverfassung, ihre Arbeit und den Stellenwert in der Stadt	Positionseliten (N = 72)	Einfluß der Bezirksbeiräte eher gering
31.	GABRIEL 1981	Alle Gemeindeordnungen	Landkreis Mainz-Bingen, Saarland, NRW, BW, Hessen	Position: geschichtete Zufallsstichprobe von 200 Kommunalpolitikern (Orts- und Verbandsgemeinderäte, Kreistagsmitglieder, Bürgermeister und Beigeordnete), 155 kommunalpolitisch aktive Landtagsabgeordnete aus dem Saarland, aus Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen, 1976-1978, "Welchen Einfluß schreiben Sie in der Kommunalpolitik den Sektoren Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen zu?"	Kommunalpolitiker (N = 179, RLQ = 90%) Landtagsabgeordnete (N = 155)	Keinem der drei Bereiche wird eine dominierende Position zugewiesen, SPD- u. FDP-Politiker stufen den Einfluß der Wirtschaft hoch ein und die CDU-Politiker den Einfluß der Gewerkschaften. CDU-Politiker sehen den Einfluß der Kirchen und Unternehmen als eher gering an, dieser sei aber voll und ganz gerechtfertigt, die SPD-Politiker zeigen die selben Einstellungsmuster für die Gewerkschaften
32.	GABRIEL/HAUNGS/ZENDER 1984	Norddeutsche Ratsverfassung	Groß- u. Mittelstädte (Bielefeld, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Köln, Wuppertal)	Position, Reputation: "Welcher der folgenden Personen oder Gruppen hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluß auf die Verwaltung?. "Wie schätzen Sie den Einfluß Ihrer Fraktion auf die Verwaltung ein? Wie übt Ihre Fraktion diesen Einfluß hauptsächlich aus?, Kann man sagen, daß in Ihrer Stadt die kommunalpolitische Arbeit fast ausschließlich von der Stadtratsfraktion geleistet wird?"	CDU-Ratsmitglieder (N = 293)	In 8 der 10 Städte stimmen 60-80% der letzten Aussage zu, in den beiden Städten Dortmund u. Wuppertal bejahen nur 42% diese Aussage. Hier sind neben den Ratsfraktionen Parteiverbände in den Orts- bzw. Stadtteilbezirken, spezielle Arbeitskreise, Kreisvorstände, Parteitage und lokalpolitische Vereinigungen relevant
33.	WEHLING/SIEWERT 1984	Süddeutsche Ratsverfassung	Baden.-Württemberg	Position, Reputation, einwöchige, begleitende Beobachtungen bei 14 Oberbürgermeistern in Baden-Württemberg (in Gemeinden aller Größenklassen und aller Strukturtypen in allen Landesteilen), strukturierte Tiefeninterviews, schriftliche Befragung aller 1090 Bürgermeister der 1110 Gemeinden in BW, Diskussionsforen auf acht Bürgermeisterstertagen.	Bürgermeister (N = 550, RLQ = 47 %)	Wichtig für Bürgermeister: Bürgernähe, gutes Einschätzen von Chancen, Verwaltungserfahrung, Zähigkeit gegenüber Widerständen, eigene pol. Konzeption, parteipol. Unabhängigkeit. Zuviel Einfluß: Bürgerinitiativen, Lehrer,

						<p>"Wie gelingt es Ihnen als Bürgermeister, ihre Vorstellungen im Alltag durchzusetzen?", "Welche Faktoren halten Sie für Ihren Erfolg für bedeutsam?", "Wie schätzen Sie den Einfluß von Organisationen und Personengruppen ein?", "Worin sehen Sie die Quellen von Einfluß und Macht in einer Gemeinde?"</p> <p>Position, Pilotstudie: Expertengespräche mit etablierten Eliten des kommunalen Sozialsektors, Fragebogenleitfaden zu den Themen "Relevanz des Sozialsektors in der Kommunalpolitik", "soziopolitisch relevante Problemlagen", "kommunale Selbsthilfepotentiale", die Großstadt hat größere sozioökonomische Probleme als die Mittelstadt</p>			<p>Presse und Parteigremien, zuwenig: Ratsausschüsse, Einzelhandel, Einfluß in etwa richtig: Bürgermeister, Amtsleiter, Ratsfraktionen. Relevante Ressourcen: Ansehen, amtliche Befugnis, ehrlicher Makler, Macht über Grund/Boden</p> <p>Sozialpolitik hat auf Lokalebene geringere Rolle als auf Landes-/Bundesebene; Kommunen hätten auch nicht die Ressourcen zur Problembearbeitung. Mittelstadt: Rangplatz der Sozialpolitik eher im unteren Bereich der Teilpolitiken; Großstadt: eher im mittleren Bereich</p> <p>Interessengruppen spielen wichtige Rolle, großer Teil der Abgeordneten nimmt Spitzenämter in Unternehmen und Organisationen ein, Parteien sind somit nicht die einzige Vermittlungsinstanz zwischen Einzelnen und Staat, vor allem im Wirtschaftsbereich liegen konsensorientierte Strukturen vor, Interessenvertreter haben hier größere Kommunikationsschancen als Fachpolitiker, deshalb große Gefahr für "Fitz" und negative Einflüsse auf die Politik</p>
34.	KRÜGER/MATZ 1985	Norddeutsche Ratsverfassung	Eine Groß- und eine Mittelstadt im Ruhrgebiet		<p>Position, Netzwerkanalyse: Spitzenpositionen der Berliner Abgeordneten in Parteien, Fraktionen und Ausschüssen bzw. Interessenorganisationen (1979-1985), "Wie hoch ist der Einfluß von Interessenorganisationen im Berliner Abgeordnetenhaus?" Spitzenpositionen werden als formale Einflußressourcen (Verfügungsmacht über organisatorische Mittel) gesehen, auch Kommunikationschancen sind eigenständige Ressourcen</p>	Kommunale Sozialelite (N = 6)			
35.	WEBELS 1985	Stadtstaat	Großstadt (Berlin)		<p>Position, Reputation: schriftliche Befragung aller Räte und Verwaltungschefs (Bürgermeister bzw. Stadtdirektoren und Dezernenten). Fragen zur politischen Kultur im Bereich Kommunalpolitik (Selbstverständnis, Struktur der Entscheidungsprozesse, Reformansätze) und zur faktischen Struktur (Informationsverhalten, Kontaktetze, Einflußreputation). "In welchen fünf Positionen/Funktionen sind die Personen zu finden, die heute den größten Einfluß in der Politik Ihrer Stadt haben?"</p>	Spitzenpositionen der Abgeordneten (1979-1981 N = 665, 1981-1985 N = 634)			
36.	SIMON 1988	Süddeutsche und Norddeutsche Ratsverfassung	10 Groß- u. Mittelstädte in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen		<p>Position, Reputation "Welches Mitglied aus Rat und Verwaltung ist Ihrer Ansicht nach der Politiker mit dem größten Einfluß auf den kommunalpolitischen Willensbildungsprozeß?", Befragung zu und Analyse der Haushaltswentwicklungen "Besteht zwischen dem Funktionalitätsgrad der jeweiligen Kommunalverfassung für Haushaltssteuerungsprozesse und der Entwicklung der Haushaltseckwerte ein Zusammenhang?"</p>	Ratsmitglieder (N = 368) Wahlbeamte (N = 31)		<p>In allen Städten ist der (Ober-) Bürgermeister am einflußreichsten, danach folgen Fraktionsvorsitzende, Dezernenten, (Ober-)Stadtdirektoren (NRW), Lokalpresse und Ausschußvorsitzende (NRW); die politisch-administrative Elite befürwortet Konkurrenzdemokratie und Proporzsystem für Verwaltungspositionen</p>	
37.	WINKLER- HAUPT 1988	Süddeutsche + Norddeutsche Ratsverfassung	Mittelstädte (Göppingen, Konstanz, Gladbeck, Lünen)		<p>Position: schriftliche Befragung zur Sozialstruktur, zum Selbstverständnis und zur Rollenperzeption der Bezirksbeiräte, "Haben Sie den Eindruck, ...daß die Verwaltung auf Ihre Anregungen und Empfehlungen als Bezirksbeirat eingeht, oder daß sie diese als unnützlich und überflüssig erachtet? ...daß der Gemeinderat bei seinen Entscheidungen das Votum des Bezirksbeirates genügend oder ungenügend berücksichtigt?", Sekundäranalyse, teilnehmende und nicht-teilnehmende Beobachtung, unstrukturierte Interviews mit Bezirksbeiräten, Bezirksvorstehern, Verwaltungsbeamten und Lokalpolitikern</p>	Positionseliten aus Politik und Verwaltung (N = 48)		<p>Bürgermeister von Göppingen/Konstanz haben keine zentrale Rolle, gehören aber zur Vorentscheidergruppe, Beigeordnete haben Schlüsselstellung inne. Gladbeck/Lünen: harmonisches Verhältnis zwischen Bürgermeister und Stadtdirektor, Vorsitzender der Mehrheitsfraktion relativ einflußreich</p>	
38.	HAHN 1989	Süddeutsche Ratsverfassung	Großstadt (Stuttgart)		<p>Position: schriftliche Befragung zur Sozialstruktur, zum Selbstverständnis und zur Rollenperzeption der Bezirksbeiräte, "Haben Sie den Eindruck, ...daß die Verwaltung auf Ihre Anregungen und Empfehlungen als Bezirksbeirat eingeht, oder daß sie diese als unnützlich und überflüssig erachtet? ...daß der Gemeinderat bei seinen Entscheidungen das Votum des Bezirksbeirates genügend oder ungenügend berücksichtigt?", Sekundäranalyse, teilnehmende und nicht-teilnehmende Beobachtung, unstrukturierte Interviews mit Bezirksbeiräten, Bezirksvorstehern, Verwaltungsbeamten und Lokalpolitikern</p>	Bezirksbeiräte (N = 202, RLQ = 68 %)		<p>Einfluß der Bezirksbeiräte eher gering</p>	



39.	GAU 1990	Norddeutsche Ratsverfassung	7 Groß- u. Mittelstädte (Bielefeld, Bottrop, Gelsenkirchen, Mönchengladbach, Osnabrück, Solingen, Wuppertal)	Positionsmethode: Akten- und Dokumentenanalyse, teilnehmende Beobachtung, Befragung einzelner Akteure: "Wer sind relevante Akteure in der kommunalen Kulturpolitik?"	Befragung kulturpolitischer Experten (N = 80)	In einigen Kommunen dominieren die pol. Akteure in Rat und Kulturausschuß die Kulturverwaltung (starke politische, geschlossene Mehrheiten, wenig ausdifferenzierte Verwaltung), in anderen bildet sich aus Rat, Kulturausschuß und Kulturverwaltung eine einflussreiche "Kulturfraktion", Kulturvereine, Wirtschaftsunternehmen und private Mäzene haben je nach Ressourcenausstattung Einfluß
40.	HEINZ 1990	Süddeutsche, Norddeutsche Ratsverfassung + Magistratsverfassung	6 Groß- und Mittelstädte (Dortmund, Frankfurt, Mülheim a.d.R., Kiel, Regensburg, Würzburg)	Position: Tiefeninterviews und Sekundäranalysen zur kommunalen Stadtentwicklung "Stadräumliche Entwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen", Bundespolitische (Vertreter stadtentwicklungspolitisch relevanter Institutionen und Organisationen) und kommunale Experten (Vertreter der Kommunalverwaltung, der Kammern und Verbände der gewerblichen Wirtschaft, der Kreditwirtschaft und der Kommunalpolitik) werden mündlich befragt	Experten im Bereich Stadtentwicklung (N = 96)	Im Bereich der Stadtentwicklung dominieren markt- und wirtschaftsförderungsorientierte Ziele, nicht städtebauliche oder räumliche Ziele. Dabei kommt es häufig zu einer Vernachlässigung der Präferenzen der Stadtbevölkerung oder einzelner Bewohnergruppen.
41.	SCHMEHRER 1990	Bürgermeisterverfassung	Kleinstadt (Bad Dürkheim)	Position, Reputation: Elitenidentifikation über Vereinsregister, Presseanalyse, Auswertung von Vereinsmonographien, Festschriften, Gemeindegrogramm. Sektoreneinteilung nach PARSONS' AGIL-Schema, Befragung von 16 Experten für Listenvalidierung "Wer gehört Ihrer Meinung nach zu den maßgebenden Persönlichkeiten in Bad Dürkheim und wer gehört von dieser Liste nicht dazu?" Face-to-Face-Interviews: "Von welchen Personen auf dieser Liste wissen Sie sicher, daß sie in Bad Dürkheim jetzt (1988) allgemein sehr einflussreich sind?", "Wer ist Ihrer Meinung nach der einflussreichste von denen, die Sie genannt haben?", schriftliche und mündliche Befragung der Vorsitzenden der elf wichtigsten Freizeitvereine	Positionseliten (N = 63, RLQ = 94%) aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik, Vereine, Kultur, Religion, Bildung, Gesundheit	25 Personen gehören zur Top-Elite: Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende, Journalisten, Gemeinderäte, Bankdirektoren, Geschäftsführer, Vereinsvorsitzende, Bauunternehmer, allgemein Überrepräsentanz der politischen Elite
42.	BERKING/NECKEL 1991	Norddeutsche Ratsverfassung	Mittelstadt in Brandenburg (Pseudonym "Waldleben")	Position: "Bildet sich nach der Wende eine neue lokale politische Elite?", Analyse der Stadtratzusammensetzung, Tiefeninterview mit 30 lokalen Experten	Ratsmitglieder, lokale Experten	Ja, zum Großteil: 2/3 der Räte sind jünger als 45 Jahre, mehr als 1/3 jünger als 35 Jahre, beruflich vertreten diese die technische Intelligenz, die in DDR-Zeiten unterfordert war, das allgemeine Rollenverständnis ist eher fragil
43.	JAEDICKE/RUHLAND/WACHEN-DORFER/WOLLMANN/WONNEBERG 1991	Norddeutsche Ratsverfassung	Groß-u. Mittelstadt (Dortmund Krefeld)	Position, teilstandardisierte Tiefeninterviews, Dokumentenanalyse, Inhaltsanalyse der Presseberichterstattung, "Inwieweit beeinflussen die Parteien in Dortmund und Krefeld die kommunale Sozialpolitik?"	lokale Akteure im Bereich Sozialpolitik	Dortmund: neokorporatistische Strukturen zwischen Politik, Verwaltung und Organisationen ("Issue Network"), Krefeld: keine Einbindung der Organisationen, Parteipolitik eher unwichtig für Ausgabenhöhe, aber wichtig in bestimmten Akteurskonstellationen und bei Policy-Innovationen, hier spielen auch Wissensschaffler eine wichtige Rolle (Politikberatung)
44.	BERG/HARRE/MÖLLER 1992	Stadtstaat	Großstadt (Berlin)	Position: schriftliche Befragung der ostberliner Amtsleiter zu allgemeinen Demokratie- und Wertvorstellungen, Sozialisation in Institutionen sowie politische Vergangenheitsreflexion	Amtsleiter in ostberliner Bezirksamt	Amtsleiter fordern die Unterstützung von Minderheiten, größere Einflußmöglichkeiten für die Bürger, mehr Selbstverwaltung/-organisation,

							<p>sie sehen ihr Handeln frei von Parteivorgaben, allerdings fühlen sich 2/3 von rechtlichen bzw. administrativen Bedingungen eingeschränkt</p> <p>Der Vergleich der Rangpräferenzen zu neun kommunalen Themen zeigt nur eine geringe Übereinstimmung zwischen Politiker- und Bürgerpräferenzen</p> <p>Responsivität ist je nach Stadt unterschiedlich, insgesamt besteht aber nur eine schwache Beziehung zwischen Wähler- und Politikerpräferenzen, auch das jeweilige Politikfeld und die Fraktionszugehörigkeit spielen eine Rolle</p> <p>Die politisch-administrative Eliten bezeichnen die lokale Handlungsfähigkeit in vielen Politikbereichen als eher eingeschränkt, dies trifft vor allem auf Ostdeutschland zu</p>	<p>(N = 27, RLQ = 60%)</p> <p>Fraktionsmitglieder (CDU, CSU, CSM) Bevölkerung</p> <p>Ratsmitglieder (N = 144, RLQ = 54%)</p>
45.	GABRIEL 1992	Alle Gemeindeordnungen	14 Städte	<p>Position: mündliche Interviews (Fraktionen der CDU, CSU und CSM wurden zur Wichtigkeit von 15 kommunalen Aufgaben befragt), repräsentative Bevölkerungsbefragung zu neun kommunalen Aufgaben</p> <p>Position: "Welche Rolle spielen die von den Politikern perzipierten Wählerwünsche als Bestimmungsfaktoren für die finanzpolitischen Prioritäten der Ratsmitglieder?"</p>	<p>Position: mündliche Interviews (Fraktionen der CDU, CSU und CSM wurden zur Wichtigkeit von 15 kommunalen Aufgaben befragt), repräsentative Bevölkerungsbefragung zu neun kommunalen Aufgaben</p> <p>Position: "Welche Rolle spielen die von den Politikern perzipierten Wählerwünsche als Bestimmungsfaktoren für die finanzpolitischen Prioritäten der Ratsmitglieder?"</p>	<p>Groß- und Mittelstädte (Bamberg, Bonn, Ludwigshafen, Wiesbaden)</p>	<p>Position: mündliche Interviews (Fraktionen der CDU, CSU und CSM wurden zur Wichtigkeit von 15 kommunalen Aufgaben befragt), repräsentative Bevölkerungsbefragung zu neun kommunalen Aufgaben</p> <p>Position: "Welche Rolle spielen die von den Politikern perzipierten Wählerwünsche als Bestimmungsfaktoren für die finanzpolitischen Prioritäten der Ratsmitglieder?"</p>	<p>(N = 27, RLQ = 60%)</p> <p>Fraktionsmitglieder (CDU, CSU, CSM) Bevölkerung</p> <p>Ratsmitglieder (N = 144, RLQ = 54%)</p>
46.	GABRIEL u.a. 1992, GABRIEL/BRETTSCHELDER/KUNZ 1993	Alle Gemeindeordnungen	Groß- und Mittelstädte (Bamberg, Bonn, Ludwigshafen, Wiesbaden)	<p>Position: Gewählte Beamte der Gemeinderatungen (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadtdirektoren, Beigeordnete, Dezernenten), lokale Parteivorsitze, Fraktionsvorsitzende in den Gemeindeparlamenten, Ratsmitglieder und Amtsleiter. "Inwieweit sollten in den folgenden Politikbereichen die Gemeinderatungen die Hauptverantwortung tragen und inwieweit besitzen sie diese?"</p>	<p>Position: Gewählte Beamte der Gemeinderatungen (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadtdirektoren, Beigeordnete, Dezernenten), lokale Parteivorsitze, Fraktionsvorsitzende in den Gemeindeparlamenten, Ratsmitglieder und Amtsleiter. "Inwieweit sollten in den folgenden Politikbereichen die Gemeinderatungen die Hauptverantwortung tragen und inwieweit besitzen sie diese?"</p>	<p>80 Städte/ Gemeinden in West- und Ostdeutschland (25.000 bis 250.000 Einwohner)</p>	<p>Position: Gewählte Beamte der Gemeinderatungen (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadtdirektoren, Beigeordnete, Dezernenten), lokale Parteivorsitze, Fraktionsvorsitzende in den Gemeindeparlamenten, Ratsmitglieder und Amtsleiter. "Inwieweit sollten in den folgenden Politikbereichen die Gemeinderatungen die Hauptverantwortung tragen und inwieweit besitzen sie diese?"</p>	<p>Politisch-administrative Elite (N = 1231) Bevölkerung (N = 2400 in 30 Städten)</p>
47.	CUSACK/WEBELS 1996	Alle Gemeindeordnungen	80 Städte/ Gemeinden in West- und Ostdeutschland (25.000 bis 250.000 Einwohner)	<p>Reputations-, Entscheidungstechnik: Orientierungs- und Expertengespräche, Gemeinderatsbefragungen, Sekundäranalysen, Beobachtungen zum Thema Stadtentwicklung. Bürgerumfragen: "Wer hat den größten Einfluß auf die Entwicklung der Stadt?", "Hat Ihr 'Bürgerwille' Einfluß auf die Kommunalpolitik?"</p>	<p>Reputations-, Entscheidungstechnik: Orientierungs- und Expertengespräche, Gemeinderatsbefragungen, Sekundäranalysen, Beobachtungen zum Thema Stadtentwicklung. Bürgerumfragen: "Wer hat den größten Einfluß auf die Entwicklung der Stadt?", "Hat Ihr 'Bürgerwille' Einfluß auf die Kommunalpolitik?"</p>	<p>Groß- und Mittelstädte (Dresden, Heidelberg, Trier, Wuppertal)</p>	<p>Reputations-, Entscheidungstechnik: Orientierungs- und Expertengespräche, Gemeinderatsbefragungen, Sekundäranalysen, Beobachtungen zum Thema Stadtentwicklung. Bürgerumfragen: "Wer hat den größten Einfluß auf die Entwicklung der Stadt?", "Hat Ihr 'Bürgerwille' Einfluß auf die Kommunalpolitik?"</p>	<p>Ratsmitglieder (N = 128, RLQ = 57%) Bürger (N = 708) Entscheidung zur Stadtentwicklung</p>
48.	SCHNEIDER 1997	Städtische Ratsverfassung Bürgermeisterverfassung Norddeutsche Ratsverfassung	Groß- und Mittelstädte (Dresden, Heidelberg, Trier, Wuppertal)	<p>Position: schriftliche Befragung "Wie oft berücksichtigen ihrer Meinung nach Rat und Verwaltung in den einzelnen sportpolitischen Ausgabenbereichen die Wünsche der Bevölkerung?" bzw. "Woran sollte sich ein Mitglied der Kommunalvertretung bei seinem Abstimmungsverhalten im Kommunalparlament in erster Linie orientieren?" (Stadtteil, Parteiwähler, Gesamtstadt)</p>	<p>Position: schriftliche Befragung "Wie oft berücksichtigen ihrer Meinung nach Rat und Verwaltung in den einzelnen sportpolitischen Ausgabenbereichen die Wünsche der Bevölkerung?" bzw. "Woran sollte sich ein Mitglied der Kommunalvertretung bei seinem Abstimmungsverhalten im Kommunalparlament in erster Linie orientieren?" (Stadtteil, Parteiwähler, Gesamtstadt)</p>	<p>Großstadt (Stuttgart)</p>	<p>Position: schriftliche Befragung "Wie oft berücksichtigen ihrer Meinung nach Rat und Verwaltung in den einzelnen sportpolitischen Ausgabenbereichen die Wünsche der Bevölkerung?" bzw. "Woran sollte sich ein Mitglied der Kommunalvertretung bei seinem Abstimmungsverhalten im Kommunalparlament in erster Linie orientieren?" (Stadtteil, Parteiwähler, Gesamtstadt)</p>	<p>Ratsmitglieder (N = 43, RLQ = 72%)</p>
49.	WALTER 1997	Städtische Ratsverfassung	Großstadt (Stuttgart)	<p>Position: schriftliche Befragung "Wie oft berücksichtigen ihrer Meinung nach Rat und Verwaltung in den einzelnen sportpolitischen Ausgabenbereichen die Wünsche der Bevölkerung?" bzw. "Woran sollte sich ein Mitglied der Kommunalvertretung bei seinem Abstimmungsverhalten im Kommunalparlament in erster Linie orientieren?" (Stadtteil, Parteiwähler, Gesamtstadt)</p>	<p>Position: schriftliche Befragung "Wie oft berücksichtigen ihrer Meinung nach Rat und Verwaltung in den einzelnen sportpolitischen Ausgabenbereichen die Wünsche der Bevölkerung?" bzw. "Woran sollte sich ein Mitglied der Kommunalvertretung bei seinem Abstimmungsverhalten im Kommunalparlament in erster Linie orientieren?" (Stadtteil, Parteiwähler, Gesamtstadt)</p>	<p>Großstadt (Stuttgart)</p>	<p>Position: schriftliche Befragung "Wie oft berücksichtigen ihrer Meinung nach Rat und Verwaltung in den einzelnen sportpolitischen Ausgabenbereichen die Wünsche der Bevölkerung?" bzw. "Woran sollte sich ein Mitglied der Kommunalvertretung bei seinem Abstimmungsverhalten im Kommunalparlament in erster Linie orientieren?" (Stadtteil, Parteiwähler, Gesamtstadt)</p>	<p>Ratsmitglieder (N = 43, RLQ = 72%)</p>
50.	FRERK 1998	Norddeutsche Ratsverfassung	Mittelstädte (Oberhausen, Krefeld, Mülheim a.d. Ruhr, Solingen)	<p>Position: schriftliche Befragung zu 12 Sachfragen "Inwieweit stimmen Sie persönlich dieser Aussage zu oder lehnen sie ab? Inwieweit stimmt nach Ihrer Auffassung die Mehrheit der Bevölkerung der Aussage zu oder lehnt sie ab? Inwieweit stimmt nach Ihrer Auffassung die Mehrheit Ihrer Fraktionskollegen der Aussage zu oder lehnt sie ab?"</p>	<p>Position: schriftliche Befragung zu 12 Sachfragen "Inwieweit stimmen Sie persönlich dieser Aussage zu oder lehnen sie ab? Inwieweit stimmt nach Ihrer Auffassung die Mehrheit der Bevölkerung der Aussage zu oder lehnt sie ab? Inwieweit stimmt nach Ihrer Auffassung die Mehrheit Ihrer Fraktionskollegen der Aussage zu oder lehnt sie ab?"</p>	<p>Mittelstädte (Oberhausen, Krefeld, Mülheim a.d. Ruhr, Solingen)</p>	<p>Position: schriftliche Befragung zu 12 Sachfragen "Inwieweit stimmen Sie persönlich dieser Aussage zu oder lehnen sie ab? Inwieweit stimmt nach Ihrer Auffassung die Mehrheit der Bevölkerung der Aussage zu oder lehnt sie ab? Inwieweit stimmt nach Ihrer Auffassung die Mehrheit Ihrer Fraktionskollegen der Aussage zu oder lehnt sie ab?"</p>	<p>Ratsmitglieder (N = 148, RLQ = 63%)</p>

<sup>1</sup> Gemeinden: bis 10.000 Einwohner, Kleinstädte: 10.000 bis 250.000, Großstädte: über 250.000 Einwohner

<sup>2</sup> RLQ = Rücklaufquote

## **ANHANG B: Tabellen und Schaubilder des empirischen Teils**

Tabelle 33: Parteimitgliedschaft bzw. Parteineigung der Eliten (in Prozent)

	Politische Elite	Stadträte	Politiker	Bezirksbeiräte	Andere Sektoren	Bildung	Bürgergruppen	Gesundheit	Gewerkschaft	Kirche
Nein	5,9	-	2,2	6,1	29,8	29,2	24,2	38,2	26,0	22,9
CDU	18,4	32,4	11,1	15,2	28,9	27,1	9,1	26,5	26,0	27,1
SPD	27,0	26,5	33,3	24,2	20,1	16,7	36,4	2,9	38,0	39,6
FDP/DVP	19,1	8,8	28,9	19,7	9,0	12,5	9,1	20,6	2,0	6,3
Die Grünen	12,5	14,7	13,3	12,1	10,8	14,6	15,2	8,8	4,0	4,2
FWV/UBL	7,2	8,8	2,2	10,6	0,6	-	3,0	-	-	-
ÖDP	1,3	2,9	2,2	-	0,6	-	-	-	-	-
REP	7,9	5,9	4,4	12,1	0,1	-	-	-	2,0	-
N	152	34	45	66	667	48	33	34	50	48
	Kultur	Medien	Soziales	Sport/ Freizeit	Städtebau	Umwelt	Verkehr	Verwaltung	Wirtschaft	
Nein	33,3	42,0	28,6	21,6	40,0	20,8	14,3	28,4	25,6	
CDU	17,9	16,0	14,3	54,1	20,0	14,6	57,1	40,3	50,0	
SPD	20,5	18,5	21,4	13,5	10,0	22,9	9,5	16,4	7,7	
FDP/DVP	7,7	3,7	7,1	8,1	20,0	2,1	14,3	7,5	14,1	
Die Grünen	11,5	17,3	25,0	-	6,7	29,2	4,8	7,5	1,3	
FWV/UBL	-	-	-	2,7	-	2,1	-	-	1,3	
ÖDP	1,3	-	3,6	-	-	4,2	-	-	-	
REP	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
N	78	81	28	37	30	48	21	67	78	

Frage an Stadträte, Politiker und Bezirksbeiräte: In welcher Partei sind Sie Mitglied? Frage an andere Elite-Sektoren: Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl Sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen? Neigen Sie ganz allgemein gesprochen einer bestimmten Partei zu?  
CRAMER'S V .32 (Signifikanz .000) für die Parteineigung CDU, SPD, FDP/DVP und Grüne bei den anderen Sektoren (außer politische Elite)

Tabelle 34: Parteimitgliedschaft der Stuttgarter Bezirksbeiräte (Anzahl der Sitze in den einzelnen Stadtteilen)

	Stadtteil	CDU	SPD	Bündnis90/ Die Grünen	FDP	FWV	REP	Gesamtsitze
1.	Stuttgart-Mitte	4	4	4	1	-	-	13
2.	Stuttgart-Nord	5	3	3	1	-	1	13
3.	Stuttgart-Ost	5	5	3	1	1	1	16
4.	Stuttgart-Süd	5	5	4	-	1	1	16
5.	Stuttgart-West	6	6	5	1	1	1	20
6.	Bad Cannstatt	7	6	3	1	1	2	20
7.	Birkach	4	2	2	1	-	-	9
8.	Botnang	4	3	1	2	1	-	11
9.	Degerloch	4	3	2	1	1	-	11
10.	Feurbach	4	4	2	1	1	1	13
11.	Hedelfingen	3	2	1	-	3	-	9
12.	Möhringen	5	4	2	1	-	1	13
13.	Mühlhausen	5	5	1	-	-	2	13
14.	Münster	3	4	1	-	-	-	8
15.	Obertürkheim	3	3	1	-	2	-	9
16.	Plieningen	4	4	2	1	-	-	11
17.	Sillenbuch	6	3	2	1	1	-	13
18.	Stammheim	4	4	1	1	-	-	10
19.	Untertürkheim	4	4	1	1	1	-	11
20.	Vaihingen	6	4	3	1	1	1	16
21.	Wangen	4	3	2	-	1	-	10
22.	Weilimdorf	4	4	2	1	1	1	13
23.	Zuffenhausen	6	5	2	1	1	1	16
	Gesamtsitze	105	90	50	18	18	13	294
	Gesamtverteilung	35,7 %	30,6 %	17,0 %	6,1 %	6,1 %	4,4 %	100%
	Anzahl Befragte	23	23	23	18	18	13	118
	Rücklauf	16,1 %	25,8 %	21,0 %	12,9 %	11,3 %	12,9 %	100%

Tabelle 35: Vergleich von Eliten und Bürgern nach Geschlecht (in Prozent)

Geschlecht	Bürger	Gesamtelite	Politisch-administrative Elite	Gesellschaftliche Elite	Soziales	Politik	Kultur	Stadträte	Umwelt	Gesundheit	Medien/Verlage
Weiblich	51,7	14,5	15,9	14,1	51,7	22,2	20,3	20,6	18,4	17,1	16,9
Männlich	48,3	85,1	84,1	85,9	48,3	77,8	79,7	79,4	81,6	82,9	83,1
Frauenanteil im Vergleich zur Bevölkerung	+3,4	-37,2	-35,8	-37,6	0	-29,5	-31,4	-31,1	-33,3	-34,6	-34,8
N	560925	844	214	626	29	45	79	34	49	35	83
Geschlecht	Bezirksbeiräte	Sport/ Freizeit	Kirche	Bildung	Städtebau	Bürgergruppen	Verwaltung	Gewerkschaft	Verkehr	Wirtschaft	
Weiblich	16,7	10,5	10,2	10,0	10,0	8,8	8,7	8,3	4,2	3,8	
Männlich	83,3	89,5	79,7	90,0	90,0	91,2	91,3	91,7	95,8	96,2	
Frauenanteil im Vergleich zur Bevölkerung	-35,0	-41,2	-41,5	-41,7	-41,7	-42,9	-43,0	-43,4	-47,5	-47,9	
N	66	38	49	50	30	34	69	48	24	78	

CRAMER'S V für Geschlecht nach Sektorzugehörigkeit .26 (Signifikanz .000)

Tabelle 36: Vergleich von Eliten und Bürgern nach Alter, Konfession, Bildung und Beruf (in Prozent)

Alter	17-27	28-38	39-49	50-60	> 60	N
Eliten	1,9	10,4	26,5	42,9	18,5	836
Bürger	16,8	24,4	18,0	20,2	20,6	457245
Differenz	-14,9	-14,0	+8,5	+22,7	-2,1	
Konfession	Katholisch	Evangelisch	Andere/ Keine			
Eliten	23,5	48,8	26,5			
Bürger	28,5	35,4	36,1			
Differenz	+5,0	+13,4	-9,6			
Bildung	Kein Abschluß	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Studium	N
Eliten	-	9,4	15,2	13,6	61,6	828
Bürger	24,2	36,5	19,7	7,8	11,8	382771 <sup>1</sup>
Differenz	-24,2	-27,1	-4,5	+5,8	+49,8	
Beruf	ohne Beruf	Einfacher Arbeiter	Facharbeiter mit Lehre	Ausführender Angestellter	Qualifizierter Angestellter	Leitender Angestellter
Eliten	2,2	0,2	1,3	3,0	7,1	30,3
Bürger	4,8	6,2	7,2	11,9	10,2	8,2
Differenz	-2,6	-6,0	-5,9	-8,9	-3,1	+22,1
	Beamter einfa- cher Dienst	Beamter mittlerer Dienst	Beamter gehobe- ner Dienst	Selbständig	Hausfrau/mann	Rentner
Eliten	0,5	2,8	21,7	20,0	1,7	6,5
Bürger	1,1	1,2	2,8	5,4	18,4	22,7
Differenz	-0,6	+1,6	+18,9	+14,6	-16,7	-16,2

<sup>1</sup> wahlberechtigte Deutsche, gilt auch für die Berufstätigkeit.

Tabelle 37: Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen (in Prozent)

	Keine Mitgliedschaft	Mitgliedschaft in einer Organisation	Mitgliedschaft in mehr als 2 Organisationen	Kulturverein	Sportverein	Wirtschafts/Berufsverband	Sozialer Verein	Kirchlicher/religiöser Verein	Gewerkschaft	Partei	Umweltverein	Heimat-Bürgerverein	Hobby-Gesellschaftsverein	VermieterMieterverein	Sonstiges
Eliten	10,1	18,1	71,8	33,5	31,0	24,9	24,4	18,1	17,9	16,8	14,2	14,2	12,8	-	-
N	85	151	602	283	262	210	206	153	151	142	120	120	108	-	-
Bürger	35,8	40,1	24,0	-	23,6	7,7	-	11,1	11,6	2,9	-	4,7	7,7	9,9	18,4
N	862	965	578	-	568	186	-	266	279	70	-	112	185	238	443

Eliten-Frage: Sind Sie in einem Verein, Verband oder einer Organisation Mitglied? Wenn ja, welchem Bereich würden Sie Ihre Mitgliedschaft zuordnen? (Mehrfachantworten sind möglich!) Bürger-Frage: Sind Sie Mitglied in Vereinen, Organisationen oder Berufsverbänden? (Bitte Zutreffendes ankreuzen!)

Tabelle 38: Ehrenamtliche Tätigkeiten von Eliten und Bürgern (in Prozent)

	Gesamt	Soziale Aufgaben	Kulturarbeit	Sport	Politische Aufgaben	Kirchliche Aufgaben	Jugendarbeit	Umweltschutz	Heimspflege	Sonstiges
Eliten	72,9	24,3	21,8	12,9	12,2	11,8	10,1	9,9	8,6	16,5
N	615	205	184	109	103	100	85	84	73	139
Bürger	35,1	8,6	3,8	10,9	2,3	7,8	4,9	2,4	1,8	5,0
N	845	206	91	261	56	187	117	57	44	120

Eliten- und Bürger-Frage: In welchen Bereichen übernehmen Sie ehrenamtlich Aufgaben bzw. sind Sie aktiv tätig?

Tabelle 39: Informationsquellen über das kommunalpolitische Geschehen (in Prozent)

	Rundfunk/Fernsehen	Tageszeitung	Wochenblatt	Gespräche mit Kollegen/Bekanntem	Amtsblatt	Veranstaltungen von Vereinen/Parteien	Teilnahme an Bürgerversammlungen	Besuch von Bezirksbeirats-sitzungen	Besuch von Gemeinderats-sitzungen
Bürger	80,5	80,0	55,2	52,5	33,8	12,7	10,1	3,5	1,2
N	1937	1923	1327	1263	814	305	244	84	29

Frage: Wie informieren Sie sich über das kommunalpolitische Geschehen in Stuttgart?



Tabelle 41: Lokale Machtstruktur in der Wahrnehmung verschiedener Sektoren (Prozentsatzdifferenz)

	Bürgermeister	Partei CDU	Stadtrat	Unternehmen	Verwaltung	Lokale Medien	Partei SPD	Ausschüsse	Partei Grüne	Interessen	Partei FDP	Bezirksbeiräte	Gewerkschaften	Bürger	Ø-Differenz	N
Gesamt Ø	78	77	69	59	53	50	39	33	24	23	18	14	13	10		844
Stadträte	+7	+5	+10	-18	+6	+29	-1	+11	+5	-5	+9	-11	+5	+8	+60	34
Sport/Freizeit	+2	+5	+16	-10	+1	-4	+7	-5	+9	+5	+5	-6	+10	+3	+38	39
Bürgergruppen	+1	-7	+10	-6	+12	+6	+3	+2	-3	+12	-6	-8	+2	+8	+26	34
Bezirksbeiräte	-4	-1	-1	+9	-1	-1	-1	+5	+3	+1	+6	+10	-2	-4	+19	66
Verwaltung	0	-3	+6	-11	-4	+2	+3	-3	+8	+5	+4	+3	+3	+2	+15	69
Kirche	-9	-1	-6	+2	+8	-3	-2	+8	+7	-3	-6	+8	+14	-4	+13	49
Wirtschaft	+4	+1	-3	-7	+4	+1	+3	-3	+1	-1	+5	+1	+1	+3	+10	79
Bildung	+2	+9	+5	+13	-5	-2	+5	+3	-10	+1	-2	-6	+3	-6	+10	50
Politik	+4	+10	-5	-8	+5	+10	+3	-13	+3	-1	+2	-3	-6	+6	+7	45
Verkehr	+5	-14	+6	-17	+10	+17	+19	0	+1	-15	-1	-1	-9	-2	-1	24
Lokale Medien	+6	-1	-10	+10	+7	+3	-2	-8	-6	+5	-11	+1	-3	0	-9	83
Kultur	-3	0	-1	+7	-1	-6	-6	0	-4	-1	+5	0	-4	-1	-15	79
Gesundheit	+5	-14	+5	-19	+1	-4	-10	-2	+5	-5	-1	-3	+16	-1	-27	35
Städtebau	-15	-14	+4	-9	-6	-7	+8	+7	0	0	+2	+6	-10	+3	-31	30
Umwelt	-4	+5	-6	+19	-2	-9	-6	0	-10	-3	-6	0	-5	-4	-31	49
Soziales	-9	-1	0	+13	-8	-15	-15	+2	+7	-5	-4	+3	-10	-3	-45	29
Gewerkschaft	-6	+1	-5	-3	-23	-2	-1	-1	0	-9	-2	-2	+3	-4	-54	50
CRAMER's V	.13	.15	.15	.22	.15	.17	.13	.12	.13	.12	.15	.15	.19	.13		
Signifikanz	n.s.	n.s.	n.s.	.000	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.011	n.s.		

Frage: Welche Gruppen, Organisationen oder Institutionen haben Ihrer Meinung nach einen besonders großen Einfluß auf die Kommunalpolitik in Stuttgart?

Tabelle 42: Lokale Machtstruktur im Vergleich von Eliten und Parteimitgliedern (in Prozent)

	Eliten	Rangplatz	N	Partei-mitglieder	Rangplatz	N	Politisch-administrative Elite	Rangplatz	N	Gesellschaftliche Elite	Rangplatz	N	Partei-mitglieder mit Amt/Funktion	Rangplatz	N	Partei-mitglieder ohne Amt/Funktion	Rangplatz	N
Oberbürgermeister	77,6	1	844	78,2	1	1232	79,0	1	214	77,1	1	630	82,5	1	351	76,7	1	863
Gemeinderat	69,3	2	844	67,2	3	1229	71,5	2	214	68,6	2	630	71,1	2	352	65,6	3	859
Wirtschaftsunternehmen	58,5	3	844	70,4	2	1222	53,7	4	214	60,2	3	630	68,5	4	351	71,1	2	853
Stadtverwaltung	53,1	4	844	64,9	4	1227	53,3	5	214	53,0	4	630	68,7	3	351	63,5	4	858
Lokale Medien	50,2	5	844	49,3	6	1226	57,0	3	214	47,9	5	630	50,6	6	352	48,3	6	856
Lokale Parteien <sup>1</sup>	39,5	6	844	52,9	5	1220	42,7	6	214	38,5	6	630	54,9	5	351	52,1	5	852
Interessengruppen	22,5	7	844	12,3	7	1214	23,8	7	214	22,1	7	630	11,7	7	349	12,3	7	847
Bezirksbeiräte	14,2	8	844	9,6	8	1222	15,9	8	214	13,7	8	630	8,6	8	352	9,8	8	853
Bürger/Bürgerinitiativen	9,8	9	844	8,0	9	1226	11,7	9	214	9,2	9	630	8,3	9	352	7,9	9	856

Elite-Frage: "Welche Gruppen, Organisationen oder Institutionen haben Ihrer Meinung nach einen besonders großen Einfluß auf die Kommunalpolitik in Stuttgart?"  
 Parteimitglieder-Frage: "Wie hoch schätzen Sie den Einfluß der folgenden Personen und Organisationen auf die Kommunalpolitik ein?" (Nur Antwortkategorien "Sehr hoch"/"Eher hoch")  
<sup>1</sup> für die Eliten arithmetisches Mittel aus der Einstufung der vier Parteien CDU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen.

Tabelle 43: Korrelationsmatrix lokale Machtstruktur von Eliten und Parteimitgliedern im Vergleich (SPEARMAN's r)

	Eliten	Politisch-administrative Elite	Gesellschaftliche Elite	Parteimitglieder	Parteimitglieder mit Amt/Funktion
Politisch-administrative Elite	.95				
Gesellschaftliche Elite	1.00	.95			
Parteimitglieder	.97	.87a	.97		
Parteimitglieder mit Amt/Funktion	.97	.88a	.97	.95	
Parteimitglieder ohne Amt/Funktion	.97	.87a	.97	1.00	.95

Für alle Korrelationskoeffizienten gilt  $p \leq .001$ , mit Ausnahme von a:  $p \leq .01$

Tabelle 45a: Wichtigkeit einzelner Akteure für Meinungsbildung: Politisch-administrative und gesellschaftliche Elite im Vergleich (Mittelwerte)

Wichtigkeit	Gesamtelite	Rang	N	Politisch-administrative Elite	Rang	N	Gesellschaftliche Elite	Rang	N	Sign.
Lokale Medien	0,61	1	755	0,39	4	191	0,69	1	564	.000
Gemeinderat	0,49	2	598	0,62	2	58	0,48	2	540	-
Bürgermeister	0,40	3	748	0,26	8	188	0,44	3	560	.010
Bürger	0,36	4	676	0,55	3	183	0,28	4	493	.000
Verwaltung	0,29	5	732	0,40	4	183	0,25	6	549	.019
Lokale Parteien	0,28	6	722	<b>0,37<sup>2</sup></b>	<b>6</b>	<b>186</b>	0,27	5	536	-
Ausschüsse	0,25	7	702	0,37	6	178	0,21	8	524	.025
Unternehmen	0,21	8	703	0,12	10	182	0,24	7	521	-
Interessen	0,08	9	688	-0,03	11	179	0,12	9	509	.021
Bezirksbeiräte	-0,09	10	660	0,14	9	153	-0,16	10	507	.000
Gewerkschaften	-0,27	11	697	-0,34	13	177	-0,25	11	520	-
Eigene Partei	-	-	-	0,75	1	136	-	-	-	-
Andere Parteien	-	-	-	-0,09	12	122	-	-	-	-

Tabelle 45b: Wichtigkeit einzelner Akteure für Meinungsbildung nach Sektoren (Mittelwerte)

Wichtigkeit	Sign.	Stadträte	Rang	N	Politik	Rang	N	Verwaltung	Rang	N	Wirtschaft	Rang	N	Bürgergruppen	Rang	N	Bildung	Rang	N	Gesundheit	Rang	N
Lokale Medien	-	-0,23	9	28	0,72	2	43	0,63	1	60	0,66	2	71	0,77	2	31	0,76	1	49	0,31	5	29
Gemeinderat		-	-	-	-	-	-	0,62	2	58	0,54	4	69	0,43	3	30	0,52	2	48	-	-	-
Bürgermeister	.011	0,01	6	30	0,41	5	41	0,60	3	58	0,76	1	74	0,00	10	28	0,43	3	49	0,14	6	29
Bürger	.000	0,88	2	30	0,53	3	40	0,29	1	52	0,11	9	62	0,83	1	29	0,12	8	42	0,00	9	26
Verwaltung	.040	0,07	4	29	0,36	6	39	0,50	4	56	0,25	6	67	0,24	4	29	0,15	6	48	0,14	6	28
Lokale Parteien	.000	<b>0,26</b>		<b>30</b>	<b>0,53</b>	-	<b>41</b>	0,37	6	57	0,28	5	69	0,13	7	30	0,13	7	47	0,46	2	28
Ausschüsse	-	0,41	3	28	0,11	8	38	0,52	4	54	0,17	8	65	0,11	8	27	0,17	5	46	0,12	8	26
Unternehmen	-	-0,15	7	27	0,48	4	40	0,09	8	56	0,57	3	67	0,17	5	29	0,21	4	47	0,38	4	29
Interessen	.000	0,03	5	29	0,05	9	39	-0,21	10	52	0,22	7	65	0,14	6	28	0,00	9	44	0,00	9	28
Bezirksbeiräte		-	-	-	-0,21	11	38	-0,07	9	54	-0,28	10	64	0,07	9	28	-0,31	10	42	-	-	-
Gewerkschaften	.001	-0,20	8	27	-0,16	10	37	-0,27	11	55	-0,30	11	66	-0,07	11	28	-0,32	11	44	-0,66	11	29
Eigene Partei	.000	0,91	1	32	0,77	1	43	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,57	1	30
Andere Parteien	.000	-0,39	10	28	0,28	7	39	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,46	2	28

	Gewerkschaften	Rang	N	Kirche	Rang	N	Kultur	Rang	N	Medien	Rang	N	Soziales	Rang	N	Sport/ Freizeit	Rang	N	Städtebau	Rang	N	Umwelt	Rang	N	Verkehr	Rang	N
Lokale Medien	0,76	1	41	0,73	1	44	0,63	1	70	0,74	1	76	0,73	1	22	0,57	3	37	0,65	1	26	0,70	1	44	0,70	3	23
Gemeinderat	0,52	2	42	0,48	2	42	0,41	3	63	0,48	2	71	0,43	3	21	0,67	2	33	0,63	2	24	0,26	3	46	0,64	4	22
Bürgermeister	0,27	4	41	0,33	3	45	0,59	2	70	0,35	5	74	0,05	8	22	0,84	1	38	0,56	3	25	-0,02	8	44	0,82	1	22
Bürger	0,16	8	37	0,13	7	39	0,12	7	65	0,41	3	64	0,52	2	21	0,40	5	30	0,35	4	23	0,54	2	41	0,36	8	14
Verwaltung	0,23	6	40	0,16	6	45	0,38	4	68	0,09	8	70	0,08	7	24	0,44	4	36	0,35	4	26	0,22	6	45	0,73	2	22
Lokale Parteien	0,36	3	44	0,09	8	44	0,34	5	64	0,41	3	70	0,26	5	19	0,06	8	32	0,23	7	22	0,25	4	44	0,45	7	22
Ausschüsse	0,26	5	39	0,29	5	41	0,33	6	67	-0,05	9	65	0,36	4	22	0,38	6	37	0,33	6	24	0,10	7	42	0,48	6	21
Unternehmen	0,16	8	37	0,07	9	43	0,12	7	64	0,28	6	69	0,00	9	20	0,30	7	37	0,15	9	20	-0,07	9	41	0,63	5	19
Interessen	0,00	11	38	0,30	4	40	-0,03	9	66	0,12	7	69	0,16	6	19	0,06	8	33	0,23	7	22	0,24	5	42	0,24	9	17
Bezirksbeiräte	0,11	10	38	-0,15	11	41	-0,26	11	57	-0,32	10	63	-0,05	10	21	-0,29	10	35	0,08	10	25	-0,09	10	46	0,00	10	19
Gewerkschaften	0,18	7	44	-0,05	10	40	-0,23	10	66	-0,42	11	65	-0,20	11	20	-0,32	11	37	-0,45	11	20	-0,20	11	44	-0,29	11	17

<sup>1</sup> nicht gefragt; <sup>2</sup> für die Stadträte, die Politiker und die Bezirksbeiräte wurde das arithmetische Mittel aus den Angaben zur eigenen Partei und den anderen Parteien berechnet.

Frage: Wie wichtig sind die folgenden Gruppen/Organisationen/Institutionen für Ihre kommunalpolitische Meinungsbildung? (+1 = Sehr/eher wichtig, 0 = Teils/teils, -1 = Eher/völlig unwichtig)

Tabelle 48a: Ausgabenpräferenzen einzelner Elitensektoren 1997 (Mittelwerte)

	Räte	Rangplatz	Eliten	Stdv.	Rangplatz	Politik	Rangplatz	Bezirksbeiräte	Rangplatz	Verwaltung	Rangplatz	Wirtschaft	Rangplatz	Bürgervereine	Rangplatz	Bildung	Rangplatz	Gesundheit	Rangplatz
Drogenpolitik	0,72	1	0,52	0,67	3	0,60	2	0,60	2	0,41	4	0,53	2	0,71	3	0,58	2	0,42	3
Wirtschaftsförderung	0,60	2	0,25	0,72	8	0,30	8	0,22	8	0,34	5	0,49	3	0,24	11	0,30	8	0,33	5
Öffentliche Sicherheit	0,59	3	0,42	0,65	4	0,33	7	0,61	1	0,49	2	0,57	1	0,47	7	0,44	4	0,29	7
Wissenschaft/Forschung	0,59	3	0,55	0,63	2	0,64	1	0,55	4	0,48	3	0,48	4	0,68	5	0,70	1	0,67	1
ÖPNV	0,53	5	0,56	0,60	1	0,39	5	0,60	2	0,51	1	0,31	5	0,74	2	0,56	3	0,64	2
Schulbau/-unterhaltung	0,48	6	0,30	0,60	7	0,40	4	0,54	5	0,21	8	0,14	7	0,67	6	0,34	7	0,26	8
Kindergärten/-tagesheime	0,44	7	0,41	0,62	5	0,52	3	0,50	6	0,24	6	0,12	8	0,79	1	0,42	5	0,38	4
Jugendpolitik	0,34	8	0,41	0,67	5	0,36	6	0,43	7	0,22	7	0,22	6	0,71	3	0,40	6	0,24	9
Städtebau/-planung	0,08	9	0,08	0,73	9	0,16	10	0,06	10	0,00	12	0,10	9	0,35	9	0,20	10	-0,06	16
Abwasserbeseitigung	0,02	10	-0,02	0,52	15	0,00	12	0,04	11	0,00	12	-0,16	12	-0,03	16	0,06	13	-0,03	14
Abfallbeseit./-vermeidung	0,01	11	0,06	0,63	11	-0,02	13	0,02	13	0,14	9	-0,13	11	0,21	13	0,18	11	-0,03	14
Sport-/Freizeiteinricht.	-0,03	12	-0,19	0,71	17	-0,23	17	-0,16	15	-0,22	16	-0,25	18	-0,03	16	-0,24	20	-0,32	21
Parks/Erholungseinricht.	-0,06	13	-0,002	0,67	14	-0,02	13	0,04	11	0,06	10	-0,19	14	0,21	13	0,04	15	0,09	10
Seniorenpolitik	-0,12	14	-0,04	0,69	16	-0,06	15	-0,01	14	-0,17	15	-0,23	17	0,38	8	-0,02	16	0,00	12
Gesundheitswesen	-0,14	15	0,08	0,61	9	-0,16	16	0,13	9	0,02	11	-0,18	13	0,24	11	0,06	13	0,33	5
Beratung ausl. Bürger	-0,14	15	0,003	0,70	13	0,18	9	-0,21	16	-0,14	14	-0,22	16	-0,03	16	0,22	9	0,00	12
Kulturpolitik	-0,21	17	0,004	0,77	12	0,09	11	-0,24	18	-0,22	16	-0,19	14	0,35	9	0,14	12	0,03	11
Wohnungsbau	-0,21	17	-0,19	0,78	17	-0,38	19	-0,21	16	-0,35	19	-0,52	21	0,00	15	-0,14	17	-0,33	22
Energieversorgung	-0,22	19	-0,30	0,55	20	-0,45	20	-0,35	21	-0,33	18	-0,43	20	-0,09	20	-0,14	17	-0,13	18
Straßenbau	-0,43	20	-0,40	0,73	21	-0,47	21	-0,29	19	-0,47	21	-0,07	10	-0,42	21	-0,43	21	-0,09	17
Sozialpolitik	-0,43	20	-0,19	0,75	17	-0,23	17	-0,32	20	-0,37	20	-0,62	22	-0,06	19	-0,18	19	-0,24	19
Parkplatzbau	-0,68	22	-0,54	0,70	22	-0,73	22	-0,40	22	-0,66	22	-0,34	19	-0,55	22	-0,58	22	-0,27	20
Ø über alle 22 Bereiche	0,07					0,06		0,10		0,01		-0,03		0,25		0,13		0,10	

Skala von -1 = Ausgabenkürzung, 0 = Beibehaltung der Ausgaben, +1 = Ausgabenerhöhung

Tabelle 48b: Ausgabenpräferenzen einzelner Elitensektoren 1997 (Mittelwerte)

	Gewerkschaft	Rangplatz	Kirche	Rangplatz	Kultur	Rangplatz	Medien	Rangplatz	Soziales	Rangplatz	Sport/ Freizeit	Rangplatz	Städtebau	Rangplatz	Umwelt	Rangplatz	Verkehr	Rangplatz	Sign.
Drogenpolitik	0,37	7	0,55	4	0,41	5	0,43	4	0,56	5	0,61	2	0,53	3	0,63	2	0,61	3	-
Wirtschaftsförderung	0,46	4	-0,06	15	0,06	14	0,32	6	0,11	14	0,36	6	0,33	6	-0,25	19	0,55	4	.000
Öffentliche Sicherheit	0,46	4	0,18	9	0,35	8	0,17	8	0,43	7	0,64	1	0,50	4	0,36	6	0,70	1	.000
Wissenschaft/Forschung	0,56	2	0,57	2	0,58	3	0,58	2	0,41	8	0,33	7	0,73	1	0,37	5	0,64	2	-
ÖPNV	0,80	1	0,67	1	0,50	4	0,62	1	0,63	3	0,45	4	0,63	2	0,67	1	0,48	5	.002
Schulbau/-unterhaltung	0,34	8	0,10	11	0,16	9	0,30	7	0,61	4	0,24	9	0,33	6	0,35	7	0,13	7	.000
Kindergärten/-tagesheime	0,48	3	0,43	5	0,40	6	0,41	5	0,75	2	0,38	5	0,40	5	0,47	4	0,13	7	.000
Jugendpolitik	0,41	6	0,57	2	0,59	1	0,45	3	0,79	1	0,29	8	0,27	9	0,51	3	0,17	6	.000
Städtebau/-planung	0,04	12	-0,13	19	0,15	11	0,16	9	0,04	17	-0,19	16	0,33	6	-0,10	17	0,05	10	.042
Abwasserbeseitigung	0,06	11	0,06	13	-0,07	18	-0,11	15	0,04	17	-0,03	13	-0,07	14	0,10	13	-0,04	12	-
Abfallbesetz/-vermeidung	0,14	10	0,17	10	0,01	17	0,00	13	0,11	14	0,08	10	-0,07	14	0,20	10	0,09	9	-
Sport-/Freizeiteinricht.	-0,24	19	-0,31	20	-0,08	19	-0,37	19	-0,11	19	0,51	3	-0,20	18	-0,37	20	0,04	11	.000
Parks/Erholungseinricht.	0,00	14	-0,10	18	0,03	16	-0,18	17	0,11	14	0,03	12	0,00	12	0,21	9	-0,04	12	.000
Seniorenpolitik	-0,04	15	-0,08	16	0,14	12	-0,06	14	0,22	11	-0,16	14	-0,17	17	0,13	12	-0,35	18	.000
Gesundheitswesen	0,24	9	0,06	13	0,16	9	0,06	10	0,35	10	0,08	10	0,07	10	0,27	8	-0,17	15	.000
Beratung ausl. Bürger	-0,12	17	0,29	7	0,37	7	0,04	11	0,14	13	-0,26	20	-0,10	16	0,06	14	-0,35	18	.000
Kulturpolitik	-0,17	18	-0,08	16	0,59	1	0,04	11	0,22	11	-0,18	15	0,03	11	-0,04	16	-0,30	16	.000
Wohnungsbau	0,04	12	0,08	12	0,04	15	-0,31	18	0,48	6	-0,26	20	-0,03	13	-0,02	15	-0,52	21	.000
Energieversorgung	-0,29	20	0,36	6	-0,29	20	-0,38	20	-0,22	20	-0,24	18	-0,28	19	-0,10	17	-0,45	20	.012
Straßenbau	-0,41	21	-0,71	21	-0,49	22	-0,49	21	-0,64	21	-0,24	18	-0,47	21	-0,61	21	-0,04	12	.000
Sozialpolitik	-0,10	16	0,29	7	0,12	13	-0,16	16	0,36	9	-0,55	21	-0,40	20	0,14	11	-0,57	22	.000
Parkplatzbau	-0,67	22	-0,73	22	-0,41	21	-0,69	22	-0,75	22	-0,21	17	-0,70	22	-0,67	22	-0,30	16	-
Ø über alle 22 Bereiche	0,11		0,10		0,15		0,04		0,21		0,08		0,08		0,11		0,02		

Skala von -1 = Ausgabenkürzung, 0 = Beibehaltung der Ausgaben, +1 = Ausgabenerhöhung

Tabelle 50: Korrelationsmatrix für die Ausgabenpräferenzen der politisch-administrativen Elite und der gesellschaftlichen Sektoren (SPEARMAN'S R)

	PAS-Elite	Wirtschaft	Bürgervereine	Bildung	Gesundheit	Gewerkschaft	Kirche	Kultur	Medien	Soziales	Sport/ Freizeit	Städtebau	Umwelt
Wirtschaft	.87												
Bürgervereine	.88	.72											
Bildung	.95	.84	.86										
Gesundheit	.86	.80	.82	.87									
Gewerkschaft	.80	.76	.75	.76	.79								
Kirche	.61a	n.s.	.56a	.69	.62a	.65a							
Kultur	.53b	.51b	.70	.66a	.71	.63a	.63a						
Medien	.73	.77	.76	.79	.82	.89	.68a	.85					
Soziales	.68a	.50b	.79	.68a	.73	.74	.73	.80	.76				
Sport	.67a	.68a	.66a	.60a	.54b	.71	n.s.	n.s.	.65a	.43b			
Städtebau	.73	.77	.73	.73	.77	.90	.55a	.75	.91	.69	.71		
Umwelt	.69	.49b	.77	.70	.64a	.79	.78	.72	.77	.86	.56a	.72	
Verkehr	.76	.87	.65a	.72	.59a	.78	n.s.	.44b	.75	n.s.	.87	.80	.54b

Für alle Korrelationskoeffizienten gilt  $p \leq .001$ , mit Ausnahme von a:  $p \leq .01$  und b:  $p \leq .05$

Tabelle 51: Dokumentation der Item-Zusammenfassungen in den Bürgerumfragen

Abfallbeseitigung/ -vermeidung	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Sauberkeit in der Stadt</li> <li>➤ Umweltschutz</li> <li>➤ Müllbeseitigung</li> </ul>
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Allgemein bildende Schulen und Berufsschulen</li> </ul>
Kultur	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen</li> <li>➤ Stadtbibliothek</li> <li>➤ Bildungszentrum (Volkshochschule)</li> </ul>
Senioren	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Alten- und Pflegeheime</li> <li>➤ Altentreffpunkte</li> </ul>
Soziales	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ambulante Pflege- und Sozialdienste</li> <li>➤ Beratungsstellen (Erziehung, Drogen, Alkohol)</li> <li>➤ Begegnungsstätten in den Stadtbezirken für alle</li> </ul>
Sport/Freizeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Spielplätze</li> <li>➤ Sportanlagen</li> <li>➤ Schwimmbäder</li> </ul>
Städtebau	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Modernisierung in den Stadtkernen</li> </ul>
Straßenbau	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ausbau des Straßennetzes (Neubau)</li> <li>➤ Zustand der Straßen (Unterhaltung)</li> </ul>

Quellen: Bürgerbefragungen der Stadt Stuttgart 1995, 1997, 1999 und 2001, Statistisches Amt



Tabelle 52: Ausgabenpräferenzen Bürger und Ratsmitglieder in Stuttgart 1993-2001 (Mittelwerte und Rangplätze)

	Bürger 1995	Rang	N	Bürger 1997	Rang	N	Bürger 1999	Rang	N	1999-1997	Bürger 2001	Rang	N	2001-1999	Stadträte 1993	Rang	N	Stadträte 1997	Rang	N	1997-1993	Räte-Bürger 1997
Öffentliche Sicherheit	0,68	1	2061	0,66	1	2201	-0,03	1	2181	-0,05	0,49	2	2237	-0,12	0,62	1	40	0,59	2	34	-0,02	-0,06
Kindergärten/-tageheime	0,65	2	1886	0,55	2	1902	-0,10	2	1948	-0,11	0,56	1	1892	+0,12	-	-	-	0,44	7	34	-	-0,11
Drogenbekämpfung	0,53	3	1936	0,45	3	2023	+0,11	3	2084	-0,02	0,39	5	2087	-0,04	-	-	-	0,72	1	34	-	+0,27
Jugendpolitik	0,44	4	1860	0,40	4	1939	-0,04	4	1953	+0,01	0,42	4	1860	+0,01	-0,18	8	40	0,34	8	34	+0,52	-0,06
Schulbau/-unterhaltung	0,36	8	1856	0,36	5	1880	0,00	5	1967	+0,04	0,46	3	1897	+0,06	-0,14	6	40	0,48	6	34	+0,62	+0,12
ÖPNV	0,39	5	2019	0,33	6	2109	-0,06	6	2162	+0,04	0,39	5	2196	+0,02	0,37	2	40	0,53	5	34	+0,16	+0,20
Abfallbeset./-vermeidung	0,39	5	2020	0,32	7	2124	-0,07	7	2180	-0,02	0,32	7	2216	+0,02	-0,04	6	40	0,01	12	34	+0,05	-0,31
Wissenschaft/Forschung	-	-	-	0,32	7	1988	-	-	-	-	-	-	-	-	0,12	4	38	0,59	4	32	+0,47	+0,27
Seniorenpolitik	0,34	9	1808	0,23	9	1867	-0,11	8	1824	-0,04	0,23	8	1719	+0,04	-	-	-	-0,12	14	34	-	-0,35
Gesundheitswesen	-	-	-	0,23	9	2008	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,32	10	40	-0,14	15	34	+0,18	-0,37
Sozialpolitik	0,27	10	1830	0,18	11	1897	-0,09	8	1922	+0,01	0,23	8	1867	+0,04	-0,62	13	40	-0,43	20	34	+0,19	-0,61
Wirtschaftsförderung	0,08	13	1729	0,16	12	1788	+0,08	12	1870	-0,07	0,06	14	1817	-0,03	0,23	3	40	0,60	2	33	+0,37	+0,44
Wohnungsbau	0,39	5	1933	0,12	13	1902	-0,27	13	2009	-0,07	0,15	11	1964	+0,10	0,03	5	40	-0,21	17	34	-0,24	-0,33
Parks/Erholungseinricht.	0,16	11	2011	0,12	13	2108	-0,04	10	2168	+0,02	0,16	10	2203	+0,02	-0,59	12	40	0,06	10	34	+0,65	-0,06
Sport/Freizeit	0,10	12	1902	0,08	15	1973	-0,02	11	2037	+0,02	0,12	12	2001	+0,02	-0,82	17	40	-0,03	13	34	+0,79	-0,11
Abwasserbeseitigung	-	-	-	0,01	16	1845	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,21	9	39	0,02	11	34	+0,23	+0,01
Kulturpolitik	-0,14	14	1880	-0,03	17	1980	+0,07	14	2016	+0,11	0,01	15	1996	-0,03	-0,76	15	40	-0,21	17	34	+0,55	-0,18
Energieversorgung	-	-	-	-0,08	18	1938	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,58	11	38	-0,22	17	34	+0,36	-0,14
Städtebau/-planung	-0,19	15	1933	-0,19	19	2002	0,00	18	2075	+0,07	-0,08	17	2062	+0,04	-0,64	14	40	0,08	9	34	+0,72	+0,27
Straßenbau	-0,29	17	1972	-0,19	19	2056	+0,11	15	2130	+0,20	-0,01	16	2143	-0,02	-0,79	16	40	-0,43	21	34	+0,36	-0,24
Beratung ausl. Mitbürger	-0,20	16	1789	-0,25	21	1853	-0,05	16	1911	+0,16	0,09	13	1882	+0,18	-	-	-	-0,14	15	34	-	+0,11
Parkplatzbau	-	-	-	-0,26	22	2043	-	17	2015	+0,15	-	-	-	-	-0,84	18	40	-0,68	22	34	+0,16	-0,42
Ø Insgesamt	0,23			0,17			-0,07		0,19	+0,01	0,24				-0,29			0,09				-0,08

SPEARMAN'S r für 17 Politikbereiche: Bürger 1995/1997: .94, Bürger 1995/1999: .95, Bürger 1995/2001: .91, Bürger 1997/1999: .99, Bürger 1997/2001: .94, Bürger 1999/2001: .93  
 SPEARMAN'S r für 22 Politikbereiche: Bürger 1997/Räte 1997: .71

Tabelle 55: Ausgabenpräferenzen nach Parteizugehörigkeit der Ratsmitglieder (Mittelwerte)

	Bürger	Rang	Rat	Rang	CDU-Räte	Rang	SPD-Räte	Rang	FDP-Räte	Rang	Grüne-Räte	Rang	FWV-Räte	Rang	ÖDP-Rat	Rang	REP-Räte	Rang	Sign.
Öffentliche Sicherheit	0,66	1	0,59	2	0,82	2	0,56	7	1,00	1	0,00	15	0,33	5	1,00	1	1,00	1	-
Kindergärten/-tageheime	0,55	2	0,44	7	0,27	6	0,56	7	0,33	3	0,40	6	0,33	5	1,00	1	1,00	1	-
Drogenbekämpfung	0,45	3	0,72	1	0,73	3	1,00	1	-0,33	12	0,80	1	1,00	1	1,00	1	0,00	13	.014
Jugendpolitik	0,40	4	0,34	8	-0,18	11	0,89	2	0,00	5	0,80	1	0,00	7	1,00	1	0,00	13	.021
Schulbau/-unterhaltung	0,36	5	0,48	6	0,55	5	0,44	9	0,33	3	0,40	6	0,00	7	1,00	1	1,00	1	-
ÖPNV	0,33	6	0,53	5	0,27	6	0,67	4	0,00	5	0,60	3	1,00	1	1,00	1	1,00	1	-
Wissenschaft/Forschung	0,32	7	0,59	12	0,70	4	0,78	3	0,00	5	0,20	10	1,00	1	0,00	13	1,00	1	-
Abfallbesett./-vermeidung	0,32	7	0,01	4	-0,09	9	0,33	10	-0,33	12	0,00	15	-0,67	14	1,00	1	0,00	13	-
Gesundheitswesen	0,23	9	-0,14	15	-0,55	18	0,00	19	-0,67	17	0,20	10	0,00	7	1,00	1	0,50	7	.003
Seniorenpolitik	0,23	9	-0,12	14	-0,45	16	0,11	16	-0,33	12	0,20	10	-0,67	14	0,00	13	0,50	7	.031
Sozialpolitik	0,18	11	-0,43	20	-0,91	22	0,00	19	-1,00	20	0,20	10	-0,67	14	1,00	1	-1,00	19	.000
Wirtschaftsförderung	0,16	12	0,60	2	0,91	1	0,67	4	0,67	2	0,00	15	1,00	1	-1,00	18	0,00	13	-
Parks/Erholungseinrichtungen	0,12	13	0,06	10	-0,55	18	0,33	10	0,00	5	0,60	3	-0,67	14	1,00	1	1,00	1	.001
Wohnungsbau	0,12	13	-0,21	17	-0,55	18	0,22	12	-1,00	20	0,40	6	-0,67	14	1,00	1	-1,00	19	.007
Sport/Freizeit	0,08	15	-0,03	13	-0,09	9	0,22	12	0,00	5	-0,40	20	0,00	7	-1,00	18	0,50	7	-
Abwasserbeseitigung	0,01	16	0,02	11	0,00	8	0,11	16	0,00	5	0,00	15	-0,67	14	0,00	13	0,50	7	-
Kulturpolitik	-0,07	17	-0,21	17	-0,36	14	0,11	16	-0,67	17	0,20	10	-0,67	14	0,00	13	-1,00	19	-
Energieversorgung	-0,08	18	-0,22	17	-0,45	16	0,22	12	-0,33	12	-0,20	19	-0,33	13	-1,00	18	-0,50	17	-
Stadtplanung/Städtebau	-0,19	19	0,08	9	-0,18	11	0,22	12	-0,33	12	0,40	6	0,00	7	0,00	13	0,50	7	-
Straßenbau	-0,19	19	-0,43	21	-0,18	11	-0,78	21	0,00	5	-1,00	21	0,00	7	-1,00	18	0,50	7	.036
Beratung ausländ. Mitbürger	-0,25	21	-0,14	15	-0,73	21	0,67	4	-1,00	20	0,60	3	-1,00	22	1,00	1	-1,00	19	.000
Parkplatzbau	-0,26	22	-0,68	22	-0,36	14	-0,89	22	-0,67	17	-1,00	21	-0,67	14	-1,00	18	-0,50	17	-
Ø Insgesamt	+0,17 N = 1974		+0,09 N = 34		-0,06 N = 11		0,29 N = 9		-0,20 N = 2		0,16 N = 6		-0,09 N = 2		0,32 N = 1		0,18 N = 2		

Tabelle 56: Korrelationsmatrix Ausgabenpräferenzen Bürger und Parteienvertreter im Vergleich (SPEARMAN'S r)

Räte	Bürger	Räte	CDU-Räte	SPD-Räte	FDP-Räte	Grüne-Räte	FWV-Räte	ÖDP-Rat
.71								
.54b	.75							
.58a	.75	.55a						
.49b	.64a	.78	.43b					
n.s.	n.s.	n.s.	.61a	n.s.				
.57a	.59a	.78	.55a	.65a	n.s.			
.62a	n.s.	n.s.	.73	n.s.	n.s.			
.49b	.49b	.53b	.76	n.s.	.55a	n.s.		

Für alle Korrelationskoeffizienten gilt  $p \leq .001$ , mit Ausnahme von a:  $p \leq .01$  und b:  $p \leq .05$ , n.s. nicht signifikant

Tabelle 57: Ausgabenpräferenzen Bürger und Ratsmitglieder für dreizehn Themen im Zeitverlauf (Mittelwerte und Rangplätze)

	Bürger 1995	Rang	Bürger 1997	Rang	Bürger 1999	Rang	Bürger 2001	Rang	Stadträte 1993	Rang	Stadträte 1997	Rang
1. Öffentliche Sicherheit	0,68	1	0,66	1	0,61	1	0,49	1	0,62	1	0,59	2
2. Jugendpolitik	0,44	2	0,40	2	0,41	2	0,42	2	-0,18	7	0,34	5
3. ÖPNV	0,39	3	0,33	4	0,37	4	0,39	4	0,37	2	0,53	3
4. Abfallbeseit./-vermeidung	0,39	3	0,32	5	0,30	5	0,32	5	-0,04	5	0,01	8
5. Wohnungsbau	0,39	3	0,12	8	0,05	10	0,15	8	0,03	4	-0,21	10
6. Schulbau/-unterhaltung	0,36	6	0,36	3	0,40	3	0,46	2	-0,14	6	0,48	4
7. Sozialpolitik	0,27	7	0,18	6	0,19	6	0,23	6	-0,62	9	-0,43	12
8. Parks/Erholungseinricht.	0,16	8	0,12	8	0,14	7	0,16	7	-0,59	8	0,06	7
9. Sport/Freizeit	0,10	9	0,08	10	0,10	8	0,12	9	-0,82	13	-0,03	9
10. Wirtschaftsförderung	0,08	10	0,16	7	0,09	9	0,06	10	0,23	3	0,60	1
11. Kulturpolitik	-0,14	11	-0,03	11	0,04	11	0,01	11	-0,76	11	-0,21	10
12. Städtebau/-planung	-0,19	12	-0,19	12	-0,12	13	-0,08	13	-0,64	10	0,08	6
13. Straßenbau	-0,29	13	-0,19	12	0,01	12	-0,01	12	-0,79	12	-0,43	12

Tabelle 59a: Bevölkerungspräferenzen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Erwerbstätigkeit und Wohnverhältnisse (Mittelwerte)

	Bürger 1997	Stdv.	Männer	N	Frauen	N	Deu- tsche	Sign.	N	Deu- tsche	N	Nicht- Deu- tsche	N	Erwerbs- tätig	N	Nicht Erwerb- stätig	N	Zur Miete	Sign.	N	Eigen- tum	N	Sign.	
Öffentliche Sicherheit	0,66	0,54	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,60	1250	0,74	934	0,64	.000	1378	0,71	809	.002	
Kindergärten/-tageheime	0,55	0,55	-	-	-	-	0,54	-	1707	0,65	195	0,57	199	0,58	1137	0,51	753	0,62	.011	1194	0,44	696	.000	
Drogenpolitik	0,45	0,66	0,42	990	0,48	1033	0,44	.046	1824	0,57	199	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Jugendpolitik	0,40	0,61	0,37	959	0,43	980	-	.034	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	.000	-	-	-	-	
ÖPNV	0,33	0,60	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Wohnungsbau	0,12	0,70	0,07	942	0,16	960	0,10	.006	1706	0,28	196	0,28	196	0,09	1133	0,16	759	0,25	.017	1212	-0,13	677	.000	
Abfallbeseit./-vermeidung	0,33	0,41	0,31	1072	0,35	1184	-	.015	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Schulbau/-unterhaltung	0,36	0,52	-	-	-	-	0,35	-	1688	0,48	192	0,48	192	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Seniorenpolitik	0,24	0,50	0,18	976	0,28	1049	-	.000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Sozialpolitik	0,21	0,47	0,16	1021	0,26	1118	-	.000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,23	-	-	1340	0,17	786	.005
Parks/Erholungseinricht.	0,12	0,53	-	-	-	-	0,11	-	1904	0,22	204	0,22	204	0,14	1238	0,09	859	0,15	.011	1314	0,07	780	.000	
Sport/Freizeit	0,05	0,46	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,07	1261	0,02	869	-	.009	-	-	-	-	
Wirtschaftsförderung	0,16	0,71	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,11	-	1098	0,23	678	.001	
Kulturpolitik	-0,01	0,45	-0,03	1030	0,02	1108	-	.039	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Städtebau/-planung	-0,19	0,66	-0,15	979	-0,22	1023	-	.015	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beratung ausl. Mitbürger	-0,25	0,71	-	-	-	-	-0,33	-	1658	0,36	195	0,36	195	-0,20	1109	-0,33	734	-0,18	.000	1170	-0,38	671	.000	
Straßenbau	-0,17	0,61	-0,13	1027	-0,21	1089	-0,18	.002	1910	-0,09	206	-0,09	206	-0,21	1254	-0,11	850	-0,20	.000	1324	-0,11	778	.001	
Wissenschaft/Forschung	0,32	0,67	0,35	980	0,28	1008	-	.027	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,28	-	-	1238	0,37	737	.002
Parkplatzbau	-0,26	0,76	-	-	-	-	-0,28	-	1844	-0,07	199	-0,07	199	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Gesundheitswesen	0,23	0,53	0,20	987	0,27	1021	0,21	.005	1813	0,42	195	0,42	195	-	-	-	-	0,28	-	-	1236	0,16	758	.000
Energieversorgung	-0,08	0,47	-	-	-	-	-0,09	-	1750	0,03	188	0,03	188	-0,10	1144	-0,06	783	-	.035	-	-	-	-	
Abwasserbeseitigung	0,01	0,40	-	-	-	-	-0,01	-	1661	0,10	184	0,10	184	-	-	-	-	0,02	-	-	1121	-0,02	711	.032

Skala von -1 = Ausgabenkürzung, 0 = Beibehaltung der Ausgaben, +1 = Ausgabenerhöhung

Tabelle 59b: Bevölkerungspräferenzen nach Alter und Beruf (Mittelwerte)

	Bürger 1997	18-45 Jahre	N	45-65 Jahre	N	65 und älter	N	Sign.	Arbeiter ausführ. Angest.	N	Qualifiz./ leitender Angest.	N	Beamte	N	Selbst- Ändige	N	Rentner	N	ohne Beruf	N	Sign.
Öffentliche Sicherheit	0,66	0,52	1025	0,75	753	0,85	420	.000	0,72	309	0,57	593	0,65	122	0,56	163	0,83	516	0,59	437	.000
Kindergärten/-tageheime	0,55	0,67	960	0,45	652	0,38	288	.000	0,63	277	0,58	540	0,53	112	0,50	147	0,39	368	0,60	398	.000
Drogenbekämpfung	0,45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendpolitik	0,40	0,45	972	0,40	673	0,24	291	.000	0,37	291	0,47	548	0,46	112	0,49	150	0,22	370	0,45	409	.000
ÖPNV	0,33	0,38	1029	0,27	719	0,30	359	.000	0,27	301	0,37	588	0,46	124	0,27	157	0,27	441	0,35	437	.003
Wohnungsbau	0,12	-	-	-	-	-	-	-	0,24	281	0,03	536	0,07	108	-0,09	152	0,15	382	0,20	387	.000
Abfallbeseit./- vermeidung	0,32	0,31	1056	0,32	774	0,39	424	.001	0,37	317	0,30	610	0,32	125	0,23	168	0,39	525	0,30	449	.000
Schulbau/-unterhaltung	0,36	0,42	952	0,32	649	0,26	276	.000	0,38	280	0,36	540	0,40	109	0,39	146	0,25	349	0,40	399	.001
Seniorenpolitik	0,23	0,18	940	0,28	709	0,30	374	.000	0,27	291	0,22	545	0,17	114	0,13	146	0,31	469	0,22	401	.001
Sozialpolitik	0,18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Parks/Erholungseinricht.	0,12	0,18	1032	0,07	724	0,04	350	.000	0,18	302	0,14	586	0,12	123	0,15	162	0,04	438	0,13	439	.006
Sport/Freizeit	0,08	0,10	1049	0,02	744	-0,05	348	.000	0,10	311	0,08	598	0,04	124	0,02	161	-0,05	444	0,08	442	.000
Wirtschaftsförderung	0,16	0,07	899	0,23	617	0,30	270	.000	0,16	257	0,13	527	0,07	102	0,24	149	0,28	340	0,10	350	.005
Kulturpolitik	-0,01	-	-	-	-	-	-	-	-0,07	304	-0,01	602	-0,07	123	0,06	162	-0,03	445	0,05	441	.002
Städtebau/-planung	-0,19	-0,26	1000	-0,13	689	-0,12	311	.000	-0,08	292	-0,25	569	-0,16	117	-0,18	159	-0,15	389	-0,24	418	.006
Beratung ausl. Mitbürger	-0,25	-0,10	940	-0,33	615	-0,57	296	.000	-0,27	270	-0,17	525	-0,25	114	-0,23	148	-0,56	361	-0,10	381	.000
Straßenbau	-0,19	-0,33	1037	-0,06	731	0,07	345	.000	-0,01	306	-0,28	598	-0,22	122	-0,23	163	-0,06	434	-0,30	432	.000
Wissenschaft/Forschung	0,32	0,28	976	0,32	679	0,39	331	.034	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Parkplatzbau	-0,26	-0,35	1024	-0,20	699	-0,12	318	.000	-0,05	294	-0,35	583	-0,38	121	-0,30	163	-0,10	396	-0,38	426	.000
Gesundheitswesen	0,23	0,27	968	0,20	697	0,20	341	.017	0,38	293	0,18	550	0,16	114	0,10	154	0,23	429	0,27	413	.000
Energieversorgung	-0,08	-	-	-	-	-	-	-	0,02	283	-0,14	543	-0,14	111	-0,14	152	-0,03	403	-0,09	396	.000
Abwasserbeseitigung	0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Skala von -1 = Ausgabenkürzung, 0 = Beibehaltung der Ausgaben, +1 = Ausgabenenerhöhung

Tabelle 59c: Bevölkerungspräferenzen nach Bildung, kommunalpolitisches Interesse und Organisationsmitgliedschaft (Mittelwerte)

	Bürger 1997	Haupt- schule	N	Real- schule	N	Hoch- schul- reife	N	Stud- ium	N	Sign.	Star- kes/er starkes Interesse	N	Mitbe- reiterin- ges, kein Interesse	N	Sign.	Kein Mit- glied	N	Eine Organi- sation	N	2 und mehr Organi- sation	N	Sign.	
Öffentliche Sicherheit	0,66	0,81	535	0,76	592	0,54	592	0,48	436	0,00	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kindergärten	0,55	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,52	1072	0,59	824	0,13	-	-	-	-	-	-	-	-
Drogenbekämpfung	0,45	0,54	480	0,52	535	0,35	535	0,38	405	0,00	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendpolitik	0,40	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ÖPNV	0,33	0,28	490	0,24	556	0,38	556	0,43	438	0,00	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohnungsbau	0,12	0,18	456	0,11	494	0,10	494	0,05	385	0,034	0,04	1087	0,21	809	0,000	-	-	-	-	-	-	-	-
Abfallbeseit./-vermeid.	0,32	0,36	539	0,34	590	0,31	590	0,27	457	0,002	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulbau/-unterhaltung	0,36	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Seniorenpolitik	0,23	0,30	493	0,28	544	0,20	544	0,14	413	0,000	0,21	1160	0,27	859	0,006	0,25	688	0,25	817	0,19	520	0,05	
Sozialpolitik	0,18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Parks/Erholungseinricht.	0,12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sport/Freizeit	0,08	0,08	502	0,07	560	0,02	560	0,01	445	0,035	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsförderung	0,16	0,23	408	0,16	466	0,06	466	0,14	376	0,011	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kulturpolitik	-0,01	-0,08	489	-0,04	563	0,04	563	0,07	449	0,000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Städtebau/-planung	-0,19	-0,12	459	-0,15	527	-0,26	527	-0,27	420	0,000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beratung ausl. Mitbürger	-0,25	-0,46	421	-0,35	481	-0,13	481	-0,05	394	0,000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	-0,19	0,05	490	-0,09	558	-0,32	558	-0,36	439	0,000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wissenschaft/Forschung	0,32	0,27	459	0,24	513	0,32	513	0,44	416	0,000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Parkplatzbau	-0,26	-0,08	464	-0,17	532	-0,37	532	-0,49	422	0,000	-	-	-	-	-	-0,04	657	-0,08	782	-0,14	499	0,002	
Gesundheitswesen	0,23	0,29	484	0,28	533	0,18	533	0,11	404	0,000	0,20	1147	0,28	853	0,003	-0,20	699	-0,26	820	-0,35	524	0,002	
Energieversorgung	-0,08	0,02	465	-0,07	503	-0,09	503	-0,20	394	0,000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abwasserbeseitigung	0,01	0,03	444	-0,01	478	0,04	478	-0,03	378	0,022	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Skala von -1 = Ausgabenkürzung, 0 = Beibehaltung der Ausgaben, +1 = Ausgabenerhöhung

Tabelle 59d: Bevölkerungspräferenzen nach Einkommen und Ehrenamt (Mittelwerte)

	Bürger 1997	1500 bis 3000 DM Einkommen	N	3000 bis 5000 DM Einkommen	N	> 5000 DM Einkommen	N	Sign.	Kein Ehren- Amt	N	Ehren- amt	N	Sign.
Öffentliche Sicherheit	0,66	-	-	-	-	-	-	-	0,69	1412	0,62	789	.002
Kindergärten/-tageheime	0,55	0,54	522	0,61	522	0,48	429	.001	-	-	-	-	-
Drogenbekämpfung	0,45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendpolitik	0,40	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ÖPNV	0,33	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohnungsbau	0,12	0,30	535	0,13	522	-0,07	421	.000	0,14	1200	0,07	702	.022
Abfallbeseit./-vermeidung	0,32	-	-	-	-	-	-	-	0,34	1448	0,30	808	.039
Schulbau/-unterhaltung	0,36	-	-	-	-	-	-	-	0,34	1169	0,40	711	.021
Seniorenpolitik	0,23	0,29	560	0,20	553	0,17	439	.000	0,27	1288	0,18	737	.000
Sozialpolitik	0,18	0,26	589	0,18	582	0,16	465	.002	-	-	-	-	-
Parks/Erholungseinrichtungen	0,12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sport/Freizeit	0,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsförderung	0,16	-	-	-	-	-	-	-	0,21	1109	0,08	679	.000
Kulturpolitik	-0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Städtebau/-planung	-0,19	-	-	-	-	-	-	-	-0,13	1265	-0,28	737	.000
Beratung ausl. Mitbürger	-0,25	-	-	-	-	-	-	-	-0,28	1162	-0,20	691	.015
Straßenbau	-0,19	-	-	-	-	-	-	-	-0,11	1342	-0,27	774	.000
Wissenschaft/Forschung	0,32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Parkplatzbau	-0,26	-	-	-	-	-	-	-	-0,21	1299	-0,36	744	.000
Gesundheitswesen	0,23	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Energieversorgung	-0,08	-	-	-	-	-	-	-	-0,05	1225	-0,14	713	.000
Abwasserbeseitigung	0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Skala von -1 = Ausgabenkürzung, 0 = Beibehaltung der Ausgaben, +1 = Ausgabenerhöhung

Tabelle 60a: Politische Responsivität gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Einstellungsinstanzen)

	Sozi-ales	Wirt-schaft	Park-plätze	Ge-sund-heit	Senio-ren	Wohn-ungen	Abfall	Forsch-ung	Drogen	Stra-ßen-bau	Kultur	ÖPNV	Energie	Parks/Erhol.	Städte-bau	Schul-bau	Kinder	Sport-/Freizeit	Jugend	ausländ.Bürger	Sicher-heit	Ab-wasser	
Ø-Distanz Räte-Bürger	-0,62	+0,45	-0,42	-0,38	-0,38	-0,36	-0,32	+0,27	+0,26	-0,22	-0,21	+0,20	-0,16	-0,15	+0,13	+0,11	-0,11	-0,11	-0,08	+0,07	-0,04	-0,01	
18-44 Jahre		+0,54	-0,33	-0,33	-0,33					-0,08				-0,21	+0,20	+0,05	-0,23	-0,13	-0,13	-0,08	+0,10		
45-65 Jahre		+0,38	-0,48	-0,43	-0,43					-0,35				-0,10	+0,07	+0,15	-0,01	-0,05	-0,08	+0,15	-0,13		
> 65 Jahre		+0,31	-0,56	-0,45	-0,45					-0,48				-0,07	+0,06	+0,21	+0,06	+0,02	+0,08	+0,39	-0,23		
Hauptschule			-0,60	-0,44	-0,45			+0,32	+0,17	-0,46	-0,16	+0,25	-0,26		+0,06					+0,28	-0,19		
Realschule			-0,51	-0,43	-0,43			+0,35	+0,19	-0,32	-0,20	+0,29	-0,17		+0,09					+0,17	-0,14		
HS-Reife			-0,31	-0,33	-0,35			+0,27	+0,36	-0,09	-0,28	+0,15	-0,15		+0,20					-0,05	+0,08		
Studium			-0,19	-0,26	-0,29			+0,15	+0,33	-0,05	-0,31	+0,10	-0,04		+0,21					-0,13	+0,14		
Arbeiter/ausführ. Angestellter			-0,63	-0,53		-0,48	-0,37			-0,40			-0,26				-0,19	-0,13	-0,05	+0,09	-0,10		
Qual./leitender Angestellter			-0,33	-0,33		-0,27	-0,30			-0,13			-0,10				-0,14	-0,11	-0,15	-0,01	+0,05		
Beamte			-0,30	-0,31		-0,31	-0,32			-0,19			-0,10				-0,09	-0,07	-0,14	+0,07	-0,03		
Selbständige			-0,38	-0,25		-0,15	-0,23			-0,18			-0,10				-0,06	-0,05	-0,17	+0,05	+0,06		
Rentner			-0,58	-0,38		-0,39	-0,39			-0,35			-0,21				+0,05	+0,02	+0,10	+0,38	-0,21		
Ohne Beruf			-0,30	-0,42		-0,44	-0,30			-0,11			-0,15				-0,16	-0,11	-0,13	-0,08	+0,03		
Ehrenamt		+0,40	-0,47		-0,42					-0,30			-0,19		+0,07								
Kein Ehrenamt		+0,53	-0,32		-0,33					-0,14			-0,10		+0,22								
Zur Miete				-0,43		-0,49								-0,18			-0,18			0,00			
Eigentum				-0,31		-0,11								-0,10			0,00			+0,20			
Erwerbstätig Nicht erwerbstät.										-0,20									+0,12	+0,02	+0,02		
1500-3000 DM	-0,70				-0,44	-0,54				-0,30							-0,10						
3000-5000 DM	-0,62				-0,35	-0,37											-0,17						
über 5000 DM	-0,60				-0,32	-0,17											-0,04						
Deutsche Nicht-Deutsche			-0,40	-0,36									-0,15							-0,15			
Männer	-0,60			-0,57									-0,21							+0,54			
Frauen	-0,70				-0,33																		
				+0,43																			

Einstellungsinstanzen wurden wie folgt berechnet: d = Ø-Politikpräferenzen - Ø-Gruppenpräferenzen, ein positives Vorzeichen bedeutet, daß die Ratsmitglieder in diesem Politikbereich für höhere Ausgaben sind als die Bürger, ein negatives Vorzeichen bedeutet, daß die Bürger in diesem Politikbereich für höhere Ausgaben sind als die Ratsmitglieder; dargestellt sind nur diejenigen Merkmale, deren Gruppenmittelwerte höchst signifikant verschieden sind ( $p \leq .001$ ).



Tabelle 62a: Politische Responsivität gegenüber verschiedenen Elitensektoren (Einstellungsdistanzen)

	Wirt- schaft	Sozi- ales	Ge- sund- heit	Kultur	Drogen	Schul- bau	Sicher- heit	Sport/ Freizeit	Park- plätze	ausländ Bürger	Senio- ren	Energie	Jugend	Parks/ Ehol.	Abfall	Forsch- ung	Ab- wasser	Stras- senbau	öPNV	Kinder	Wohn- ungen	Städte- bau	Ø absolute Distanz
Ø-Distanz Räte-Eliten	+0,35	-0,24	-0,22	-0,21	+0,20	+0,18	+0,17	+0,16	-0,14	-0,14	-0,08	+0,08	-0,07	-0,06	-0,05	+0,04	+0,04	-0,03	-0,03	+0,03	-0,02	0,00	0,12
Ø-Distanz Räte-Politik	+0,30	-0,20	+0,02	-0,30	+0,12	+0,08	+0,26	+0,20	+0,05	-0,32	-0,06	+0,23	-0,02	-0,04	+0,03	-0,05	+0,02	+0,04	+0,14	-0,08	+0,17	-0,08	0,13
Ø-Distanz Räte-Bezirk	+0,38	-0,11	-0,27	+0,03	+0,12	-0,06	-0,02	+0,13	-0,28	+0,07	-0,11	+0,13	-0,09	-0,10	-0,01	+0,04	-0,02	-0,14	-0,07	-0,06	0,00	+0,02	0,10
Ø-Distanz Räte-Verwaltung	+0,26	-0,06	-0,16	+0,01	+0,31	+0,27	+0,10	+0,19	-0,02	0,00	+0,05	+0,11	+0,12	-0,12	-0,13	+0,11	+0,02	+0,04	+0,02	+0,20	+0,14	+0,08	0,11
Ø-Distanz Räte-Wirtschaft	+0,11	+0,19	+0,04	-0,02	+0,19	+0,34	+0,02	+0,22	-0,34	+0,08	+0,11	+0,21	+0,12	+0,13	+0,14	+0,11	+0,18	-0,36	+0,22	+0,32	+0,31	-0,02	0,17
Ø-Distanz Räte-Bürgervereine	+0,36	+0,49	-0,38	-0,56	+0,01	-0,19	+0,12	-0,06	-0,13	-0,11	-0,50	-0,13	-0,37	-0,27	-0,20	-0,09	+0,05	-0,01	-0,21	-0,35	-0,21	-0,27	0,23
Ø-Distanz Räte-Bildung	+0,30	-0,25	-0,20	-0,35	+0,14	+0,14	+0,15	+0,21	-0,10	-0,36	-0,10	-0,08	-0,06	-0,10	-0,17	-0,11	-0,04	0,00	-0,03	+0,02	-0,07	-0,12	0,14
Ø-Distanz Räte-Gesundheit	+0,27	-0,19	-0,47	-0,24	+0,30	+0,22	+0,30	+0,29	-0,41	-0,14	-0,12	-0,09	+0,10	-0,15	+0,04	-0,08	+0,05	-0,34	-0,11	+0,06	+0,12	+0,14	0,19
Ø-Distanz Räte-Gewerkschaft	+0,14	-0,33	-0,38	-0,04	+0,35	+0,14	+0,13	+0,21	-0,01	-0,02	-0,07	-0,07	-0,07	-0,06	-0,13	+0,03	-0,04	-0,02	-0,27	-0,04	-0,25	+0,04	0,13
Ø-Distanz Räte-Kirche	+0,66	-0,72	-0,20	-0,13	+0,17	+0,38	+0,41	+0,28	+0,05	-0,43	-0,04	-0,58	-0,23	+0,04	-0,16	+0,02	-0,04	+0,28	-0,14	+0,01	-0,29	+0,21	0,25
Ø-Distanz Räte-Kultur	+0,54	-0,55	-0,30	-0,80	+0,31	+0,32	+0,24	+0,05	-0,27	-0,51	-0,26	+0,07	-0,25	-0,09	0,00	+0,01	+0,09	+0,06	+0,03	+0,04	-0,25	-0,07	0,23
Ø-Distanz Räte-Medien	+0,28	-0,27	-0,20	-0,25	+0,29	+0,18	+0,42	+0,34	+0,01	-0,18	-0,06	+0,16	-0,11	+0,12	+0,01	+0,01	+0,13	+0,06	+0,18	+0,03	+0,10	-0,08	0,16
Ø-Distanz Räte-Soziales	+0,49	-0,79	-0,49	-0,43	+0,16	-0,13	+0,16	+0,08	+0,07	-0,28	-0,34	0,00	-0,45	-0,17	-0,10	+0,18	-0,02	+0,21	-0,10	-0,31	-0,69	+0,04	0,26
Ø-Distanz Räte-Sport/Freizeit	+0,24	+0,12	-0,22	-0,03	+0,16	+0,24	-0,05	-0,54	-0,47	+0,12	+0,04	+0,02	+0,05	-0,09	-0,07	+0,26	+0,05	-0,19	+0,08	+0,06	+0,05	+0,27	0,16
Ø-Distanz Räte-Städtebau	+0,27	-0,03	-0,21	-0,24	+0,19	+0,15	+0,09	+0,17	+0,02	-0,04	+0,05	+0,06	+0,07	-0,06	+0,08	-0,14	+0,09	+0,04	-0,10	+0,04	-0,18	-0,25	0,12
Ø-Distanz Räte-Umwelt	+0,85	-0,57	-0,41	-0,17	+0,09	+0,13	+0,23	+0,34	-0,01	-0,20	-0,25	-0,12	-0,17	-0,27	-0,19	+0,22	-0,08	+0,18	-0,14	-0,03	-0,19	+0,18	0,23
Ø-Distanz Räte-Verkehr	+0,05	+0,14	+0,03	-0,09	+0,11	+0,35	-0,11	-0,07	-0,38	+0,21	+0,23	+0,23	+0,17	-0,02	-0,08	-0,05	+0,06	-0,39	+0,05	+0,31	+0,31	+0,03	0,16
Ø absolute Distanz	0,34	0,31	0,25	0,23	0,19	0,21	0,18	0,21	0,16	0,19	0,15	0,14	0,15	0,11	0,10	0,09	0,06	0,15	0,12	0,12	0,21	0,12	

Einstellungsdistanzen wurden wie folgt berechnet:  $d = \text{Ø-Politikpräferenzen} - \text{Ø-Elitenpräferenzen}$ , ein positives Vorzeichen bedeutet, daß die Ratsmitglieder in diesem Politikbereich für höhere Ausgaben sind als die Elitensektoren, ein negatives Vorzeichen bedeutet, daß die Elitensektoren in diesem Politikbereich für höhere Ausgaben sind als die Ratsmitglieder.

Tabelle 63a: Politische Responsivität nach Organisationsmitgliedschaft bzw. ehrenamtlicher Tätigkeit (Einstellungsdistanzen)

	Kultur	Soziales	Wohnungen	ausländ. Bürger	Sport-/Freizeit	Gesundheit	Jugend	Strassenbau	Parkplätze	Senioren	Kinder	Städtebau	Abfall	Sicherheit	Drogen	Schulbau	Wirtschaft	Forschung	Parks/Erhol.	Abwasser	Energie	ÖPNV
Ø-Distanz	-0,80	-0,79	-0,69	-0,51	-0,54	-0,47	-0,45	-0,39	-0,38	-0,34	-0,31	-0,25	-0,19	+0,17	+0,16	+0,14	+0,11	-0,11	-0,09	-0,08	+0,08	+0,05
Räte-Sektoreliten																						
Mitglied/Ehrenamt	-1,08	-1,13	-1,00	-1,06	-0,60	-0,76	-0,81	-0,16	-0,16	-0,67	-0,44	-0,50	-0,31	+0,30	+0,18	+0,11	+0,34	+0,04	-0,40	-0,25	+0,01	-0,02
Wirtschaftsorganisation																						
Kein Mitglied/Ehrenamt	-0,53	-0,46	-0,40	+0,02	+0,47	-0,19	-0,11	-0,62	-0,59	-0,02	-0,18	-0,01	-0,08	+0,05	+0,13	+0,17	-0,13	-0,24	+0,43	+0,08	+0,16	+0,11
Wirtschaftsorganisation																						
Sign.	.033	.002	.023	.000	n.s.	.002	.008	n.s.	.035	.000	n.s.	.018	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.025	n.s.	.001	.045	n.s.	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	-0,60	-0,45	-0,31	+0,21	-0,76	-0,24	+0,13	-0,62	-0,62	+0,05	-0,07	-0,07	-0,15	-0,03	+0,26	+0,26	+0,03	-0,09	+0,40	-0,02	+0,27	+0,18
Gewerkschaft																						
Kein Mitglied/Ehrenamt	-0,92	-0,99	-0,92	-0,94	-0,70	-0,61	-0,80	-0,26	-0,24	-0,13	-0,45	-0,35	-0,22	+0,30	+0,09	+0,06	+0,15	-0,11	-0,19	-0,12	-0,04	-0,03
Gewerkschaft																						
Sign.	n.s.	.018	.028	.000	n.s.	n.s.	.000	n.s.	n.s.	.001	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.027	n.s.	n.s.	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	-0,86	-0,59	-0,54	-0,14	-0,61	-0,26	-0,03	-0,59	-0,63	-0,12	-0,32	-0,24	-0,15	+0,03	+0,09	+0,15	+0,03	+0,47	+0,25	-0,08	+0,80	-0,01
Bürgerorganisation																						
Kein Mitglied/Ehrenamt	-0,76	-0,93	-0,79	-0,76	-0,48	-0,61	-0,84	-0,26	-0,21	-0,49	-0,30	-0,25	-0,22	+0,27	+0,20	+0,13	+0,16	+0,48	-0,13	-0,08	+0,96	+0,09
Bürgerorganisation																						
Sign.	n.s.	n.s.	n.s.	.041	n.s.	n.s.	.008	n.s.	.046	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	-0,97	+1,09	-0,91	-1,01	-0,60	-0,70	-0,82	-0,33	-0,19	-0,52	-0,25	-0,32	-0,27	+0,36	+0,24	+0,18	+0,28	+0,02	-0,39	-0,09	-0,05	-0,32
Sport-/Freizeitorganisat.																						
Kein Mitglied/Ehrenamt	-0,69	-0,58	-0,54	-0,16	-0,49	-0,31	-0,19	-0,44	-0,51	-0,22	-0,35	-0,19	-0,14	+0,04	+0,10	+0,11	-0,02	-0,21	+0,31	-0,07	+0,17	+0,31
Sport-/Freizeitorganisat.																						
Sign.	n.s.	.026	n.s.	.004	n.s.	.044	.020	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.006	n.s.	n.s.	.002
Mitglied/Ehrenamt	-0,70	-0,61	-0,41	-0,16	-0,47	-0,33	-0,19	-0,74	-0,59	-0,33	-0,14	-0,15	-0,16	-0,02	+0,44	+0,27	+0,05	-0,02	+0,18	-0,21	+0,41	-0,18
soziale Organisation																						
Kein Mitglied/Ehrenamt	-0,83	-0,83	-0,76	-0,60	-0,55	-0,51	-0,52	-0,30	-0,32	-0,34	-0,35	-0,27	-0,20	+0,22	+0,09	+0,11	+0,12	-0,13	-0,01	-0,05	-0,01	+0,08
soziale Organisation																						
Sign.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	-0,76	-0,90	-0,87	-0,47	-0,42	-0,56	-0,29	-0,31	-0,36	-0,41	-0,29	-0,33	-0,16	+0,23	+0,22	-0,04	+0,27	-0,10	-0,05	-0,14	+0,37	+0,04
kulturelle Organisation																						
Kein Mitglied/Ehrenamt	-0,83	-0,71	-0,58	-0,54	-0,62	-0,41	-0,56	-0,45	-0,39	-0,29	-0,56	-0,19	-0,21	+0,13	+0,11	+0,26	-0,01	-0,11	+0,08	-0,05	-0,12	+0,06
kulturelle Organisation																						
Sign.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.012	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.034	n.s.
Mitglied/Ehrenamt	-0,86	-0,37	-0,35	+0,08	-0,71	-0,02	-0,15	-0,63	-0,70	+0,12	-0,15	-0,15	-0,14	+0,11	-0,11	+0,19	-0,63	-0,48	+0,50	+0,04	+0,24	+0,27
Umweltorganisation																						
Kein Mitglied/Ehrenamt	-0,79	-0,89	-0,78	-0,66	-0,49	-0,59	-0,53	-0,33	-0,30	-0,46	-0,53	-0,27	-0,21	+0,19	+0,22	+0,13	+0,26	-0,02	-0,10	-0,11	+0,04	-0,01
Umweltorganisation																						
Sign.	n.s.	n.s.	n.s.	.044	n.s.	.014	n.s.	n.s.	n.s.	.014	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	.001	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.

Einstellungsdistanzen wurden wie folgt berechnet: d = Ø-Politikerpräferenzen - Ø-Sektorelitenpräferenzen, ein positives Vorzeichen bedeutet, daß die Ratsmitglieder in diesem Politikbereich für höhere Ausgaben sind als die einzelnen Elitensektoren, ein negatives Vorzeichen bedeutet, daß die einzelnen Elitensektoren in diesem Politikbereich für höhere Ausgaben sind als die Ratsmitglieder.

Tabelle 64a: Politische Responsivität nach Parteizugehörigkeit und -neigung (Einstellungsdistanzen)

	Wirt- schaft	Sozi- ales	Gesund- heit	Kultur	Drogen	Schul- bau	Sicher- heit	Sport/ Freizeit	Park- plätze	ausländ Bürger	Senio- ren	Energie	Jugend	Parks/ Erhol.	Abfall	Forsch- ung	Ab- wasser	Stras- ßenbau	ÖPNV	Kinder	Wohn- ungen	Städte- bau	Ø absolute Distanz	
Ø-Distanz Räte-Eliten	+0,35	-0,24	-0,22	-0,21	+0,20	+0,18	+0,17	+0,16	-0,14	-0,14	-0,08	+0,08	-0,07	-0,06	-0,05	+0,04	+0,04	-0,03	-0,03	+0,03	-0,02	0	0,12	
Ø-Distanz CDU-Räte- CDU-Eliten	+0,46	-0,35	+0,60	-0,19	+0,20	+0,30	+0,13	+0,13	-0,12	-0,52	-0,27	-0,17	-0,24	-0,45	-0,02	+0,17	-0,13	-0,13	-0,18	+0,01	-0,13	-0,23	0,23	
Ø-Distanz SPD-Räte- SPD-Eliten	+0,56	-0,17	-0,16	-0,02	+0,47	+0,06	+0,30	+0,38	-0,12	+0,50	+0,03	+0,51	+0,31	+0,23	+0,23	+0,14	+0,06	-0,15	0,00	+0,09	+0,12	+0,07	0,21	
Ø-Distanz FDP-Räte- FDP-Eliten	+0,30	-0,64	-0,65	-0,59	-0,85	+0,10	+0,49	-0,30	-0,20	-0,90	-0,27	-0,03	-0,41	+0,12	-0,38	-0,52	+0,06	+0,25	-0,41	+0,04	-0,58	-0,49	0,39	
Ø-Distanz Grüne-Räte- Grüne-Eliten	-0,19	-0,15	0,00	-0,09	+0,15	0,00	-0,04	-0,14	-0,06	+0,21	+0,01	+0,06	+0,04	+0,36	-0,28	-0,35	-0,15	-0,11	-0,24	-0,26	+0,30	+0,39	0,16	
Ø-Distanz FWV-Räte- FWV-Eliten	+0,24	-0,26	-0,35	-0,43	+0,41	-0,53	-0,49	-0,47	-0,30	-0,76	-0,85	-0,04	-0,60	-0,44	-0,60	+0,29	-0,55	+0,64	+0,46	-0,20	-0,08	-0,05	0,41	
Ø-Distanz ÖDP-Räte- ÖDP-Eliten	-0,40	+0,60	+0,80	-0,20	+0,60	+0,40	+0,60	-0,80	0,00	+1,00	-0,20	-0,80	+0,40	+1,00	+0,80	-0,20	-0,40	0,00	+0,60	0,00	+1,60	-0,60	0,56	
Ø-Distanz REP-Räte- REP-Eliten	-0,35	-0,18	+0,44	-0,24	-0,23	+0,88	+0,06	+0,50	-0,27	0,00	+0,44	+0,20	-0,29	+0,83	+0,35	+0,59	+0,50	+0,73	+1,06	+0,82	-0,36	-0,32	0,43	
Sign. Eliten- präferenzen nach Partei	.000	.000	.005	-	.000	-	.000	-	.000	.000	.000	-	.000	.001	.001	-	.000	.000	.000	.000	.000	-	-	

Tabelle 65: Korrelationsmatrix für die Ausgabenpräferenzen aller kommunalpolitischen Akteure (SPEARMAN'S r)

	Bürger	Räte	Politik	Bezirk	Verwaltung	Wirtschaft	Bürgervereine	Bildung	Gesundheit	Gewerkschaft	Kirche	Kultur	Medien	Soziales	Sport/ Freizeit	Städtebau	Umwelt
Räte	.76																
Politik	.67	.85															
Bezirk	.85	.92	.84														
Verwaltung	.77	.95	.88	.96													
Wirtschaft	.63	.87	.81	.82	.87												
Bürgervereine	.79	.76	.87	.87	.83	.72											
Bildung	.69	.86	.97	.88	.93	.84	.86										
Gesundheit	.68	.78	.85	.85	.88	.80	.82	.87									
Gewerkschaft	.80	.87	.83	.95	.85	.76	.75	.76	.79								
Kirche	.64	.49b	.63a	.60a	.56b	n.s.	.56a	.69	.62a	.65a							
Kultur	.56	.50b	.80	.65a	.73a	.51b	.70	.66a	.71	.63a	.63a						
Medien	.70	.80	.93	.88	.88	.77	.76	.79	.82	.89	.68a	.85					
Soziales	.82	.54a	.70	.71	.62a	.50b	.79	.68a	.73	.74	.73	.80	.76				
Sport	.73	.88	.66a	.83	.69	.68a	.66a	.60a	.54b	.71	n.s.	n.s.	.65a	.43b			
Städtebau	.68	.85	.89	.91	.85	.77	.73	.73	.77	.90	.55a	.75	.91	.69	.71		
Umwelt	.86	.66a	.74	.84	.76	.49b	.77	.70	.64a	.79	.78	.72	.77	.86	.56a	.72	
Verkehr	.65	.91	.77	.85	.73	.87	.65a	.72	.59a	.78	n.s.	.44b	.75	n.s.	.87	.80	.54b

Für alle Korrelationskoeffizienten gilt  $p \leq .001$ , mit Ausnahme von a:  $p \leq .01$  und b:  $p \leq .05$

SPEARMAN'S  $r \geq .90$

SPEARMAN'S  $r \leq .65$

Tabelle 66: Politische Responsivität gegenüber allen kommunalpolitischen Akteuren (Einstellungsdistanzen)

	Sozi-ales	Wirt-schaft	Park-plätze	Gesund-heit	Senio-ren	Wohn-ungen	Abfall	Forsch-ung	Drogen	Stra-ßenbau	Kultur	ÖPNV	Energie	Parks/Erhol.	Städte-bau	Schul-bau	Kinder	Sport/ Freizeit	Jugend	ausländ. Bürger	Sicher-heit	Ab-wasser	Ø absolute Distanz
Ø-Distanz Räte-Bürger	-0,62	+0,45	-0,42	-0,38	-0,38	-0,36	-0,32	+0,27	+0,26	-0,22	-0,21	+0,20	-0,16	-0,15	+0,13	+0,11	-0,11	-0,11	-0,08	+0,07	-0,04	-0,01	0,11
Ø-Distanz Räte-Eliten	-0,24	+0,35	-0,14	-0,22	-0,08	-0,02	-0,05	+0,04	+0,20	-0,03	-0,21	-0,03	+0,08	-0,06	0,00	+0,18	+0,03	+0,16	-0,07	-0,14	+0,17	+0,04	0,12
Ø-Distanz Räte-PAD-Elite	-0,11	+0,31	-0,10	-0,12	-0,04	+0,10	-0,04	+0,04	+0,19	-0,03	-0,06	+0,02	+0,15	-0,09	+0,02	+0,10	+0,03	+0,17	+0,01	-0,05	+0,10	0,00	0,03
Ø-Distanz Räte-Wirtschaftselite	+0,19	+0,11	-0,34	+0,04	+0,11	+0,31	+0,14	+0,11	+0,19	-0,36	-0,02	+0,22	+0,21	+0,13	-0,02	+0,34	+0,32	+0,22	+0,12	+0,08	+0,02	+0,18	0,11
Ø-Distanz Räte-Gesellsch. Elite	-0,35	+0,39	-0,12	-0,28	-0,13	-0,10	-0,08	+0,02	+0,21	+0,02	-0,29	-0,09	+0,04	-0,08	0,00	+0,18	-0,01	+0,14	-0,12	-0,20	+0,21	+0,03	0,03
Ø-Distanz Räte-Verwaltung	-0,06	+0,26	-0,02	-0,16	+0,05	+0,14	-0,13	+0,11	+0,31	+0,04	+0,01	+0,02	+0,11	-0,12	+0,08	+0,27	+0,20	+0,19	+0,12	0,00	+0,10	+0,02	0,11
Ø-Distanz Räte-Bezirk	-0,11	+0,38	-0,28	-0,27	-0,11	0,00	-0,01	+0,04	+0,12	-0,14	+0,03	-0,07	+0,13	-0,10	+0,02	-0,06	-0,06	+0,13	-0,09	+0,07	-0,02	-0,02	0,10
Ø-Distanz Räte-Politik	-0,20	+0,30	+0,05	+0,02	-0,06	+0,17	+0,03	-0,05	+0,12	+0,04	-0,30	+0,14	+0,23	-0,04	-0,08	+0,08	-0,08	+0,20	-0,02	-0,32	+0,26	+0,02	0,13
Ø-Distanz Räte-Wirtschaft	+0,19	+0,11	-0,34	+0,04	+0,11	+0,31	+0,14	+0,11	+0,19	-0,36	-0,02	+0,22	+0,21	+0,13	-0,02	+0,34	+0,32	+0,22	+0,12	+0,08	+0,02	+0,18	0,17
Ø-Distanz Räte-Gewerkschaft	-0,33	+0,14	-0,01	-0,38	-0,07	-0,25	-0,13	+0,03	+0,35	-0,02	-0,04	-0,27	-0,07	-0,06	+0,04	+0,14	-0,04	+0,21	-0,07	-0,02	+0,13	-0,04	0,13
Ø-Distanz Räte-Bürgervereine	+0,49	+0,36	-0,13	-0,38	-0,50	-0,21	-0,20	-0,09	+0,01	-0,01	-0,56	-0,21	-0,13	-0,27	-0,19	-0,19	-0,35	-0,06	-0,37	-0,11	+0,12	+0,05	0,23
Ø-Distanz Räte-Bildung	-0,25	+0,30	-0,10	-0,20	-0,10	-0,07	-0,17	-0,11	+0,14	0,00	-0,35	-0,03	-0,08	-0,10	-0,12	+0,14	+0,02	+0,21	-0,06	-0,36	+0,15	-0,04	0,14
Ø-Distanz Räte-Gesundheit	-0,19	+0,27	-0,41	-0,47	-0,12	+0,12	+0,04	-0,08	+0,30	-0,34	-0,24	-0,11	-0,09	-0,15	+0,14	+0,22	+0,06	+0,29	+0,10	-0,14	+0,30	+0,05	0,19
Ø-Distanz Räte-Kirche	-0,72	+0,66	+0,05	-0,20	-0,04	-0,29	-0,16	+0,02	+0,17	+0,28	-0,13	-0,14	-0,58	+0,04	+0,21	+0,38	+0,01	+0,28	-0,23	-0,43	+0,41	-0,04	0,25
Ø-Distanz Räte-Kultur	-0,55	+0,54	-0,27	-0,30	-0,26	-0,25	0,00	+0,01	+0,31	+0,06	-0,80	+0,03	+0,07	-0,09	-0,07	+0,32	+0,04	+0,05	-0,25	-0,51	+0,24	+0,09	0,23
Ø-Distanz Räte-Medien	-0,27	+0,28	+0,01	-0,20	-0,06	+0,10	+0,01	+0,01	+0,29	+0,06	-0,25	+0,18	+0,16	+0,12	-0,08	+0,18	+0,03	+0,34	-0,11	-0,18	+0,42	+0,13	0,16
Ø-Distanz Räte-Soziales	-0,79	+0,49	+0,07	-0,49	-0,34	-0,69	-0,10	+0,18	+0,16	+0,21	-0,43	-0,10	0,00	-0,17	+0,04	-0,13	-0,31	+0,08	-0,45	-0,28	+0,16	-0,02	0,26
Ø-Distanz Räte-Sport/Freizeit	+0,12	+0,24	-0,47	-0,22	+0,04	+0,05	-0,07	+0,26	+0,16	-0,19	-0,03	+0,08	+0,02	-0,09	+0,27	+0,24	+0,06	-0,54	+0,05	+0,12	-0,05	+0,05	0,16
Ø-Distanz Räte-Städtebau	-0,03	+0,27	+0,02	-0,21	+0,05	-0,18	+0,08	-0,14	+0,19	+0,04	-0,24	-0,10	+0,06	-0,06	-0,25	+0,15	+0,04	+0,17	+0,07	-0,04	+0,09	+0,09	0,12
Ø-Distanz Räte-Umwelt	-0,57	+0,85	-0,01	-0,41	-0,25	-0,19	-0,19	+0,22	+0,09	+0,18	-0,17	-0,14	-0,12	-0,27	+0,18	+0,13	-0,03	+0,34	-0,17	-0,20	+0,23	-0,08	0,23
Ø-Distanz Räte-Verkehr	+0,14	+0,05	-0,38	+0,03	+0,23	+0,31	-0,08	-0,05	+0,11	-0,39	-0,09	+0,05	+0,23	-0,02	+0,03	+0,35	+0,31	-0,07	+0,17	+0,21	-0,11	+0,06	0,16
Ø absolute Distanz	0,31	0,34	0,16	0,25	0,15	0,21	0,10	0,09	0,19	0,15	0,23	0,12	0,14	0,11	0,12	0,21	0,12	0,21	0,15	0,19	0,18	0,06	

Einstellungsdistanzen wurden wie folgt berechnet: d = Ø-Politikerpräferenzen - Ø-Bürger- bzw. Elitenpräferenzen, ein positives Vorzeichen bedeutet, daß die Ratsmitglieder in diesem Politikbereich für höhere Ausgaben sind als die Bürger bzw. Elitensektoren, ein negatives Vorzeichen bedeutet, daß die Bürger bzw. Elitensektoren in diesem Politikbereich für höhere Ausgaben sind als die Ratsmitglieder.

Tabelle 67a: Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität (Mittelwerte für Seniorität, Ideologie, Wertorientierungen)

	Bürger 1997	1-2 LLP	N	3-4 LLP	N	≥5 LLP	N	Sign.	Links	N	Mitte	N	Rechts	N	Sign.	Non- Kon	N	Misch- typ	N	Kon	N	Sign.
Öffentliche Sicherheit	0,66	-	-	-	-	-	-	-	0,15	13	0,46	11	0,47	10	.033	0,16	11	0,38	10	0,46	13	.044 <sup>1</sup>
Kindergärten/-tageheime	0,55	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Drogenbekämpfung	0,45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendpolitik	0,40	-	-	-	-	-	-	-	0,52	13	0,29	11	-0,16	10	.003	0,51	11	0,32	10	-0,08	13	.016
ÖPNV	0,33	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohnungsbau	0,12	-	-	-	-	-	-	-	0,17	13	-0,26	11	-0,60	10	.000	0,11	11	-0,23	10	-0,43	13	.048
Abfallbeseit./-vermeidung	0,32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulbau/-unterhaltung	0,36	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Seniorenpolitik	0,23	-	-	-	-	-	-	-	0,09	13	-0,09	11	-0,22	10	.031	-	11	-	10	-	13	-
Sozialpolitik	0,18	-	-	-	-	-	-	-	0,13	13	-0,40	11	-0,56	10	.000	0,12	11	-0,28	10	-0,54	13	.001
Parks/Erholungseinricht.	0,12	0,19	14	0,16	10	-0,38	9	.000	0,26	13	-0,12	11	-0,11	10	.015	-	11	-	10	-	13	-
Sport/Freizeit	0,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsförderung	0,16	0,22	14	0,50	10	0,71	9	.042	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kulturpolitik	-0,01	-	-	-	-	-	-	-	0,13	13	-0,16	11	-0,51	10	.002	0,16	11	-0,11	10	-0,49	13	.001
Städtebau/-planung	-0,19	0,20	14	0,10	10	-0,16	9	.036	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beratung ausl. Mitbürger	-0,25	-	-	-	-	-	-	-	0,35	13	-0,35	11	-0,59	10	.000	0,27	11	-0,03	10	-0,71	13	.000
Straßenbau	-0,19	-	-	-	-	-	-	-	-0,82	13	-0,18	11	0,05	10	.000	-0,80	11	-0,32	10	0,01	13	.001
Wissenschaft/Forschung	0,32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Parkplatzbau	-0,26	-	-	-	-	-	-	-	-0,81	13	-0,30	11	-0,24	10	.001	-0,79	11	-0,42	10	-0,26	13	.013
Gesundheitswesen	0,23	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Energieversorgung	-0,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abwasserbeseitigung	0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	13	-	11	-	10	-	-	11	-	10	-	13	-

<sup>1</sup> Signifikant verschieden zwischen den beiden Gruppen Non-Kon- und Kon-Dispositionen.

Tabelle 67b: Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität (Parteiliederschaft, Zugehörigkeit zu einer Mehrheitskoalition)

	Bürger 1997	CDU	N	SPD	N	FDP/ DVP	N	Bünd- nis90/Di e Grü- nen	N	FVW/ UBL	N	ÖDP	N	REP	N	Sign.	Mehrheits- koalition	N	Minder- heits- koalition	N	Sign.
Öffentliche Sicherheit	0,66	0,41	11	0,28	9	0,67	2	0,00	6	0,17	2	0,50	1	1,00	2	.002	-	-	-	-	-
Kindergärten/-tageheime	0,55	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Drogenbekämpfung	0,45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendpolitik	0,40	-0,09	11	0,61	9	0,00	2	0,60	6	0,00	2	0,50	1	0,00	2	.007	-0,07	16	0,53	18	.000
ÖPNV	0,33	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohnungsbau	0,12	-0,36	11	0,11	9	-0,83	2	0,20	6	-0,33	2	0,50	1	-1,00	2	.001	-0,43	16	0,01	18	.010
Abfallbeseit./-vermeidung	0,32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulbau/-unterhaltung	0,36	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Seniorenpolitik	0,23	-0,23	11	0,06	9	-0,17	2	0,10	6	-0,33	2	0,00	1	0,25	2	.031	-0,23	16	0,09	18	.000
Sozialpolitik	0,18	-0,50	11	0,00	9	-0,67	2	0,20	6	-0,33	2	0,50	1	-0,75	2	.000	-0,50	16	-0,01	18	.001
Parks/Erholungseinricht.	0,12	-0,27	11	0,17	9	0,00	2	0,30	6	-0,33	2	0,50	1	0,50	2	.001	-0,24	16	0,26	18	.000
Sport/Freizeit	0,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsförderung	0,16	0,64	11	0,56	9	0,50	2	0,00	6	0,83	2	-0,50	1	0,00	1	.024	0,65	16	0,28	17	.023
Kulturpolitik	-0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Städtebau/-planung	-0,19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beratung ausl. Mitbürger	-0,25	-0,41	11	0,33	9	-0,83	2	0,30	6	-0,67	2	0,50	1	-1,00	2	.000	-0,51	16	0,16	18	.000
Straßenbau	-0,19	-0,09	11	-0,56	9	0,00	6	-1,00	6	0,00	2	-1,00	1	0,25	2	.000	-0,07	16	-0,62	18	.001
Wissenschaft/Forschung	0,32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Parkplatzbau	-0,26	-0,18	11	-0,61	9	-0,50	2	-0,90	6	-0,33	2	-1,00	1	-0,25	2	.017	-0,25	16	-0,68	18	.003
Gesundheitswesen	0,23	-0,27	11	0,00	9	-0,33	2	0,10	6	0,00	2	0,50	1	0,25	2	.003	-0,24	16	0,08	18	.000
Energieversorgung	-0,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abwasserbeseitigung	0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tabelle 67c: Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität (Zugehörigkeit zu einer Volkspartei, Lebensqualität, Wirtschaftslage)

	Bürger 1997	Volkspartei	N	Klientelpartei	N	Sign.	Gute Lebensqualität	N	Schlechte Lebensqualität	N	Sign.	Güte Wirtschafts.	N	Mittlere Wirtschafts.	N	Schlechte Wirtschafts.	N	Sign.	Wirtschaft	N	Wirtschaft	N	Sign.	Nicht Wirtschaft	N	Sign.
Öffentliche Sicherheit	0,66	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kindergärten/-tageheime	0,55	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Drogenbekämpfung	0,45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,65	7	0,47	17	0,18	10	.020	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendpolitik	0,40	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,02	17	0,47	17	.007	0,10	17	.000
ÖPNV	0,33	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohnungsbau	0,12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abfallbeseit./-vermeidung	0,32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulbau/-unterhaltung	0,36	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Seniorenpolitik	0,23	-	-	-	-	-	-0,11	22	0,13	9	.025	-	-	-	-	-	-	-	-0,22	17	0,10	17	.000	0,10	17	.000
Sozialpolitik	0,18	-	-	-	-	-	-0,29	22	0,13	9	.019	-	-	-	-	-	-	-	-0,44	17	-0,05	17	.008	-0,05	17	.008
Parks/Erholungseinricht.	0,12	-0,08	20	0,19	14	.048	-0,08	22	0,26	9	.018	-	-	-	-	-	-	-	-0,18	17	0,23	17	.001	0,23	17	.001
Sport/Freizeit	0,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsförderung	0,16	0,60	20	0,22	12	.022	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kulturpolitik	-0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,30	17	0,00	17	.054	0,00	17	.054
Städtebau/-planung	-0,19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,08	17	0,20	17	.017	0,20	17	.017
Beratung ausl. Mitbürger	-0,25	-	-	-	-	-	-0,22	22	0,19	9	.049	-	-	-	-	-	-	-	-0,44	17	0,13	17	.001	0,13	17	.001
Straßenbau	-0,19	-	-	-	-	-	-0,24	22	-0,77	9	.009	-	-	-	-	-	-	-	-0,12	17	-0,60	17	.006	-0,60	17	.006
Wissenschaft/Forschung	0,32	0,47	19	0,19	12	.028	-	22	-	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Parkplatzbau	-0,26	-	-	-	-	-	-0,35	22	-0,82	9	.005	-	-	-	-	-	-	-	-0,27	17	-0,68	17	.005	-0,68	17	.005
Gesundheitswesen	0,23	-0,15	20	0,05	14	.035	-0,14	22	0,13	9	.010	-	-	-	-	-	-	-	-0,21	17	0,07	17	.002	0,07	17	.002
Energieversorgung	-0,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abwasserbeseitigung	0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,08	17	0,09	17	.045	0,09	17	.045



Tabelle 67d: Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität (Organisationsmitgliedschaft)

	Bürger 1997	Gewerkschaft	Nicht Gewerkschaft	N	Sign.	Sport/ Freizeit	N	Nicht Sport/ Freizeit	N	Sign.	Umwelt	N	Sign.	Bürgerorganisation	N	Sign.	Nicht Bürgerorganis.	N	Sign.	Kulturorganisation	N	Keine Kulturorganis	N	Sign.	
Öffentliche Sicherheit	0,66	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Kindergärten/-tageheime	0,55	0,38	0,15	21	.033	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,07	14	-0,12	20	.011	
Drogenbekämpfung	0,45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Jugendpolitik	0,40	0,63	0,03	21	.000	-0,02	14	0,44	19	.007	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
ÖPNV	0,33	-	-	-	-	0,08	14	0,43	19	.002	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Wohnungsbau	0,12	0,04	-0,33	21	.042	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Abfallbeseit./-vermeid.	0,32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Schulbau/-unterhaltung	0,36	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Seniorenpolitik	0,23	0,13	-0,17	21	.001	-	-	-	-	.014	0,17	6	-0,12	27	.014	0,17	6	-0,12	27	.014	-	-	-	-	
Sozialpolitik	0,18	-0,05	-0,36	21	.046	-0,44	14	-0,10	19	.024	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Parks/Erholungseinricht.	0,12	0,21	-0,08	21	.027	-0,18	14	0,17	19	.006	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Sport/Freizeit	0,08	0,17	-0,14	21	.039	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Wirtschaftsförderung	0,16	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,07	6	0,57	27	.002	-0,07	6	0,57	27	.002	-	-	-	-	
Kulturpolitik	-0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Städtebau/-planung	-0,19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Beratung ausl. Mitbürger	-0,25	0,25	-0,39	21	.000	-0,40	14	0,02	19	.029	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Straßenbau	-0,19	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Wissenschaft/Forschung	0,32	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Parkplatzbau	-0,26	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Gesundheitswesen	0,23	-	-	-	-	-0,19	14	0,01	19	.044	0,16	6	-0,13	27	.014	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Energieversorgung	-0,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Abwasserbeseitigung	0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,04	14	-0,21	20	.034

Für die Mitgliedschaften in einer sozialen Organisation gibt es keine signifikanten Unterschiede in den Mittelwerten.

Tabelle 68a: Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität (Einstellungsdistanzen für Seniorität, Ideologie, Wertorientierungen, Parteimitgliedschaft, Zugehörigkeit zu einer Mehrheitskoalition)

	1-2 LLP	3-4 LLP	≥ 5 LLP	Links	Mitte	Rechts	Non- Kon	Misch- typ	Kon	CDU	SPD	FDP/ DVP	Bünd- nis/90/Di e Grünen	FVW/ UBL	ÖDP	REP	Mehr- heits- koalition	Minder- heits- koalition	Volks- partei	Klien- tepartei
Öffentliche Sicherheit	-	-	-	-0,51	-0,20	-0,19	-0,50	-0,28	-0,20	-0,25	-0,38	0,01	-0,66	-0,49	-0,16	0,34	-	-	-	-
Kindergärten/-tageheime	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Drogenbekämpfung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendpolitik	-	-	-	0,12	-0,11	-0,56	0,11	-0,08	-0,48	-0,49	0,21	-0,40	0,20	-0,40	0,10	-0,40	-0,47	0,13	-	-
ÖPNV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wohnungsbau	-	-	-	0,05	-0,38	-0,72	-0,01	-0,35	-0,55	-0,48	-0,01	-0,95	0,08	-0,45	0,38	-1,12	-0,55	-0,11	-	-
Abfallbeseit./-vermeidung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulbau/-unterhaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Seniorenpolitik	-	-	-	-0,14	-0,32	-0,45	-	-	-	-0,46	-0,17	-0,40	-0,13	-0,56	-0,23	0,02	-0,46	-0,14	-	-
Sozialpolitik	-	-	-	-0,05	-0,58	-0,74	-0,06	-0,46	-0,72	-0,68	-0,18	-0,85	0,02	-0,51	0,32	-0,93	-0,68	-0,19	-	-
Parks/Erholungseinricht.	0,07	0,04	-0,50	0,14	-0,24	-0,23	-	-	-	-0,39	0,05	-0,12	0,18	-0,45	0,38	0,38	-0,36	0,14	-0,20	0,07
Sport/Freizeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsförderung	0,06	0,34	0,55	-	-	-	-	-	-	0,48	0,40	0,34	-0,16	0,67	-0,66	-0,16	0,49	0,12	0,44	0,06
Kulturpolitik	-	-	-	0,14	-0,15	-0,50	0,17	-0,10	-0,48	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Städtebau/-planung	0,39	0,29	0,03	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,10	0,38	-	-
Beratung ausl. Bürger	-	-	-	0,60	-0,10	-0,34	0,52	0,22	-0,46	-0,16	0,58	-0,58	0,55	-0,42	0,75	-0,75	-0,26	0,41	-	-
Straßenbau	-	-	-	-0,63	0,01	0,24	0,61	-0,13	0,20	0,10	-0,37	0,19	-0,81	0,19	-0,81	0,44	0,12	-0,43	-	-
Wissenschaft/Forschung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,15	-0,13
Parkplatzbau	-	-	-	-0,55	-0,04	0,02	-0,53	-0,16	0,00	0,08	-0,35	-0,24	-0,64	-0,07	-0,74	0,01	0,01	-0,42	-	-
Gesundheitswesen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,50	-0,23	-0,56	-0,13	-0,23	0,27	0,02	-0,47	-0,15	-0,38	-0,18
Energieversorgung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abwasserbeseitigung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tabelle 68b: Bestimmungsfaktoren politischer Responsivität (Einstellungsdistanzen für Zugehörigkeit zu einer Volkspartei, Lebensqualität, Wirtschaftslage und Organisationsmitgliedschaft)

	Gute Lebensqualität	Schlechte Lebensqualität	Gute Wirtschaftslage	Mittlere Wirtschaftslage	Schlechte Wirtschaftslage	Wirtschaft	Nicht Wirtschaft	Gewerkschaft	Nicht Gewerkschaft	Sport/ Freizeit	Nicht Sport/ Freizeit	Umwelt	Nicht Umwelt	Bürgerorganisation	Nicht Bürgerorganisation	Kulturorganisation	Nicht Kulturorganisation
Öffentliche Sicherheit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kinderärten/-tageheime	-	-	-	-	-	-	-	-0,17	-0,40	-	-	-	-	-	-	-0,48	-0,21
Drogenbekämpfung	-	-	0,20	0,02	-0,27	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugendpolitik	-	-	-	-	-	-0,38	0,07	0,23	-0,37	-0,42	0,04	-	-	-	-	-	-
ÖPNV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,25	0,10	-	-	-	-	-	-
Wohnungsbau	-	-	-	-	-	-0,49	-0,14	-0,08	-0,45	-	-	-	-	-	-	-	-
Abfallbeseit./-vermeidung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulbau/-unterhaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Seniorenpolitik	-0,34	-0,10	-	-	-	-0,45	-0,13	-0,10	-0,40	-	-	-0,06	-0,35	-0,06	-0,35	-	-
Sozialpolitik	-0,47	-0,05	-	-	-	-0,62	-0,23	-0,23	-0,54	-0,62	-0,28	-	-	-	-	-	-
Parks/Erholungseinricht.	-0,20	0,14	-	-	-	-0,30	0,11	0,09	-0,20	-0,30	0,05	-	-	-	-	-	-
Sport/Freizeit	-	-	-	-	-	-	-	0,09	-0,22	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsförderung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,23	0,41	-0,23	0,41	-	-
Kulturpolitik	-	-	-	-	-	-0,29	0,01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Städtebau/-planung	-	-	-	-	-	0,11	0,39	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beratung ausl. Bürger	0,03	0,44	-	-	-	-0,19	0,38	0,50	-0,14	-0,15	0,27	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	-0,05	-0,58	-	-	-	0,07	-0,41	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wissenschaft/Forschung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Parkplatzbau	-0,09	-0,56	-	-	-	-0,01	-0,42	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesundheitswesen	-0,37	-0,10	-	-	-	-0,44	-0,16	-	-	-0,42	-0,22	-0,07	-0,36	-	-	-	-
Energieversorgung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,12	-0,13
Abwasserbeseitigung	-	-	-	-	-	-0,09	0,08	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tabelle 70: Ausgaben für kommunale Politikbereiche in Stuttgart 1993-1999 (in Millionen DM)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1998- 1997	1999- 1998	1999- 1997	Ø
Sozialpolitik	584	610	582	609	489	543	502	+54	-41	+13	560
Straßen-/Parkplatzbau	314	300	308	306	295	285	233	-10	-52	-62	292
Abfallbeseitigung	284	335	269	288	270	243	217	-27	-26	-53	272
Jugendpolitik	170	195	212	212	336	324	364	-12	+40	+28	259
Städtebau	211	210	211	209	240	228	235	-12	+7	-5	221
Kultur	212	206	199	197	203	214	220	+11	+6	+17	207
Abwasserbeseitigung	311	278	744	4,5	4,6	4,1	3,6	-0,5	-0,5	-1	193
Bildung	163	161	182	197	195	216	223	+21	+7	+28	191
Öffentliche Sicherheit	152	145	151	156	163	181	188	+18	+7	+25	162
Wohnungsbau	243	164	121	106	111	116	104	+5	-12	-7	138
Wirtschaftsförderung	136	126	129	134	130	125	151	-5	+26	+21	133
ÖPNV	111	140	142	148	138	93	92	-45	-1	-46	123
Parks/Erholungseinricht.	126	108	178	93	82	89	86	+7	-3	+4	109
Sport/Freizeit	105	70	66	66	72	72	120	0	+48	+48	82
Gesundheitswesen	106	87	67	63	63	66	56	+3	-10	-7	73
Wissenschaft/Forschung	4,2	4,1	3,5	3,7	3,4	3,1	4,8	-0,3	+1,7	+1,4	3,8
Ø	202	196	223	175	175	175	175				

Tabelle 72a: Haushaltsausgaben und Ausgabenpräferenzen der kommunalpolitischen Akteure (standardisierte Werte)

	Haushalt 1998	Bürger 1997	Räte 1997	Eliten 1997	Verwal- tung 1997	Wirt- schaft 1997	Bürger- vereine 1997	Bildung 1997	Gesund- heit 1997	Gewerk- schaft 1997	Kirche 1997	Kultur 1997	Medien 1997	Soziales 1997	Sport/ Freizeit 1997	Städte- bau 1997	Umwelt 1997	Verkehr 1997
Sozialpolitik	0,5	0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-1	0	-0,5	-0,5	0	0,5	0,5	-0,5	0,5	-1	-0,5	0,5	-1
Straßen-/Parkplatzbau	-1	-0,5	-1	-1	-1	-0,5	-1	-1	-0,5	-1	-1	-0,5	-1	-1	-0,5	-1	-1	-0,5
Abfallbeseitigung	-1	0,5	0	0	0,5	-0,5	0,5	0,5	0	0,5	0,5	0	0	0,5	0	0	0,5	0
Jugendpolitik	1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	0,5	0,5	0,5	0	0,5	0,5	1	0,5	0,5	0,5	0,5
Städtebau	0	-0,5	0	0	0	0	0,5	0,5	0	0	-0,5	0,5	0,5	0	-0,5	0,5	0	0
Kultur	0,5	0	-0,5	0	-0,5	-0,5	0,5	0,5	0	-0,5	0	1	0	0,5	-0,5	0	0	-0,5
Abwasserbeseitigung	-1	0	0	0	0	-0,5	0	0	0	0	0	0	-0,5	0	0	0	0	0
Bildung	1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	0,5	0,5	0,5	1	0	0,5	1	0,5	0,5	1	0,5
Öffentliche Sicherheit	1	1	1	0,5	1	1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	1	0,5	1
Wohnungsbau	-0,5	0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-1	0	-0,5	-0,5	0	0	0	-0,5	0,5	-0,5	0	0	-1
Wirtschaftsförderung	0,5	0,5	1	0,5	0,5	1	0,5	0,5	0,5	0,5	0	0	0,5	0,5	0,5	0,5	-0,5	1
ÖPNV	-1	0,5	1	1	1	0,5	1	1	1	1	1	1	1	1	0,5	1	1	0,5
Parks/Erholungseinricht.	0	0,5	0	0	0	-0,5	0,5	0	0	0	0	0	-0,5	0,5	0	0	0,5	0
Sport/Freizeit	1	0	0	-0,5	-0,5	-0,5	0	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	0	-0,5	-0,5	1	-0,5	-0,5	0
Gesundheitswesen	0,5	0,5	-0,5	0	0	-0,5	0,5	0	0,5	0,5	0	0,5	0	0,5	0	0	0,5	-0,5
Wissenschaft/Forschung	1	0,5	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0,5	0,5	1	0,5	1

-1 starke Ausgabenkürzung, -0,5 leichte Ausgabenkürzung, 0 Beibehaltung der Ausgaben, 0,5 leichte Ausgabenerhöhung, 1 starke Ausgabenerhöhung.

Standardisierung: Haushaltsausgaben im Vergleich zum Vorjahr: Starke Ausgabenkürzung  $\geq -25$  Millionen DM, leichte Ausgabenkürzung -24 bis -4,9 Millionen DM, Beibehaltung -5 bis 5 Millionen DM, leichte Ausgabenerhöhung  $> 5$  bis 24 Millionen DM, starke Ausgabenerhöhung  $\geq 25$  Millionen DM. Policy-Einstellungen: Starke Ausgabenkürzung  $\geq -0,50$  bis -1, leichte Ausgabenkürzung -0,49 bis -0,09, Beibehaltung -0,10 bis 0,10, leichte Ausgabenerhöhung  $> 0,10$  bis 0,49, starke Ausgabenerhöhung  $\geq 0,50$  bis 1.

## **ANHANG C: Untersuchungsanlage und Fragebögen**

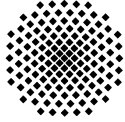
Die Stuttgarter Führungskräftebefragung im Frühjahr 1997 basiert auf der Positionstechnik. D.h. für verschiedene Sektoren aus Politik und Gesellschaft wurden Selektionskriterien festgelegt, um eine Liste mit relevanten Personen zu erstellen. Befragt werden sollten Personen, die im öffentlichen Leben der Stadt Stuttgart eine wichtige Position einnehmen (Vorsitzende/er, Leiter/in, Vorstandsmitglied, Direktor/in, Repräsentant/in). Neben den Stuttgarter Ratsmitgliedern waren politische Funktionsträger, Verwaltungsmitglieder sowie wichtige Personen aus den Bereichen Wirtschaft/Arbeit, Medien, Wissenschaft/Bildung, Kirchen, Soziales, Sport, Kultur, Gesundheit, Ausländer und Umwelt von Interesse. Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Stuttgarter Rathaus und der Stadtverwaltung war die Identifikation wichtiger Akteure im Bereich Politik und Verwaltung, aber auch einzelner Bereiche wie Kirchen, Soziales, Gesundheit, Sport oder Ausländer relativ unproblematisch. Die zuständigen Ämter stellten die Namenslisten der jeweiligen Amtsinhaber gerne zur Verfügung. Als Informationsquelle diente zudem eine V.I.P.-Liste für offizielle Anlässe. Alle weiteren Informationen wurden über das Vereins- bzw. Handelsregister im Stuttgarter Amtsgericht recherchiert. Hier zeigte sich, daß insgesamt 2516 Parteien, Organisationen, Verbände und Vereine in Stuttgart eingetragen sind. Allerdings war die Auswahl relevanter Organisationen bzw. deren Repräsentanten nicht immer einfach. So waren z.B. die Mitgliederzahlen der zahlreichen kirchlichen und sozialen Vereinigungen nur schwer zu erheben, sodaß hier z.B. als objektives Auswahlkriterium die Sozialförderung verwendet wurde. Nur Organisationen, die ihre Interessen artikulieren und ihren Förderungsbedarf darlegen, können Sozialförderung erhalten. Da in der im gleichen Erhebungszeitraum geplanten Bürgerbefragung die Ausgabenpräferenzen für insgesamt 22 kommunalen Politikbereiche abgefragt werden sollten, wurden die Organisationen den einzelnen Politiken zugeordnet (vgl. v. ALEMANN 1989). Tabelle 31a verdeutlicht die inhaltliche Zuordnung der jeweiligen Akteure sowie die Quellen und Auswahlkriterien für die Führungskräftebefragung.

Insgesamt konnten mithilfe der Positionstechnik 1930 Personen in der Stadt Stuttgart identifiziert werden (vgl. Tabelle 31 im Text). Wenn eine Person mehrere Funktionen in Stuttgart inne hatte, wurden die Positionen bewertet und nur die wichtigste Position berücksichtigt. Bei 35 Personen kam der Fragebogen mit dem Vermerk "Adresse ungültig" zurück, so daß nur 1895 Personen schriftlich befragt werden konnten. Diese wurden nach ihren Repräsentations-schwerpunkten in 19 Sektoren eingeteilt, die Fragebögen waren entsprechend farblich verschieden. Auch einzelne Fragestellungen mußten unterschiedlich formuliert werden. Im Anhang ist nur der Fragebogen für die Stuttgarter Ratsmitglieder abgedruckt. Die Versendung der Fragebögen wurde Mitte April von der Autorin organisiert, die relativ hohen Portokosten mit großzügiger Unterstützung der Stuttgarter Zeitung aufgebracht. An dieser Stelle deshalb nochmals vielen Dank an den stellvertretenden Chefredakteur Martin Hohnecker. Das Begleitschreiben (siehe S. ???) von Prof. Oscar W. Gabriel, dem geschäftsführenden Direktor des Instituts für Politikwissenschaft, wies nochmals ausdrücklich auf die Einhaltung des Datenschutzes hin. Gleichzeitig wurde den Befragten angeboten, sich einen ersten Ergebnisbericht zusenden zu lassen. Drei Monate später folgte ein Erinnerungsschreiben (siehe S. ???), in dem das Ende der Befragung auf den 10. August 1997 festgelegt wurde.

Der Rücklauf der schriftlichen, postalischen Befragung liegt insgesamt bei 45 Prozent, was als gut für dieses Verfahren zu bewerten ist. Wichtiger ist aber, daß der Rücklauf in den einzelnen Sektoren bis auf zwei Ausnahmen (Verlage und Ausländergruppen) zufriedenstellend ausfiel. Die repräsentativen Bürgerumfragen (1995, 1997, 1999, 2001) wurden vom Statistischen Amt der Stadt Stuttgart durchgeführt und freundlicherweise zur wissenschaftlichen Auswertung zur Verfügung gestellt. Im Jahr 1997 wurde der Fragekatalog zu kommunalpolitischen Ausgabenpräferenzen erweitert, um einen Vergleich zu bereits durchgeführten Ratsbefragungen zu ermöglichen. Im Anhang ist nur der Fragebogen aus dem Jahr 1997 abgedruckt.

**Tabelle 31a: Sektoren, Positionen, Quellen und Auswahlkriterien der Führungskräftebefragung**

<b>Sektoren</b>	<b>Positionen</b>	<b>Quellen</b>	<b>Auswahlkriterien</b>
<b>Stadtrat</b>	Ratsmitglieder	Rathaus	Vollerhebung
<b>Politik</b>	Parteivorsitzende Landes-/Regional-/Kreisebene, Fraktionsvorsitzende Landtag, Regionalparlament, Vorsitzender Verband Region Stuttgart, Stuttgarter Politiker, Landtagsregierung, Staatssekretäre, Bürgermeister, ständige Stellvertreter, Vorsitzende politischer Gruppen	Hauptamt (Infobroschüre Gemeinderat-Ausschüsse-Beiräte), Landtag, Amtsgericht	Vollerhebung
<b>Bezirksbeiräte</b>	Bezirksbeiräte in 23 Stadtteilen (300)	Hauptamt, Infobroschüre	Gezielte Auswahl nach Parteienproporz
<b>Verwaltung Polizei/ Gerichte/ Militär</b>	Bürgermeisteramt, Stabsabteilungen, Amtsleiter, leitende Stadtdirektoren, Regionaldirektor, Bezirksvorsteher, Polizeipräsident, Direktoren der Polizei, Gerichtspräsident, Direktoren der Gerichte, Militär	Rathaus, Verwaltung, Amtsgericht	Vollerhebung
<b>Wirtschaft</b>	Vorstand/Vorsitzende der größten Unternehmen, Banken und Versicherungen, Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerbe- und Handelsvereine, Kammern, Innungen	Handelsregister, Datenbank Hoppenstedt CD-Buch Großunternehmen	Unternehmen > 200 Mitarbeiter bzw. > 200 Millionen jährlichen Umsatz
<b>Arbeit/ Gewerkschaft</b>	Vorsitzende der Landesverbände, Bezirksleiter der Ortsverbände, Personal- und Betriebsratsvorsitzende	Deutscher Gewerkschaftsbund	Gezielte Auswahl
<b>Medien</b>	Repräsentanten aus Rundfunk/Fernsehen, Chefredakteure, Stellvertreter, Vertreter von Medienverbänden, Lokaljournalisten, Mitglieder Landespressekonferenz	Presse- u. Informationsamt, Stuttgarter Zeitung/Nachrichten, Landespressekonferenz BW e.V.,	Alle Mitarbeiter der Stuttgarter Printmedien und aus Funk/Fernsehen bzw. Mitglieder der Landespressekonferenz
<b>Verlage</b>	Leiter, Repräsentanten der größten Verlage	Datenbank ABC der deutschen Wirtschaft	Verlage > 100 Mitarbeiter
	<b>Interessengruppen</b>		
<b>Ausländer</b>	Repräsentanten von Ausländervereinen, Mitglieder Ausländerausschuß	SDR, Ausländerredaktion, Stuttgarter Ausländerbeauftragter, Expertenbefragung	Gezielte Auswahl nach dem Anteil ausländischer Bürger in Stuttgart, 20 größten Vereine
<b>Bildung/ Wissenschaft</b>	Leiter von Volkshochschule, Schulen, Fachhochschulen, Akademien, Universitäten, Vorstand/Vorsitzende akademischer, wissenschaftlicher Verbände, Vereine	Vereinigung von Freunden der Universität Stuttgart e.V., Vereinsregister	Vollerhebung
<b>Bürgervereinigungen</b>	Repräsentanten/Vorsitzende von Bürgervereinigungen, -initiativen, -treffs, Kommunalverbänden	Vereinsregister	Vollerhebung
<b>Gesundheit</b>	Repräsentanten/Leiter von Krankenhäusern, Ärztevereinigungen, Gesundheits-/Naturheilvereinen, Selbsthilfegruppen	Gesundheitsamt, Ärztliche Pressestelle Baden-Württemberg, Kontakt- u. Infostelle für Selbsthilfegruppen e.V. (KISS), Vereinsregister	Vollerhebung für Krankenhäuser, Vereine: Registereintragung, Förderung in Form von Geld- oder Sachmitteln
<b>Kirchen</b>	Repräsentanten kirchliche, religiöse Vereinigungen, Mitglieder Kirchengemeinderat	Vereinsregister, Sitzplan Gesamtkirchengemeinderat	Vollerhebung
<b>Kultur</b>	Repräsentanten kultureller Einrichtungen (Museen, Theater, Orchester, Stiftungen), von Kultur- und Kunstvereinen, Heimat- und Traditionsvereinen	Kulturamt, Vereinsregister	Kulturvereine > 1000 Mitglieder, Vereine, die Kulturförderung erhalten
<b>Soziales/ Frauen/ Jugend</b>	Repräsentanten von sozialen Einrichtungen, Vereinigungen, Familien-/Frauenvereinen, Jugendvereinen, Mitglieder Jugendhilfeausschuß mit Stimmrecht	Sozialamt	Welche Organisationen erhalten Sozialförderung?
<b>Sport/ Freizeit/ Erholung</b>	Repräsentanten der größten Sportvereine/-verbände, Freizeit-/Erholungseinrichtungen, Hobby-/Geselligkeitsvereine	Sportamt, Vereinsregister	100 größten Vereine nach Mitgliederzahl
<b>Umwelt</b>	Repräsentanten von Umweltvereinen, Wander-/Naturschutzvereinen, Kleingärtner-/Garten-/Obst-/Weinbauvereinen, Tierschutz-, Tierzucht-/Tierliebhabervereine	Vereinsregister	100 größten Vereine nach Mitgliederzahl
<b>Verkehr</b>	Repräsentanten von Verkehrsverbänden, Verkehrsausschuß	Verkehrsamt, Verwaltung	Vollerhebung
<b>Städtebau</b>	Architektenvereinigungen, Städtebauausschuß	Verwaltung	Vollerhebung



Institut für Politikwissenschaft, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart

**Universität Stuttgart**  
Institut für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Oscar W. Gabriel

Keplerstraße 17  
D-70174 Stuttgart

Tel.: 0711/121-3430, 3433  
Fax: 0711/121-2333  
e-mail: oscar.w.gabriel@po.  
pol.uni-stuttgart.de

Stuttgart, den 14. April 1997

## **Befragung zu Stuttgart 21 und allgemeinen kommunalpolitischen Aufgaben**

Sehr geehrte/sehr geehrter,

das Institut für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart führt in den kommenden Wochen zeitgleich zur Bevölkerungsumfrage der Stadt Stuttgart eine Befragung zu Stuttgart 21 und allgemeinen kommunalpolitischen Aufgaben durch. Die Zielgruppe dieser Befragung sind Inhaber gesellschaftlicher und politischer Führungspositionen in der Stadt Stuttgart (insgesamt 1200). Neben den Stuttgarter Ratsmitgliedern werden die Einstellungen von politischen Funktionsträgern, Verwaltungsmitgliedern sowie wichtigen Funktionsträgern aus den Bereichen Wirtschaft/Arbeit, Medien, Wissenschaft/Bildung, Sport, Kultur und anderen Interessenorganisationen erfaßt. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich an dieser Erhebung beteiligen.

Durch die zeitgleiche Befragung der Führungspersonen und der Stuttgarter Bürger zu verschiedenen kommunalpolitischen Aufgabenbereichen, den wichtigsten Problemen in Stuttgart und verschiedenen Projekten (wie z.B. Messe, Boschareal) wird ein Vergleich zwischen den Einstellungen der Bevölkerung und den Einstellungen der Inhaber von Führungspositionen möglich.

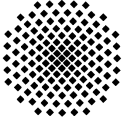
Ihre Angaben unterliegen den strengen Anforderungen des Datenschutzes und werden ausschließlich zu Forschungszwecken verwendet. Selbstverständlich ist die Beteiligung an der Umfrage freiwillig. Wenn Sie Interesse an der Zusendung der ersten Ergebnisse haben, kreuzen Sie bitte das Feld auf der Rückseite an. Für Fragen steht Ihnen meine Projektassistentin Frau Melanie Walter (M.A.) unter der Rufnummer 121-3425 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Oscar W. Gabriel

**BITTE RÜCKSEITE BEACHTEN!!!!**





Institut für Politikwissenschaft, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart

**Universität Stuttgart**  
Institut für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Oscar W. Gabriel

Keplerstraße 17  
D-70174 Stuttgart

Tel.: 0711/121-3430

Fax: 0711/121-2333

e-mail: oscar.w.gabriel@po.  
pol.uni-stuttgart.de

Stuttgart, 27. Juli 1997

## **Befragung zu Stuttgart 21 und allgemeinen kommunalpolitischen Aufgaben**

Sehr geehrte/geehrter

seit einigen Wochen führt das Institut für Politikwissenschaft eine Umfrage über aktuelle kommunalpolitische Themen, insbesondere zum Projekt "Stuttgart 21", durch. Die Beteiligung ist für eine Führungskräfte-Befragung außergewöhnlich hoch ausgefallen, worüber wir uns sehr freuen. Mit einer ersten Auswertung und Präsentation ist Ende September zu rechnen, wofür die Stuttgarter Zeitung bereits eine umfangreiche Berichterstattung über die wichtigsten Ergebnisse zugesagt hat.

**Kürzlich haben auch Sie von uns einen Fragebogen dazu erhalten. Wenn Sie den Fragebogen bereits ausgefüllt und an uns zurückgeschickt haben, möchten wir uns hiermit ganz herzlich für Ihre Teilnahme bedanken.**

- Falls Sie noch keine Zeit gefunden haben, den Fragebogen auszufüllen, so möchten wir Sie darauf hinweisen, daß der Rücklauf auf den **31. Juli 1997** terminiert ist.
- Falls der Fragebogen nicht richtig zugesandt wurde, beispielsweise der Vorsitzende nicht mehr im Amt oder der Geschäftsführer ausgeschieden ist, so bitten wir Sie, den Fragebogen an den neuen Vorsitzenden/Geschäftsführer oder dessen Stellvertreter weiterzuleiten.
- Falls Sie noch einen Fragebogen benötigen, melden Sie sich bitte unter der Telefonnummer: 0711-121-3430 oder senden Sie uns ein Fax: 0711-121-2333.

Bitte bedenken Sie, daß der wissenschaftliche und praktische Wert unseres Projekts von der Teilnahme möglichst vieler Führungskräfte und Repräsentanten abhängt. Deshalb ist es äußerst wichtig, daß auch Ihr Fragebogen in die Auswertung einbezogen wird. Sonst erhalten wir kein vollständiges und genaues Meinungsbild.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Oscar W. Gabriel